Fritz Nonnenbruch / Die dynamische Wirtschaft

Fritz Nonnenbruch

Die dynamische Wirtschaft



Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München

6. Auflage / 18.—20. Tausend / 1944

Druck: Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München

Adolf Hitler:

„Wer heute glaubt, daß sich ein völkischer, nationalsozialistischer Staat etwa nur rein mechanisch durch bessere Konstruktion seines Wirtschaftslebens von anderen Staaten zu unterscheiden hätte, also durch einen besseren Ausgleich von Reichtum und Armut oder durch mehr Mitbestimmungsrecht breiter Schichten am Wirtschaftsprozeß oder durch gerechtere Entlohnung, durch Beseitigung von zu großen Lohndifferenzen, der ist im Alleräußerlichsten steckengeblieben und hat keine blasse Ahnung von dem, was wir als Weltanschauung zu bezeichnen haben."

(Aus „Mein Kampf".)

Stofforduung

I. Abschnitt:
Die Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus

II. Abschnitt:
Einzelzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik

I. Abschnitt:
Die Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus

1. Kapitel
Die nationalsozialistische Revolution und die Wirtschaft

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist ein Gebiet der nationalsozialistischen Regierungspolitik. Das Kapital soll in den Dienst der Wirtschaft und die Wirtschaft in den Dienst des Volkes gebracht werden. Die Wirtschaft soll aufhören, über dem Volke zu schweben, wie sie es in den Jahren des ausgehenden Kapitalismus getan hat. Eine über dem Volke schwebende Wirtschaft ist eine abstrakte Wirtschaft. Das war die Wirtschaft des Kapitalismus, die demgemäß auch von abstrakten Gesetzen aus betrachtet worden ist. Für eine dem Volke verbundene Wirtschaft gelten lebendige Gesetze.

Abstrakte Wirtschaftsgesetze sind Gesetze, denen eine von den konkreten Situationen und dem Lebensstil des Volkes unabhängige Geltung zugeschrieben wird. So war die kapitalistische Vorstellung, daß Kapital Arbeit schaffe, eine abstrakte Vorstellung. Der Maßstab dafür, wie wenig die kapitalistische Wirtschaft dem Volke verbunden war, ist der Umfang der Krise. Die Wirtschaft schwebte derartig über dem Volke, daß sie Millionen von Volksgenossen aus sich ausschied. Sie schwebte genau so über dem Volke, wie sie den Millionen Erwerbslosen unerreichbar war. Die in der Wirtschaft beschäftigt geblieben waren, fühlten sich ihres Arbeitsplatzes unsicher. Erinnern wir uns doch daran, wie wir tagtäglich die Kündigung fürchteten. Diese stete Furcht aller Einzelnen, die zusammen doch das Volk waren, bezeugt wieder die Trennung von Wirtschaft und Volk.

Selbstverständlich hatte die Krise sachliche Ursachen. Aber der Fehler war, daß man diese sachlichen Ursachen sich auswirken ließ, ohne sie abzustellen. Man dachte eben abstrakt und ausschließlich in

den kapitalistischen Wirtschaftsgesetzen. In der gesamten Brüningpolitik spricht sich dieses Denken aus. Aus dem abstrakten Charakter dieses Denkens folgte die Tatsache, daß Brüning die Belebung der Wirtschaft von einem so abstrakten Gebilde wie der Weltwirtschaft abhängig machte. Er wollte einen Automatismus in Gang bringen, aber daran, die lebendigen Kräfte im Volke aufzurufen, dachte er nicht. Die Wirtschaftsgesetze wurden über die Arbeit gestellt, und die Arbeit wurde abhängig von den Wirtschaftsgesetzen gemacht.

Aller Wirtschaft geht die Arbeit voraus. Wie der Mensch atmet, bevor er denkt, so arbeitet er, bevor er wirtschaftet. Wirtschaft ist Organisation der Arbeit und nichts anderes. Eine Wirtschaft, die sich vom Volke gelöst hat, hat sich von der Arbeit gelöst. Sie hat sich damit von ihrer schöpferischen Grundlage entfernt. Arbeit und Wirtschaft verhalten sich wie Mann und Weib. Die Arbeit zeugt, die von der Arbeit befruchtete Wirtschaft gebiert den Volkswohlstand. Die Brüningpolitik, die die Wirtschaft als einen Automaten betrachtete und doch auf Konjunkturbelebung wartete, war die Erwartung, daß eine Jungfernzeugung möglich sei.

Allerdings fehlte dem Kapitalismus die Möglichkeit, von seinen abstrakten Wirtschaftsgesetzen loszukommen. Er hatte die Verbindung mit dem Volke verloren, so daß er sich selbst hätte aufgeben müssen, wenn er sie von sich aus wieder hätte herstellen wollen. Denn diese Verbindung mit dem Volke hätte er wieder gewinnen müssen, um aus seinen abstrakten Wirtschaftsgesetzen heraustreten zu können.

Aber was nützten dem Kapitalismus alle Versuche, sich zu halten? In der Wirtschaft hielt sich der Kapitalismus, dafür aber wurde er auf politischem Gebiet besiegt. Der Sturheit, mit der in der Wirtschaft die kapitalistischen Gesetze aufrechterhalten wurden, entsprach die Instinktlosigkeit auf politischem Gebiet. Politischer Instinkt kann nur aus echter Volksverbundenheit fließen, und mit ihr fehlte dem Kapitalismus der politische Instinkt. Es ist erstaunlich, in wie starkem Grade er gefehlt hat. Er war sogar dort nicht da, wo unmittelbare Interessen des Kapitalismus auf dem Spiele standen. So wurde im Herbst 1932 von der damaligen Regierung der Industrie und der Großlandwirtschaft ein Bündnis vorgeschlagen: der Industrie sollte von der Regierung geholfen werden, dafür sollte die Industrie mit hohen Agrarzöllen einverstanden sein. Dies Bündnis, das praktisch gegen den Nationalsozialismus gerichtet war, kam nicht zustande, weil die beteiligten Gruppen über ganz engen Interessen die für sie ins Gewicht fallenden größeren politischen Gesichtspunkte glatt über-

sahen. Der Kapitalismus hat sich politisch so unbegabt erwiesen, daß er wirklich nicht mehr zu fürchten ist. Selbst wenn er gegen die Herrschaft des Nationalsozialismus aufbegehren wollte, so kann er es nicht, weil er keine politische Machtgruppe mehr zustande bringen kann. Der Kapitalismus brauchte vom Nationalsozialismus, nachdem dieser die Herrschaft erlangt hatte, gar nicht mehr bekämpft zu werden: er hatte sich selbst vorher zersetzt.

Im ersten Jahre seiner Herrschaft schon kehrte der Nationalsozialismus das frühere kapitalistische Verhältnis von Wirtschaft und Volk um. Im Kapitalismus war das Volk für die Wirtschaft da. Der Nationalsozialismus verkündete den deutschen Sozialismus als sein wirtschaftspolitisches Ziel. Das Volk glaubte ihm. Indem der Nationalsozialismus dem Volke diesen Glauben gab, hatte er schon das neue Verhältnis zwischen Volk und Wirtschaft geschaffen. Das Volk sah die Wirtschaft als seine Wirtschaft an. Das war eines der wichtigsten Ereignisse nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus. Dieser Glaube des Volkes verband Volk und Wirtschaft aufs neue. Der ungeheure Energienstrom in der Wirtschaft, das wiedererwachende Vertrauen war die Folge. Das Volk arbeitete für seine Wirtschaft. Das Volk verhielt sich so, als ob der deutsche Sozialismus schon da wäre.

Jemand, der vom kapitalistischen Denken nicht los kann, wird diesen Gefühlstatsachen keinen Wert beimessen. „Gefühle“ waren dem Kapitalismus ja gleichgültig. Er hielt diese Gleichgültigkeit für Sachlichkeit. In Wahrheit war sie Seelenlosigkeit. Der Kapitalismus hatte seinen Klassenkampf, während die neue vom Nationalsozialismus dem Volke gegebene Hoffnung schon die Beseitigung des Klassenkampfes ist. Mit Gewalt lassen sich feindliche Gruppen nicht zusammenzwängen, sondern nur durch eine gemeinsame Hoffnung. Die Arbeit, die gemeinsame Hoffnung zu verwirklichen, läßt die Einigkeit des Volkes erstehen. Der Nationalsozialismus hat dem Volke eine neue Hoffnung gegeben, er hat ihm damit das Feld gemeinsamer Arbeit erschlossen. Damit hat er angefangen, die auf der Gemeinsamkeit der Hoffnung beruhende Einigkeit durch die Gemeinsamkeit der Arbeit mit Beton auszugießen. Die Gemeinsamkeit der Hoffnung des Volkes ist es, die dem Nationalsozialismus seine Macht gibt. Weil der Nationalsozialismus dem Volke eine einigende Hoffnung gegeben hat, ist er das Exekutionsorgan, das diese Hoffnung in Wirklichkeit umsetzen

soll. Darauf beruht der Spielraum, den er für seine Politik hat, und darauf beruht die Möglichkeit einer geradlinigen Politik. Geradlinig kann eine Politik in dem Maße sein, als sie auf keine Gegner Rücksicht zu nehmen braucht.

Wie bedeutungsvoll die Tatsache ist, daß unter dem Nationalsozialismus das Volk die Wirtschaft als seine Wirtschaft ansieht, lehrt auch der folgende Umstand. Die Einrichtungen der Wirtschaft hat der Nationalsozialismus nach seinem Regierungsantritt bestehen lassen. Nach ihren Einrichtungen ist die Wirtschaft bisher die kapitalistische Wirtschaft geblieben. Aber was hätte der Nationalsozialismus anders tun können, als diese Einrichtungen vorläufig bestehen zu lassen? Nach der Revolution hat der Nationalsozialismus zuerst für Ruhe in der Wirtschaft gesorgt.

Der Tiefstand der Wirtschaft im Februar 1933 war wahrhaftig groß genug. Sollte er noch weiter ausgebuchtet werden, indem in der Wirtschaft Experimente veranstaltet wurden? Eine Operation ist erfolgversprechend, wenn der Körper des Kranken noch widerstandsfähig ist. Die für eine Operation notwendige Widerstandsfähigkeit fehlte der deutschen Wirtschaft bei der Machtergreifung.

Weil das Volk in dem vom Nationalsozialismus geschenkten Glauben die Wirtschaft als seine Wirtschaft ansah, war der Nationalsozialismus der Notwendigkeit enthoben, seinen sozialistischen Willen dadurch zu beweisen, daß er Experimente in der Wirtschaft veranstaltete. Der Nationalsozialismus war der Notwendigkeit enthoben, durch experimentelle Eingriffe in die Wirtschaft für sich Propaganda zu machen.

Daß er dem Volke den Glauben daran, daß die Wirtschaft seine Wirtschaft sei, gegeben hat, ist darüber hinaus die entscheidende Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau. Denn wenn der Umschwung vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen werden soll, wenn aus einer Wirtschaft, die über dem Volke schwebt, eine Wirtschaft des Volkes werden soll, so muß entweder die Wirtschaft zum Volke hinabgebogen werden, oder das Volk ergreift die Wirtschaft.

Wenn das Volk zum Besitzer der Wirtschaft in marxistisch-materieller Weise erklärt wird, ist es damit noch lange nicht im Besitze der Wirtschaft. Wer sich in den Materialismus hineinbegibt, kommt darin um. Die Herrschaft des Volkes über die Wirtschaft im Marxismus ist nur eine Phrase, kann nur eine Phrase sein. Denn das Volk kann diese Herrschaft ja gar nicht ausüben. Das tut die

Regierung. Die marxistische Phrase vom Besitzrecht des Volkes an der Wirtschaft ist in Wahrheit nur eine Verkleidung davon, daß die Regierung sich eine schrankenlose Willkür gegenüber der Wirtschaft erlauben zu können glaubt. Die materiellen Besitzrechte des Volkes verwandeln sich in Willkür seiner Regierung gegenüber den objektiveren Tatsachen. Nicht dem Volke gehört dann die Wirtschaft, sondern der Regierung. Es gibt Eigengesetzlichkeiten der Wirtschaft. Da die Regierung sie nicht wahr haben will, vernachlässigt sie sie gegen das Volk. Das Volk wird damit belastet, daß die Regierung die Wirtschaft vergewaltigt.

Die Wirtschaft kann gar nicht in materieller Weise zum Volk hinabgebogen werden. Eine Wirtschaft, die aus Experimenten der Regierung besteht, schwebt immer so über dem Volke, wie es der Kapitalismus getan hat. Die Wirtschaft kann in sozialer Hinsicht ausgestaltet werden. Aber alle diese sozialen Neuerungen sind Geschenke der Regierung an das Volk. Eine innige Verbundenheit von Volk und Wirtschaft wird durch diese Geschenke nicht hergestellt. Die Regierung kann, indem sie soziale Neuerungen trifft, für sich Propaganda machen. Dann macht sie aus politischen Gründen wirtschaftliche Fehler. Im Bolschewismus klaffen Innenpolitik und Wirtschaftspolitik auseinander. Einmal muß er gegen die Rücksicht auf die Wirtschaft innenpolitische Propaganda machen, dann schwenkt er wieder zurück zur wirtschaftspolitischen Rücksicht und läßt das Volk die volle Last seiner Wirtschaftspolitik tragen, bis er genötigt ist, wieder die schenkende Hand zu öffnen. Diese Spannung zwischen innerpolitischer Propaganda und wirtschaftspolitischer Rücksicht tritt in Sowjetrußland klar zutage. Das Anziehen und die Lockerung des jeweiligen Fünfjahreplanes wechseln miteinander ab.

Der Besitz der Wirtschaft durch das Volk ist keine materielle, sondern eine seelische und geistige Tatsache. Der Bolschewismus vergewaltigt die Wirtschaft, der Nationalsozialismus gestaltet sie. Das deutsche Volk hat mit seinem Glauben an den Nationalsozialismus seelisch von der Wirtschaft Besitz ergriffen. Damit ist die Verbindung von Volk und Wirtschaft hergestellt. Jetzt kann das Volk die Wirtschaft ausgestalten in ihren materiellen Einzelheiten. Wie diese Einzelheiten aussehen sollen und wann sie gestaltet werden sollen, ist nur eine praktische Frage. Die Regierung steht im nationalsozialistischen Deutschland nicht zwischen Volk und Wirtschaft, wie im Bolschewismus, sondern ist Sachwalter des Volkes in der Wirtschaftspolitik. Der Bolschewismus macht, getreu seiner

materiellen Geschichtsauffassung, das Seelische zu einer Frage des Materiellen. Die Wirtschaft soll dem Volke materiell gehören, und er glaubt, daß daraus eine seelische Verbundenheit von Volk und Wirtschaft folge. Für den Nationalsozialismus sind die materiellen Einzelheiten eine Folge des Seelischen: aus der seelischen Aneignung der Wirtschaft durch das Volk folgt die materielle Ausgestaltung der Wirtschaft.

Ob in Sowjetrußland der Sozialismus verwirklicht wird, ist die Frage. Es erscheint uns unmöglich zu sein. Im besten Falle kommt ein in Spalierform gezüchteter Sozialismus heraus: das Volk wird in diesen Sozialismus hineingezwängt. Der Bolschewismus tut nichts anderes, als das lebendige Wachstum des Volkes zu beschneiden. Der bolschewistische Sozialismus kann im günstigsten Falle nichts anderes sein als ein mühsam aufrechterhaltenes Gleichgewicht der Wirtschaft auf Kosten des lebendigen Wachstums im Volke. Alle bolschewistische Politik läßt sich auf den Generalnenner bringen, daß das Volk der Wirtschaft untertan gemacht wird. Wenn sie ihr Ziel erreicht, dann hat sie endgültig das Volk der Wirtschaft untertan gemacht. Der vollendete bolschewistische Sozialismus kann nur die endgültige Einschnürung der lebendigen Energien im Volke zugunsten der Wirtschaft sein: sie läuft dann in ihrer regulierten Mechanik, weil das Leben des Volkes nicht gegen sie anspült. Das ist dann der Kommunismus der marxistischen Ideologie, der der „endlich erreichte" Endzustand der geschichtlichen Entwicklung sein soll. Es gibt für den erreichten Kommunismus keine Weiterentwicklung mehr: also nur den Untergang.

Die bolschewistische Nervosität, nun auf jeden Fall experimentierend in die Wirtschaft eingreifen zu müssen, fehlt dem Nationalsozialismus. Er ist so ruhig und überlegt-überlegen, wie der Glaube des Volkes an ihn stark ist. Es ist einfach unmöglich, daß in Deutschland der Sozialismus praktisch nicht gestaltet werde, nachdem er seelisch schon da ist. Das Volk hat schon die Wirtschaft, und der Drang, sie praktisch einzurichten, läßt sich nicht abdämmen. Und der Nationalsozialismus will ihn auch nicht abdämmen. Im Gegenteil: dieser Drang ist eine seelische und geistige Energie, die die nationalsozialistische Politik gebraucht. Der deutsche Sozialismus ist freies Wachstum. Die schöpferischen Kräfte im deutschen Volke werden nicht zugunsten der Wirtschaft beschnitten. Sie sollen sich auswirken. Der deutsche Sozialismus ist kein Ende, sondern Etappe zu neuem und weiterem schöpferischem Aufschwung.

Der steht vor uns. Der Nationalsozialismus ist Durchbruch zu neuem Schöpfertum. Von ihm her hat er seine Weihe und seinen Sieg. Weil die Zukunft in Deutschland einziehen wollte, konnte der Nationalsozialismus Deutschland erobern. Das Rauschen der Hakenkreuzfahnen ist der Flügelschlag der Zukunft. Das Rätsel der nationalsozialistischen Revolution, die den geringsten Reibungsverlust aller Revolutionen der Weltgeschichte gehabt hat, besteht darin, daß sie gegen keine Vergangenheit mehr zu kämpfen brauchte. Die ist von selbst zusammengefallen. Aber nur gegenüber der Zukunft ist die Vergangenheit machtlos. Weil die Zukunft in uns so stark ist, ist die Vergangenheit morsch geworden. Die Reibungslosigkeit der nationalsozialistischen Revolution ist Gradmesser für die Stärke der Zukunft in uns.

Dieser lebendige Wille zur Zukunft ist es denn auch, aus dem der Glaube des Volkes an die Verwirklichung des deutschen Sozialismus gequollen ist. Er macht, wie dargelegt, die Regierung fähig, sachliche Wirtschaftspolitik zu treiben, und ist gleichzeitig der Garant für die Durchführung des deutschen Sozialismus. Wir wollen nicht die Vergangenheit reparieren, indem wir Schäden abstellen. Der Nationalsozialismus hat den ungeheuren Mut aufgebracht, offensichtliche Schäden sogar noch eine Zeitlang bestehen zu lassen. Das war nicht Schwäche. Der Nationalsozialismus bewahrt die Freiheit seiner Politik gegenüber den materiellen Umständen. Er läßt sich von ihnen, den Schäden, nicht diktieren, was er tun soll, sondern bestimmt selbst den Zeitpunkt seines Eingreifens. Diese Freiheit muß die Politik sich wahren, wenn sie nicht nur Schäden ausbessern, sondern Zukunft gestalten will. Der Nationalsozialismus hat sich die Freiheit der Initiative gewahrt.

Die nationalsozialistische Situation ist der bolschewistischen genau entgegengesetzt. Es wurde schon gesagt, daß der Nationalsozialismus die Wirtschaft dem lebendigen Wachstum im Volke untergeordnet hat. Der Begriff „lebendiges Wachstum" mag manchem als allzu nebelig erscheinen. Aber dies lebendige Wachstum bestimmt schließlich die Geschichte. Nicht das, was der deutsche Generalstab vorausberechnet hat und schließlich auch nur vorausberechnen konnte, hat dem Weltkrieg sein Gesicht gegeben, sondern das, was nicht zu berechnen war: die im deutschen Frontsoldaten sich offenbarenden seelischen Kräfte. Wer Politik treiben will, muß nach den Imponderabilien Ausschau halten, denn sie sind entscheidend.

Und für die deutsche Zukunft ist entscheidend das Verhältnis, in



das die nationalsozialistische Revolution die Wirtschaft zu den lebendigen Wachstumskräften gestellt hat. Im Jahre 1933 ist der Wirtschaft die Bedeutung abgemessen worden, die sie für das deutsche Volk haben wird. Die nationalsozialistische Revolution ist nicht wirtschaftspolitischen Überlegungen, sondern seelischen Triebkräften entsprungen. Die Wirtschaft ist damit gegenüber dem seelischen Wollen zurückgedrängt. Darin liegt die eigentliche Überwindung des Kapitalismus.

Die Wirtschaft wird in Zukunft ebensowenig Mittelpunkt unseres Lebens und unseres Wollens sein, wie sie im Jahre 1933 Mittelpunkt der nationalsozialistischen Politik gewesen ist. Im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Politik stand und steht die Herstellung und Bewahrung unserer Ehre. Gegenüber der Ehre ist die Wirtschaft ohne Bedeutung. Für ein Volk, das ehrenhaft ist, ist eine gesunde Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Die Wirtschaft wird deshalb für uns bedeutungslos sein, weil ihre gesunde Ordnung selbstverständlich sein wird.

Dieser Satz muß richtig verstanden werden. Er soll nicht besagen, daß der Nationalsozialismus keine Wirtschaftspolitik zu treiben brauche. Er muß so viel Wirtschaftspolitik treiben, daß der deutsche Sozialismus praktisch verwirklicht und aufrechterhalten wird. Aber jede Wirtschaftsordnung, auf der für das Volk Bedeutungsakzente liegen, hat Fehler. Gerade der Druck, mit dem diese Fehler das Volk belasten, macht ihm die Wirtschaft bedeutsam. Nicht die gesunden, sondern die kranken Organe werden empfunden. Wird die Wirtschaft nicht mehr „empfunden", dann ist sie ebenso gesund, wie sie selbstverständlich ist. Das heißt: wir werden zuerst deutsche Menschen und dann erst Wirtschaftler sein. Bisher war es umgekehrt.

Indem der Nationalsozialismus die Ehre des Volkes über die Wirtschaft stellte, hat er den deutschen Menschen über die Wirtschaft gestellt. Er hat das deutsche Volk gesammelt und zu einer lebendigen Wirklichkeit gemacht. Dem Volke einen neuen Glauben geben und das Volk zu einer lebendigen Wirklichkeit machen, ist ein und dasselbe. Durch seinen Glauben wird das Volk eine lebendige Wirklichkeit.

Solange die Ehre in einem Volke lebendig ist, ist es unmöglich, daß ihm die Wirtschaft nicht dienstbar wird. Die geistigen Werte bestimmen die materiellen Einrichtungen. Allerdings kann in einem Volke die Ehre nur lebendig sein, wenn jeder Volksgenosse seine Ehre hat. Im Kapitalismus hatte der Arbeiter in dem Umfange

keine Ehre, als er nur als Arbeitskraft angesehen wurde. Deshalb hat der kapitalistische Staat seine innerpolitischen Nöte. Den aus der Ehre kommenden freiwilligen und auf Autorität gegründeten Gehorsam mußte er ersetzen durch Zwang. Wer freiwilligen Gehorsam leistet, weiß, weshalb er dient. Wer zum Gehorsam gezwungen wird, weiß es nicht, und deshalb wird ihm die Politik, zu deren Gunsten der Gehorsamszwang ausgeübt wird, unverständlich. Eine Staatsführung, die sich auf freiwilligen Gehorsam gründet, ist elastisch. Eine Staatsführung, die den Zwang gebraucht, ist starr.

Im nationalsozialistischen Deutschland hat jeder Volksgenosse seine Ehre. Darauf gründet sich die Volksgemeinschaft. Aus einer wirtschaftlichen Ordnung kann die Volksgemeinschaft nicht ersprießen. Mit dem Magen kann man nicht lieben. Die wirtschaftliche Gerechtigkeit ist nicht Grundlage der Volksgemeinschaft, sondern die notwendige und unabwendbare Folge. Weil der Nationalsozialismus jedem Deutschen seine Ehre gab, begründete er die Volksgemeinschaft. Der Glaube des Volkes an den deutschen Sozialismus ist schon die die Gerechtigkeit in der Wirtschaft herstellende Volksgemeinschaft.

Eine Volksgemeinschaft ohne Ehre aber ist undenkbar. Die Volksgenossen müssen doch etwas haben, in dem sie vereinigt sind. Das kann nur ein Erleben sein. Entweder finden sich die Volksgenossen in einem Erleben, das sie emporzieht, oder in einem Erleben, das sie hinabzieht. Eine zufällig zusammengeratene Saufkompanie ist auch eine Gemeinschaft. Sie hat sich in einem herabziehenden Erleben gebildet. Meistens zerspringt diese Gemeinschaft im Kot durch einen Krach. Was auf niedere Instinkte gegründet ist, wird durch die niederen Instinkte vernichtet. Die Ehre ist das Erleben, das hinaufzieht. In seinem Ehrgefühl erhebt sich der Mensch über die niederen Instinkte und wehrt sich gegen alles, was niedrig und ungerecht ist. Der Nationalsozialismus hat den deutschen Sozialismus mit der Ehre verbunden. Er hat den Sozialismus ehrlich gemacht. Der deutsche Sozialismus ist eine Sache des adeligen deutschen Menschen und nicht des Proletariats.

2. Kapitel
Der Nationalsozialismus und die Theorie

Der Kapitalismus war stolz auf seine Sachlichkeit. Der Kapitalist kam sich feldherrnmäßig vor, wenn er von seinen Arbeitern als von „Händen“ sprach. Er glaubte sich den Gefühlswerten überlegen in seiner kalten Ratio. Jetzt macht er den nationalsozialistischen „Rummel“ mit und hängt die Hakenkreuzfahne aus seinem Fenster. Was das bedeutet, empfindet er nicht. Er weiß auch mit dem neuen nationalsozialistischen Ehrbegriff nichts anzufangen. Die Judenfrage ist ihm eine vorübergehende Zeiterscheinung. Was hat Ehre mit Wirtschaft zu tun! Nach seiner Ansicht gar nichts. Im ausgehenden Kapitalismus war die Ehre ein Verbot, „gute Geschäfte“ zu machen. Im selben Grade, wie sie den Juden das Eindringen in die Wirtschaft nicht verwehrt haben, sind alle Kapitalisten mitschuldig an den großen Skandalen in der Wirtschaft bis zur Machtergreifung. Ihre Haltung gegenüber den Juden bezeichnet ihre Unfähigkeit, widrige Elemente auszuschließen. So erhaben sich der waschechte Kapitalist über den Erscheinungen der neuen Zeit auch fühlen mag, so ist er doch beschränkt. Und zwar genau in dem Umfang, als er sich heute durch ihre Erscheinungen eingeschränkt empfindet.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß die seelischen Tatsachen den Vorrang vor den materiellen haben. Erst fühlt der Mensch, bevor er denkt. Zuerst hat der Künstler sein Werk gefühlsmäßig in sich. Dann erst drängt es, gestaltet zu werden. Der wahre Künstler kann nicht anders, als das in ihm gefühlsmäßig gewordene Werk zu gebären. Kein Weib kann das Kind in ihrem Leibe zurückhalten. Wie das geschaffene Werk nur die Folge des gefühlsmäßig gebildeten Werkes ist, sind die materiellen Einrichtungen die Folge seelischer Empfindungen. In anderer Ausdrucksform hat der Nationalsozialismus diesen Satz zu seiner Grundthese gemacht. Die seelischen Empfindungen sind die Rasseninstinkte. Die seelischen Empfindungen, die Rasseninstinkte, sollen unsere Wirklichkeit formen und gestalten.

Ein scharfer Intellekt ist gut. Er ist Mittel, ein reiches Innenleben auszudrücken. Ein scharfer Intellekt ohne ein reiches Innenleben ist seinem Wesen nach reaktionär. Denn er ist notwendig der Vergangenheit zugewandt. Wer ein reiches Innenleben hat, ist zukunftssüchtig. Der Intellekt, der von innen heraus nicht zur Zukunft getrieben wird, befaßt sich mit den Tatsachen, die die Vergangenheit geschaffen hat. Selbstverständlich war diese Vergangenheit einmal

lebendig. Sonst hätte sie nicht schöpferisch zur Gestaltung kommen können. Aber jetzt ist sie es nicht mehr.

Die kapitalistische Wirtschaftsbetrachtung, wie sie in den üblichen Lehrbüchern zum Ausdruck kam, ist durchaus falsch. Dort wird ein Automat beschrieben. Entweder ist der Mensch den objektiven Gegebenheiten untertan. Dann hat er auf sich selbst und seine Lebendigkeit verzichtet. Das war im ausgehenden Kapitalismus der Fall, dessen Wirtschaft ein seelenloser Automat war, der sich dann auch „automatisch" gegen den Menschen wandte. Auch gegen den Kapitalisten, dem die Wirtschaft des ausgehenden Kapitalismus zuerst trügerische Triumphe und dann nur Sorgen und Nöte brachte. Oder der Mensch erhebt sich über die Tatsachen und gestaltet sie. Er kann sie selbstverständlich nicht leugnen. Das wäre Blindheit oder Dickköpfigkeit. Mit dem Intellekt kann der Mensch sich über die Tatsachen nicht erheben. Der Intellekt ist das Auge, mit dem er sie sieht. Doch mit seiner Innerlichkeit kann er schöpferisch sein. Was gemeint ist, ist im vorstehenden Kapitel schon gesagt. Dadurch, daß das Volk sich über den Nationalsozialismus seine Ehre wiedergegeben hat, daß es gefühlsmäßig die Volksgemeinschaft begründet hat, hat es sich über die Tatsachen erhoben, um sie zu gestalten. Alles, was jetzt in der objektiven Wirklichkeit da ist, wird als Tatsache betrachtet, aber das Eigentümliche ist, daß sie nur als Ausgang, nicht als Zustand zu gelten haben. Es gilt nur eins: das Ziel. Darin, daß jede Tatsache als Tatsache unverbrämt hingenommen wird, daß also alles in einem Strom des Werdens fließt, ist die Erhebung des Volkes über die Tatsachen bezeugt.

Man kann ein wirtschaftspolitisches Buch schreiben, ohne auf die entscheidenden seelischen Momente Bezug zu nehmen. Aber nationalsozialistisch wäre ein solches Buch nicht. Im Mittelpunkt des Nationalsozialismus flammt das „Fünklein". Das ist überquellende Lebendigkeit, ist zukunftsstrebende Dynamik, ist der nach Gestaltung hungrige Geist der Rasse.

Durch seine Anerkennung der seelischen Werte als real wirkende politische Triebkräfte unterscheidet sich der Nationalsozialismus von jeder anderen politischen Gruppe unserer Zeit. Diese Anerkennung macht ihn zu einer „Bewegung". Nach nationalsozialistischer Auffassung steht die Bewegung über dem Staat. Die Macht im Staate ist das politische Werkzeug der Bewegung, ihre Ziele durchzusetzen. Zugleich mit der Bewegung steht das Volk über dem Staate. Denn die Bewegung ist nichts anderes als die Zusammenfassung der wir-

kenden völkischen Energien. Die Bewegung ist der schöpferische Kern des deutschen Volkes. Der Staat ist die Organisation der Tatsachen. Weil die Bewegung dem Staate übergeordnet ist, ist das völkische Schöpfertum den Tatsachen übergeordnet.

Auch in der Wirtschaft! Gerade in der Wirtschaft wirkt sich dieses Verhältnis des Schöpfertums zu den Tatsachen in dieser Zeit entscheidend aus. Deshalb konnte im vorstehenden Kapitel behauptet werden, daß der Glaube des Volkes die Voraussetzung des deutschen Sozialismus sei. Der deutsche Sozialismus wird vom Glauben aus verwirklicht. Er ist nicht die Durchführung einer vom Verstande gezimmerten Theorie.

Diese Anschauungswelt ist so neuartig, daß es schwer ist, sie geordnet darzustellen. Liberalistische Bücher zu schreiben, ist leicht, weil der Stoff schon hundertmal vorgekaut ist. Die ganze Gedankenhaltung bei den meisten Volksgenossen ist noch liberalistisch. Wir sind alle viel zu materialistisch erzogen worden. Es ist ein Wagnis, eine neue Anschauungswelt darzustellen. In jede Lücke drängen alte Vorstellungen mit voller Wucht kritisch ein. Die alte Anschauungswelt hat tausend Blößen. Sie werden ihr verziehen. Einer neuen läßt man dagegen nicht die geringste Blöße hingehen.

Im Versuch, die neue Anschauungswelt darzustellen, sei der Stoff in folgender Weise aufgeteilt: In diesem Kapitel wird dargestellt werden, daß die Theorie ungeeignet ist, eine neue Wirtschaftsordnung zu begründen. Sodann ist zu beschreiben, wie durch die Politik die Umordnung in die Wirtschaft hineinkommt, die die Theorie geben möchte, aber nicht geben kann. Auch erfordert der Satz, daß das Schöpfertum den Tatsachen übergeordnet ist, eine genaue Definition, in welcher Weise die Tatsachen gelten sollen. Endlich muß noch von der Bedeutung des Staates für die Wirtschaft die Rede sein. Nämlich deshalb, weil der nationalsozialistische Staat als Werkzeug der Bewegung ein durchaus neuartiger Staat ist. Mit dem Charakter des Staates hat sich auch die Bedeutung des Staates für die Wirtschaft gewandelt.

*

Eine Theorie ist eine Konstruktion des Verstandes. Der Verstand ist bei uns allen überbetont. Deshalb sind wir alle von der Sucht befallen, Theorien zu bauen. Wir sind die Nachfahren einer Epoche, die die Welt nicht vom dynamischen, schöpferischen Glauben aus angesehen hat, sondern von Theorien her. Seit der Renaissance

feiert die Theorie Triumphe. Eine Theorie nach der anderen über den Zusammenhang der Welt ist aufgestellt worden. Keine ist haltbar gewesen. In der modernen Physik vollzieht sich die Auflösung der Theorie. Hier gilt die Theorie nicht mehr als Weltbild, wie z. B. noch zur Zeit Haeckels, sondern nur noch als jeweiliger zusammenfassender Ausdruck. Sie ist Behelf.

Wenn in den Naturwissenschaften Theorien als Weltbilder hingenommen worden sind, so hat das niemand geschadet. Es ist ja niemand mehr um einer Theorie willen verbrannt worden. Aber da alle naturwissenschaftlichen Theorien sich nicht halten ließen, so liegt die Vermutung nahe, daß auch die wirtschaftspolitischen Theorien einseitig sind. Die beiden letzten großen wirtschaftspolitischen Theorien, die des liberalistischen Kapitalismus und die des Marxismus, waren es auf jeden Fall. Und wirtschaftspolitische Theorien können schaden!

Die naturwissenschaftlichen Theorien waren die Wege zu dem naturwissenschaftlichen Tatsachendenken. Die Naturwissenschaften kamen nach der mittelalterlichen Dogmatik und ihrem Universalismus. Die naturwissenschaftlichen Theorien waren Ersatzdogmen, und die naturwissenschaftlichen Weltgebäude in der Theorie waren universalistische Systeme als Ersatz für den christlichen Universalismus. Am Ende der Naturwissenschaften steht nun kein geschlossenes universalistisches Weltgebäude mehr, sondern eine gegenüber dem Mittelalter durchaus verschiedene Betrachtung der Tatsachen.

Die Durchführung einer Theorie in der Wirtschaft würde in genau der gleichen Weise, wie die naturwissenschaftlichen Theorien zu naturwissenschaftlichem Tatsachendenken geführt haben, die wirtschaftspolitischen Tatsachen neu erkennen lassen. Die praktischen Tatsachen würden sich dort überbetonen, wo sie der Theorie widersprechen. Aber diesen kostspieligen Umweg haben wir doch nicht nötig. Es ist Verschwendung, eine Theorie durchzuführen, nur um sich belehren zu lassen, daß die Voraussetzungen, von denen die Theorie ausgegangen ist, nicht gestimmt haben. Sowjetrußland ist warnendes Beispiel.

Überhaupt geht der Verstand mit den Tatsachen außerordentlich willkürlich um. Einmal hält er die jeweilige Tatsache für ewig. Einen Tatbestand für ewig zu halten, ist der Instinkt des Verstandes. So hielt das Novembersystem die Tatsache der Niederlage im Weltkrieg für ewig. Auf der anderen Seite überspringt der Verstand die Tatsachen, die der gewollten Schau widersprechen. Er will sie einfach nicht sehen. Es ist außerordentlich schwer, jemanden zu überzeugen, der eine feststehende Meinung hat. Die Tatsachen, die gegen seine

Meinung angeführt werden, vermögen trotz aller ihrer Realität nicht zu überzeugen. Eine Theorie ist ein Gemisch von beiden: daß auf der einen Seite Tatsachen für ewig gehalten, und daß auf der anderen Seite Tatsachen übersprungen werden.

Von dem aber, was die Geschichte entscheidend bildet, ist nichts in einer Theorie. Denn der Verstand weiß nichts von der Dynamik der Tatsachen. Für den Verstand ist die Geschichte unlogisch. Denn die Dynamik der Tatsachen steht jenseits der Logik. Jede bestehende Tatsache nämlich ist die Verbindung eines objektiven Sachverhaltes und der Stellung des Menschen zu ihm. So war der Kapitalismus nur auf der einen Seite ein objektiver Sachverhalt. Aber gleichzeitig bedrückte der Kapitalismus das Volk. In allen kapitalistischen Erwägungen spielte das jedoch keine Rolle. Diese seelischen Verhaltungsweisen werden aber wirksam in einer Weise, die den Lauf der Geschichte in eine neue Richtung lenkt. Die Geschichte ist ebensowenig logisch, wie der Sieg des Nationalsozialismus logisch gewesen ist. Sein Sieg war ein Sieg des Glaubens, und bevor ein Glaube gesiegt hat, besteht er aus Imponderabilien. Nach dem Wort des politischen Künstlers Bismarck bestimmen die Imponderabilien die Geschichte in ihrem Lauf. Die Stellung des Volkes zu den Tatsachen bestimmt ihren Lauf. Sie gibt den Tatsachen ihre Dynamik. Eine Theorie rechnet mit den Tatsachen, wie sie sind, aber ohne diese Dynamik.

Alle Theorien auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind dadurch gekennzeichnet, daß dem Volke eine passive Rolle zugeschrieben wird. Die Theorie errichtet ein System, in das das Volk sich einfügen soll: und einzufügen hat, wie in Sowjetrußland. Es wird nicht gefragt, ob es diese Theorien durchführen will oder nicht. Die Energie bei der Durchführung dieser Theorie liegt nicht beim Volke, sondern bei denen, die die Theorie ausprobieren. Wesentlich ist aber, daß das Volk lebendig ist. Nur aus der Lebendigkeit des Volkes kann eine neue Kultur erwachsen. Eine Kultur läßt sich nicht machen. Das heißt: einzelne können sie nicht befehlen. Damit eine neue Kultur werde, darf die schöpferische Lebendigkeit des Volkes nicht eingeschnürt werden. Eine neue Kultur ist wichtiger als eine neue Wirtschaft. Ohne eine neue Kultur gibt es höchstens eine bessere Wirtschaft als die alte, aber keine völkische Wirtschaft. Daß das deutsche Volk die Wirtschaft schon als seine Wirtschaft ansieht, ist nicht die Folge eines wirtschaftspolitischen Aktes, sondern ist Anzeichen dafür, daß die neue Kultur schon ihr Werden begonnen hat.

Der Verstand ist allerdings auch nur wirksam auf der Grundlage eines inneren Erlebens. Aber das ist ein individuelles Erleben. Individuelles Erleben heißt einseitiges Erleben. Wie im Kunstwerk der Künstler sich ausdrückt, spricht in der Theorie sich die Persönlichkeit des Theoretikers aus. Im Zeitalter der individuellen Persönlichkeiten mag das tragbar gewesen sein. Die Imponderabilien dieses Zeitalters waren auf die Persönlichkeit zugeschnitten. Außerdem stand in der Wissenschaft der persönlichen Willkür die strenge Disziplin des wissenschaftlichen Denkens entgegen. Ferner hat das neunzehnte Jahrhundert seine Wirtschaft nicht nach einer Theorie gebaut, sondern auch diese Wirtschaft war zuerst einmal geworden.

Bei den liberalistischen wirtschaftlichen Theorien der jüngsten Vergangenheit ist es anders. Wenn sie durch einen Zug ausgezeichnet sind, so ist das der durchgehende Mangel disziplinierten Denkens. Das Denken von Marx war im Verhältnis dazu noch gestrafft und ausgerichtet. Deshalb kommt hier am deutlichsten zum Ausdruck, daß sein Denken von einem einseitigen individuellen Erleben bestimmt worden ist, nämlich von seinem Haß. Bernhard Köhler sagt, daß das ganze kommunistische Manifest absolut folgerichtig sei: nur der erste Satz, auf dem alles andere aufgebaut ist, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen sei, ist falsch. Dieser Satz ist der Extrakt des ganzen Marxismus: ist Marx persönlich. Sein ganzer Haß, sein jüdisches Ressentiment ist in diesem Satze in ein objektiv-wissenschaftliches Gewand gekleidet.

Der Theoretiker wird von seinem individuellen Erleben auf eine Tatsache gestoßen: auf eine Tatsache, an die sich dies Erleben ansetzen kann. Das ist dann die Grundtatsache, auf der die Theorie fußt. Bei Marx ist das die Lage des Proletariats unter dem Kapitalismus. Der andere sieht den Druck der Zinsen im ausgehenden Kapitalismus, wieder ein anderer hat erfahren, wie segensreich ein schneller Geldumlauf sein kann und macht die Freigeldlehre. Die Grundtatsache wird in ihrer Bedeutung jedesmal maßlos überschätzt. Die Theorie ist der Versuch, die ganze Wirtschaft so einzurenken, daß sie dieser einen jeweiligen Grundtatsache untergeordnet wird.

Nicht deshalb wird hier gegen die Theorie polemisiert, weil eine Abneigung dagegen bestände, die Dinge im Zusammenhang zu sehen. Sondern deshalb, weil es unmöglich ist, eine Theorie aufzustellen, die dem realen Sachverhalt in vollem Umfang gerecht wird, und die die Dynamik der Tatsachen berücksichtigen kann. Nur der kann eine richtige Theorie aufstellen, der sie von einer schon geordneten

Wirtschaft abliest. Der Liberalismus hat seine Theorie von einer Wirtschaft abgelesen, die er für geordnet hielt. Für den Nationalsozialismus gibt es noch nicht die geordnete Wirtschaft, von der eine Theorie abzulesen wäre. Außerdem könnte der eine Theorie von der Wirtschaft aufstellen, der die ganze Wirtschaft und das ganze deutsche Volk in seiner vollen Lebendigkeit schon umfaßt. Das wäre jemand, der mit dem schöpferischen Geist der Rasse derart identisch geworden ist wie der mittelalterliche Heilige mit Gott, wenn er sein Antlitz schaute. Aber diese Identität mit dem Geiste unserer Rasse wollen wir erst herstellen. Vorerst gilt es, derart in das Gemeinschaftserleben, das Erleben des Geistes der Rasse ist, einzudringen, daß wir gute Werkzeuge in seiner Hand werden, sich durchzusetzen.

Selbstverständlich wollen wir eine ideale Wirtschaft. Eine ideale Wirtschaft ist die in höchstem Maße praktisch laufende Wirtschaft. Was aber praktisch ist, soll der Verstand nicht durch seine theoretischen Konstruktionen bestimmen. Es soll sich im täglichen Leben erweisen. Das Leben soll die neue Wirtschaft errichten. Konstruiert der Verstand die Wirtschaft, dann ist in der Wirtschaft auch nur dieser eine Verstand. Seine Theorie wird zum Dogma, dem sich alles zu fügen hat. Errichtet dagegen das praktische Leben die Wirtschaft, dann ist es in der Wirtschaft. Die Wirtschaft strahlt die völkische Lebendigkeit wider. Die Wirtschaft ist die Wirtschaft des Volkes, das Volk erkennt sich in der Wirtschaft wieder, Volk und Wirtschaft sind verbunden.

Daß die Theorie, nach der die Wirtschaft eingerichtet werden soll, zum Dogma wird, dem sich alles unterordnen muß, beweist Sowjetrußland. In derselben Weise, wie dort aus der Wirtschaft nur der Verstand, der die Theorie ausgeklügelt hat, herausstrahlt, wird aus der Wirtschaft, die das Volk in schöpferischem Schalten unter der Führung des Nationalsozialismus erbaut hat, auch dieses freie schöpferische Schalten hervorleuchten. Vor dem Bolschewismus schien es ja auch unglaublich, daß eine einer Theorie folgende Wirtschaftspolitik das Volk derart unter den Zwang eines Verstandes stellen könnte, wie es in Sowjetrußland geschehen ist.

Dem Nationalsozialismus kommt es auf das Ziel an. Er handelt wie ein guter Handwerker, für den nicht wichtig ist, wieviel Zeit er für die Durchführung seiner Arbeit gebraucht. Auf Kosten der Güte des Werkes soll keine Zeit gespart werden. Ist der Nationalsozialismus nicht fähig, gute Werke zu schaffen, wird er scheitern trotz aller Erfolge im Anfang. Nur ein gutes Werk ist ein dauerhaftes Werk,

und mit ihren Werken steht eine Regierung. Der Nationalsozialismus ist dem Volke derart verbunden, daß es ihm Zeit läßt. Der Nationalsozialismus ist das Exekutionsorgan der schöpferischen Kräfte im deutschen Volk: das deutsche Volk läßt sich selber Zeit, um Dauerhaftes zu schaffen. Das ist viel wirtschaftlicher, als überhastete Arbeit zu leisten, die doch wieder neu getan werden muß. Wir wollen keinen schnell zusammengeklopften Ramschsozialismus. Der nach einer Theorie gemachte Sozialismus ist Ramschsozialismus.

Indem eine Theorie von einer Regierung als Richtziel ihres Handelns anerkannt wird, stellt diese Regierung mit der Theorie ein Bild der zukünftigen Ordnung vor das Volk. Sie tut damit einigen intellektuellen Schichten im Volke Genüge, die das Bild schon für gestaltete Wirklichkeit ansehen. Das: „So soll es sein" der theoretischen Bilder nehmen sie für ein: „So ist es schon." Wie begeisterte Anhänger des Nationalsozialismus würden die Vertreter einer wirtschaftspolitischen Theorie sein, wenn er sich zu ihren Theorien bekennte. Sie sind bereit, den Willen der Regierung für die vollendete Tat zu nehmen. Eine Regierung, die einer Theorie folgt, verläßt sich auf die propagandistische Wirkung der befriedigten Intellektuellen auf das Volk. In den kapitalistischen Ländern ist es auch so. Der Kapitalismus als Wirtschaftsauffassung ist auch eine Theorie, zu der die kapitalistischen Regierungen sich bekannt haben. Diese Regierungen verlassen sich darauf, daß die Vertreter des Kapitalismus durch ihre Presse usw. dem Volk diese Theorie schmackhaft machen. Bei allen Wahlen ist das zu sehen.

Allerdings ist der Kapitalismus keine revolutionäre Theorie. Der Versuch, ihn dafür auszugeben, ist den Deutschnationalen fehlgeschlagen. Dafür hat der Kapitalismus eine praktische Tradition, durch die er über tausend verästelte Kanäle dem Leben des Volkes verhaftet ist. Den revolutionären wirtschaftspolitischen Theorien fehlt diese Tradition. Sie müssen sie ersetzen. Das geschieht, indem sie die Zukunft in rosigen Farben malen. Sie stellen die Zukunft als schon erreichte Wirklichkeit hin: der Plan ist da, Kräfte, die seine Durchführung verhindern können, werden geleugnet, also ist es eine Selbstverständlichkeit, daß dieser Plan bald durchgeführt ist. Regierungen, die von einer revolutionären wirtschaftspolitischen Theorie abhängig sind, müssen vorgeben, die Theorie schnell durchführen zu können. Darin liegt ja ihre einzige Stütze, während die kapitalistischen Regierungen durch die Tradition gestützt sind.

In Wahrheit opfern die Regierungen, die sich einer revolutionären

wirtschaftspolitischen Theorie verschwistert haben, das Ziel einem Augenblickserfolg. Das praktische Beispiel Sowjetrußlands beweist das eindringlicher als lange abstrakte Erwägungen. Der Bolschewismus hat das sozialistische Ziel praktisch aufgegeben, um sich selbst zu halten. Seine Energien verwendet er nicht darauf, den Sozialismus durchzuführen, sondern um sich gegen das Volk zu verteidigen.

Der Bolschewismus ist eine absolute Fehlkonstruktion. Er fußt auf einer wirtschaftspolitischen Theorie: und das ist der entscheidende Fehler. Das Volk ist viel mehr als die Wirtschaft, aber der Bolschewismus ist durch seine Theorie ja gezwungen, das Volk über der Wirtschaft zu übersehen. Mit seiner Theorie malt er dem Volke ein Zukunftsbild vor. Er tut so, als ob es ein leichtes sei, diese Zukunft zu gestalten. Er gibt die Zukunft als Gegenwart aus. Das ist der Taschenspielertrick aller bolschewistischen Propaganda.

Und der diametrale Gegensatz zum Nationalsozialismus. Der ist stolz darauf, nicht mit Versprechungen geworben zu haben, sondern mit Forderungen. Er hat das Volk aufgerufen, sein Leben in völkischer Freiheit zu gestalten. Jede Regierung wurzelt in den Kräften, die sie aufgerufen hat. Der Bolschewismus wurzelt in der intellektuellen Billigung eines theoretischen Gemäldes, der Nationalsozialismus in dem schöpferischen Gestaltungswillen des Volkes.

Auf dies sollte diese ganze Gedankenführung hinaus: der Bolschewismus ist volksfremd, hat also keine Zeit. Deshalb muß er die Zukunft als schon erreichte Gegenwart ausgeben. Der Nationalsozialismus hat kraft seiner Volksverbundenheit Zeit. Deshalb braucht er keine Theorie, die die Zukunft als Gegenwart darstellt. Dafür aber kann er arbeiten und die Zukunft erreichen. Er braucht keine Theorie, die er als Werbeplakat aushängt. Er will dem Volke Hilfsstellung geben, sich selbst die Zukunft zu schaffen, aber nicht einige Intellektuelle befriedigen.

Bindet sich eine Regierung an eine Theorie, dann schnürt sie ihre Bewegungsfreiheit ein. Läßt eine Regierung ihre Bewegungsfreiheit einschnüren, dann verliert sie ihre Würde. Sie ist dann nicht mehr Dienerin des Volkes, sondern Dienerin der Theorie. Sie muß auf jeden Fall beweisen, daß die Theorie stimmt. Sie muß das Leben des Volkes dort, wo es der Theorie widersprechende Bahnen einschlägt, eindämmen und einzwängen. Denn zeigt sich, daß die Theorie nicht stimmt, hat sie ihre Berechtigung verloren. Auf der einen Seite knechtet sie das Volk, auf der anderen Seite steht sie vor dem Volke wie ein Schüler mit schlechtem Gewissen vor dem Lehrer.

Sie sucht nach Ausreden, weshalb und warum der von der Theorie versprochene Segen ausbleibt. Daß die Schuld an der Theorie liegt, darf sie nicht zugeben, also muß sie nach Bösewichten suchen. Denn nur bewußte Böswilligkeit kann von ihrem Standpunkt aus Sand in das vollkommene Räderwerk der Theorie gestreut haben, daß es so laut knirscht und sich so stark reibt. Entweder ist die Regierung für das Volk da, oder sie ist für eine Theorie da. Der Nationalsozialismus ist für das Volk da.

Der Gegensatz zwischen dem lebendigen Leben des Volkes und einer Theorie besteht nun einmal. Denn Politik ist Kunst und nicht Wissenschaft. Es hat ja auch auf dem Gebiete der Kunst wissenschaftliche Rezepte gegeben, nach denen Kunst gemacht werden sollte. Als die Griechen diese Rezepte zusammensetzten und die Maßverhältnisse festlegten, die in jedem Kunstwerk wiederkehren müßten, war es mit ihrem Schöpfertum vorbei. Shakespeare hat seine Dramen geschrieben, ohne sich an das Dramenschema und die Einheit von Ort und Zeit zu halten: doch sind seine Dramen genial.

Der Marxismus wollte bezeichnenderweise die Politik zu einer Wissenschaft machen. Er hat den „wissenschaftlichen Sozialismus" entdeckt. Der Bolschewismus veranstaltet „wissenschaftliche Analysen" der „gegenwärtigen politischen Situation" und sie sind jedesmal falsch. In Wahrheit ist ein wissenschaftliches Rezept für die Politik der Versuch einer Regierung, sich vor der Verantwortung zu drücken. Sie macht das Rezept zu ihrem Leitfaden, anstatt frei künstlerisch zu gestalten.

Für den Nationalsozialismus und seine Regierung wäre eine wirtschaftspolitische Theorie, die den Erfolg garantiert, gewiß angenehm. Aber er ist nicht dazu da, um sich die Dinge bequem zu machen. Darin, daß er die Theorie abgelehnt hat, hat er sich die Freiheit zu künstlerischer Politik bewahrt. Der echte Künstler beweist sein Künstlertum, daß er Schemata, für die der Nichtkünstler dankbar ist, als Schranken und Hemmnis empfindet und sie durchbricht.

Der Nationalsozialismus verzichtet um der Gestaltungsfreiheit willen auf eine Theorie. Er verzichtet damit auf ein Bild, wie die Wirtschaft des deutschen Sozialismus in ihren Einzelheiten aussieht. Der Glaube des Volkes an den Nationalsozialismus ist mehr wert als ein solches Bild. Dieser Glaube des deutschen Volkes an die Zukunft entspringt dem Charakter seiner Rasse. Glaube an die Zukunft, Streben zur Zukunft und die Zukunftssehnsucht der nordischen Rasse ist ein und dasselbe. Daß der Nationalsozialismus auf

eine Theorie verzichtet, ist etwas ganz Ungeheures. Erinnern wir uns doch, wie alles nach einer nationalsozialistischen Theorie, in der alles schwarz auf weiß enthalten wäre, gesucht hat. Die Theorie mit ihrem ausgemalten Bilde zieht, wie gesagt, die Zukunft in die Gegenwart hinein. Wer dies Bild haben muß, kann die Ferne der Zukunft nicht ertragen. Indem der Nationalsozialismus auf die Theorie verzichtet, beweist er den Mut der nordischen Rasse zur Ferne und das Zutrauen zu seiner Schöpferkraft. Unsere Schöpferkraft hat einzig und allein im Mute zur Ferne ihre Wurzel.

Hierin liegt auch der charakteristische Unterschied zwischen dem jüdischen und nordischen Denken. Der nordische Mensch ist fähig, die Ferne zu ertragen. Der Mut zur Unendlichkeit liegt ihm im Blute, weil er noch voll von unerschöpfter Tiefe ist. Der Wille zur Unendlichkeit und der Wille zum Schicksal ist identisch. Nur der hat ein Schicksal, der den Mut hat, das Schicksal zu ertragen. Dieser Mut drückt sich aus in dem Gefühl, unter einer Vorsehung zu stehen. Jeder große deutsche Denker, Dichter, Maler, Musiker usw. landet letzten Endes in der Mystik. Denn sein Schaffen mündet ein in das Erlebnis der Unendlichkeit: in den großen Ausblick auf die ungestaltete Ferne, in der er doch heimisch ist, in dem Mut zum Schicksal und zur Vorsehung. Gott, Freiheit und Unsterblichkeit standen am Ende des Kantischen Denkens. Goethe beschied sich im Glauben an das unendliche Schöpfertum der Tat, Meister Ekkehart ward eins mit dem ewigen Fünklein. Beethoven gelang es, die Ewigkeit selbst in Musik auszudrücken usw. Der schöpferische nordische Mensch geht am Ende seines Schöpfertums in die Unendlichkeit ein: und geht dabei über die Theorie hinaus.

Dagegen ist der Jude süchtig nach der Theorie. Er leugnet, daß es hinter der Horizontlinie noch ein Unbekanntes gäbe. Er zieht die Horizontlinie nach mit einem ganz dicken Pinselstrich, um eine Schutzwehr gegen die Unendlichkeit zu schaffen. Dieser dicke Pinselstrich ist die Theorie. Weil der Jude die Unendlichkeit nicht ertragen kann, will er sie ertränken. Wie der Norde über die Horizontgrenze stimmungsmäßig hinausgeht und zum Mystiker wird, zieht der Jude die Horizontgrenze möglichst eng zusammen und sucht den Radius des Horizontkreises zu verkürzen: er wird Materialist. Für den Norden fängt die Wirklichkeit an, wo die Stofflichkeit aufhört und die Unendlichkeit beginnt; bei dem Juden dagegen fängt sie an, wo die Unendlichkeit gebannt ist und die Stofflichkeit anfängt. Wenn der Norde unpraktisch ist, so hat sein Handeln doch eine Perspektive,

das heißt Bezug auf die Unendlichkeit, das heißt Schicksal. Er ist gerade dort, wo er unpraktisch ist, das Gegenteil von banal. Wenn der Jude unpraktisch ist, ist er zu praktisch gewesen und zu banal, er hat zu eng gesehen, hat sich zu sehr auf die Einzeltatsachen konzentriert und übersehen, daß sie im Zusammenhang mit anderen stehen. Der Norde ist unpraktisch, weil er die Einzeltatsachen über den Zusammenhang mit anderen übersieht, der Jude ist unpraktisch, weil er über der Einzeltatsache ihre Zusammenhänge mit anderen nicht beachtet.

Der Jude handelt, wo er unpraktisch ist, genau wie der Teufel im Volksmärchen. Er wird übertölpelt, weil er zu materialistisch ist und den weiteren Zusammenhang vergißt. In diesen Volksmärchen drückt sich das Selbstgefühl einer Rasse aus, die in ihrer Fernesehnsucht den Schnittpunkt der Parallelen, die mystische Einheit aller Zusammenhänge, in sich hat. Weil der Bauer Zusammenhänge sieht, die der Teufel übersieht, übertölpelt er den Teufel. Wie kommt es, daß der Jude nicht spießig wirkt, während die Spießigkeit im Deutschen, wo sie sich zeigt, unerträglich ist? Weil der Jude keinen Verrat begeht, der Deutsche aber sehr, wenn er Spießer ist.

Wenn also für die Wirtschaft die Theorie abgelehnt wird, so geschieht das, um auch für sie die Unendlichkeit des Wachstums zu betonen und die schicksalsmäßige Verwandlung. Indem der Nationalsozialismus sich dagegen wehrt, die Zukunft der Wirtschaft in einer Theorie einfangen zu lassen, wehrt er sich gegen die Beeinträchtigung des freien Schöpfertums.

3. Kapitel

Die wirtschaftspolitischen Tatsachen

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik klammert sich an keine Theorie, in der eine neue Ordnung abgebildet ist, und die der Plan einer neuen Ordnung ist; und doch will der Nationalsozialismus eine neue Ordnung in der Wirtschaft. Die Frage ist, auf welchem Wege er zu ihr hinschreitet. Die Antwort ist: er betrachtet die Tatsachen in ihrer ganzen Sachlichkeit, löst sachliche Fragen mit den Mitteln der Politik, und diese Politik verfolgt sittliche Ziele. In diesem Kapitel ist zu beantworten, was eine sachliche Betrachtung der wirtschaftspolitischen Tatsachen ist.

Der Kapitalismus hat sich als unpraktisch erwiesen. Er war nicht mehr fähig, alle Volksgenossen zu beschäftigen. Trotz des Hochstandes der Technik schränkte er den Versorgungsstand des Volkes laufend stärker ein. Die kapitalistische Wirtschaft erfüllte ihren Zweck, dem Volke Arbeit und Brot zu geben, nicht. Was für die Erfüllung eines Zweckes ungeeignet ist, ist unpraktisch. Der Kapitalismus war sachlich nicht mehr geeignet, ein zureichendes Wirtschaftssystem zu sein.

Der Kapitalismus war, wie gesagt, eine Theorie. Vom System der kapitalistischen Theorie aus wurden die Einzeltatsachen in der Wirtschaft gedeutet. Da die Theorie falsch war, waren auch diese Deutungen und die von ihnen abgeleiteten Handlungen nicht richtig.

Der Kapitalismus wird zwar nicht zugeben, daß er eine bloße Theorie gewesen sei. Doch eine praktische Wirklichkeit kann er doch nicht gewesen sein, weil er unpraktisch war. Die Brüningpolitik war die Vergewaltigung der Wirtschaft einer Theorie zuliebe. Genau so, wenn auch in anderer Form, wie der Bolschewismus. In wie starkem Maße der Kapitalismus eine Theorie war, macht die Erinnerung an die kapitalistischen Handlungen seit 1919 deutlich. Zum Beispiel die übertriebene Ausrichtung der Wirtschaft auf den Weltmarkt und die Anleihepolitik. Sachlich gerechnet hat niemand von denen, die Auslandsanleihen aufgenommen haben, um ihren Werken auf dem Weltmarkt einen Vorsprung zu sichern. Wenn sie gerechnet hätten, dann würden sie auf das Ergebnis gestoßen sein, das eingetreten ist: daß der Weltmarkt in einem Überangebot von Erzeugnissen ersticken würde. Der Nationalsozialismus hat das vorausgesehen: also konnte es vorausgesehen werden. Aber die kapitalistische Theorie verhieß eine unbeschränkte Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes: Nur an diese Theorie hielt sich der Kapitalismus, anstatt zu rechnen. Er besah die Tatsachen nicht, wie sie waren, sondern wie sie von der Theorie aus aussahen. Im Inland hatten wir die großen Konzernballungen. Wer hat die Konzern-Verflechtungen, bevor er sie einging, in einer wirklich sachlichen Weise durchgerechnet?

Der gesamte Kapitalismus war an seinem Ende ein System von unpraktischen Glaubenssätzen. Die Vorstellung von der internationalen Arbeitsteilung, der Wirtschaftszweige des eigenen Landes aufgeopfert werden könnten, war ein Glaubenssatz und dazu ein stark jüdisch gefärbter. Die Art, wie im Weimarer System Agrarpolitik gemacht wurde, erinnerte doch sehr stark an ein Glücksspiel. Die Landwirtschaft war der Einsatz auf dem Roulettetisch Weltwirt-

schaft: „Macht euer Spiel!“ Die Kugel rollte. Man hoffte auf den Gewinn aus vermehrter Ausfuhr. Die Kugel lief aber anders, und der Einsatz, die deutsche Landwirtschaft, ging verloren. Und wenn das Spiel gewonnen worden wäre? Dann wäre der Gewinn ein Spielergewinn gewesen, den ein Volk jedenfalls nicht ertragen kann. Ein einzelner mag von Börsengewinnen ohne eigene Arbeit leben können. Seine Söhne schon degenerieren, da sie im Elternhause den Ernst der Arbeit nicht kennenlernen. Sie fassen das Leben spielerisch auf, und die einzig mögliche Folge ist, daß sie es verspielen. Berlin W und der Kurfürstendamm der Systemzeit! Ein Erfolg jener Politik, die durch weniger Arbeit — in der Landwirtschaft — größere Gewinne machen wollte — durch die gesteigerte Ausfuhr — wäre unsittlich gewesen und hätte den Keim des Verderbens in sich getragen. Wir wären kein durch Arbeit verbundenes Volk geworden, sondern ein Haufen von Spekulanten.

Ein kapitalistischer Glaubenssatz war die Behauptung, daß nur das Kapital Arbeit schaffen könne, und daß die wichtigste Voraussetzung dafür das freie Belieben des Kapitals sei. Zuerst wurde die Arbeit vom Kapital abhängig gemacht, und dann wurde ihm gesagt, daß es nicht seine Pflicht sei, für Arbeit zu sorgen. Ein Glaubenssatz war die These von der segenbringenden Wirkung des freien Spiels der Kräfte. Der Glaube an das freie Spiel der Kräfte war so stark, daß man meinte, es so stark wie möglich einschränken zu dürfen. Die Verfälschung des freien Spiels der Kräfte hielt man für eine Auswirkung dieses Kräftespiels. Man tat, was die Machtstellung erlaubte: und das sollte freies Spiel der Kräfte sein. Die Wirtschaft sollte durch Angebot und Nachfrage sich selbst regeln. Aber vorher wurde Angebot und Nachfrage zurechtgestutzt. Die Wirtschaft sollte nach kapitalistischer Meinung frei sein, weil durch diese Freiheit Konjunkturrückschläge sich von selbst in Konjunkturaufstiege verwandelten. Die Wirtschaft wurde für eine homöopathische Apotheke gehalten, die alle notwendigen Heilmittel berge. Daß man die Heilmittel aus den Flaschen genommen und Wasser nachgefüllt hatte, wurde nicht beachtet. Dann wunderte man sich, daß die verfälschten Heilmittel nicht wirkten!

Das freie Spiel der Kräfte konnte verfälscht werden, weil es im Kapitalismus keinem Zweck dienstbar gemacht worden war. Wäre es einem eindeutig definierten Zweck untertan gemacht worden, wäre auch der Maßstab gewonnen worden, was noch freies Spiel der Kräfte war und was nicht. Dieser Zweck konnte allein das Wohl

des Volkes sein. Der Kapitalismus glaubte aber, das Wohl des Volkes sei nicht Voraussetzung seines Handelns, sondern automatische Folge. Damit war das Wohl des Volkes in die Luft gehängt: und damit auch der Zweck der Wirtschaft — und schließlich die Wirtschaft selbst, der der Zielpunkt fehlte. Das freie Spiel der Kräfte wurde das Spiel von der Willkür des Kapitals. Da die Wirtschaft nicht von vornherein auf das Volkswohl ausgerichtet war, richteten die Interessenten sie auf sich selber aus. Niemand hinderte sie daran. Der höchste Schluß der Weisheit des Weimarer Systems war, daß jeder sich seine Interessentengruppe aussuchen sollte, um sich am „freien Spiel der Kräfte" zu beteiligen, die Wirtschaft nach seinem Interessenstandpunkt zurechtzubiegen. So wurde das freie Spiel der Kräfte aus der Wirtschaft herausgenommen und auf das Gebiet der Politik übertragen. Die Arbeit in der Wirtschaft wurde zum politischen Geschrei. Das Parlament war eine Börse, auf der die Aussichten der Interessentengruppen kursmäßig ausgemacht wurden. Die Wirtschaft klemmte, weil alles Politik machte, und die Politik klemmte, weil die Politik aller darin bestand, zu verhindern, daß eine Politik gemacht wurde. Das freie Spiel der Kräfte war verwandelt in Geschwätz des Parlaments. Das Wohl des Volkes war in das Wohl der Parteien verfälscht worden.

Alle Beweisgründe, die für den Kapitalismus ins Feld geführt werden, und mit denen die nationalökonomischen Lehrbücher angefüllt worden sind, sind Theorie. In der Praxis sehen sie ganz anders aus, wie am Beispiel des freien Spiels der Kräfte gezeigt worden ist. Es war nicht mehr in der Wirtschaft, wo es hingehörte, sondern hatte sich in die Politik verschoben, wo es nicht hingehörte.

Daß seine Theorien sich so sehr weit von der realen Wirklichkeit entfernen konnten, stellt weder dem Tatsachensinn des Kapitalismus, noch dem Ehrgefühl der Kapitalisten ein gutes Zeugnis aus. Wenn die Wortführer des Kapitalismus erkannt hätten, daß den Theorien die Wirklichkeit nicht mehr entsprach, wären sie ausgemachte Betrüger gewesen. Also sei zu ihren Gunsten angenommen, daß ihr Tatsachensinn stark geschwächt war.

Es ist überhaupt außerordentlich schwer, eine Tatsache als Tatsache anzuerkennen, also sich durch kein Vorurteil blenden zu lassen. Das ist ebenso schwer wie für den Schüler die Lösung einer mathematischen Aufgabe. Ist die Lösung gefunden, und schreitet man den Weg zur Lösung zurück, dann ist dieser Weg der einzig mögliche und einfachste. Der Schüler macht aber Fehler. Sie sind Abwege seiner

Phantasie, seiner Nachlässigkeit usw. In den Fehlern ist er originell In ihnen drückt sich seine Persönlichkeit aus. Eine Sache als Tatsache anzuerkennen, ist dagegen Unterordnung der individuellen Persönlichkeit unter den Sachbestand. Das setzt den Mut zum Endgültigen voraus. Das ist außerordentlich selten. Wenn das Glücksspiel eine gute Seite hat, dann ist es die, daß es zu diesem Mute zwingt: du hast verloren, lieber Freund, jetzt rede nicht und versuche nicht, die Tatsache deines Verlustes durch Reden zu erweichen, sondern zahle!

Die Wirtschaft ist eine Schöpfung des Menschen. Sie ist damit eine Kulturerscheinung. Dadurch ist sie abhängig von den großen kulturschöpferischen Strömungen, die die Geschichte bilden. Der Kapitalismus trägt ja auch die Bezeichnung „liberalistisch". Liberalismus ist die Bezeichnung für eine Kulturepoche. Die Kultur des Liberalismus war und ist die Zivilisation, von „civis" = Bürger, also die Verbürgerlichung in jenem Sinn von Bürgertum, der für den Frontsoldaten einen so üblen Beigeschmack hat.

Der Kapitalismus war deshalb materialistisch, weil er die Wirtschaft für einen sich selbst regelnden Automaten hielt. Dieser Automat sollte vom Menschen unabhängig sein. Sogar so unabhängig, daß nicht der Mensch die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Menschen bestimmte. Die liberalistische Theorie hat sich die banalste und niedrigste Seite des Menschen ausgesucht, an der sie Mensch und Wirtschaft zusammenwachsen ließ: den Eigennutz. Indem der Mensch seinem Eigennutzen diente, sollte er der Wirtschaft gehorsam sein. Er sollte vorausschauen, was die Wirtschaft erforderte und befahl, und der Gewinn war die Belohnung für diese Unterwerfung unter die Wirtschaft. Der Liberalismus faßte die Wirtschaft als ein universalistisches System auf. Die Wirtschaft sollte in ähnlichen gesetzmäßigen Bahnen kreisen wie die Sterne. Das System sollte die Einzeltatsachen bestimmen. Nach der liberalistischen Theorie lief das System so sicher, daß der Mensch sich jeden Eingriffes in das System enthalten sollte. Der Staat sollte die Hände von der Wirtschaft lassen. Deutlicher konnte der materialistische Charakter des liberalistischen Kapitalismus ja gar nicht in Erscheinung treten.

Die kapitalistische Theorie war universalistisch, weil sie den Menschen von einem übergeordneten System abhängig machte. Daß sie wirklich materialistisch war, sehen wir jetzt deutlich. Der Materialismus hat nie größere Triumphe gezeitigt, als in der Zeit, da er unumschränkt herrschte: im Weimarer System. Wenn der Schnee geschmolzen ist, sieht man, worauf er gelegen hat.

Das Hauptargument, das der Kapitalismus für sich ins Feld führte, entnimmt er seinem Universalismus, nach der die Wirtschaft jenseits des Menschen steht, ihm übergeordnet ist und „immer so gewesen sei“. Spreche man mit einem eingefleischten Kapitalisten über Wirtschaftspolitik: es dauert nicht lange, und man ist auf der einsamen Insel, wo Bananen mit Kokosnüssen getauscht werden. Der eine ißt seine Bananen auf, der andere handelt mit Kokosnüssen und bildet da den Stand des Handels, der andere ißt seine Bananen nicht auf, sondern erwirbt dafür Stauden und wird Bananenzüchter. Für seine Enthaltsamkeit, die Bananen nicht aufgegessen zu haben, muß er belohnt werden usw. Was so geredet wird, ist selbstverständlich belangloses Blech. In den Überlieferungen der Völker steht nichts vom Stande der Wirtschaft, aber viel von Göttern und Helden. Der Schwerpunkt ihres Lebens hat in der Geschichte nie auf der Wirtschaft gelegen, sondern auf der Ehre, der Tapferkeit, der Frömmigkeit und der Politik. Rothschild ist kein Kulturschöpfer, und wir achten ihn nicht seines Reichtums wegen, sondern die, die ihn so reich haben werden lassen, erscheinen uns als bedenklich.

Weshalb ist Robinson die wichtigste Figur in der Theorie des liberalistischen Kapitalismus? Weil er das Symbol dafür ist, wie die Menschen „immer“ handelten. Er denkt nur wirtschaftlich. Der Kapitalist, der ebenfalls nur wirtschaftlich denkt, kann sich so schön in ihn hineinversetzen. In germanische Heerkönige, indische Denker, griechische Künstler, römische Feldherren, mittelalterliche Heilige, deutsche Glaubenskämpfer, preußische Grenadiere kann er sich nicht hineinversetzen. Wie wenig er das kann, beweist die Haltung der freisinnigen deutschen Bürger gegenüber dem Frontsoldaten: dem „lieben Feldgrauen“. Daß der Feldgraue etwas ganz anderes als „lieb“ war, dessen Beschäftigung im Verbrauch von Pulswärmern bestand, kam ihm nicht in den Kopf, weil es nicht in seinem Herzen war. In den großen Königen, Denkern, Heiligen, Künstlern, in allen tapferen Soldaten war der Geist lebendig: das „Fünklein“ Meister Ekkeharts. Gegen das lebendige Schöpfertum wurde Robinson vom Liberalismus heraufbeschworen.

In der Wirtschaft soll es „immer so gewesen sein“. Sie wird damit unabhängig gemacht vom Schöpfertum im Menschen und seinen zeitlichen Ausdrucksformen. Sie wird über das Schöpfertum gestellt und damit über das lebendige Leben. Ein Leben, in dem kein Fünklein Schöpfertum brennt, ist kein Leben. Es hat, wie Meister Ekkehart sich ausdrückt, an Gott nicht teil — und ist des Teufels. Die kapita-

listische Theorie hat aber ein gutes Gewissen, wenn sie die Wirtschaft über das lebendige Schöpfertum stellt. Der universalistische Charakter, den die Wirtschaft der kapitalistischen Theorie hat, macht das möglich. Kraft dieses universalistischen Charakters steht sie über dem Menschen, also auch über dem Schöpfertum, also auch über der Geschichte. Deshalb kann vorgegeben werden, die Grundzüge der kapitalistischen Wirtschaft seien ewig.

Und diese Behauptung führt der Kapitalismus immer wieder für sich ins Feld. Der Kniff ist nicht schlecht. Sein Witz liegt darin, daß der Kapitalismus, indem er an der Schnur zieht und den Hampelmann Robinson tanzen läßt, sich als absolut vorurteilslos, als rein wissenschaftlich hinstellt. Dadurch überrennt er das Mißtrauen des Gesprächspartners — und macht ihn zum Bundesgenossen. Denn der Gesprächspartner muß jetzt seiner Gedankenführung folgen, weil er ja auch nur ein Kind dieser Zeit ist.

Übrigens ist das Hauptargument des Kommunismus nur eine Abwandlung des kapitalistischen Hauptargumentes. Alle bisherige Geschichte soll nach dem kommunistischen Manifest die Geschichte von Klassenkämpfen sein. Da wird nur etwas energischer betont, daß die Wirtschaft über dem Menschen stände und immer dieselbe gewesen sei. Diese kommunistische Grundbehauptung ist nur eine weitere Schlußfolgerung aus der kapitalistischen: wenn die Wirtschaft immer so im Mittelpunkt der Geschichte gestanden hat wie im neunzehnten Jahrhundert nach kapitalistischer Grundbehauptung, dann wird der Klassenkampf des neunzehnten Jahrhunderts auch der Inhalt der Geschichte gewesen sein. Das lebendige Schöpfertum vergessen sie beide in gleicher Weise gründlich. Der einzige Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist der verschiedene Grad der Gegnerschaft gegen das Schöpfertum. Der junge Kapitalismus brauchte das lebendige Schöpfertum nur zu übersehen. Der Kapitalismus ist inzwischen so erstarrt, daß er gegen das Schöpfertum Front machen mußte. Der Bolschewismus ist nichts anderes als der Kapitalismus in bewaffneter Frontstellung gegen das Schöpfertum. Sowjetrußland ist bewaffneter Kapitalismus. Der Materialismus des neunzehnten Jahrhunderts wird dort zu einem Evangelium gemacht. Je öder das Leben ist, desto besser soll es sein. Die Keimzelle, aus der der Kommunismus erwachsen ist, war der Haß von Karl Marx gegen Preußen: weil Preußen das zu Fleisch gewordene Schöpfertum Friedrichs war. Der jüdische Instinkt sprach in diesem Haß von Karl Marx. Wo sollten die Juden bleiben, wenn die nordische Rasse schöpferisch

aufbrach? In Sowjetrußland gießt das Judentum das neunzehnte Jahrhundert mit Beton aus. Im neunzehnten Jahrhundert fühlte es sich wohl, und es baut dieses neunzehnte Jahrhundert jetzt zu seiner Verteidigungsstellung gegen den Mythos des zwanzigsten aus. Herrschaft des Weltproletariats: kann der Mensch überhaupt noch radikaler geschändet werden als durch diese Verleugnung seines rassischen Menschentums? Diese „proletarische“ Menschheit ist in gleicher Weise wie die liberalistische Menschheit in der Horizontalen das, was die „Ewigkeit der Wirtschaft“ in der Vertikalen ist. Wie in der Geschichte die Menschheit nur von der Wirtschaft bewegt worden sein soll unter Verleugnung allen Schöpfertums, so wird jetzt im weltpolitischen Raum der Gegenwart alles Schöpfertum geleugnet, und die Menschheit soll ebenso rasselos sein, wie die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen eintönig und blöde wäre. Auch hier ward Zeit zu Raum.

Für den Nationalsozialismus ist die Wirtschaft kein universalistisches System. Das ist ein Hauptunterscheidungsmerkmal seiner Wirtschaft von der des Kapitalismus und Kommunismus. Deshalb läßt er sich auch nicht vom System vorschreiben, wie er die Wirtschaft betrachten und wie er Wirtschaftspolitik treiben soll. Er schaut einzig und allein auf den zu erreichenden Zweck, das Wohl des Volkes. Das Wohl des Volkes als Richtungspunkt der Wirtschaftspolitik nimmt für den Nationalsozialismus genau die gleiche Stelle ein, wie das System für den Kapitalismus und Bolschewismus.

Das System in Kapitalismus und Bolschewismus ist eine Betrachtungsmethode. Das Wohl des Volkes zu gewährleisten, ist ein Willensziel. Der liberalistische Kapitalismus hatte überhaupt keine Willensziele, die der Staat durch seine Wirtschaftspolitik erreichen sollte. Er sollte sich nur nicht in die Wirtschaft einmengen. Als der Staat für die kapitalistische Wirtschaft eingespannt wurde, ward der Imperialismus geboren: er hatte sich auf ein trügerisches Terrain begeben. Der Bolschewismus hat auch wirtschaftspolitische Willensziele: das System zu verwirklichen. Das Wohl des Volkes ist ihm ebensowenig Leitpunkt seines Handelns wie dem Imperialismus. Man kann ihn ja auch als einen innerpolitischen Imperialismus bezeichnen. Imperialismus wie Bolschewismus sind wirtschaftsfeindlich. Denn ist die Wirtschaft ein System, dann rollt das System im eigenen Automatismus ab. Der Wille des Menschen tritt dann in

Konkurrenz mit diesem Automatismus: das eine behindert das andere. Das Wohl des Volkes zu sichern, ist dagegen ein Willensziel der Wirtschaftspolitik, das nicht nur nicht wirtschaftsfeindlich ist, sondern der Wirtschaft einen realen Zweck gibt. Ein Zweck ist so real, als er praktisch ist, und er ist so praktisch, als die Motive, die ihn zu erreichen befahlen, edel und sittlich sind. Den Imperialismus und den Kommunismus können nur kleine Schichten des Volkes mit wollen, sein Wohl will das ganze Volk. Die politische Basis, das Wohl des Volkes zu sichern, ist unendlich viel breiter als die dem Bolschewismus und Kommunismus zugrunde liegende. Praktisch in der Politik kann aber auf die Dauer nur das sein, was auf breiter Basis steht.

Dadurch, daß das Wohl des Volkes für den Nationalsozialismus der Richtungspunkt allen wirtschaftspolitischen Handelns ist, zerbricht jede Systemvorstellung. Denn nicht mehr vom System aus bekommt die wirtschaftspolitische Handlung ihren Sinn, sondern vom jeweiligen Zweck. Was hier gemeint ist, erhellt vielleicht ein Beispiel. Die Brüningpolitik hatte vom kapitalistischen Liberalismus und seinem System aus ihren Sinn. Er wollte um jeden Preis die Ausfuhr steigern. Dadurch sollte der Mechanismus des kapitalistischen Systems angekurbelt werden. Er sah gar nicht die Wirtschaft, wie sie war, sondern nur das System und seinen Mechanismus, obwohl er gar nicht mehr existierte. Zwischen Wirtschaft und Volk stand ihm das System. Also konnte er keine Wirtschaftspolitik treiben, die unmittelbar, nicht über die Umwege durch das System, dem Volke nützte. Brünings Politik war der Versuch, um die Ecke zu schießen: er senkte den Lebensstandard des Volkes und erwartete, ihn dadurch auf die Dauer zu heben.

Der Nationalsozialismus schlägt derartige Umwege nicht ein. Er will den Kapitalismus nicht sanieren in der Meinung, daß die Wirtschaft dann wieder gesunde. Wie ein sanierter Kapitalismus aussehen würde, haben wir auf einem Teilgebiet ja beobachtet. Brüning mußte von seinem Standpunkte aus die Banken sanieren, weil er ja das System sanieren wollte. Die Banken gehörten damals zum System. Er sanierte mit Geldmitteln, die er dem Volke wegnahm: von den besseren Stellen in der Wirtschaft brachte er sie zu den schlechteren. Eine Sanierung des Kapitalismus könnte nur auf Kosten des Volkes erfolgen und damit auch auf Kosten der Wirtschaft. Es gibt Neger, die unter Schmerzen Körperorgane verunstalten und durch diese Zierate in ihrer Bewegungsfreiheit dauernd gehemmt

sind. Nun wohl: den Kapitalismus sanieren, würde heißen, daß das deutsche Volk in seinem Volkskörper gleichsam die Lippen gewaltig ausbuchtete und mit der Behinderung der Bewegungsfreiheit diese Schönheit gerne bezahlte.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik befaßt sich mit Tatsachen. Den Wert einer Einrichtung in der Wirtschaft ermißt sie nicht an der Theorie eines Systems. So ist der Funktionswert der Banken nicht der, den die kapitalistische Theorie vorgibt. Sie schaut zu, was die Banken praktisch leisten für das Wohl des Volkes. Die ganze Wirtschaft mit allen ihren Einrichtungen ist für den Nationalsozialismus herausgetreten aus dem Systemzusammenhang des Kapitalismus, und dessen Bewertungsskala ist zu Boden gefallen und zerbrochen. Die Wirtschaft besteht für den Nationalsozialismus, nachdem sie für die Anschauung nicht mehr durch die kapitalistischen Theorien zusammengehalten ist, aus lauter Einzeltatsachen, die jede für sich gewertet werden.

*

Um Wirtschaftspolitik zu treiben, muß der Nationalsozialismus selbstverständlich auch diese Einzeltatsachen wieder im Zusammenhang sehen. Wirtschaftspolitik ist ja die Steuerung wirtschaftspolitischer Zusammenhänge. Um sie steuern zu können, muß man sie erkannt haben. Die alten kapitalistischen Zusammenhänge werden nicht mehr anerkannt. Also muß der Nationalsozialismus selbst erfassen, wie die Einzeltatsachen sich verbinden und aufeinander einwirken. Und das ist nicht leicht. Wo eine Theorie festgewurzelt ist, erscheint ein Bild der Zusammenhänge, das der Theorie nicht entspricht, als utopisch, mag es der praktischen Wirklichkeit noch so sehr entsprechen. Der Mensch weiß meistens ebensowenig, was er wirklich sieht, als er weiß, was er nun eigentlich will. Die Objekte seines Willens sind nicht von ihm, sondern meistens von der Konvention, Mode usw. bestimmt. Die Überwindung des Klassenhasses war ein durchaus praktisches Ziel. Es entsprach der Vorstellungswelt der Systemzeit nicht, und deshalb wurde dies Ziel für unpraktisch gehalten. Es sei nicht zu verwirklichen.

Die praktischen Zusammenhänge in der Wirtschaft zu erkennen, ist ebenso schwer, wie es lange gedauert hat, bis der Mensch das Naturgeschehen in seiner nackten Realität erkannt hat. Die Naturwissenschaften, die diese Gabe brachten, sind in der Weltgeschichte ganz jungen Datums. Es ist viel schwerer, die Zusammenhänge nackt und

ohne Vorurteil zu sehen, als eine Theorie zu bauen. Jede Theorie ist ein zu einem System erhobenes Vorurteil. Sie ist ein Kompromiß zwischen Vorurteil und dem Willen zur Erkenntnis, bei dem das Vorurteil sich durchgesetzt hat. Es ist schwerer, die Tatsachen ausreden zu lassen, als ihnen ins Wort zu fallen und ihnen eine Theorie einzureden. Wenn wir die sachlichen Zusammenhänge der Tatsachen in der Wirtschaft erkennen, dann ist das kapitalistische System erledigt, das auf Vorurteilen und vorurteilsvollen Einschätzungen beruht.

Die realen und praktischen Zusammenhänge in der Wirtschaft kann der Verstand allein nicht erkennen. Wer bürgt dafür, daß er nicht wieder mit einem Vorurteil ein Kompromiß eingeht, bei dem er übertölpelt wird? Das ist ihm bisher immer so ergangen. Der Bolschewismus bildet sich ein, ganz objektiv, wissenschaftlich und verstandlich zu sein, und doch feiert in ihm das Vorurteil die größten Triumphe. Der Verstand muß etwas haben, worauf er die Tatsachen bezieht. Wasser kann man nur in einem Topf, Eimer usw. tragen.

Für den Nationalsozialismus ist, wie gesagt, der Bezugspunkt der Tatsachen das Wohl des Volkes. Für den Nationalsozialisten ist es der fanatische Wille, dem Wohl des Volkes zu dienen. Dieser fanatische Wille gibt dem Nationalsozialismus seine kritische Haltung gegenüber den von der kapitalistischen Theorie vorgegebenen Zusammenhängen der Tatsachen. Von dieser Haltung aus sieht er sie anders. Diese Haltung schenkt seinem Denken einen neuen Spielraum. Dies Denken macht halt bei dem, was in den nationalökonomischen Lehrbüchern steht. Die waren ein System von Glaubenssätzen. Wo das kapitalistische Denken aufhört, fängt das nationalsozialistische an. Wir glauben nicht mehr an die Weltwirtschaft, an die internationale Arbeitsteilung, an die kapitalistische Ausgabe des freien Spiels der Kräfte, an den Vorrang des Kapitals usw. Wir messen jeden dieser kapitalistischen Glaubenssätze an unserem Ziel und denken nach, ob er das Wohl des Volkes auf dem kürzesten Wege sichert. Dabei werden die kapitalistischen Glaubenssätze zersetzt.

Neben dieser Kritik steht die positive Politik. Da diese sich an keine Theorie hält, so hat sie es immer mit Einzelzusammenhängen in der Wirtschaft zu tun. Das zusammenfassende Bild, das eine Theorie von der Wirtschaft gibt, muß die nationalsozialistische Po-

litik entbehren. Diesem zusammenfassenden theoretischen Bild entspräche ein Plan für die Wirtschaftspolitik. Den besitzt der Nationalsozialismus nicht. An Stelle dieses Planes hat sie Grundsätze, über die später gesprochen werden wird.

Und anstatt daß sie eine Theorie verwirklicht, löst die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die praktischen Aufgaben, die von der jeweiligen Situation gestellt werden. Eine Aufgabe ist klar umrissen. Sie steht in ihrer Sachlichkeit fest. Von dieser Aufgabe aus können wirtschaftliche Tatbestände, die in den Bereich der Aufgabe fallen, im Zusammenhange gesehen werden. Dieser Zusammenhang ist rein sachlich, von keinem Vorurteil gefärbt. Das der Theorie zugrunde liegende Vorurteil als Ausrichtungspunkt für die Tatsachen ersetzt der Nationalsozialismus — das kann nicht oft genug wiederholt werden — durch das Streben zum Wohle des Volkes. Der Wille, das Wohl des Volkes zu verwirklichen, gibt den Gesichtspunkt ab, von dem aus die Tatsachen im Zusammenhang gesehen werden.

Was das wirkliche Wohl des Volkes ist, ist sehr schwer zu erkennen. Besonders in der Wirtschaft. Viele meinen, unter Verkennung des inneren Segens der Arbeit, dem Volke ginge es am besten, wenn überhaupt nicht gearbeitet zu werden brauchte. Aber selbst wenn das möglich wäre, wäre es seiner Zukunft nicht dienlich. Damit haben wir die erste Zweifelsfrage, was das Wohl des Volkes ist. Die Wirtschaft ist ein Wechselspiel von Geben und Nehmen. Wo keine Arbeit in die Wirtschaft hineingesteckt wird, kann kein Volkswohlstand aus ihr herausgenommen werden. Inwieweit darf die Wirtschaft belastet werden für das Volk, ohne Schaden daran zu leiden? Inwieweit muß sie belastet werden, damit ihr kapitalistischer Charakter abgebaut wird? Wieder eine theoretisch unlösbare Frage. Die Wirtschaft ist ein System von Zusammenhängen, das pfleglich behandelt werden muß: zum Wohle des Volkes. Sie ist kapitalistisch, also muß wiederum zum Wohl des Volkes in sie eingegriffen werden. Eins widerspricht dem anderen. Die Kaufkrafttheorie, die die Gewerkschaften einst vertreten haben, war im Grunde richtig, nur wurde sie falsch angewandt und schadete mehr, als sie nützte. Da der Nationalsozialismus auf eine Theorie in der Wirtschaftspolitik verzichtet, kann er auch kein Bild von einer Wirtschaft haben, die dem Wohle des Volkes entspricht. Denn dieses Bild wäre wieder eine Theorie. Mit diesem allgemeinen Bilde verzichtet er auf eine allgemeine Definition dessen, was das Wohl des Volkes ist. Er weiß aber, was dem Wohle des Volkes widerspricht. Hier hat Wagner recht, wenn

er sagt: was er wolle, wisse der Mensch selten, wohl aber wisse er meistens, was er nicht wolle.

Dem Wohle des Volkes entspricht, was praktisch ist. Eine dem Wohle des Volkes Genüge leistende Wirtschaft ist eine durchaus praktische Wirtschaft. Praktisch ist eine Wirtschaft, die die gesamten Produktionsenergien ausschöpft: die menschlichen sowohl als die technischen. Die Ausschöpfung aller technischen Produktionsenergien bedeutet, daß menschliche Arbeitskraft, wo es möglich ist, erspart werden soll. Das ist der Sinn der Technik, und eine praktische Wirtschaft darf ihm in keiner Weise, auch durch keine noch so gemäßigte Maschinenstürmerei, widersprechen. Eine Wirtschaft ist nicht praktisch, in der die menschliche Arbeitskraft voll ausgeschöpft wird, weil die Entfaltung der Technik gebremst wird. Das wäre keine Fruchtbarmachung der Arbeitsleistung durch die Wirtschaft, sondern eine Verschwendung der Arbeitskraft und Mißwirtschaft. Trotz aller Entwicklung der Technik sollen alle menschlichen Arbeitsenergien entfaltet werden. Je weiter die Technik fortschreitet, desto mehr Arbeitsmöglichkeiten soll die praktische Wirtschaft schaffen. Die menschlichen Arbeitsenergien sollen in allen ihren Abstufungen Raum zur Betätigung finden: die höherwertigen ebenso wie alle anderen. Die Wirtschaft soll elastisch genug sein, um der vorausschauenden freien Initiative Raum zu geben, aber sie soll wieder so geordnet sein, daß diese freie Initiative ihre Gewinne nicht auf Kosten anderer macht. Alle Energien, die technischen ebenso wie alle menschlichen in ihrer Vielgestaltigkeit, sind in einer praktischen Wirtschaft einheitlich ausgerichtet: auf die möglichst hohe Erzeugung für das Volk, also für die möglichst große Steigerung der Lebenshaltung des Volkes.

Das ist die Definition der praktischen Wirtschaft: sie ist die Wirtschaft, die dem Sinn der Wirtschaft gerecht wird, nämlich die Umschlagstelle zu sein, wo die Arbeit des Volkes zu seiner Versorgung wird. Diese Umschlagstelle soll unter möglichst geringen Reibungsverlusten arbeiten.

Eine sachlichere Definition der zukünftigen Wirtschaft gibt es nicht. Sie setzt sich aus Elementen zusammen, die nur wirtschaftlich und in keiner Weise gefühlsmäßig sind, wie es ein Klassenstandpunkt usw. ist. Doch dieser Definition der zukünftigen Wirtschaft entspricht kein Bild, kein theoretisches Bild, wie sie in ihren Einzelheiten aussehen wird. Aber weil dies Bild fehlt, kann die Politik, die die Wirtschaft dieser Definition angepaßt, frei und das heißt praktisch sein; sie ist durch keine Theorie gefesselt. Die Definition der zukünftigen Wirt-

schaft ist ein Grundsatz, der vor der Politik als die zu verwirklichende Aufgabe steht, aber kein Plan, keine Landkarte, nach der sie marschieren könnte. An der Stelle des Glaubens an eine Theorie, der die dieser Theorie anhangenden Volksschichten an die Regierung bindet, steht beim Nationalsozialismus das Vertrauen in die Führung.

Das ist ein wesentlicher politischer Faktor. Eine Regierung, die sich auf den Glauben an eine Theorie stützt, ist durch die Theorie in ihrer Handlungsfreiheit beengt. Wir sehen das in Sowjetrußland, wo die Regierung sich immer gegen die Kritik zu wehren hat. Tausend mit der Lupe bewaffnete Augen sehen nach, ob die Regierung nicht vom „geraden Weg" der Theorie abweicht. Es gibt dort immer Kämpfe um die „Generallinie". Das Vertrauen in die Führung gibt der Führung dagegen Bewegungsfreiheit, praktisch zu handeln. Was praktisch ist, hat in sich selbst Überzeugungskraft. Handelt eine vom Vertrauen des Volkes getragene Führung praktisch, dann stärkt sie ihre Autorität durch die den praktischen Handlungen innewohnende Überzeugungskraft immer neu. Das ist in Sowjetrußland anders. Weil die Generallinie der Theorie entnommen ist, wird nicht gefragt, ob die Regierung praktisch handele, sondern ob sie im Rahmen der theoretischen Generallinie praktisch vorgegangen sei. Im selben Umfange, als das kommunistische Programm unpraktisch ist, ruft die kommunistische Regierung den Widerstand der kommunistischen Theoretiker wach, wo sie gegen das Programm praktisch vorgeht.

Die Generallinie der bolschewistischen Politik, die die Regierungshandlungen im Zusammenhang zeigt, ist für das nationalsozialistische Deutschland entbehrlich. Der Nationalsozialismus hat sie durch etwas Vollkommeneres ersetzt: weil das Volk der Regierung vertraut, erscheinen ihm die Handlungen der nationalsozialistischen Regierung im Zusammenhang.

Der Nationalsozialismus löst mit Methoden, die dem jeweiligen Zweck angepaßt, aber keiner Theorie entnommen sind, Aufgaben. So steuert er auf die praktische Wirtschaft zu, die dem Wohle des Volkes angepaßt ist. An der Stelle einer Theorie von der vollendeten Wirtschaft steht die Kette der Taten, die sie schafft. Wenn alle Aufgaben in der Wirtschaft praktisch gelöst sind, dann ist auch die ganze Wirtschaft praktisch. Da ferner die praktische Wirtschaft das Volkswohl sichert, so tut das auch jede praktische Einzelmaßnahme. Dadurch aber ist der Nationalsozialismus der Notwendigkeit enthoben, lange Überlegungen anzustellen, was das Volkswohl im Einzelfall erfordert. Es wurde oben schon gesagt, wie außerordentlich schwer es ist,

das für jeden Einzelfall festzustellen. Im Einzelfall haben die Interessenten verschiedene Auffassungen über das dem Volkswohl Dienliche. Auf die Dauer kann aber für das Volk eine Handlung sehr förderlich sein, die es im Augenblick belastet. Der Kapitalismus und der sozialdemokratische Marxismus haben sich zehn Jahre darüber unterhalten, was dem Wohle des Volkes entspräche, und sind doch zu keinem Schluß gekommen. Diese Debatte über das Volkswohl durchhaut der Nationalsozialismus mit der Tat. Er sinkt nicht in Überlegungen ein, wo im Augenblick das Wohl des Volkes sei, sondern er tut das, was praktisch ist, was die Aufgabe fordert: und handelt so zum Wohle des Volkes.

Das Volk billigt diese Politik. Es fragt nicht, wie gewisse intellektuelle Schichten, ob das oder jenes sozialistisch sei, sondern es schaut darauf, daß gehandelt werde. Es nimmt die Belastungen aus der Vergangenheit, die der Nationalsozialismus noch nicht abtragen konnte, in Kauf und vertraut dem Nationalsozialismus doch. Äußerlichkeiten, die Ausgestaltung des Geld- und Kreditwesens z. B., sind ihm ziemlich gleichgültig. Ob die Belastungen der Brüningzeit abgebaut werden, ist auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Das Volk macht ihren Abbau nicht zum Gradmesser für die Bewertung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsbeschaffung ist ihm weit wichtiger. Gerade die bezeugt ihm den Sinn für das Reale und die praktische Aufgabe, die dem Nationalsozialismus eigen ist. Ein gesundes Volk erträgt alle Mühen, die nötig sind, um ein Ziel zu erreichen. Es folgt nicht der bequemen, sondern der großen Politik. Eine große Politik ist die, die alle Energien des Volkes anspannt, damit viel geleistet werde. Diese Zeiten sind vom Nachruhm umgoldet: und der ist der höchste Preis des Lebens.

Am Anfang dieses Kapitels wurde gefragt, was eine Tatsache sei. Die Antwort ist: Als Tatsache wird eine Sache gesehen, wenn sie ohne das geringste Vorurteil angesehen wird. Den Zusammenhang der Tatsachen schafft keine Theorie, sondern die Aufgabe. Die Aufgabe wird von der auf das Wohl des Volkes ausgerichteten Politik erkannt. Das Bedürfnis des Volkes stellt die Aufgabe. Diese Aufgabe aber wird ohne Sentimentalität gelöst und ohne andere als praktische Rücksichten. Praktische Rücksichten nicht nehmen, würde heißen, objektive Tatsachen zu übersehen, also die Aufgabe nicht so praktisch wie möglich lösen. Aus diesem Grunde sind kapitalistische Einrichtungen, die benutzt werden konnten, benutzt worden. Sie zu zerschlagen, wäre ein kostspieliges Vergnügen gewesen, an dem allerdings viele

ihre Freude gehabt hätten. Wir sind aber jetzt nicht dazu da, um uns zu vergnügen, sondern um zu schaffen. Auf der anderen Seite wird der Kapitalismus dort, wo er praktischen Lösungen entgegensteht, überwalzt. In gleicher Weise läßt sich die nationalsozialistische Politik durch keine marxistische Begehrlichkeit der Arbeiter beeinflussen, wo sie die Wirtschaft schädigt. Der Nationalsozialismus braucht keine Propaganda mit Geschenken und Versprechungen und hat es nicht nötig, Rücksichten zu nehmen, weil er die Tat für sich sprechen lassen kann.

Eine Aufgabe, die praktisch gelöst ist, ist auf die beste Weise gelöst, und auf diese Weise wird das Wohl des Volkes, das im Einzelfall anders gar nicht zu erkennen ist, gewährleistet. Die nationalsozialistische Politik befriedigt sachlich offenbare Bedürfnisse auf sachliche Weise: das ist ihr ganzes Geheimnis. Und daß das neuartig ist, ist durch die kritischen Einflechtungen in den vorstehenden Ausführungen dieses Kapitels wohl genügend belegt.

Die Nutzanwendung dieser Definition der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zeigt auch ihre Neuartigkeit. So manche kapitalistischen Einrichtungen in der Wirtschaft auch noch bestehen mögen, so viel kapitalistisches Gebaren in ihr noch zutage tritt, so ist die Wirtschaft doch nicht mehr kapitalistisch, sondern schon nationalsozialistisch. Denn alle diese kapitalistischen Einrichtungen haben eine neue Grundlage bekommen. Denn mögen sie auch noch im Rhythmus des kapitalistischen Systems ablaufen, so ist doch die Politik diesem kapitalistischen System nicht mehr unterworfen. Das System ist Werkzeug in der Hand der Politik. Wo der Kapitalismus sich noch immer für unangetastet hält, dort ist er tatsächlich schon eingespannt in die Politik. Es dient eben alles der Arbeitsbeschaffung und damit dem politischen Ziele. Weil der Nationalsozialismus in so neuartiger Weise sachlich ist, kann er in so ungemein praktischer Weise vorgehen: und sogar die kapitalistischen Einrichtungen zu seinem Werkzeug machen. Der Nationalsozialismus erreicht damit, daß seine Politik selbst wirtschaftlich ist.

Er hat es fertiggebracht, eine Ökonomie der revolutionären Energien treiben zu können. Er hat sie nicht hochspritzen lassen in einem sinnlosen und verschwenderischen Feuerwerk. Es mag eine Sensation sein, wenn aus dem angebohrten Ölfeld der Strahl hochschießt und sich entzündet: so sahen alle früheren Revolutionen aus. Der Nationalsozialismus hat alle revolutionären Energien eingefangen, damit sie evolutionär die deutsche Geschichte tragen. Diesem

großen Bilde entspricht das kleinere auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Auch sie ist ökonomisch. Wäre der Kapitalismus mit Elan entzweigeschlagen worden, dann wären die Nervenstränge, die die Wirtschaft nun einmal hatte, durchschnitten worden. Die Wirtschaft wäre ein lebloser Körper gewesen. Der Nationalsozialismus hätte die neuen Nervenstränge erst schaffen müssen, was dem Bolschewismus bis jetzt nicht gelungen ist. So baute aber der Nationalsozialismus die neue Wirtschaft auf und benutzte den Kapitalismus als Hilfsmotor. Alle Energien, die da sind, zielsicher einzusetzen, ist Bewirtschaftung dieser Energien. Bleiben wir bei dem Gleichnis von dem Motor. Die bolschewistische Weise, Wirtschaftspolitik zu treiben, entspricht dem vortechnischen Zeitalter. Die Bolschewisten machen alles gleichsam mit der eigenen Hand, ohne dynamische Kräfte einzusetzen. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik entspricht dem technischen Zeitalter. Sie läßt den Kapitalismus als Motor laufen, benutzt seine dynamischen Energien, legt aber die Transmissionsriemen um.

Der Nationalsozialismus sieht in der Wirtschaft nicht den Systemzusammenhang des Kapitalismus. Er sieht nur dynamische Zusammenhänge. Er steuert sie in den Dienst seiner Politik. Die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus laufen schon nicht mehr im Kreise des Systems, sondern sie werden für die Zwecke der nationalsozialistischen Politik, die außerhalb des kapitalistischen Systems liegen, benutzt. Für die nationalsozialistische Betrachtung ist das kapitalistische System zersplittert. Es gibt für sie nur dynamische Zusammenhänge in der Wirtschaft, die sachlich benutzt werden. Der Durchbruch zu dieser Betrachtung ist ein geistiger Akt gewesen; genau so, wie das Vertrauen in den Nationalsozialismus und die geistige Besitznahme der Wirtschaft durch das Volk mit diesem Vertrauen ein geistiger Akt gewesen ist. Das eine bedingt das andere. Beides kommt aus der gleichen geschichtlichen Wurzel.

Das neunzehnte Jahrhundert hat auch seine Früchte getragen. Für Völker mit lebendigen Rasseninstinkten muß jedes Jahrhundert, wie es sonst auch aussehen mag, sein positives Ergebnis haben. Das neunzehnte Jahrhundert hat zu sachlichem Denken erzogen.

Dem Nationalsozialismus ist unter anderem auch die Einführung dieses sachlichen Denkens in die Politik zuzuschreiben. Auch in die Wirtschaftspolitik. Dort hat es im Zeitalter des Kapitalismus nicht geherrscht. Da herrschte die kapitalistische Theorie. Der National-

sozialismus durchbricht den Kapitalismus, indem er sich an dessen Theorie nicht mehr gebunden fühlt. Indem er das kapitalistische Dogma abstreift, macht er sich zu der Brücke, über die das sachliche und volkliche Denken in die Politik Einzug hält.

Damit ist der Nationalsozialismus auch die Weise, in der das Volk selbst zu sachlichem Denken in der Politik vorstößt. Es will die Wirtschaft nicht mehr anbeten: das hat es im Kapitalismus getan, und zwar in genau dem gleichen Umfange, als es den Reichtum bewunderte. Der Reiche galt als ein höherer Mensch. Das Volk stand vor der kapitalistischen Wirtschaft wie ein Mann vor einer Maschine, in deren Konstruktion er nicht verstehend eindringt, dafür aber das mangelnde Verständnis durch Bewunderung ersetzt. Der Bolschewismus macht die Wirtschaft ebenfalls wieder zum Götzen: Der Kampf zwischen Kapitalismus und Bolschewismus ist der Kampf zwischen zwei Götzen oder zwei Sektierergruppen. Keine dieser beiden Gruppen streitet für eine sachliche Wirtschaft.

Eine sachliche Betrachtung der Wirtschaft durch das Volk kann nur in die Forderung auslaufen, daß die Wirtschaft ihm diene. Immer ist es so, daß der Mensch das, was er sachlich ansieht, als Werkzeug ansieht. Das Volk ist ferner souverän in seinem Fühlen. Diese Souveränität des Fühlens in ein souveränes Handeln auszumünzen, ist Aufgabe des Staates. Sieht das Volk die Wirtschaft als sachlich an, so folgt daraus der Wille des Volkes, daß ihm die Wirtschaft diene. Die sachliche Betrachtung der Wirtschaft durch das Volk ist aber zugleich eine innere Haltung des Volkes. Es empfindet die Wirtschaft als sachlich, und in dieser Empfindung nimmt es die Dienststellung der Wirtschaft schon vorweg: es ergreift geistig Besitz von ihr. Diese Souveränität des Fühlens im Volke in die praktische Wirklichkeit einzusetzen, ist Aufgabe des nationalsozialistischen Staates. Die gemeinsame Wurzel zwischen der sachlichen nationalsozialistischen Politik und der geistigen Ergreifung der Wirtschaft durch das Volk ist sichtbar. Damit wird auch an dieser Stelle die Verbindung von Volk und Nationalsozialismus, die in der Wurzel geknüpft ist, deutlich.

Leere Mystik wird gerufen! Die so rufen, glauben damit den zerschmetternden Hieb geführt zu haben. Dafür haben sie ihre Theorien und Dogmen. Der Nationalsozialismus weiß, daß das Leben die innere Flamme im Menschen ist. Es ist die Lebendigkeit der Rasse in ihm. Wer Theorien und Dogmen aufstellt, der gibt den Tatsachen ein magisches Leben durch den theoretischen oder dog-

matischen Zusammenhang, in die er sie stellt. Jede Theorie und jedes Dogma ist letzten Endes magisch. Brünings Ausfuhrpolitik war im Kerne die Anwendung magischer Beschwörungsformeln, damit die Wirtschaft wieder in Gang käme. Die Auffassung, daß nur das Kapital Arbeit schaffen kann, war der Verzicht des Menschen auf die eigene Tat, um das Kapital nicht zu stören, ein magisches Wunder zu tun. Wenn es Mystik sein soll, aus den Tatsachen das magische Leben mit allen Theorien und Dogmen herauszunehmen, dann mag es Mystik sein. Wir geben den Tatsachen keine magische Lebendigkeit, sondern suchen sie dort, wo sie ist: im Menschen. Deshalb braucht der Nationalsozialismus auch keine Politik auf Umwegen zu machen. Er treibt sie von der unmittelbaren Lebendigkeit im Menschen aus, aber nicht von einer in die Tatsachen reflektierten magischen Lebendigkeit her: er geht aus von der lebendigen Dynamik im Menschen, also von keiner Dynamik, die die Theorie oder das Dogma in die Tatsachen hineingespiegelt hat. Der Nationalsozialismus steht in der lebendigen Flamme des Lebens; von ihr genährt, schafft er Wunder, anstatt passiv auf den Gott aus der Maschine zu warten. Das Leben kann sich nicht anders äußern als im schöpferischen Wunder.

Das deutsche Volk hat sich unter der Hakenkreuzfahne mit dem Rassegedanken in die lebendige Flamme des Schöpfertums gestellt. Das Fünklein Meister Ekkeharts ist der Gott während der Schöpfung. Wenn oben der innige Zusammenhang zwischen dem Tatsachensein des Nationalsozialismus und der geistigen Besitznahme der Wirtschaft durch das Volk betrachtet worden ist, so ist damit der Gott während der Schöpfung geschaut worden.

4. Kapitel

Das schöpferische Wachstum

Wir wollen keine konstruierte, sondern eine schöpferisch gewachsene Wirtschaft.

Der Umschwung der kapitalistischen Wirtschaft des neunzehnten Jahrhunderts in die sozialistische des zwanzigsten Jahrhunderts kann sich nur vollziehen innerhalb der Gesamtschwenkung zwischen diesen beiden Jahrhunderten. Der Mensch wird ein anderer. Wäre der Mensch nicht im Wandel begriffen, dann wäre die kapitalistische Wirtschaft auch nicht zusammengebrochen. Denn die Wirtschaft gestaltet ja nicht den Menschen, sondern der Mensch gestaltet die Wirtschaft.

Die Entartung der kapitalistischen Wirtschaft ist die Folge der Entartung der Persönlichkeit. Bei Kant war sie noch von innerem Leben erfüllt. Der Mensch wurde Persönlichkeit, indem er sich mit dem moralischen Gesetz in seiner Brust in Einklang brachte. Er war Werkzeug des moralischen Gesetzes in seiner Brust, sich zu verwirklichen, und die Persönlichkeit war der Preis für das Vollbringen. An die Stelle der Kantischen Persönlichkeit, die um dieses Preises willen, der geschlossenen Persönlichkeit willen dem moralischen Gesetz folgte, schob sich im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts das Ich.

Anstatt daß das Ich auf das moralische Gesetz in Beziehung gesetzt wurde, wurde die Welt auf das Ich in Beziehung gesetzt. Der moralische Mensch Kants konnte als Gesetzgeber der Welt auftreten: das war ein gegen sich selber strenger und der Welt gegenüber gerechter Gesetzgeber. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts maßte das Ich sich an, Gesetzgeber zu sein. Die Welt sollte so sein, wie es dem Ich paßte. Das Ich war ein durch Interessen bestochener und der Welt gegenüber ungerechter Gesetzgeber. Der Persönlichkeit Kants entsprach ein Wirtschaftler, der in erster Linie auf die Sittlichkeit seines Handelns und nicht auf den Gewinn sah. Das Ich des neunzehnten Jahrhunderts wurde ein Wirtschaftler, der die Wirtschaft seinem Interesse dienstbar machen wollte und sie dadurch am Ende zerstörte.

Die Kantische Persönlichkeit ist im neunzehnten Jahrhundert vertan worden und ist nicht wieder herzustellen. Die Geschichte ist für ein lebendiges Volk zu reich, als daß sie gestattete, zerbrochene Lebensformen wieder zu leimen. Die Kantische Persönlichkeit war auch zu eng. Sie hatte zu wenig Weite in sich. Sie schloß sich ab gegen die drängende innere Fülle, die Pedanterie lag ihr nahe. Sie mußte eng sein, weil der Mensch um seiner selbst willen Persönlichkeit werden sollte.

So leer, oberflächlich und gemein uns das Ich erscheint, in dem die Kantische Persönlichkeit erstarrt, geronnen ist, so hat sie doch ein Zug nach Weite zur Gerinnung gebracht: der Zug nach der großen Welt. Wenn ein in der Rasse begründeter Zug nicht der Urheber dieser Erstarrung gewesen wäre, wenn die Rasse dabei nicht wirksam gewesen wäre, wäre es unmöglich gewesen, daß der Rassegedanke am Ende dieser Entwicklung so stark aufgeleuchtet wäre. Gewiß war die Entwicklung von Kant bis zu uns voller Schmerzen. Ein verlorener Weltkrieg ist in sie eingeschlossen mit den größten Demütigungen. Es kommt nicht darauf an, ob eine Entwicklung schmerzlos, sondern ob sie fruchtbar ist. Fruchtbar kann sie nur sein, wenn sie von den aus

der Rasse kommenden Triebkräften bestimmt ist. Für die Rasse gilt nicht die Logik der Menschen, die doch nur von ihrer Individualität bestimmt ist.

Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts ist das deutsche Volk aus seinem „Dichten und Denken“ und seinen versponnenen Träumen herausgetreten. Deutsche Schiffe haben die Meere befahren, und wir haben die Technik ausgenutzt. Das Ich mit seinen Interessen hat die Technik aufgebaut. Aus dem Kantischen Preußen ist Deutschland erwachsen. Das wilhelminische Deutschland verhält sich zum alten Preußen wie das seine Interessen verfolgende Ich zur Kantischen Persönlichkeit. Dies Ich geht ebenso zugrunde wie das wilhelminische Deutschland zugrunde gegangen ist. Unter der Oberfläche des wilhelminischen Deutschlands aber kochte vulkanisch schon das neue Deutschland. An den Fronten des Weltkrieges wurde es offenbar, nachdem es in der Stimme Nietzsches schon gegrollt und die Umwertung der Werte prophezeit hatte.

Souverän ist ein Volk, wenn es politische Macht hat. Ein noch höherer Grad von Souveränität ist aber dann vorhanden, wenn seine äußere Geschichte parallel geht mit der Geschichte der inneren Haltung seiner Menschen. Das deutsche Volk ist in dem hohen Grade souverän, daß es sich einen Weltkrieg für seine innere Entwicklung dienstbar machen konnte: um zu einer neuen Haltung vorzustoßen. Deutschland steht seit dem Beginn der Einkreisungspolitik der Entente im Mittelpunkt der Weltpolitik. Die ganze Weltpolitik hat sogar um das ohnmächtige Deutschland des Versailler Diktates gekreist. Die Weltgeschichte bewegt sich immer um das Volk, in dem der Geist seiner Rasse sich am folgerichtigsten entfaltet, und wo er die geschichtliche Entwicklung zu seinem Werkzeug macht. Der inneren Dynamik der nordischen Rasse in Deutschland konnte die äußere Weite, in die sie im neunzehnten Jahrhundert vorgestoßen ist, auf die Dauer nicht genügen. Der deutsche Soldat hat im Weltkriege für die Zukunft gefochten: deshalb waren die Kräfte der Zukunft in ihm lebendig. In Deutschland wird die Zukunft gestaltet werden. Hier werden die Lebensformen entwickelt werden, die für andere Völker unserer Rasse auch fruchtbarer Besitz werden können. Je größeren Abstand wir vom Weltkrieg und seinen Einzelheiten gewinnen, desto weniger verdecken die Einzelheiten das Gesamtbild: Kann sein geschichtlicher Sinn von dem neuen Standpunkt aus, den die Rassenlehre gibt, nicht der sein, daß der Weltkrieg ein allgemeines Kreißen der nordischen Rasse gewesen ist, wobei die Gegner im Weltkriege der nordischen Rasse in

Deutschland Hilfsstellung gegeben haben? Denn was in Deutschland geschieht, wird für alle Völker unserer Rasse ein Segen sein. Dann haben sich im Weltkriege die Völker in Schmerzen gewunden, wie ein gebärendes Weib.

Die Kantische Persönlichkeit erstarrte zum Ich, weil die Rasse Weite wollte. Diese Weite war allerdings nur materiell. Es war die Welt der materiellen Fläche, es war die materielle Großartigkeit der Technik. Der Name Wilhelminismus bezeichnet diesen materiellen Charakter der Weitesehnsucht. Im Materiellen suchte das Ich sich auszudehnen und zu herrschen. Groß gesponnen waren die Konzerne in der Wirtschaft, aber sie waren nur materialistisch gedacht. Die Freiheit sogar wurde nur materialistisch aufgefaßt: in der wirtschaftlichen Sicherung. Im deutschen Arbeiter war die Sehnsucht nach der Ferne rege, aber in einer materialistischen Zeit konnte er sie nur auf materialistische Weise ausdrücken: in seinen Internationalen suchte er die Ferne. Weil er so fernesüchtig war, glaubte er an die Weltwirtschaft usw.

Es gibt aber keine materielle Weite. Nur der Traum macht die Ferne zur Ferne, wie er die Ewigkeit zur Ewigkeit macht. Alle materiell gesuchte Weite erstickt im Bombast: die nur im Materiellen gesuchte Volksgemeinschaft drückte sich schließlich aus in den Fassaden der Gewerkschaftshäuser.

Weit kann der Mensch unserer Rasse nur in seiner inneren Lebendigkeit sein. Der Deutsche tritt aus seinem Ich heraus, von dem aus er nur eine materielle Weite sehen konnte, und tritt ein in das Volk, das innere Lebendigkeit ist. Im neunzehnten Jahrhundert sind wir ausgezogen, um die Welt zu suchen: wir haben das Volk gefunden. das mehr ist als die Welt im Raume, weil es die Zukunft ist: Raum ist zu Zeit geworden.

Das Ich im neunzehnten Jahrhundert wollte sich herausheben aus dem Volke, wollte mehr sein als das Volk. Es wurde leer. Wir wollen hinein in das Volk, wollen würdig werden des größten Namens: Lebendige Zelle zu sein im deutschen Volk. Wer aufgeht in der Gemeinschaft des Volkes, ist mehr, als er in seinem Ich sein kann. Je mehr der Deutsche sein Volk umfaßt, desto mehr ist er eingegangen in das Überpersönliche in ihm: die Rasse.

Die Kantische Persönlichkeit strebte hinaus in die materielle Weite. Das war der Inhalt des neunzehnten Jahrhunderts. An die Stelle der materiellen Weite setzt das zwanzigste Jahrhundert die innere Weite. Dieser geistesgeschichtlichen Entwicklung entspricht durchaus

die Entwicklung: Preußen wurde zum wilhelminischen Deutschland, aber durch den Nationalsozialismus wird Deutschland zum Reich des Genius der Rasse.

Das Ich des neunzehnten Jahrhunderts ist unschöpferisch geworden, weil es in Konventionen erstarrt ist. Anstatt wie die Kantische Persönlichkeit den Einklang mit dem moralischen Gesetz in der Brust zu suchen, brachte sich das Ich mit den geltenden Konventionen in Übereinstimmung. Schöpfertum ist nur möglich, wenn der Mensch in seiner lebendigen Tiefe wurzelt: die aber ist die Rasse und sein Volk.

Die nationalsozialistische Persönlichkeit will keine Macht. Ihr Ehrgeiz ist die Berufung zum Dienst am Volke und der Gemeinschaft. Sie herrscht nicht, sondern sie führt. Echte Führung steht in inniger seelischer Verbindung mit den Geführten. Sie unterdrückt nicht die lebendige Energie in den Geführten, weil sie gefährlich sein könnte, sondern benutzt sie. Eine echte Führung ruft die Geführten auf zu den Taten, die ihnen im Blut liegen, und verhilft ihnen dazu, sich zu offenbaren, indem sie die Tat vollbringen. Die Geführten werden von einer echten Führung zu dem Bewußtsein ihrer inneren Lebendigkeit, ihrer Tapferkeit und ihres Schöpfertums geführt. Aber nur wenn die Führung mit den Geführten im Einklang des Blutes und der Lebendigkeit ist, kann sie deren Energien wecken, ohne sie fürchten zu brauchen.

Führung und Geführte stehen beide im Dienst der Rasse. Beide sind Organe und Werkzeuge des Geistes der Rasse, sich zu verwirklichen. Die Genialität der Führung liegt nicht nur in logischen Konstruktionen, sondern vor allem im Instinkt, der mit geschärftem Ohr vernimmt, was der Geist der Rasse will. Nicht der Verstand setzt die Ziele, sondern der Instinkt, und der Verstand wird Werkzeug in der Hand des Instinktes.

Die Rasse will Weite und Lebendigkeit im Menschen. Sie will Freiheit und ein königliches Leben. Alles, was diese Weite und Entfesselung der inneren Lebendigkeit bringt, ist der Rasse gemäß. Der Geist der Rasse sagt der Führung nicht, was sie im einzelnen tun soll. Er sagt aber, welchen Charakter ihr Tun haben soll. Die Führung soll den Staat so gestalten, daß wir in ihm die Weite und Lebendigkeit der Rasse ausleben können; daß die Einrichtungen unserer Sehnsucht nach Freiheit nicht entgegenstehen, sondern daß wir in diesen Einrichtungen unsere lebendigen Energien betätigen können. Der Staat ist der beste, in dem die Rasse in ihrer Lebendigkeit spielt und sich frei entfaltet, während die Menschen arbeiten.

Die Arbeit des Menschen ist dann die göttliche Bewegung des Geistes der Rasse im harmonischen Spiel seiner Kräfte. Wenn der Künstler arbeitet, spielt er zugleich.

Das Ich des neunzehnten Jahrhunderts wollte die Welt konstruieren mit dem Verstande. Aber diese Welt wäre nach durchgeführter Konstruktion nicht mehr gewesen als der vom Verstande aufgestellte Plan. Und dieser Plan selbst konnte nicht mehr sein als das Ich, das ihn geschaffen hatte. Das Ich will Bequemlichkeit: so hätte diese konstruierte Welt im besten Falle nur bequem sein können. Sie wäre aber nicht innerlich erfüllt gewesen. Das Ich hätte durch seine Konstruktionen jedem schöpferischen Wachstum den Raum genommen. In dieser Welt hätte der Mensch sich nicht mehr emporheben, sondern nur unterhalten können. Diese Welt wäre nur zur Unterhaltung da gewesen, wie die Kunst des Weimarer Systems. Die Nachkriegszeit ist voll gewesen von Weltkonstruktionen des Ichs und des Verstandes: die eine war ebenso öde und maßlos langweilig wie die andere.

Diese öden Weltkonstruktionen, die den Weltfrieden aus Feigheit wollten, bezeichnen wiederum die Verholzung der Kantischen Persönlichkeit. Kant wollte die Unterdrückung der dynamischen Energien, die dem moralischen Gesetz zu widerstreiten schienen. Aber diese Unterdrückung war bei Kant noch ein schöpferisches Opfer. Sie kostete Mühe, die um der geschlossenen Persönlichkeit willen aufgebracht werden sollte. Durch die Verwirklichung der Weltkonstruktionen des Verstandes wäre das Schöpfertum auch unterdrückt worden, aber um der Bequemlichkeit des banalen Ichs willen, und nicht im schöpferischen Opfer.

Wir haben den Verstand und deshalb müssen wir ihn gebrauchen. Aber er soll das Schöpfertum in uns nicht unterdrücken, sondern richtig angewandt ist er nur, wenn er in seinem Dienste steht und sein Werkzeug ist.

Er unterdrückt das Schöpfertum, wenn er die Welt oder den Staat oder die Wirtschaft in seine Theorien zwingen will. Er dient ihm, wenn er die Richtung, in der er arbeitet, sich vom Instinkt befehlen läßt.

Das Volk ist mehr als der Einzelne, und die Rasse ist mehr als das Volk. Der Mensch ist mehr als sein Ich, und die Lebendigkeit im Menschen ist mehr als sein Verstand. Diese Stufung der Werte muß in der praktischen Politik, wenn sie im Dienste des Volkes stehen soll, berücksichtigt werden. Die praktische Politik muß sogar im Dienste der

Rasse stehen, wenn der Geist der Rasse sich durch sie ungehemmt verdeutlichen soll. Eine Politik, die Mittel in der Hand des Genius der Rasse ist, steht oft nur auf lange Sicht im Dienste des Volkes. Das Volk will die glückliche Gegenwart, der Geist der Rasse will die erfüllte Zukunft. Beides kann gegeneinander streiten und hat oft gegeneinander gestritten. Das Schöpfertum will keine milde, sondern harte Politik. Der Weg zur Sonne führt über die Gletscher und die Kälte der Höhen.

Eine Politik, die Mittel des Geistes der Rasse ist, sich zu verwirklichen, ist demütig. Sie weiß, daß sie nur Werkzeug ist. Sie ist aber ebenso hart, als sie demütig ist. Denn es kommt nicht auf das Glück der Gegenwart an, sondern auf die Fülle der Zukunft. Wenn sie hart ist, ist sie gutes Werkzeug des Geistes der Rasse und des Schöpfertums in uns. Für uns ist das Glück kein sattes Behagen, sondern das höchste Geschenk des Lebens sind große Aufgaben und das Zutrauen, sie bewältigen zu können. Lieber zu hohe als zu niedrige Aufgaben: das Scheitern an einer zu hohen Aufgabe ist edler als ein müheloser Sieg. Und fruchtbarer: wie der Weltkrieg gezeigt hat.

Das ist die höchste Aufgabe, die eine Politik sich stellen kann: nie auszuweichen vom Strome des Werdens in die Geborgenheit des Hafens. Kein Ziel darf ein Ende sein. Sondern jedes Ziel soll eine neue Aufgabe gebären: Tausend Jahre lang! Eine Politik, die über eine endlose Kette von Aufgaben schaut, ist dem Geiste der Rasse angemessen. Die Aufgabenkette der Politik ist unendlich lang, weil der Geist der Rasse ewig ist und voll unerschöpflicher Energie. Die nationalsozialistische Politik ist symbolisiert durch die „endlose Straße" von Schlacht zu Schlacht im Weltkriege.

Weil die nationalsozialistische Politik endlos ist, hat sie kein Bild eines zu erreichenden Idealzustandes von Volk, Staat und Wirtschaft. Sie hat dafür Aufgaben, die jeweilig zu erfüllen sind. Dafür sind die Aufgaben ganz fest umrissen. Denn sie werden gestellt von praktischen Erfordernissen und sind nicht abgeleitet von dem Bild eines Idealzustandes und seiner Theorie.

Diese Politik allein entspricht dem inneren Aufbau des Menschen unserer Zeit. Der ist in seinem Verstande festgefroren, ist aber süchtig nach neuer Lebendigkeit und ihrer Dynamik. Aus eigener Kraft kann niemand zu dem Quell seiner Lebendigkeit vorstoßen. Die Rasse muß sich entfalten, damit die Rasse im Einzelnen lebendig werde. Die Sehnsucht des Einzelnen nach innerer Lebendigkeit ist die Energie der nationalsozialistischen Politik. Aber über die Politik und ihre

Dynamik wird die Lebendigkeit im Einzelnen entzündet. Die nationalsozialistische Politik hat schon begonnen, in jedem, der ihr gläubig vertraut, jene Wachheit zu wecken, die im Frontsoldaten war.

Ferner: Der Zusammenhang, den der Verstand den Dingen in einer allgemeinen theoretischen Konstruktion gibt, ist ein Trugbild. Es ist nur untergeordnet: genau so untergeordnet, wie der Verstand der Lebendigkeit und der Rasse in uns untergeordnet ist. Der Zusammenhang, den die theoretische Konstruktion den Tatsachen gibt, ist statisch. Die Lebendigkeit in uns gibt den Tatsachen den Zusammenhang des dynamischen Flusses. Ein Beispiel für den dynamischen Fluß ist oben gegeben worden, als von der Parallelität der politischen Entwicklung mit der Entwicklung der Kantischen Persönlichkeit zur nationalsozialistischen die Rede gewesen ist.

Deshalb entspricht die nationalsozialistische Politik dem inneren Aufbau des deutschen Menschen:

Wir wollen mehr werden, als wir sind; wir wollen vorstoßen zu der Lebendigkeit, die in der Sehnsucht nach erfüllterem Leben schon rege ist. Wir wollen hineinsteigen in ihren dynamischen Fluß. Unsere innere Dynamik soll den Tatsachen den Zusammenhang geben, damit sie unserer inneren Dynamik und dem Geiste der Rasse entsprechen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Politik der Dynamik der Tatsachen folgt, sich also nie auf einen statischen Zustand festlegt.

Jeder bisherige Staat war an einen Zustand gebunden, weil er an bestimmte gesellschaftliche Schichtungen gefesselt war. Er wurde Werkzeug dieser Schichtungen. Stets ist es anders in der Geschichte gekommen, als die Politiker dachten. Die deutsche Geschichte ist über eine Berg- und Talbahn gefahren, weil das deutsche Volk statische Erstarrungen am wenigsten ertragen konnte. Nie hat bisher eine Politik auf längere Zeit hinaus mit dem dynamischen Flusse der Tatsachen gerechnet. Sie rechnete mit Entwicklungen, die sie zu überschauen glaubte, und rechnete dabei meistens falsch. Die nationalsozialistische Politik weiß, daß alles im Wandel begriffen ist. Deshalb bindet sie sich nicht an Zustände, woraus immer nur folgen kann, daß sie sich gegen den Wandel, gegen die Dynamik der Tatsachen verteidigen müßte. Also auch gegen die schöpferischen Energien, die den Wandel der Situation zeitigen. Die nationalsozialistische Politik wird nie auf seiten derer stehen, die sich in einem Zustand wohl fühlen, aber immer auf seiten der lebendigen schöpferischen Energien. So steht sie im Dienste des Schöpfertums und des Geistes der Rasse.

Daraus wiederum, daß die nationalsozialistische Politik sich an keine

Theorien und keine statischen Zustände bindet, indem sie sich also nicht in den Dienst bestimmter gesellschaftlicher Schichten stellt, kann sie die Tatsachen richtig sehen und ihre Bedeutung einschätzen. Alle früheren Staaten, die gesellschaftliche Schichtungen geschützt haben, konnten das nicht. Sie überschätzten das, was den „staatserhaltenden Schichten" zugute kam, und unterschätzten das, was für die anderen Schichten erforderlich war. Indem die nationalsozialistische Politik der Dynamik der Tatsachen folgt, verurteilt sie sich gerade nicht zur Blindheit, indem sie sich mit irgendeinem leeren Optimismus erfüllte. Das hat gerade der alte Staat mit seiner Bindung an statische Zustände, die er für „gottgewollt" ausgab, getan. Die nationalsozialistische Politik muß im Gegenteil außerordentlich scharf die jeweiligen Ordnungen beobachten, wie sie sich gegenüber dem Volke und seinen Schichtungen verhalten. Der Staat überläßt sich der Dynamik der Tatsachen, indem er immer wieder und ohne jedes Vorurteil den jeweiligen Situationen gerecht wird durch praktisches Handeln. Er erspart so dem deutschen Volke die Revolutionen, weil er evolutionär ist. Eine evolutionäre Politik ist aber eine der Dynamik der Tatsachen folgende und sie dadurch lenkende Politik.

Wie der vollendete nationalsozialistische Staat aussieht, wissen wir ebensowenig, wie wir wissen, was wir in unserem Innersten sind. Der vollendete nationalsozialistische Staat interessiert uns auch nicht, weil jede Vollendung ein Ende ist. Aber wir haben erlebt, daß unsere Lebendigkeit mehr ist als das Ich. In der dynamischen Politik entfaltet sich unsere Lebendigkeit und das ist mehr als das Bild eines Idealzustandes, das der Verstand sich konstruiert.

Auch darin besteht der gewaltige Umschwung, der sich mit der Heraufkunft des Nationalsozialismus vollzogen hat: daß eine Regierung den Mut hat, auf Bilder von Idealzuständen zu verzichten. Weder ein gegenwärtiger Zustand wird als „gottgewollt" und also ideal betrachtet, noch ein zukünftiger wird als Ziel der menschlichen Entwicklung überhaupt ausgegeben, wie es der Marxismus tut. Jedes Bild eines Idealzustandes ist eine Schau des Verstandes. In den Idealzuständen sieht der Verstand die Dinge im Zusammenhang. Aber das ist eine Ausflucht. Der Verstand kann die Dinge gar nicht in einem alles umfassenden Zusammenhang erblicken. Denn sie haben ihn von dem Inneren des Menschen, von seiner Rasse her. Die Idealzustände des Verstandes sind unpolitische Schauungen. Deshalb geht die politische Entwicklung auch regelmäßig über sie hinweg. Der Staat ist nicht dazu da, um einen „gottgewollten" Idealzustand im

Bilde darzustellen, er ist auch nicht das Mittel, um einen bildhaft konstruierten Idealzustand zu erreichen, er ist dagegen das Mittel, durch das die Dynamik der Rasse sich entfaltet.

Allerdings gehört Mut dazu, auf die Bilder von Idealzuständen zu verzichten. Das Ich will mit seinem Verstand wissen, wie die Dinge allgemein zusammenhängen. Nachdem es in den Naturwissenschaften daran gescheitert ist, ein naturwissenschaftliches Weltbild zu finden, will es wenigstens ein politisches Weltbild haben. Das ist ein noch unmöglicheres Vorhaben, weil die Dynamik der Rasse jetzt gerade auf dem Gebiete der Politik am lebendigsten ist. Die Sucht, ein theoretisches Bild von der Staatsordnung und Wirtschaftsordnung zu haben, ist dem Behauptungswillen des Ichs des neunzehnten Jahrhunderts entsprungen. Dieses Ich hat die Welt auf sich bezogen. Das Mittel dazu war die Theorie. In den Theorien von der Welt und von der Wirtschaft war die Welt auf das Ich bezogen: man merkt das, wenn man in diese Theorien hineinschaut. Auf ihrem Boden liegt immer ein Interesse des Ichs.

Was liegt uns an unserem Ich? Uns liegt daran, ein möglichst vollkommenes Werkzeug des Nationalsozialismus, seines Staates und der Bewegung, und darüber hinaus des Geistes der Rasse zu werden. Werkzeug zu sein: darin suchen wir unsere Persönlichkeit. Deshalb brauchen wir uns auch nicht an Weltbilder und Theorien zu hängen. Die erste Voraussetzung dazu, nationalsozialistische Persönlichkeit zu werden, besteht darin, diese Weltbilder und Theorien fallen zu lassen. Wir stützen unser Ich nicht auf Weltbilder, die in ihrer Verstandesklarheit den Verstand betonen und dem Ich die souveräne Überschau über die Zusammenhänge geben, deren es bedarf; wir stützen uns auf die Gemeinschaft und ihre Lebendigkeit. Also: wir lassen unsere Innerlichkeit nicht erstarren, indem wir eine in einem Weltbilde erstarrte Welt vor uns stellen, sondern wir suchen den lebendigen Strom, der aus dem Geist der Rasse kommt, in uns zu wecken, indem wir in der Gemeinschaft aufgehen, sie, falls wir berufen sind, dienend führen und der Dynamik unseres Erlebens, das zugleich das in der Gemeinschaft zum Lichte drängende Erleben ist, folgen.

*

Wer sehen kann, sieht, daß diese Ausführungen auch mit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu tun haben.

Wirtschaftspolitik ist nicht mehr ein Gebiet für sich, wie das für den Kapitalismus der Fall war. Dem konnte nur so sein, weil die

kapitalistische Wirtschaft nicht dem Volke dienstbar war. Alles, was für das Volk geschieht, geschieht durch die Politik. Die Wirtschaft soll dem Volke dienstbar sein; deshalb ist die Wirtschaftspolitik ein Betätigungsfeld der Gesamtpolitik. Sie ist noch nicht einmal ein besonderes Gebiet der Politik. Die nationalsozialistische Politik kann sich nicht in Ressorts aufspalten, weil die Tatsachen, deren Dynamik sie lenkend folgt, und der Geist der Rasse, der den Tatsachen ihre Dynamik gibt, nur eine einzige, einheitliche Dynamik haben. Deshalb erstrebt der Nationalsozialismus auch keine wirtschaftspolitischen Ziele, sondern er verwirklicht politische Ziele auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die wirtschaftliche Zufriedenheit des Volkes ist ein politisches Ziel. Sie zu erreichen, ist notwendig, um die Energien im Volke gleichsam mit einem Kamm in eine Richtung zu legen. Wirtschaftliche Unzufriedenheit bringt eine Verknäuelung und einen gegensätzlichen Lauf der Volksenergien mit sich. Der Gedanke des deutschen Sozialismus wurzelt in keiner Sentimentalität und keinen Beglückungsabsichten. Sentimentalitäten sind kein tragfähiger Boden. Weil der deutsche Sozialismus politisch notwendig ist, ist er unabdingbar. Über einem Heer, dessen Nachschubwesen nicht klappt, spukt schon die Niederlage. Die Wirtschaft wird aus dem gleichen Grunde in Ordnung gebracht, wie der Nachschub eines Heeres in Ordnung sein soll.

Aber, wie schon so oft gesagt, wir wollen mehr als eine geordnete Wirtschaft. Ein Heer zieht ja auch nicht in den Krieg, um das gute Funktionieren des Nachschubs zu genießen. Wir wollen die neue Kultur und den neuen Aufgabenkreis, den sie eröffnet.

Doch verstehen wir recht, die Wirtschaft des deutschen Sozialismus ist zwar nicht allein die neue Kultur, aber sie ist Erscheinungsform der neuen Kultur. In einer wirklichen Kultur haben alle Gebiete der Betätigung den gleichen Stil.

Nur steht jetzt die Wirtschaft im Vordergrund der Betrachtung. Denn die unmittelbare Not ist hier am größten. Diese Not erfordert ihre Abwendung. Die Not stellt die Aufgaben. Weil auf dem Gebiet der Wirtschaft die Not herrscht, sind hier die Aufgaben sichtbar. Es liegt im Wesen des Nationalsozialismus, daß er sich nicht Aufgaben sucht. Dann würde er sich in Utopien verlieren. In seinem Wesen liegt, die objektiv gestellten Aufgaben nicht zu übersehen und den Mut zu haben, sie anzupacken. Daß er es tut, und wie er es tut, hat das Volk gesehen.

Die Dringlichkeit, die Wirtschaft zur Gesundung zu bringen, ist

eine objektive Tatsache, in der sich jetzt, in dieser Gegenwart, das Wachstum der neuen Kultur ankündigt. Wären wir noch Menschen des neunzehnten Jahrhunderts, wären wir durch unser Ich noch beglückt, dann wäre die Wirtschaft kein Problem. Wir würden dann mit geringen Reibungsverlusten mit ihr fertig werden, wie das neunzehnte Jahrhundert. Weil in uns ein neues Menschentum wach werden will, wollen wir eine neue Wirtschaft. Dem neuen Menschen in uns erscheint die Wirtschaft, die das alte Ich geschaffen hat, als problematisch.

Das Werden des neuen Menschen vollzieht sich nicht im stillen Kämmerlein. Es vollzieht sich jetzt dort, wo die sachliche Not am größten ist, wo das alte Ich sich die stärkste Burg geschaffen hat, dort, wo der werdende neue Mensch die größte Problematik sieht, also auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Die Wirtschaft ist das Gebiet, auf dem die neue nationalsozialistische Persönlichkeit sich jetzt zuerst verwirklichen soll. Nachdem der Gedanke Führung und Gefolgschaft in der nationalsozialistischen Bewegung herangereift und praktisch wirklich geworden ist, soll er jetzt in der Wirtschaft verwirklicht werden. Aus dem Sturm des politischen Angriffs soll er jetzt über die Wirtschaft in das tägliche Leben hinabsteigen.

Daß er das tut, ist schon entschieden für den, der einen Blick für politische Dynamik hat. Die allgemeine Wehrpflicht wurde im gleichen Augenblick eingeführt, im März 1935, als die Bildung des Treueverhältnisses zwischen Führung und Gefolgschaft im Betriebe stockte. Selbstverständlich wurde die allgemeine Wehrpflicht nicht deshalb eingeführt, um die Verschweißung von Führung und Gefolgschaft im Betriebe weiterzutreiben. Aber der Erlaß des Wehrgesetzes hat diese Wirkung. Im Heere ist dieses Treueverhältnis ungleich leichter zu begründen als in der Wirtschaft. Erstens hängen die sachlichen Voraussetzungen niedriger, und dann ist dieses Treueverhältnis die Urtradition des Preußentums, die im Weltkriege sich mit neuem Leben erfüllt hat. Die, die durch die Schule des Heeres gehen, werden für die Betriebsgemeinschaft erzogen. Es gibt jetzt zwei Vorstufen anstatt bisher einer für die Verwirklichung der Betriebsgemeinschaft: die nationalsozialistische Bewegung und ihre Gliederungen und dann der Dienst im Heere. Daß das Wachstum der Betriebsgemeinschaft im gleichen Augenblick, als es stockte, gefördert wird von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, offenbart eine politische Dynamik, die alles aufeinander abstimmt. Sie ist im Flusse, der sich nicht ab-

dämmen läßt. Wo der Geist der Rasse in schöpferischer Bewegung ist, muß alles Handeln aus dieser Bewegung sich ja gegenseitig stützen, weil diese schöpferische Bewegung selbst eine Einheit ist. Damit ist wieder ein Beispiel gegeben, wie die schöpferische Dynamik die Einzelhandlungen in einen lebendigen Zusammenhang setzt, den kein Weltbild und keine Theorie geben kann.

Allerdings: die Führung muß den Mut haben, dieser Dynamik zu folgen: den Mut, das sachlich Notwendige im sachlich richtigen Augenblick zu tun. Der ungeheure Jubel, der den Führer nach der Verkündung des Wehrgesetzes in ganz Deutschland umbrandet hat, hat viel mehr bekundet als die Freude des Volkes an seiner neuen Wehrhaftigkeit. Der Instinkt des Volkes war angesprochen in einem Augenblick, wo er am lebendigsten war. Das soll nicht besagen, daß er zwischen Graden verschiedener Stärke schwanke. Das sollte gesagt werden: er erfordert in verschiedenen Zeiten verschiedene Handlungen. Er wird durch die Handlungen am stärksten angesprochen, die jeweilig am weitesten in das Leben des Volkes hinabreichen, also die weiteste Wirkung auf allen Lebensgebieten auslösen. Der Instinkt des Volkes umfaßt ja alle Lebensgebiete. Die Handlungen müssen in dem Augenblick geschehen, wo der Instinkt des Volkes sie fordert, wo sie also die größte Wirkung auf alle Lebensgebiete haben. In genau dem gleichen Umfange, wie das Volk eine Handlung begrüßt, ist sein Instinkt berührt und genau so weit reicht die Wirkung dieser Handlung in dem jeweiligen geschichtlichen Augenblick auf alle anderen Lebensgebiete. Ist ein Augenblick verpaßt, ist die ganze Situation schon eine andere geworden, und andere Handlungen wären notwendig. Daß das Wehrgesetz im richtigen Augenblick kam, bezeugt der Jubel des Volkes, und eine seiner Ausstrahlungen auf ein anderes Lebensgebiet, das der Wirtschaft, ist soeben verfolgt worden.

Die Genialität einer Politik besteht nur zum Teil darin, was sie tut. Das wichtigste ist, daß sie im richtigen Augenblick handelt. Das erfordert Mut. Dieser Mut ist es, der den großen Politiker auszeichnet und ihn unterscheidet vom bloßen Logiker. Der große Mathematiker denkt ebenso logisch wie der große Politiker, aber er braucht keinen Mut aufzuwenden. Deshalb stellt das Volk ihn unter den großen Politiker. Aufgebracht werden kann dieser Mut nur, wenn der Politiker mit dem Volke innerlich verbunden ist. Ist er das nicht, so ist sein Mut Tollkühnheit, an der er scheitert, und die das Volk bezahlen muß. Aus der inneren Verbundenheit mit dem Volke

raunen dem großen Führer die Stimmen zu, wie und wann er handeln soll. Der große Politiker muß logisch denken. Sonst denkt er falsch. Aber er muß mehr sein als Logiker. Er darf nicht an sich denken. Sonst geben die Wünsche, die er für sich hat, seinen Überlegungen eine falsche Richtung. Wenn der Politiker aus seiner Verbundenheit mit dem Volke denkt, dann bestimmt diese Grundhaltung die Richtung seines Denkens.

Von der Warte der Bewegung aus gesehen, die nach der neuen und lebendigen Kultur Ausschau hält, kommt der Wirtschaft jetzt eine neue Bedeutung zu. Genau die gleiche Bedeutung, die der Instinkt des Volkes seit Jahrzehnten in ihr erfühlt hat. Der Marxismus konnte die Wirtschaft in den Vordergrund aller Betrachtung stellen, weil er dem Instinkt des Volkes damit entgegenkam. Der Marxismus hat selbstverständlich gefälscht: aber Fälschungen bestehen doch darin, daß eine echte Sache nachgeäfft wird.

Wir kommen nicht zur neuen Kultur, indem die Wirtschaft übergangen wird. Kultur ist nicht die Flucht vor dem praktischen Leben, sondern seine Gestaltung. Eine Kultur, die sich vor dem praktischen Leben drückt, hängt in der Luft und ist welker Ästhetizismus. Der Strom des praktischen Lebens, also auch der Werdenszug der neuen Kultur, geht über die Wirtschaft. Weil hier der Menschentypus des neunzehnten Jahrhunderts seinen größten Spielraum hatte, muß er hier zuerst gebrochen werden. Die Geschichte eines aufsteigenden Volkes ist heroisch, und eine heroische Geschichte wählt die Punkte des stärksten Widerstandes zum Angriff. Auf die Wirtschaft konzentrieren sich jetzt die stärksten Interessen, deshalb ist hier das stärkste Leben, und von dort, wo das Leben am stärksten ist, geht das neue Leben aus.

Da die Wirtschaft jetzt das Feld ist, auf dem die Schwenkung vom alten zum neuen Menschen sich vollzieht, erscheint die Kulturkrise im Gewande der Wirtschaftskrise. Der Umfang der Wirtschaftskrise bezeichnet auch die Schärfe der Kulturkrise.

Dies Wachstum der Kultur besteht aus unzähligen Einzelhandlungen der Menschen. Der Mensch muß aber wissen, was er tut, wenn er handeln will. Er kann nur handeln, wenn er sachliche Aufgaben sieht. Wir empfinden alle, daß in der Wirtschaft große Aufgaben zu lösen sind, und wir sehen einige klar umrissen. Auch das bedeutet für eine umfassende Schau, daß die Wirtschaft, die reale Aufgaben aufweist, das Gebiet ist, in der die neue Kultur jetzt wach werden will. Dadurch hat aber die Wirtschaftspolitik eine besondere Verantwor-

tung. Je mehr die neue Wirtschaft dem Geiste der Rasse entspricht, je besser die erste Frage, die die werdende Kultur uns zur Lösung aufgibt, gelöst wird, desto leichter wird es sein, die für die folgenden Zeitetappen gestellten Aufgaben zu lösen. Je sauberer ein Anfang ist, desto leichter wird die Weiterarbeit. Die jetzige Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist erfüllt, wenn drei Ziele erreicht sind:

1. Die Wirtschaft muß durchaus praktisch sein: allen wirtschaftlichen Energien zur Erzeugung muß sie Spielraum zur Entfaltung geben. Ist das der Fall, dann ist auch die denkbar beste Versorgung des Volkes mit Verbrauchsgütern gesichert. Die Steigerung der Erzeugungsenergien zieht unweigerlich die Steigerung des Verbrauches nach sich. Die „denkbar beste Versorgung“ des Volkes folgt der Steigerung der Erzeugung bis an die Grenze des Möglichen. Die Grenze des Möglichen ist gezogen von der Bevölkerungsziffer, der Intensivität der Arbeit, dem Stande der Technik und der Ergiebigkeit des Bodens. Alles andere, der Verteilungsapparat, das Geld- und Kreditwesen, wird so eingerichtet werden, daß die „Wirtschaft dem Volke dient“. Das heißt: alle diese Einrichtungen dürfen keine Reibungsverluste aufzeigen und dürfen die Erzeugung nicht hindern, die Grenze des Möglichen zu erreichen.

2. Die Wirtschaft muß frei sein, dem Volke am besten zu dienen. Diese Freiheit der Wirtschaft ist etwas ganz anderes als die alte kapitalistische Willkür. Die kapitalistische Freiheit der Wirtschaft war die Freiheit zu interessenmäßigen Bindungen, die Freiheit zur Verschwörung gegen das Wohl des Volkes. Sie war die Freiheit gegenüber der Politik und zugleich die Freiheit, die Politik interessenmäßig zu benutzen. Die Wirtschaft soll nicht frei gegenüber der Politik sein, sondern die Freiheit der Wirtschaft soll bedeuten, daß die in einer guten Ordnung schwingende Wirtschaft die Politik nicht zum Angriff herausfordert. Die nationalsozialistische Freiheit der Wirtschaft ist ökonomische Politik: Die Politik muß haushalten mit ihren Energien, damit sie dort, wo sie Energien gebraucht, sie auch hat. Die Wirtschaft soll keine politischen Energien beanspruchen, die an anderer Stelle einzusetzen sind. Kurz: es soll anders sein als im Weltkriege. Da hatte der Staat mit seiner Politik in die Wirtschaft eingreifen müssen und hatte politische Energien für die Wirtschaft aufwenden müssen, die er anderweitig besser hätte ansetzen können. Die Wirtschaft soll frei sein, damit sie die Politik nicht belastet und hindert. Sie soll frei sein, damit sie selbstverständlich und nebensächlich wird. Eine Wirtschaft, in die die Politik eingreifen muß, ist weder selbstverständlich,

noch nebensächlich. Ein krankes Organ zieht die Aufmerksamkeit des Körpers auf sich. Der Schmerz ist die Aufmerksamkeit des Körpers. Die dynamische nationalsozialistische Politik hat mit den Schmerzen des Körpers gemeinsam, daß sie die Aufmerksamkeit auf wunde Stellen lenkt.

3. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Mensch in der Wirtschaft soll frei sein. Eine Wirtschaft kann nur frei sein, wenn der Mensch frei ist. Leider ist das für uns, die wir den Kapitalismus erlebt haben, nicht selbstverständlich. Aber die kapitalistische Wirtschaft, die gegenüber der Politik und gegen den Menschen frei war, war ja nicht wahrhaft frei. In ihren eigenen Bindungen war sie erstickt.

Der Mensch soll frei sein von den primitivsten Nahrungssorgen und von der primitivsten Langeweile, der der Arbeitslosigkeit. Er soll frei sein von Beeinträchtigungen seiner Würde als deutscher Volksgenosse. Und er soll frei sein, seine Energien in der Wirtschaft zu entfalten.

Das primitivste Schöpfertum soll frei sein, das nämlich, welches den wirtschaftlichen Aufstieg bringt. Der Kapitalismus suchte das Gold in der Erde für die Belebung seiner Wirtschaft. An den Kräften, die die Wirtschaft am sichersten beleben konnten, ging er achtlos vorbei wie der Mann im Märchen. Der griff in seiner Gier in die falsche Schale, und anstatt der wirklichen Reichtümer brachte er tote Steine aus der Höhle. Hat das primitivste Schöpfertum, das in der Wirtschaft, nicht freie Bahn, dann soll man sich nicht wundern, wenn eine Zeit unschöpferisch wird. Der Kapitalismus hat den wirtschaftlichen Existenzkampf unnötig erschwert und sich mit dem Spruche getröstet, daß ein Genie sich immer durchsetzt. Ein hungerndes Genie kann sich durchsetzen, aber kein verhungertes. Und dann: dem Widerstand des ausgehenden Kapitalismus gegen den freien Aufstieg in der Wirtschaft entsprach die Taubheit des Kapitalisten gegenüber dem Schöpfertum überhaupt. Ist dem Schöpfertum in seiner primitiven Gestalt, das den ersten Aufstieg in der Wirtschaft bringt, freie Entfaltungsmöglichkeit gesichert, dann ist der Anfang gemacht, dem Schöpfertum überhaupt die Bahn zu öffnen. Das Volk hat ein einheitliches Schöpfertum, obwohl es sich in verschiedenen Formen und Graden äußert. Die Freiheit für die Entfaltung des Schöpfertums in seiner nächstliegenden Form und in seinem untersten Grad ist der Beginn seiner freien Entfaltung überhaupt.

Das gilt auch für die Wirtschaft: nur wenn unten in der Wirt-

schaft freie Aufstiegsmöglichkeiten sind, können an ihrer Spitze die Wirtschaftskünstler sein. Die Erstarrung der kapitalistischen Wirtschaftsführung hatte ihren Grund auch in der Verharschung der Aufstiegsmöglichkeiten. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer rechneten immer mehr mit toten Maßen und verrechneten sich dabei immer gründlicher. Sind unten die Aufstiegsmöglichkeiten offen, dann müssen die Wirtschaftsführer mit lebendigen Energien rechnen. Stehen sie unter dem Zwang, mit lebendigen Energien zu rechnen, werden nur die zu Wirtschaftsführern, die das können. Die Freiheit des Aufstiegs in der Wirtschaft ist ein gedoppeltes Ausleseprinzip. Die Emsigen und Klugen steigen unten auf, aber an der Spitze erheben sich die Wirtschaftskünstler über die bloßen Wirtschaftstechniker.

Diese Wirtschaft des deutschen Sozialismus gilt es zu entwickeln: zu entwickeln wie einen belichteten Film. Auf dem belichteten Film ist das Bild schon, bevor es im Bade sichtbar geworden ist. Die Belichtung des Films geschah in dem Augenblick, als das deutsche Volk, auf den Nationalsozialismus vertrauend, geistig von der Wirtschaft Besitz ergriffen hat. So ist denn auch das oben gezeichnete Bild von der Wirtschaft nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen abgeleitet. Kein Wort ist gesagt vom Mehrwert oder von der Statistik, oder wie das Geld- und Kreditwesen im einzelnen beschaffen sein müßte. Das, wovon oben gesprochen ist, liegt auf einer anderen Ebene. Daß die Politik ihre Bewegungsfreiheit erhalten soll für ihre Aufgaben, und daß die beste Wirtschaft die ist, die die Politik nicht zur Verzettelung ihrer Energien zwingt: das ist eine politische und keine wirtschaftspolitische These. Sie besagt nicht, welche Ordnung der Wirtschaft für die Wirtschaft selbst die bequemste, sondern für die Politik am praktischsten sei. Daß jeder Volksgenosse Arbeit und Brot habe, ist ebenfalls eine politische Forderung, und nichts anderes ist auch der Satz, daß das Schöpfertum in der Wirtschaft sich frei entfalten soll.

Damit hat es eine besondere Bewandtnis. Der Staat und die Wirtschaft in jenem Staate ist wohl geordnet, der eine schöpferische Pyramide ist. Die Politik und das Schöpfertum der Politik soll die Krone des Schöpfertums im Volke sein. Gibt es in einem Volke ein Schöpfertum, das keine freie Bahn hat, dann ist es dieser Pyramide nicht eingegliedert. Es wendet sich gegen den Staat und seine Politik. Erstens deshalb, weil es unbefriedigt ist. Ein Schöpfertum, dem die Möglichkeit der Auswirkung genommen ist, ist schon vergiftet. Es wendet sich gegen den Staat, weil es giftig geworden ist, und weil es sich am Staat dafür rächen will, daß er ihm die Möglichkeit

der freien Auswirkung genommen hat. Zweitens verspricht die Macht im Staate die größte Möglichkeit der Auswirkung. Das behinderte Schöpfertum will die Macht im Staate, weil es dort die Gestaltungsmöglichkeit am deutlichsten sieht, die ihm verwehrt ist. Daß dem so ist, ist durch die Geschichte bewiesen. Weil das Weimarer System dem Schöpfertum im Volke die Bahn verbaute, befaßte sich eben alles mit der Politik und alles strebte zur Macht im Staate.

Die für die Wirtschaft erhobenen Forderungen sind aber nicht nur politisch, sondern sie formulieren auch das, was jeder mit Recht will. Jeder hat ein Recht darauf, Arbeit und Brot zu haben. Jeder hat das göttliche Recht des Menschen, in seinem Schöpfertum nicht behindert zu sein. Die für die Wirtschaft erhobenen Forderungen sind zugleich sittlich. Daß politische Forderungen zugleich sittlich sind, ist Kennzeichen der nationalsozialistischen Politik. Unter Politik versteht der Spießer die Möglichkeit und die Übung, raffiniert zu betrügen. Was er selbst ist, ein kleiner Betrüger, spiegelt er als Vergrößerung wider in seiner Vorstellung von der Politik. Sie soll Betrug im großen, aber mit äußerster Gerissenheit sein. Eine gute Politik kann aber nur die sein, die das, was das Volk ist, abspiegelt. Ein aufsteigendes Volk ist sittlich. Ein Volk, das nicht sittlich empfindet, ist eben kein Volk, sondern ein Haufen von Betrügern. Eine Politik, die betrügt, und die auch gegenüber dem auswärtigen Gegner nicht ehrlich ist, wird auch den Leuten im Volke, die betrügen wollen, auf die Dauer nicht wirksam entgegentreten: die Krähe erkennt die Krähe und hackt ihr die Augen nicht aus. Es hat in der Weltgeschichte viel Betrug gegeben: aber immer war er der Anfang der inneren Auflösung des betrügenden Staates.

Ob diese politischen und sittlichen Forderungen an die Wirtschaft für die Wirtschaft praktisch sind, steht für den Nationalsozialismus nicht im Vordergrund der Frage. Wer ist überhaupt „die Wirtschaft", die darauf antworten könnte? Die Wirtschaft der Zukunft ist noch nicht da, kann also ihre Meinung nicht sagen. Sagt die Wirtschaft nein, die aus dem Kapitalismus überkommen ist, so ist ihr entgegenzuhalten, daß sie mit ihren sechs Millionen Erwerbslosen zur Genüge gezeigt habe, wie unpraktisch sie selbst sei. Sie hat keinen Maßstab dafür, was praktisch ist und was nicht.

Der Gedanke der Ehre des Volkes galt dem Weimarer System auch als unpraktisch. Die „Realpolitik", auf die dies System so stolz war, bestand aus Kriecherei. In wie hohem Grade der Gedanke der Ehre fruchtbar ist, wenn der Mut, ihm zu folgen, aufgebracht wird,

hat der Führer bewiesen, als er Deutschland wieder satisfaktionsfähig machte. Es gibt überhaupt keinen anderen Maßstab für das, was praktisch ist, als die Sittlichkeit. Daß er sittlich handelt, ist doch das einzige, was der Mensch selbst bei seinem Handeln in der Hand hat. Wie sich sein Handeln auswirkt, kann er nicht bestimmen, aber den Charakter seines Handelns kann er prägen. Ein unsittliches Handeln ist zugleich ein oberflächliches Handeln, wie raffiniert es auch sei. Ein sittliches Handeln empfiehlt sich selbst dem Gott und dem Glück. Es hat den Ernst, der das Glück lächeln macht.

Eine Wirtschaft, die den sittlichen Anforderungen an sie Genüge tut, muß praktisch sein. Eine unsittliche Wirtschaft widerspricht dem Wesen des Volkes. Sie ist ein schlecht gegürteter Sattel. Am besten reitet der Reiter auf dem Sattel, der für das Pferd am bequemsten sitzt. Der Wirtschaft gegenüber ist das Volk sowohl Reiter als auch Pferd. Das Volk arbeitet für die Wirtschaft, und die Wirtschaft arbeitet für das Volk.

Die Wirtschaft den sittlichen Forderungen, die ihr gegenüber erhoben werden können, anpassen heißt: sie praktisch machen.

Das sittliche Empfinden im Volke ist lebendiges Erleben. Die sittlich gewordene Wirtschaft ist vom lebendigen Erleben im Volke gestaltet worden. Sie ist Schöpfung des Volkes. In der Wirtschaft, die es geschaffen hat, kann das Volk auch frei sein. Wenn es sich in dieser Wirtschaft bewegt, bewegt es sich in den schöpferischen Kräften, die diese Wirtschaft geschaffen haben, und von denen sie getragen wird. Diese Wirtschaft ist instinktwach.

Die neue Kultur wird Ausdruck des Geistes der Rasse sein. In ihren Formen werden wir uns unserer Instinkte bewußt. Wir leben in den Formen der neuen Kultur die Instinkte unserer Rasse aus.

Was die Instinkte unserer Rasse sind, wissen wir jetzt nicht. Wir wissen auch nicht, welcher Formen sie bedürfen, um sich ausleben zu können. Die Phantasie mag sich ausmalen, wie die Einzelheiten dieser Kultur aussehen, wenn ihr das Vergnügen macht. Doch das sind leere Phantasien. Bevor das Drama geschrieben oder das Bild gemalt ist, weiß man nicht, wie es aussieht. Wie die neue Kultur aussieht, werden wir erst wissen, wenn sie da ist. Wir verspüren nur die unbändige Dynamik des schöpferischen Lebens in uns und den unstillbaren Willen zu neuer Lebendigkeit. Diese Dynamik und dieser Wille sind das Realste von allem, was es heute gibt: sie sind die Garantie dafür, daß die neue Kultur und die neue Weltepoche heraufzieht.

Aber in bezug auf die Wirtschaft ist das, was der Instinkt des Volkes will, schon formuliert. Das im Volke lebendige Schöpfertum hat in der Wirtschaft den ersten Angriffspunkt. Hier ist ausgemacht, wie die Wirtschaft sein soll: sittlich. In der Forderung, daß die Wirtschaft sittlich sein soll, breitet sich ein schöpferischer Wille aus, der auf der Erfüllung dieser Forderung mit der gleichen Stärke besteht, als er lebendig ist und innere schwingende Lebendigkeit ausdrückt.

In der Schaffung der neuen Wirtschaft vollzieht sich die erste Auswirkung des neu erwachten völkischen Schöpfertums. Hier ist das Gebiet, in dem der Mensch jetzt neu geprägt wird. Hier hat der Staat es in der Hand, den Menschen zu wandeln und ihn auf seine innere Lebendigkeit zu beziehen, indem er die Wirtschaft wandelt und sie auf die schöpferische Forderung, sittlich zu sein, bezieht. Wirtschaftspolitik ist von diesem Standpunkt aus nationalsozialistische Kulturpolitik: Dienst an der werdenden Kultur. Durch seine praktische und zugleich sittliche Wirtschaftspolitik verhilft der Staat dem dynamischen Menschen zur Überlegenheit über den statischen. Er zieht mit seiner Wirtschaftspolitik die sachliche Linie, die den dynamischen Menschen vom statischen scheidet. Er konstruiert gleichsam ein Sieb, das die Spreu vom Weizen sondert.

In der Wirtschaft entfaltet sich, wie gesagt, nur ein primitives Schöpfertum, das nächstliegende nämlich. Aber das primitive Schöpfertum muß sich entfaltet haben, bevor das höhere auftreten kann. Ist das geschehen, ist die Wirtschaft aus der kapitalistischen Erstarrung gelöst, hat hier der dynamische Menschentypus den statischen ausgeschaltet, hat sich auf der von der Wirtschaft gebotenen sachlichen Grundlage ein starkes Treueverhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft entwickelt, dann sind wir weiter. Dann hat die nationalsozialistische Persönlichkeit, die aus der Gemeinschaft erwachsen ist, in der Gemeinschaft fußt, und die die Gemeinschaft dienend führt, vom Alltag Besitz ergriffen. Dann aber, wenn diese nationalsozialistische Persönlichkeit nicht nur ein auf der Spitze des Reiches strahlendes Ideal ist, sondern wenn die Haltung, die der Führer jetzt einnimmt und vorlebt, allgemeine Haltung geworden ist, ist die Bahn frei für neues Schöpfertum. Seine Aufgaben können wir jetzt noch nicht sehen, weil wir noch viel zu stark im neunzehnten Jahrhundert befangen sind. Die Aufgaben für das Schöpfertum kann man sich nicht ausdenken, sondern die Zeit stellt und formuliert sie. Die Zeit nämlich, in der der Mensch reif geworden ist, sie zu sehen und zu lösen. Zuerst war

das Ziel, die Macht zum Dienste für den werdenden neuen Menschen zu erobern, das sachliche Feld, auf dem der neue Mensch herangewachsen ist. Die realen Aufgaben in der Wirtschaft helfen ihm jetzt, sich zu entfalten. Sind sie gelöst, werden andere reale Aufgabengebiete emporsteigen, an deren Bewältigung wir emporwachsen und zugleich weiter hinabsteigen in unsere Tiefe und Lebendigkeit.

Es ist möglich, daß im deutschen Sozialismus die Arbeitszeit herabgesetzt werden wird. Dann nämlich, wenn durch neue Arbeit schon geleistete Arbeit nicht mehr in dem Maße vervollkommnet werden kann, daß die neue Arbeit sich lohnt. Wenn alle Volksgenossen würdig wohnen, hat es keinen Zweck, weiter zu bauen. Wird die Arbeitszeit aber herabgesetzt, was sollen die Volksgenossen in ihrer Freizeit tun?

Dies Problem drängt allerdings noch nicht zur Lösung. Aber vielleicht macht man es sich dennoch klar. Jetzt ist die Freizeit die Zeit der Ruhe und billiger Vergnügungen. Die Leistung der Arbeit wird in ihr gefeiert: gefeiert wird vor allem der Besitz einer Arbeitsstätte. Das Selbstbewußtsein, Arbeit zu haben und sich aus eigener Kraft ernähren zu können, ist wach in der Würde des Feierabends. Aber wenn der Besitz der Arbeitsstätte selbstverständlich geworden ist, wenn die Wirtschaft so wohlgeordnet ist, daß der Feierabend nicht mehr das genossene Freisein von der Arbeit und der Wirtschaftsnot ist? Wenn der Sieg des dynamischen Menschentyps in der Wirtschaft den Willen zu weiterer Dynamik entfacht hat? Jedenfalls wird der Feierabend dann mit ganz anderen Augen angeschaut werden als heute. Und ferner ist er bei verminderter Arbeitszeit länger.

Dann müssen neue Betätigungsgebiete da sein, wenn wir nicht die alte germanische Tragik erleben wollen, daß das Volk sich zerstört, weil es keinen Raum zu weiterem Aufbau hat. Aber damals sah die Politik nicht so klar, wie sie es heute tut. Die Politik wird die frei gewordenen Energien steuern. Das Volk will stete Anspannung, weil es lebendig ist und seine Lebendigkeit ausdrücken will. Eine Politik, die das Leben dem Volke bequem machen will, will sich nur selber das Dasein bequem machen. Ludwig XV. und Friedrich Wilhelm II. hießen beide „der Vielgeliebte“. Nach dem einen kam die Französische Revolution, nach dem anderen Jena. Friedrich der Große war kein bequemer König, aber er lebt ewig in Preußen.

Wird die Arbeitszeit herabgesetzt im deutschen Sozialismus, muß die Politik die dadurch im Volke frei gewordenen Energien ansetzen und ihnen Spielraum zur Entfaltung geben, damit sie nicht ver-

faulen. Es wird sich zeigen, auf welchem Gebiet sie sie ansetzen kann. Vielleicht ist es das Gebiet des Geistes. Es besteht ja jetzt, wie sich im Streite der Kirchen zeigt, noch viel Unklarheit über das, was im Volke für Tiefe der Lebendigkeit und Sinn des Lebens gehalten wird. Die hinter diesen Fragen stehenden Energien werden stark sein, wenn der Druck der Wirtschaftsnot verschwunden ist. Gerade dann wird aber der Deutsche auch selbstbewußter sein und sich selber stärker vertrauen. Wenn der neue Mensch in der Wirtschaft sich gebildet hat, wird er auch denken können. Er denkt dann nach über sich selbst und den Sinn des Lebens: in neuer Weise. Jedes wahrhafte Denken ist ein Hinabsteigen des Menschen in seine Tiefe. Nur durch das Denken entfaltet sie sich. Das wäre dann die folgende Epoche für das Werden der neuen Kultur:

Die Politik hat darüber zu wachen, daß dies neue Denken das Volk nicht spaltet oder zersetzt. Aber das artgerechte Denken wird sie fördern in einer Weise, wie das bisher noch nie geschehen ist. Denn sie ist gezwungen, dafür zu sorgen, daß große Gedanken da sind, die das Volk mitdenken kann und in denen der Deutsche sich so ausgedrückt fühlt, daß er sich tiefer als bisher erleben kann. Die Politik sorgt auf diese Weise, daß das Volk beschäftigt ist, das Volk aber dringt hinab in seine Tiefe und baut sich die Leiter zu strahlenderer Lebendigkeit.

5. Kapitel

Die sittliche Politik

Des Besitzes eines theoretischen Bildes von der Zukunft bedurfte das Ich des neunzehnten Jahrhunderts. Damit dieses Ich fest war, mußte die Welt vor ihm geschlossen sein. Diese Geschlossenheit erhielt sie durch die Theorie.

An die Stelle der theoretischen Überschau über die Zukunft ist das schöpferische Wachstum getreten. Die Zukunft wird nicht von Menschen, die in ihrer Gegenwart bleiben, ausgedacht, sondern die Zukunft wird von Menschen, die auf sie zugehen, geschaffen. Auch die Wirtschaft der Zukunft wird nicht das Werk eines Einzelnen sein, sondern sie muß die Schöpfung der Gesamtheit sein, wenn sie für das ganze Volk wohnlich sein soll. Jetzt ist zu fragen, wie die Gesamtheit sich ihre Wirtschaft schaffen kann, die in der Praxis so vollkommen ist wie die ausgedachte der Theorie.

Das Schöpfertum der Gesamtheit liegt selbstverständlich nicht in wild schweifenden Phantasien. Die wären nichts anderes als Theorien Einzelner. Es besteht zuerst in der Sachlichkeit schöpferischer Einzelpersönlichkeiten, die dasselbe Wachstum in sich verlebendigen, das sich in der Wirtschaft als für die Volksgesamtheit als dienlich erweist.

Das, was eben schon über die Sachlichkeit gesagt worden ist, soll hier weitergeführt werden. Was ist Sachlichkeit?

Die Gegenstände, mit denen wir uns in unseren Wohnungen umgeben, werden schon nicht mehr als rein sachlich aufgefaßt. Wir wissen zwar, daß dieses Haus ein Haus, diese Tasse eine Tasse, dieser Korb ein Korb ist. Dieses Haus ist aber zugleich das Haus mit dem eigenen Heim, die Tasse ist unsere Tasse, und der Korb ist unser Korb. Zerbricht die Tasse, dann macht sie den Fall von unserer Tasse zu einer rein sachlichen Tasse. Unsere Tasse zerbricht, aber was in gleichgültigen Scherben zersplittert auf dem Boden liegt, ist eine Tasse. Eine Tasse ist die Tasse, die im Schaufenster steht, und die uns nicht im entferntesten zum Kauf anreizt. An dem Haus, in dem wir wohnen, hängt Persönliches, das abfällt, wenn wir ausgezogen sind. Gehen wir an dem Hause, in dem wir einst gewohnt haben, einige Jahre nach dem Auszug vorbei, so machen wir die Entdeckung, daß es anders aussieht, als wir es im Gedächtnis haben. Das Haus ist zwar dasselbe geblieben, hat aber seinen Charakter gewechselt: aus einem Haus, an dem Persönliches hing, ist ein sachliches Haus geworden, das uns nichts mehr angeht.

Eine vollkommen sachliche Betrachtungsweise ist von jeder Besonderheit des Individuums losgelöst. In ihr schwingt kein Individuelles mehr mit.

Der Mensch mag nicht immer dort, wo er individuell war, flach gewesen sein. Aber heute ist er es. Das Individuelle ist genau so flach, wie der Individualismus zerstörerisch wirkt. Frühere Zeiten haben sich für das Individuelle im Menschen interessiert und lasen Liebesgeschichten. Derartige Erlebnisse sind uns durchaus gleichgültig geworden. Wie sich das Paar bekommen hat, interessiert uns nicht: Uns interessiert das Sachliche, wieviel Kinder es bekommt, und welches Erbgut diese haben. Das neunzehnte Jahrhundert wollte das persönliche Erlebnis und wandte den Blick von den sachlichen Folgen des Liebeserlebnisses schamhaft ab. Diese Sachlichkeit sollte nicht zerstörerisch in das Persönliche einbrechen. Wir reden heute offen vom Erbgut, das der Einzelne hat, sich aber nicht aus eigener Kraft

geben kann. Der Einzelne und sein Liebeserlebnis ist gegenüber seinem Erbgut ausgeschaltet für die Wertung.

Auch der Gedanke des Reiches ist nicht auf das Individuum bezogen. Im Zeitalter des Individualismus war die Frage, wie muß der Staat aussehen, damit das Individuum sich wohlfühlt? Der Staatsgedanke wurde herabgezogen in die Sphäre individueller Behaglichkeit. Am weitesten ging die Sozialdemokratie in dieser Richtung: Das Reich sollte ein allgemeiner Kindergarten für Erwachsene sein. Das unverfälschte politische Naturereignis Krieg wurde nicht verstanden. Unser Reich soll uns hinaufziehen in unser Überpersönliches. Im Reichsgedanken sollen Empfindungen, Begeisterungen und Opferwilligkeiten schwingen, die in unserer individuellen Sphäre keinen Spielraum haben.

Nicht unser Individuelles ist schöpferisch. Jede wahre Schöpfung ist größer als der Mensch, der sie schuf. Das Werk ist gut, vor dem der Künstler selbst staunend steht, daß er der Schöpfer war. So sieht die Mutter im großen Sohn nur den Sohn, aber nicht den Halbgott und Gott: Maria vor dem Kreuz! Der Sohn der Maria vor dem Kreuz war, um im Gleichnis zu sprechen, Johannes, nicht Christus: Christus hat es selber gesagt.

Alles Schöpfertum kommt aus der Tiefe des Menschen, die seine Überpersönlichkeit ist. Das Wort „Eingebung" sagt alles. Die Wirtschaft des deutschen Volkes wird also seine Schöpfung, seine „Eingebung" sein. Das ist das Wort, das am deutlichsten den Unterschied gegenüber den theoretischen Konstruktionen aufreißt.

Die neue Wirtschaft kommt, wenn wir aus unserem Überpersönlichen heraus handeln, wenn alles Handeln der Überpersönlichkeit des Volkes gerecht wird. Das ist möglich in dreifacher Hinsicht.

Erstens vom Reichsgedanken aus. Durch seine Auffassung vom Reich wird der Nationalsozialist über sich hinausgehoben Die nationalsozialistische Auffassung vom Reich ist durchpulst von dynamischen Energien. Deshalb kann die Politik, die das Reich macht, schöpferisch sein. Sie wird genau so schöpferisch sein, als die Auffassung vom Reich schöpferisch und nicht vom Wunsche des Individuums nach persönlichem Wohlergehen auf Kosten des Volkes bestimmt ist. Eine schöpferische Politik in einem Staate mit einem spießigen Volke ist nicht möglich. Im nächsten Kapitel wird von der schöpferischen Wirtschaftspolitik, die der nationalsozialistische Staat machen kann und macht, gesprochen.

Zweitens wird ein Handeln der Überpersönlichkeit des Volkes

gerecht, wenn es sachlich ist. Daß diese Sachlichkeit innig zusammenhängt mit dem neu erwachten Schöpfertum im Volke, ist am Ende des vorletzten Kapitels näher dargelegt. Das Volk faßt die Wirtschaft als seine Wirtschaft auf, weil es sie sachlich betrachtet. Wir kommen hiermit zu der Frage, was eine sachliche Betrachtung ist.

Zuerst ist sie unpersönlich. Weil alle individuellen Stimmungen, Seelenvorgänge usw. bei einer sachlichen Betrachtung ausgeschlossen sind, ist sie die allgemeinste Art der Betrachtung, die denkbar ist. Das, was uns allen gemeinsam ist, ist unsere Rasse. Die Art, in der ein Gegenstand uns sachlich erscheint, ist von der Rasse bestimmt. In der vollkommen sachlichen Betrachtung eines Gegenstandes schwingt nicht unsere persönliche Eigenart, sondern die Eigenart der Rasse.

Die Unpersönlichkeit des sachlich angeschauten Gegenstandes wird auch erlebt. In dieser Unpersönlichkeit erleben wir die Überpersönlichkeit unserer Rasse. Das Allerinnerste in Meister Ekkehart war nicht sein Individuelles, sondern das Überpersönliche: das Fünklein, der Gott. Sehen wir uns einen Gegenstand rein objektiv an, so erleben wir das Überpersönliche, die Rasse, weil das Individuelle abgestreift ist. Kant sprach von einem Ding an sich. Im Ding an sich wurde das Ding ohne die subjektiven Zutaten unserer Wahrnehmung vorgestellt. Es war das Ding in reiner Objektivität. Der Kern des Dinges an sich ist die Rasse. Kant hat das zwar nicht gesagt, weil er die subjektiven Zutaten der Wahrnehmung anders als hier aufgefaßt hat.

Einen Sachverhalt, an den persönliches Interesse geknüpft ist, rein objektiv sehen, ist außerordentlich schwer. Absolut gerecht zu sein, ist die höchste Kunst, die es gibt. Absolute Gerechtigkeit ist überpersönliche Betrachtung eines Sachverhaltes, in der das eigene Interesse gänzlich verloschen ist. Es ist leichter, bei einer mathematischen Aufgabe Fehler zu machen, als sie richtig zu lösen, obwohl die richtige Lösung die allgemeingültige Lösung ist. Die Fehler werden vermieden, wenn man sich vom allgemeingültigen Gedankengang leiten läßt gegen die individuelle Willkür. Den allgemeingültigen Gedankengang zu finden, ist die Kunst des Mathematikers. Weil die objektive Betrachtung eines Sachverhaltes die allgemeingültige ist, ist sie sogar künstlerisch. Der Künstler stellt im guten Kunstwerk das, was er ausdrücken will, in der am meisten allgemeingültigen Form dar. Das ist wieder die der Rasse entsprechende Form.

Sieht eine Politik die Dinge rein sachlich, ist die erste Voraussetzung dafür, daß sie künstlerisch sind, schon gegeben. Sie sieht dann nämlich die Dinge zusammen mit den Imponderabilien, die andere

überraschen, nachdem sie sie übersehen haben. Diese anderen waren interessentenmäßig gebunden und glaubten dort einen objektiven Sachverhalt zu erblicken, wo ihr Interesse einen zu sehen wünschte. Die Dynamik der Dinge rollte trotzdem weiter ab, weil das Ding an sich, die Rasse, lebendig ist. Sie bewegt sich aber dann gegen die „vorausberechnete" Richtung, die nur eine vom Interesse gewünschte Richtung war. Diese Entwicklung durchbricht das, was das Interesse für einen objektiven Sachverhalt annahm, sie zerstört einen vom Interesse stabilisierten Sachverhalt und vernichtet damit das System der Interessenten. In der Geschichte kann das dutzendmal beobachtet werden. Sogar in jüngster Zeit noch dreimal. Beim Untergang des wilhelminischen Reiches, das politische Konstellationen nicht sah, weil es sie nicht sehen wollte, bei dem Zerfall des Versailler Diktates, dessen Väter sich einen Weltlauf konstruiert hatten, der ihnen der genehmste war, und beim Untergang des Weimarer Systems. Immer spielten die Imponderabilien mit, und zwar in einer ziemlich geisterhaften Weise. Uns Deutschen war der allgemeine Haß im Weltkriege geisterhaft, weil wir ihn nicht verstehen konnten; das Versailler Diktat zerflattert, als ob ein Gott in seine Blätter geblasen hätte; und die Art, wie der Aufbruch des Nationalsozialismus jedes Kalkül der Gegner über den Haufen geworfen hat, haben wir mit Wonne erlebt.

Selbstverständlich hat auch eine rein sachliche Politik Interessen. Sonst könnte sie keine Ziele haben. Aber ihr Wille, die Ziele zu erreichen, muß ebenso stark sein, wie die Ziele hoch sind. Darauf kommt es an, und hier liegt der Schlüssel zu allem. Sie darf keine Zustände für statisch halten. In den genannten drei Fällen wurde die objektive Sachlage durch die Interessenbrille gefärbt, weil die Interessenten sich beschieden hatten. Sie wollten Zustände erhalten, weil sie sich erhalten wollten. Sie hielten die Zustände für sachlich, weil sie ihre Brüchigkeit nicht sehen wollten. Von der aber wollten sie nichts wissen, weil sie sich nicht stark genug fühlten, sie zu bewältigen. Wenn eine Regierung zum Untergang verurteilt ist, dann fühlt sie sich zuerst schwach. Sie hat Interesse, an der Macht zu bleiben, und dies Interesse macht sie blind. Sie faßt die Zustände ihres Wunschbildes als sachlich auf und wendet den Blick ab von ihrer Bewegung. Damit erscheinen ihr die Zustände als statisch, je nach der Sprechweise als gottgewollt, als vernünftig, als gerecht oder wie immer. Sie macht den bloßen Wunsch, am Ruder zu bleiben, zum Halt ihres Vertrauens in die Zukunft, aber sucht diesen Halt

nicht bei dem Gott, der bei den stärkeren Bataillonen ist. Hat sie ihre Phantasien zu ihrem Halt gemacht, wird sie erst eigentlich schwach. Alle siegreichen Revolutionen besiegten schwache, energielose Regierungen, die beim Ausbruch der Revolution nicht fähig waren, zielsicher zu handeln.

Die Dinge sehen, wie sie wirklich liegen, setzt inneres Kraftbewußtsein bei der Regierung voraus, ein Kraftbewußtsein, das nicht nur eingeredet und einsuggeriert wird, sondern echt ist. Die Regierung, die es hat, braucht nicht wegzusehen von Entwicklungen, die ihr gefährlich sein können, sondern kann sie steuern. In diesem Falle aber werden diese Entwicklungen sie nicht überraschen: die Imponderabilien werden gemeistert. Diese Regierung steht dann im Einklang mit der Entwicklung, und ihr glückhafter Erfolg ist so groß wie die Überraschung bei den Regierungen, über die die vernachlässigten Imponderabilien hereinbrechen. Glückhaft ist die englische Entwicklung seit Elisabeth gewesen. Die Engländer sind Gefahren aber auch immer mit Mut entgegengetreten. Mit einer Ausnahme: dem Weltkriege. Hier haben sie zum ersten Male in ihrer Geschichte nicht sachlich gesehen und sind Vorurteilen gefolgt. Gefahren an der falschen Stelle sehen, entspringt dem gleichen Mangel an Mut wie das Übersehen von wirklichen Gefahren.

Es ist richtig, daß die Außenpolitik wichtiger ist als die Wirtschaftspolitik. Deshalb ist aber eine gute Wirtschaftspolitik die Voraussetzung für eine gute Außenpolitik. In der Außenpolitik wird das Volk eingesetzt. Der Gradmesser für die innere Geschlossenheit des Volkes ist aber die Wirtschaftsverfassung. Es kommt dabei nicht darauf an, daß die beste Wirtschaftsordnung da ist, sondern daß das Volk das Empfinden hat, daß die Regierung dabei ist, sie zu schaffen. Gerade die Wirtschaft ist der Tummelplatz der Interessenten. Jene Regierung urteilt nicht sachlich, die sich von Interessenten in der Wirtschaft für deren Standpunkt einfangen läßt. Sie verliert den Blick für die sachlichen Entwicklungen, wenn sie ihre Unparteilichkeit gegenüber den Interessenten in der Wirtschaft einbüßt. Das wilhelminische Reich hielt den Kapitalismus für gottgewollt, die Versailler Politik hat sich dem internationalen Finanzkapital dienstbar gemacht, das Weimarer System dem Kapitalismus und dem internationalen Finanzkapital. Eine Regierung läßt sich von ihrem Wunsche diktieren, was eine objektive Sachlage sei, wenn sie sich an Interessenten in der Wirtschaft gebunden hat. Das Kraftbewußtsein, das die Dinge so sehen läßt, wie sie liegen, ist nur möglich, wenn die Regierung dem

Volke verbunden ist und über den Interessenten steht. Über den Interessenten in der Wirtschaft stehen, ist Beweis für die Volksverbundenheit einer Regierung. Diese Volksverbundenheit muß Realität sein, damit die Regierung Realitäten sehen kann. Auf dieser Realität fußt alle wirkliche Realpolitik. In ihrer Verbundenheit mit dem Volke steht diese Regierung aber auch im Einklang mit der Dynamik des Flusses der Ereignisse. Denn diese Dynamik ist ja nichts anderes als der in den Dingen sich auswirkende Geist des Volkes und der Rasse.

Wird die Wirtschaft nun rein sachlich betrachtet, dann bleibt der Blick nicht auf dem System der Wirtschaft haften. Er ist auf den Zweck der Wirtschaft gelenkt. Der Gradmesser, ob der Zweck der Wirtschaft erfüllt ist, ist einzig und allein die Höhe der Erwerbslosenziffer und die allgemeine Lebenshaltung. Der Kapitalismus dagegen hielt die Kapitalbildung für den Zweck der Wirtschaft. Daß das ein Interessenstandpunkt ist, liegt auf der Hand. Vor dem Nationalsozialismus sollte die Wirtschaft einmal angekurbelt werden, indem der Staat Geld verschenkte, das in der Wirtschaft als gebildetes Kapital auftreten könnte. Der Erfolg war gleich Null. Nicht Wünsche sind die Richtungsweiser einer sachlichen Wirtschaftspolitik, sondern Nöte, die in sachlicher, d. h. gerechter Weise festgestellt werden. Reichliche Kapitalbildung in den Händen Einzelner ist ein Wunsch. Die Arbeitslosigkeit ist eine Not. Die absolut sachliche Betrachtung der Wirtschaft ist gleichzeitig die Aufstellung einer Skala gerecht bewerteter Nöte. Dieses System der Nöte — der Ausdruck mag verziehen werden — tritt für die Wirtschaftspolitik an die Stelle des Systems eigennütziger Berechnungen, also des Kapitalismus. Eine Theorie stellt die bei ihrer Durchführung sich ergebenden Nöte als zwangsläufig hin. Das ist nichts anderes als das Bekenntnis des Unvermögens, sie abstellen zu können. Eine rein sachliche Wirtschaftspolitik dagegen bemüht sich in erster Linie, diese Nöte zu beseitigen. Der Nationalsozialismus hat sofort mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit begonnen.

Die rein sachliche Betrachtung ist, um zusammenzufassen, erstens überpersönlich, vom Interessenstandpunkt losgelöst, und in der Art, wie das Sachliche erscheint, spricht der Geist der Rasse. Aber diese sachliche Betrachtung ist nicht gefühllos. Gerade sie läßt das Volk in seinen Nöten sehen. Die Not des Volkes kann nur anerkannt werden, wenn der Wille da ist, sie zu beseitigen. Ist dieser Wille nicht da, dann schaut man von der Not weg und zuckt höchstens die Achseln. Auch die Anerkennung der Not bei anderen, in der der

Wille zu ihrer Bekämpfung lebendig ist, kommt aus überpersönlichen Höhen. Mit bloßer Menschlichkeit oder Gutmütigkeit hat dieser Blick für die Not nichts zu tun. Die Menschlichkeit und Gutmütigkeit redet nur oder macht Veranstaltungen einer eleganten Karitas. Ihr fällt auch nur die Not Einzelner auf, einer Arbeitslosenfamilie, eines Krüppels usw., der dann gepäppelt wird. Hier ist die Rede vom gerechten Mitempfinden der sachlichen Not ganzer Volksschichten. Der Marxismus soll nicht behaupten, sie empfunden zu haben. Er hat in zugespitzt jüdischer Weise diese Not noch auszubeuten gesucht, indem er sie zum Mittel seines Willens zur Macht gemacht hat. Er hat sich auf die Rücken der Schwerbeladenen gesetzt, um sich von ihnen auch noch tragen zu lassen. Die Not von ganzen Volksschichten muß zur eigenen Not des Betrachters werden. Dazu muß er in seinem Volke aufgehen und hineingegangen sein in die Überpersönlichkeit des Volkes. Die Not im Volke muß so lebendig in ihm sein, wie im großen Künstler das lebendig ist, was „in der Luft liegt", das Kunstwerk, durch das eine Zeit sich ausgedrückt fühlt.

Die sachliche Betrachtung ist von der sachlichen Erkenntnis der Nöte im Volke, von ihrer gerechten Abwägung und dem Willen, sie abzustellen, nicht zu trennen. Und zwar deshalb, weil ein Wille von seinem Motiv nicht zu trennen ist, oder weil das Dasein des Geistes der Rasse von seiner Auswirkung nicht abzuspalten ist. Da in der sachlichen Betrachtung sich die Art des Geistes der Rasse ausspricht, ist die Rasse hier in statischem Zustand. Sie steht still und schaut an. Aber da der Geist der Rasse dynamisch ist, ist dieses Schauen der Beginn einer Bewegung. So schaute das deutsche Volk die Zustände im Weimarer System an. Solange sie ihm nur nicht paßten, war es in statischem Zustande. Aber in dieser ruhenden Wolke fing zuerst ein Punkt an, zu kreisen. Der riß die ganze Wolke in seine Bewegung hinein, bis sie kreiste und der Nationalsozialismus siegte. Die unsentimentale, durchaus realistische Empfindung der Not des Volkes in allen Lebendigen ist der Geist der Rasse in dynamischem Zustande.

Oben hieß es: Die neue Wirtschaft kommt, wenn wir aus unserem Überpersönlichen heraus handeln, wenn alles Handeln der Überpersönlichkeit des Volkes gerecht wird. Das wäre in dreifacher Hinsicht möglich. Zwei dieser Hinsichten sind behandelt! Die heroische, den Einzelnen über sich selbst hinaushebende Auffassung vom Reich und zweitens die rein sachliche Betrachtung der Ordnungen. Die dritte Hinsicht ist das Gebot, sittlich zu handeln. In der Sittlichkeit

des Handelns und der Politik wirkt sich die Dynamik des Geistes der Rasse aus. Die reale Empfindung und Beurteilung der Nöte im Volke ist ein sittliches Empfinden und eine sittliche Beurteilung. Daraus entspringt der sittliche Wille, diese Nöte abzustellen.

Bevor das hier näher behandelt wird, ist noch eine abgrenzende Zwischenbemerkung zu machen. Die spießige Sachlichkeit muß geschieden werden von der heroischen Sachlichkeit. Die heroische Sachlichkeit ist, wie gesagt, in eminentem Maßstabe künstlerisch. Der Einzelne muß sein eigenes Interesse vollständig abstreifen, um zu ihr zu gelangen. Das ist eine gewisse Aszese. Diese heroische Sachlichkeit ist symbolisiert durch die maßlose Sachlichkeit der Schlachtfelder des Weltkrieges.

Die spießige Sachlichkeit ist genau das Umgekehrte. Sie ist symbolisiert durch den „Geschäftsmann", der der Wirtschaftspartei angehört hat. Diese Staatsbürger und Familienväter bildeten sich ein, zu wissen, was Sachlichkeit wäre, weil sie keine Ahnung von einer ernsten und strengen Lebensauffassung hatten. Sie waren und sind nur Bürger. Ein Bürger ist ein Mensch, der nur in der Gegenwart lebt und tatsächlich von seinem Anzug umschlossen ist. Dieser Anzug konzentriert sich um die Weste, die rein ist, weil ihr Grau jeden Schmutz schluckt. „Ahnen" hängen in großer Photographie über dem Sofa, der Vater neben der Mutter. Der Vater ist ein „Herr", die Mutter ist eine „Dame", und beide sehen auch entsprechend aus. Der Bürger hält einige Seitensprünge mechanischer Erotik für den Zwang wallenden Blutes. Jetzt redet er von den „alten Germanen". Aber die Ahnen leben nicht in ihm. Die Landschaften, in denen sie gelebt haben, sind nicht mehr in ihm. Er ist ein Haustier, für das der Stall Natur geworden ist, für das im Stall die freie Natur abgestorben ist. Die Vergangenheit ist tot für ihn, jene Vergangenheit, die nicht aus den Geschäftsbüchern zur Kenntnis genommen wird, sondern die als Ahnenerbe im Blute lebendig geblieben ist. Weil die Vergangenheit in ihnen tot ist, halten diese Bürger die Äußerung der Möglichkeit, die Zukunft könne anders als eine mit dem Besen ausgekehrte Gegenwart sein, für leere Mystik.

Die Abkehr von dieser „leeren Mystik" hält der Bürger für Sachlichkeit. Sein Produktenhandel ist sachlich: der Stall, in dem er sein Heu frißt. Für ihn ist sein Interesse sachlich. Alles an seinem Interesse abmessen, hält er für sachliches Denken. Und es besteht kein Wesensunterschied darin, ob dieses „sachliche Denken" auf kleine oder große Gaunereien ausgeht, ob der Spießer mit Eiern oder Kanonen handelt.

Wie grenzenlos spießig das, was der Kapitalist Sachlichkeit nennt, ist, zeigt das, was er Kultur nennt: eine parfümierte Langeweile in feudalen Badeorten und Weiberkram: Verzeihung, „Damen“kram. Jemand, der nicht eine „Dame“ zur Gattin hat, sondern der tatsächlich in des Wortes ganzer Bedeutung eine Frau sein eigen nennt, ist auch kein Kapitalist oder Bürger in dem hier gezeichneten Sinne, selbst wenn er einen Betrieb im kapitalistischen Wirtschaftssystem besaß. Ob ein Mensch mehr ist als eine Funktion des Wirtschaftssystems oder nicht, darauf kommt es an.

Der Marxismus hält es für Sachlichkeit, nur machtpolitisch zu handeln und durch keine sittlichen Bedenken gehemmt zu sein. Der Kapitalismus redet ab und zu von der Sittlichkeit des Handelns und meint damit die Unterwerfung anderer unter sein Interesse. Im kapitalistischen Munde ist das Wort „Sittlichkeit“ ebenso eine leere Phrase wie das Wort „Weltvernunft“. Die Welt hat kein Gehirn, also auch keine Vernunft, der Kapitalismus ist unsittlich und hat deshalb kein sittliches Empfinden. Der Kapitalismus hat in den Weimarer Jahren den an sich sittlichen Gedanken des Leistungslohnes vertreten und meinte damit Lohnsenkung durch höher angesetzte Akkordsätze. Der Marxismus gleicht mit seiner Überschätzung der jeweiligen machtpolitischen Möglichkeiten und seiner Freiheit von sittlichen Bedenken einem General, dem die eigene Truppe nur Instrument ist, der ihr aber in keiner Weise verwachsen ist. Sie wird und muß im entscheidenden Augenblick versagen. Der Kapitalist gleicht diesem selben General, der inzwischen Angst vor seinen eigenen Soldaten bekommen hat und ihnen dann Versprechungen macht. Die Soldaten fühlen, daß sie leer sind. Nichts unterhöhlt die Truppe so wie das Bewußtsein, betrogen zu werden.

Das Entscheidende über die Bedeutung des sittlichen Handelns in der Politik hat Bernhard Köhler schon gesagt. Deshalb können die folgenden Ausführungen kurz sein.

Es kommt nicht darauf an, daß eine Ordnung vollkommen gerecht ist. Wesentlich ist, daß das ganze Volk den Willen der Regierung, gerechte Ordnung zu schaffen, spürt. Immer wird es Aufgaben geben, die die Regierung noch nicht erfüllen konnte, und Ziele, die noch nicht erreicht sind. Das muß so sein. Ein Mensch kann auf dem Erreichten ausruhen, das Volk aber ist in steter Bewegung zur Zukunft hin. Nicht das Behagen im Genuß umschließt die Menschen und macht sie zum Volke, sondern der Wille zur Gestaltung. Je größere Aufgaben vor einem Volke stehen, desto enger ist das Volk geschlossen: Der

1. August 1914 und der Tag von Potsdam 1933. Dort, wo die Regierung gerechte Ordnungen geschaffen hat — und in der Wirtschaft wird das bald der Fall sein —, wendet der Sinn des Volkes sich anderen Aufgaben zu. Indem das Volk immer neue Aufgaben sucht, verteidigt es seine Geschlossenheit gegen den Zerfall in gesättigte Bürger.

Alle Theorien haben den Fehler, daß sie die „besten", aber nicht die gerechtesten Ordnungen schaffen wollen. Das Volk aber, das nicht aus Theoretikern, sondern aus lebendigen Menschen besteht, das im Alltag steht und nicht grüblerisch vor dem Schreibtisch sitzt, hat nur einen Maßstab für die Ordnungen: ob sie gerecht sind oder nicht. Dies Urteil ist nicht logisch, sondern Ausdruck einer Empfindung. Die Erfahrungen von Ungerechtigkeiten, die dem Einzelnen begegnet sind, summieren sich im Volke zu der Empfindung, daß die Ordnungen ungerecht seien. Weshalb sie ungerecht sind, weiß das Volk nicht zu sagen, aber es beharrt darauf, daß sie ungerecht sind. Weil das Urteil des Volkes, daß die Ordnungen ungerecht seien, nicht logisch, sondern empfindungsmäßig ist, hört es auch auf die Verführer, wenn es sieht, daß die Regierung diese Ordnungen für gottgewollt hält.

Das Volk ist auch gerecht. Die Geduld des Volkes — und wie geduldig sind die Völker in der Geschichte gewesen! — hat ihren Grund in seinem Gerechtigkeitssinn. Es ist bereit, sachliche Hemmungen, die dem gewünschten Glücke entgegenstehen, anzuerkennen. Das deutsche Volk hat den Kapitalismus auch deshalb so lange ertragen, weil es die Systemgesetze des Kapitalismus für sachliche Wirtschaftsgesetze gehalten hat. Es beschied sich deshalb darin, daß es ihm nicht besser ging, weil es glaubte, es könnte ihm nicht besser gehen. Das Volk wandte sich im selben Maßstabe vom Kapitalismus ab, als die Ungerechtigkeit dieses Systems nicht mehr als unabänderliches Wirtschaftsgesetz, als sachliche Notwendigkeit, maskiert werden konnte.

Die nationalsozialistische Regierung hat die Kluft zu überbrücken, die zwischen der als ungerecht empfundenen und der gerechten Wirtschaft besteht. Die vorhandene ungerechte Wirtschaft ist das Material, mit dem sie arbeiten muß. Jedes Material hat die Gesetze seines Stoffes. Im Marmor arbeitet es sich anders als im Sandstein oder Holz; die Arbeitsweise ist anders, je nachdem der Maler Öl- oder Wasserfarben benutzt. Ebenso muß die Regierung ihre wirtschaftspolitische Arbeitsweise dem Materialcharakter der überkommenen Wirtschaft anpassen.

Je länger der Schuh drückt, desto nervöser wird der Fuß, desto

unerträglicher der Schmerz. Der Kapitalismus hat schon sehr lange gedrückt. Und dennoch muß der Materialcharakter der kapitalistischen Wirtschaft berücksichtigt werden! Der Sandstein darf nicht so behandelt werden, als ob er Holz wäre.

Die Systemregierungen haben sich geholfen, indem sie das Volk in den zu engen Schuhen von einem Bein auf das andere hüpfen ließen. Der Bolschewismus schneidet dem Volk die Zehen ab. Der Nationalsozialismus sagt dem Volke: Geh, ertrage den engen Schuh noch auf dem Wege nach Hause und zieh ihn dort aus.

Dabei hilft ihm der Appell an den Gerechtigkeitssinn des Volkes: er legt ihm die sachlichen Schwierigkeiten und die Notwendigkeit, den Materialcharakter der Wirtschaft zu berücksichtigen, dar. Das Volk sieht ein, daß die neue Wirtschaft geschaffen werden muß, aber nicht durch Zaubersprüche heraufbeschworen werden kann.

Jedoch der Nationalsozialismus kann den Appell an den Gerechtigkeitssinn des Volkes nur dann richten, wenn er selber gerecht handelt: also sittlich. In dieser Zeit des Überganges von der Wirtschaft der Not und des Druckes zu der Wirtschaft des Volkes liegt im sittlichen Handeln die Synthese zwischen gegenwärtiger Notwendigkeit und dem Willen zur Zukunft und Gerechtigkeit. Daß das Handeln den praktischen Gegebenheiten, dem Materialcharakter der vorhandenen Wirtschaft, angepaßt sein muß, erkennt das Volk an, wenn die Sittlichkeit dieses Handelns seine Ausrichtung auf die Zukunft offenbart.

Sittlich ist eine Wirtschaftspolitik, wenn sie die Gegebenheiten in wirklich sachlicher Weise ansieht und nicht so, wie sie vom kapitalistischen System uns erscheinen. Im selben Maße, wie der Kapitalismus ein schlechtes Wirtschaftssystem war, werden die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung bei der Lösung der jeweiligen Aufgaben außerhalb des Rahmens des Kapitalismus liegen. Die neuen Lösungen werden, gerade weil sie praktisch sind, Ungerechtigkeiten beseitigen, und deshalb sind sie sittlich.

Auf die Synthese von sachlicher Zweckmäßigkeit und Sittlichkeit kommt es an. Der Wille zu einer neuen Sittlichkeit allein würde nur eine ethische Reformbewegung bringen. Die wäre aber am Ende nur ein neues Sektierertum und würde in Mätzchen vermooren. Dagegen wäre der nicht an sittliches Bestreben gebundene Wille, nur zweckmäßig zu handeln, blind. Er würde einen neuen Turm von Babel konstruieren, der dann einfällt. Der Verstand muß, wie früher schon gesagt ist, die Bezugspunkte haben, von denen aus er eine Maßnahme

als praktisch anerkennen kann. Für den bloßen Verstand existiert nur die Wirtschaft, weil er nur sie einsehen kann. Das Wesentliche aber, die Verbindung der Wirtschaft mit dem Volke, kann er nicht sehen. Für den nurwirtschaftlichen Verstand gibt es kein Volk, das eine sittliche, geistige und metaphysische Tatsache ist, sondern Bankiers, Versicherungsagenten, Bauern, Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Kaufleute, Unternehmer, Handwerker und Arbeiter. Für diesen Verstand steht das Volk ungefähr dort, wie für die kapitalistische Wirtschaft der Käufer: irgendwo in der Luft. In der Krise war ja auch zuerst das Fehlen des Käufers das Schicksal des Kapitalismus, bis das Volk sein Schicksal wurde. Im selben Maße, wie der Kapitalismus sich durch seine internationalen Verflechtungen, seine Kartelle, seine Gewerkschaften usw. vom Volke loslöste, löste er sich vom Käufer los. Wir widerstehen der Versuchung, die sehr interessanten Folgerungen, die sich von diesem Gesichtspunkt aus für den liberalistischen Weltmarkt ergeben, auszuspinnen. Er war der Traum, in dem der Kapitalismus eine Basis gesucht hat, die er haben mußte, nachdem er sich von der einzig wirklichen Basis, dem Volke, gelöst hatte.

Hier ist die Rede vom reinen Verstand, der ohne sittliche Bindung zweckmäßig handeln will. Die Auflösung des Volkes in Menschen mit wirtschaftlichen Funktionen durch diesen Verstand ist in klassischer Weise vorgemacht: vom Bolschewismus. Weil die Bolschewisten nur Verstand haben, handeln sie nur zweckmäßig. Ihre Zweckmäßigkeit ist schartig. Dasselbe gilt für den Kapitalismus.

Der Verstand allein ist nur neunzehntes Jahrhundert ohne Bezug auf die Zukunft. Sittlichkeit ohne Verstand dagegen ist Sittlichkeit ohne Festigkeit. Mit Quallen kann man nicht schießen. Der wirtschaftspolitische Verstand allein gibt der Wirtschaft keine Beziehung zum Volke. Er bohrt die Wirtschaft wie einen Pfahl in das Fleisch des Volkes, aber er kann sie nicht behandeln wie eine lebendige Pflanze, die im Mutterboden Volk sich verwurzeln kann. Der sittliche Charakter des sachlichen Handelns bezieht das sachliche Handeln auf das lebendige Volk. Ist ein Handeln sittlich, so schwingt ein Wollen von einer höheren Lebendigkeit in ihm, als sie der Zielwille allein ist. Es ist die gleiche Lebendigkeit, die im sittlich empfindenden Volke lebendig ist. Leben kann nur mit Leben verbunden werden. Die Sittlichkeit der sachlichen Maßnahmen verbindet diese mit dem Leben des Volkes.

Mit dem Verstande kann man nur ordnen, was da ist. Mit dem Verstande ordnet der Nationalsozialismus die kapitalistische Wirtschaft. Das ist die Wirtschaft, die da ist. Aber mit dem Verstande

allein kann er über den geordneten Kapitalismus nicht hinaus. Der Verstand könnte höchstens noch Verführungen einflüstern, zu experimentieren. Die Verwandlung des Charakters der Wirtschaft aber wird gezeitigt werden, weil das sachliche Handeln zugleich sittlich ist und in seiner Sittlichkeit die Abgrenzung gegen den Übermut des Verstandes hat.

Wir können uns heute nicht vorstellen, wie eine dem Volke wirklich verbundene Wirtschaft aussieht. Wir haben in unserem bisherigen Erleben kein Modell dafür. Einen Anhaltspunkt gewährt vielleicht das maßlose Glück einer übermenschlichen Freiheit, das den Soldaten während des siegreichen Sturmangriffes erfüllte, nachdem die Angst verflogen war. Aber dies Glück entschwand schnell, weil kein sachlicher Zweig da war, an dem der Nebel sich als bleibender Tau niederschlagen konnte. Weil wir in unserem bisherigen Erleben kein Modell für das Erleben haben, das uns in einer dem Volke wirklich dienenden Wirtschaft erfüllt, hat der Verstand kein Material, aus dem er diese Wirtschaft konstruieren könnte. Wegen seiner Bezogenheit auf das, was ist, glaubt er alles erreicht zu haben, wenn alle in der Wirtschaft so stehen, wie es im Kapitalismus einige taten: wenn alle Kapitalisten sind. So war ja auch einst der Traum der Französischen Revolution, alle zu Königen dadurch zu machen, daß der König geköpft wurde. Aber damals wurden alle zu Königen im Elend gemacht. Der Bolschewismus macht alle zu Kapitalisten in der Krise: allen gehört die Wirtschaft, aber leider ist die Wirtschaft nicht da.

In unserem Willen zu neuer, freier Lebendigkeit ist die Zukunft enthalten. Wir können nur mit tiefem Atemholen an sie denken, vorstellen können wir sie uns nicht. Die Wikinger, die vom Nordland abstießen, konnten sich auch nicht vorstellen, wie Sizilien aussah. Der Wille zu neuer Lebendigkeit ist auch ein sittlicher Wille im allerhöchsten Sinne des Wortes. Die Sittlichkeit des Samenkorns ist die Gestalt der Pflanze. Freiheit und Gehorsam sind im Wachstum eins. Nur in sterilen Zeiten wird Freiheit Willkür und Gehorsam Sklaverei. Ist das Samenkorn frei, indem es keimt, oder ist es gehorsam, indem es das Gebot der Pflanze, die in ihm ist, erfüllt? Im Wachstum sind Freiheit und Gehorsam eins, wie die Mutter eins ist mit dem Kind in ihrem Leibe. So eins, daß die Frage, ob die Mutter auf das Kind oder das Kind auf die Mutter bezogen ist, nicht gelöst werden kann, dafür aber von unserer Anschauung entkräftet wird.

Die Zukunft ist genau so unerfaßbar, wie wir das nicht ausdrücken können, was als Wille zu neuem Leben in uns brennt. Es bleibt

uns nur übrig, uns in den Dienst dieses Willens zu stellen und ihm gehorsam zu sein, damit wir frei sind. Wir dienen der werdenden Gestalt der Zukunft, des Reiches und der Wirtschaft, indem wir sittlich handeln. Das ist die heute einzig mögliche Synthese des Willens zur Zukunft mit unserer Gegenwart, die einzige Art, wie wir der wachsenden Gestalt dienen können mit unserem Verstande.

Bernhard Köhler wiederholt immer wieder, daß sittliches Handeln zugleich praktisch ist. Es gibt überhaupt kein wirklich praktisches Handeln, das nicht sittlich ist. Denn weil es sittlich ist, steht es im Dienst der werdenden Gestalt des Reiches und des Geistes der Rasse, der Ausdruck verlangt. Oben wurde die rein sachliche Betrachtung, die schon mehr ist als die interessentenmäßige Sachlichkeit des Verstandes, als der statische Zustand des Geistes der Rasse bezeichnet. Im sittlichen Handeln befindet er sich im dynamischen Zustande. In beiden Zuständen ist der gleiche Geist der Rasse. Also muß das, was sittlich ist, auch praktisch sein: das Sachliche wird in den Dienst der werdenden Gestalt der Zukunft gestellt. Der Verstand sieht nur Teilungen von Zellen. Daraus besteht das Wachstum. Aber Wachstum ist zugleich etwas ganz anderes als Zellenabspaltung. Die Ansätze der neuen Zellen sind praktisch, weil sie von der werdenden Gestalt regiert werden in dem Sinne, nach dem die Sterne nach Wallensteins Meinung das Schicksal regieren.

6. Kapitel

Der Staat in der Wirtschaft

Im Feuer der nationalsozialistischen Bewegung ist auch ein neuer Begriff vom Staate gehärtet worden. Der bisherige Staat wurde als Zustand aufgefaßt, weil er durch seine Politik Zustände wahren wollte. Der nationalsozialistische Staat ist dynamisch, weil seine Politik stetes Schöpfertum ist. Die Politik ist das Schicksal! Das bedeutet, daß der Staat nicht die Funktion von Einrichtungen, Wirtschaftsordnungen, Gesellschaftsschichtungen, kurz von Menschen ist, sondern daß umgekehrt alles, was ist, Schöpfung und Aufgabe der Politik ist. Nicht bestimmt der Mensch den nationalsozialistischen Staat, sondern der nationalsozialistische Staat bestimmt den Menschen. Deshalb hat der Nationalsozialismus auch sofort nach seinem Herrschaftsantritt mit seiner Erziehungsarbeit begonnen. Dies ist

wesensverschieden von dem Erziehungsideal am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, das Fichte am ausgesprochensten vertreten hat.

Daß der nationalsozialistische Staat nicht von Menschen bestimmt ist, mag wunderlich erscheinen, einmal in Anbetracht der Tatsache, daß er durch den Sieg einer Partei, die doch der Zusammenschluß von Menschen ist, geschaffen ist. Und dann in Anbetracht des Führerprinzips in jedem Bereiche, das einen Mann auf den Schild hebt! Auch der andere Satz, daß der nationalsozialistische Staat eine metaphysische Tatsache ist, ist Mißverständnissen ausgesetzt. Man kann dabei an das mittelalterliche Römische Reich Deutscher Nation denken, das als das „weltliche Schwert" religiös aufgefaßt wurde, oder an das Gottesgnadentum, das die Krone verleiht usw. Aber das trifft alles für den nationalsozialistischen Staat nicht zu.

Im Nationalsozialismus selbst ist das deutliche Bewußtsein rege, daß nicht die Partei als bloßer Zusammenschluß von Menschen allein die Macht erobert hat. Es kam etwas hinzu: „die Vorsehung". Der Führer spricht sehr häufig von der Vorsehung. Seine Person ist zu heilig, als daß man sich unterstehen dürfte, nachzuforschen, was er damit meint. Aber daß die Partei gesiegt hat, ist ebenso wunderbar wie ihre erstaunliche Anziehungskraft auf das deutsche Volk. Sie kann sie sich nicht selber gegeben haben; denn wenn eine Partei das könnte, hätten andere Parteien das auch tun können. Deshalb hat auch die Partei als eine Partei unter anderen nicht gesiegt. Sie hat gesiegt, weil sie die organisatorische Spitze einer Bewegung ist, die eine Bewegung des deutschen Volkes ist.

Die Anziehungskraft des Nationalsozialismus beruht auf dem Menschentypus, den er herausgestellt hat. In ihm hat das deutsche Volk sich selbst und sein Wesen erkannt. Dieser Typus ist keine Konstruktion, die aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen erdacht worden ist. Der Nationalsozialismus wollte ja auch gar nicht mit diesem Typus die Macht erobern, um sie zu genießen, sondern er wollte die Macht, um die Politik dieses Typus zu machen. Die Macht ist das Instrument dieses Typus, die Ordnungen nach seinem Wesen zu gestalten. Nicht der Nationalsozialismus war zuerst da, und dann der Typus, sondern der Typus war zuerst da und schuf den Nationalsozialismus. Der Typus selbst ist nicht geschaffen worden, sondern ist im Weltkriege erwachsen. Ebensowenig wie man sich vor dem Weltkriege eine Vorstellung vom kommenden Kriege machen konnte, konnte sich auch jemand eine Vorstellung vom deutschen Frontsoldaten machen, ihn also auch nicht machen.

Das Wunder des Nationalsozialismus ist das Wunder seines Typus. Die Ausbreitung des Nationalsozialismus nach dem Kriege ist die Besitzergreifung dieses Typus von dem, was für den Frontsoldaten die „Heimat" war. Der Typus des deutschen Frontsoldaten ist die bisher vornehmste und echteste Erscheinungsform des Geistes der Rasse der letzten hundert Jahre. Ob er das überhaupt sei, können wir nicht entscheiden, weil wir dem Weltkriege noch zu nahe stehen. Das Wunder dieses Typus ist das Wunder der Rasse. Ihr Schöpfertum liegt außerhalb der dem Verstand gegebenen Reichweite. Wunder sind Schöpfungen aus dem Geiste der Rasse, die dem Verstand unverhofft kommen. Der unbedingte Glaube des Nationalsozialismus an den Sieg hatte seine Grundlage nicht im Verstand, sondern im Stand seines Typus im Herzen der Rasse, die Wunder tut. Die Auswirkung der Rasse in diesem Typus liegt in der Instinktsicherheit seines Handelns. Schaut man nachträglich über ein instinktsicheres Handeln zurück, so mag es als von der „Vorsehung" gelenkt erscheinen. Denn der Verstand kann sich die glückhafte Fügung dieses Handelns nicht erklären, die nicht er, sondern der Instinkt und der Geist der Rasse in das Handeln hineingebracht hat.

So hat die Partei die Macht erobert, weil der Geist der Rasse seinen Menschentypus instinkthaft sicher handeln ließ. Daß nur diese den Rationalisten und Kausalmechanikern phantastisch klingende Erklärung möglich ist, ist unterstrichen durch die Instinktlosigkeit aller anderen Parteien. Warum soll ihr Verstand weniger scharf gewesen sein als der der nationalsozialistischen Führung? Er war sogar sehr scharf bei ihnen, denn sonst hätten sie die einwandfrei logischen Begründungen für Handlungen nicht gefunden, denen gegenüber das deutsche Volk die Hände über dem Kopf zusammenschlug. Aber weil der Nationalsozialismus im Herzen des Geistes der Rasse stand, war der eben bei ihm und nicht bei den anderen. Überhaupt: An der Front ist sowohl der Materialismus wie der leere, nur aus Phrasen bestehende Idealismus bürgerlicher Prägung zusammengefallen. Der Soldat hat die Wirklichkeit des Instinktes entdeckt, die weder materialistisch noch idealistisch im üblichen Begriff ist. Zuweilen hatte er die instinkthafte Sicherheit des Tieres. Jeder kennt die Fälle, wo der Kamerad wußte, daß er an diesem Tage fallen würde. Nun, weshalb soll diese Instinktsicherheit sich nicht auf die Politik übertragen lassen?

Der Führergedanke hat seine Berechtigung schon in dem Satze des preußischen Reglements, daß es besser ist zu handeln, als über dem

Nachdenken über das bestmögliche Handeln zu vergessen, etwas zu tun. Aber von diesem Gesichtspunkte allein könnte das Führertum in die Tyrannis ausschlagen. Seine Neuartigkeit erhält der nationalsozialistische Führergedanke vom Rassegedanken und dem Typus, in dem die Rasse sich am reinsten ausdrückt. Zum Führer ist man geboren oder nicht. Es kommt darauf an, wie man geboren ist, nicht wo das geschehen ist: ob in der Hütte oder im Palast. Die bloßen Kenntnisse machen das Führertum nicht aus. Der beste Betriebsführer ist nicht der, der am besten rechnen kann. Er soll auch instinktsicher sein, und zwar ganz, nicht auf Teilgebieten. Wahre Instinktsicherheit aber kommt aus der Lebendigkeit der Rasse. Der, in dem die Rasse lebendig ist, fühlt sich im gleichen Umfang zu den Menschen der gleichen Rasse hingezogen, als die Rasse in ihm lebendig ist. Aus dieser Rasseverbundenheit fließt die Kameradschaft zur Gefolgschaft. Auf die Dauer wird der kameradschaftlichste Betriebsführer auch der beste Wirtschaftler sein. Der Grad seiner Kameradschaftlichkeit ist auch der Grad seines Fingerspitzengefühles für sein kaufmännisches Handeln. Das ist keine bloße Phantasie, sondern geschichtliche Erfahrung. Immer waren die Kompanieführer, die im Weltkriege schwierige Lagen meistern konnten, bei der Truppe vorher schon besonders beliebt, weil sie kameradschaftlich waren.

Es gibt nur eine metaphysische Tatsache: das ist die Rasse, die ebenso real wie überpersönlich ist. Metaphysisch war die Instinktsicherheit, die die Rasse dem Frontkämpfer gegeben hat. Metaphysisch ist die Gestalt des Frontkämpfers. Ebenso metaphysisch ist die Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung, auf die die Instinktsicherheit des Frontkämpfers und seine Nähe zur Rasse sich übertragen hat. Und metaphysisch ist der nationalsozialistische Staat; er ist die Form, in dem die aus der Rasse kommende Instinktsicherheit zum Einsatz organisiert ist.

Selbstverständlich ist hier nicht eine bestimmte Form des Staates gemeint. Das wäre der alte Fehler, der den Staat mit der Staatsform verwechselt. Damit der Staat dynamisch sei, was er sein muß, wenn er Werkzeug des dynamischen Geistes der Rasse sein soll, muß die Staatsform flüssig sein. Über dem nationalsozialistischen Staat steht die nationalsozialistische Bewegung. Die Bewegung steht im selben Sinne über dem Staat, als die verschwörerischen Bewegungen in früheren Zeiten den Staat, gegen den sie verschworen waren, zerstört haben. Auch die Bewegung ist eine Gemeinschaft verschworener Männer. Sie sind aber nicht gegen den Staat verschworen, sondern

für Deutschland und das deutsche Volk. Alle Dynamik, die im deutschen Volke rege ist, sammelt sich in der Bewegung. Die Bewegung ist die Reserve an dynamischer Energie für den Staat, aus der seine Politik gespeist wird. „Die Bewegung steht über dem Staat" bedeutet in weitestem Sinne des Wortes, daß die dynamischen Tendenzen, von denen die Bewegung dargestellt ist, stets das Übergewicht über die statischen haben, auf denen zu beharren nach der Erfahrung die Versuchung der früheren Staaten gewesen ist. Die Verschwörergruppen waren früher revolutionär, weil sie den Staat stürzen wollten. Die nationalsozialistische Bewegung, als eine verschworene Gemeinschaft, die die lebendigen Energien des Volkes darstellt und den Staat fest beim Volke hält, macht den Staat evolutionär.

Das Besondere des nationalsozialistischen Staates ist, daß er sowohl metaphysischen Charakter hat als auch eine absolute reale Tatsache ist. Das hat sich schon ausgedrückt in der Haltung der nationalsozialistischen Kämpfer oder noch deutlicher in der Haltung der Frontsoldaten. Die verteidigten das Deutschland, das war, die reale Tatsache Deutschland also, gegen den äußeren Feind. Doch kämpften sie nicht für dies Deutschland, sondern für ein anderes, das kommen sollte, für ein metaphysisches Deutschland also. Der Nationalsozialist hat Opfer gebracht. Macht man Aufwendungen, um für sich selber etwas zu erreichen, so ist das kein Opfer, sondern die Bezahlung eines Kaufpreises. Opfer bringt man nur für metaphysische Werte. Göttern kann man keine Geschenke machen: man kann ihnen nur opfern. Soweit der Nationalsozialist für Deutschland opferte, kämpfte er für einen metaphysischen Wert. Zugleich aber stellte er sich den Staat des Sieges als reale Tatsache vor, als Verwaltungssystem usw.

Man hat dem Nationalsozialismus in der Kampfzeit zum Vorwurf gemacht, daß er kein konkretes Bild von den Staatseinrichtungen und Wirtschaftsordnungen, die er erreichen wollte, gehabt hätte. Er war eben dazu in der Lage, in der die anderen Parteien sich nicht befanden. Deshalb mußten sie sich Theorien machen. Der Typus, den der Nationalsozialismus herausgestellt hat, war weit mehr als das, was bei den anderen Parteien die Vorstellung der von ihnen erstrebten Ordnungen war. Für sie war Deutschland nur eine reale Tatsache, ein Holzblock, um den die Holzschnitzer sich stritten, weil jeder seine Figur hineinschnitzen wollte. Für den Nationalsozialismus war Deutschland und der Staat dagegen eine meta-

physische Tatsache, ein Wert des Blutes und der inneren Haltung. Die nationalsozialistische Bewegung hat einen Mythus, an dem auch der nationalsozialistische Staat als Organ der Bewegung Anteil hat.

Seit der Reformation wurde der Staat das Instrument Einzelner. Der Absolutismus wurde allgemein. Damit verlor der Staat seinen Mythus. Fast gleichzeitig mit dem Absolutismus traten die Naturrechtstheorien auf die Bildfläche, nach denen der Staat auf einem Vertrag beruhte, den Einzelne zu ihrem Vorteil abgeschlossen hätten. Die Demokratie war nichts anderes als verbürgerlichter Absolutismus. Die Parteien stritten darum, welche Partei, also welche Gruppe Einzelner den Staat als ihr Instrument benutzen könnte. Im Absolutismus war der herrschende Einzelne ein König. Er war zuweilen königlich, war aber immer genötigt, wenigstens königlich sein zu wollen. Weil Friedrich Wilhelm III. König war, erließ er doch noch den Aufruf zur Erhebung gegen Napoleon. Man stelle sich vor, was ein Parlament gemacht hätte, in das vor dem russischen Winter die Napoleon genehmen Männer hineingewählt worden wären! Männer wie Stein und Kleist hätten bestimmt nicht darin gesessen. Vielleicht ist nirgends so deutlich wie im November-Deutschland in Erscheinung getreten, daß in der Demokratie der Staat Instrument der Parteien war, der Gruppen der Einzelnen. Das zeigt sich in ganzer Nacktheit bei der Dawesabstimmung. Der Mythus Deutschland, dem geopfert wird, saß nicht unter jenen Parteien, die entschieden. Sie dachten alle nur an sich und ihre Bequemlichkeit. Das nannten sie Verantwortungsbewußtsein und Realpolitik.

In diesem Staate mußte auch die Wirtschaft das Schicksal sein. Die Wirtschaft war da der Mythus. Wo der Einzelne an sich denkt, will er Wohlleben, und das gibt die Wirtschaft. Die sogenannten Wirtschaftsgesetze waren das Totem- und Tabu-System der kapitalistischen Wirtschaft. Der Schwerpunkt im Streben aller lag in der Wirtschaft. Wo dieser seelische Schwerpunkt liegt, da ist unweigerlich ein Mythos und schöpferisches Wachstum.

Weil der Kapitalismus einst Mythos war, hat er sich zu einem System zusammengefügt. Die Gleichgestimmtheit der Haltung in den Menschen ließ ein System erwachsen, das funktionierte. Die gleiche Haltung richtete das Handeln aus, und aus dem gleichgerichteten Handeln erwuchs dann ein so zauberhafter Mechanismus wie das Spiel der Goldpunkte, die Erhöhung der Bankrate bei Goldabfluß, die Abstoßung der Läger nach der Zinserhöhung, die Preissenkung durch das Überangebot, die Steigerung der Ausfuhr nach der Preis-

senkung und der Rückgang der Einfuhr, der Zustrom der von den hohen Zinssätzen aus dem Auslande angelockten kurzfristigen Kredite usw. Kurz: eine passive Zahlungsbilanz löste von selber einen Mechanismus, der sie wieder in eine aktive verwandelte. Das Ganze war eine U-förmige Röhre, wo die erhöhte Wassersäule in einem Schenkel durch ihren eigenen Druck die Säule im anderen Schenkel hochtreibt und selbst sinkt. Dies System war nicht gemacht. Wie konnte es gemacht sein, weil ja das Geldsystem, das diesen Ausgleich brachte, nicht verstanden war? Daß es nicht verstanden war, läßt sich heute angesichts der damals herrschenden metallistischen Geldtheorien wohl behaupten.

Dies System funktioniert heute nicht mehr, weil die Haltung, die es hat erwachsen lassen, nicht mehr da ist. Hätten die Träger des Kapitalismus noch alle eine gleich ausgerichtete Haltung, wüßten sie auch, wo die Möglichkeiten der Verständigung lägen. Wo eine gemeinsame Haltung ist, gibt es auch zwingende Gebote des Anstandes, denen wirkliche Opfer in dem oben beschriebenen Sinne gebracht werden. Wo Preise gezahlt werden, finden Geschäfte statt, die keine tragfähige Grundlage für Umbildungen abgeben. Fruchtbare Verständigungen beruhen auf Opfern, die die Haltung so stark gebietet, daß sie selbstverständlich sind. Aus der Selbstverständlichkeit der Opfer folgt die Eindeutigkeit und Dauer der Verständigung. Max Weber hat für die Anfangszeit des Kapitalismus bewiesen, daß er aus der puritanischen Haltung erwachsen ist. Der Kapitalismus konnte aufkommen, weil das „Opfer“, auf Vorteile durch Betrug zu verzichten, selbstverständlich und allgemein geworden war.

Es wird sich bald zeigen, wohin diese Ausführungen hinaus sollen. Der neue Mythus Staat soll mit dem alten Mythus Wirtschaft konfrontiert werden. Später wird auch noch über das Verhältnis der Technik zur kapitalistischen Wirtschaft die Rede sein. Die Technik hat die kapitalistische Wirtschaft gesprengt, sie hat die Maschinen geschaffen, die die Arbeiter auf die geworfen haben, die der Kapitalismus nicht mehr beschäftigen konnte, und die die Anklage des Volkes gegenüber dem Kapitalismus darstellen. Doch hier ist die Grundfrage zu klären, weshalb der Kapitalismus so unelastisch und so wenig wandlungsfähig war, daß er von der Technik gesprengt werden konnte, oder umgekehrt: weshalb er nicht stark genug war, die ihm so gefährliche technische Entwicklung zu bannen. Versuche dazu hat er mit den Kartellen, Syndikaten usw. ja gemacht.

Die Technik hat die kapitalistische Wirtschaft zerbrochen, weil sie

ein noch größerer Mythus als der Kapitalismus gewesen ist. Hätte das neunzehnte Jahrhundert das, worauf seine seelischen Schwerpunkte lagen, in Gottesgestalten symbolisiert, so wäre der Gott der Technik mächtiger gewesen als der Gott der Wirtschaft. Vielleicht würde der Gott der Wirtschaft der Sohn des Gottes der Technik gewesen sein, wie Amor der Sohn der Venus war. Die kapitalistische Wirtschaft war eine Folge des Aufkommens der modernen Technik. Die Naturwissenschaften, denen die Technik entsprungen ist, sind ja nicht ausgebaut worden in der bewußten Absicht, um zur Technik zu gelangen und über die Technik zu der kapitalistischen Wirtschaft! Die Tatsache, daß Galilei, einer der Väter der Naturwissenschaften und der Technik, nicht im entferntesten an die Wirtschaft dachte, ist ein eindeutiger Einwand gegen den historischen Materialismus, der ja nun wirklich historisch, also geschichtlich-vergangen, geworden ist.

Der Vorrang der Technik vor der Wirtschaft hängt mit der Rasse zusammen. Die Naturwissenschaften sind nach der Renaissance erkämpft worden. Indem er für sie kämpfte, kämpfte der arische Mensch für seine Gewissensfreiheit. Der Freiheitsdrang der Rasse gegenüber einem Dogma, das nicht mehr als eindeutig empfunden wurde, hat sich in den Naturwissenschaften ausgedrückt.

Die Technik hat in ihrer Entwicklung den Kapitalismus unterhöhlt, weil sie die einheitliche Haltung, auf der der Kapitalismus einst beruht hat, zerbrochen hat, jene einheitliche feste Haltung, die der Puritanismus ausgemeißelt hatte. Noch vor sechzig Jahren war der Typus des Wirtschaftlers anders, als er heute ist. Die Großväter rechneten genau und peinlich anständig. Mit der Eisenbahn und dem Börsenfieber — beides fast gleichzeitig — fing diese Haltung an zu faulen. Anstatt daß Arbeit Wohlstand erwerbe, sollte die Spekulation Reichtum schenken. Die Möglichkeiten der Technik waren die Möglichkeiten für erfolgreiche Spekulationen. Jetzt gab es zwei Typen für die Wirtschaftler: den arbeitsamen, genau rechnenden, sich dem „Spiel der Kräfte" Anpassenden und den anderen, der spekulierte, der in der Hoffnung auf große Spekulationsgewinne den Pfennig nicht zählte, der das freie Spiel der Kräfte vergewaltigen wollte und der sehr großspurig war. Damit war die einheitliche Haltung zerbrochen, und damit war Kapitalismus kein gesunder Mythus mehr. Er war ein Wirtschaftssystem geworden, in dem die Anständigen von dem Spekulanten betrogen wurden. Symbol dafür war die Herrschaft der Börse und damit des internationalen Finanzkapitals über die Wirtschaft.

Der Kapitalismus ist zerbrochen, weil er kein echter Mythus mehr war, und damit war er verlogen. Er führte immer, wo Interessen es geboten, die Notwendigkeit, das freie Spiel der Kräfte zu erhalten, ins Feld, obwohl er selbst es gründlich verfälscht hatte. Er tat so, als ob er noch ein gesunder Mythus wäre, und damit handelte er genau so wie jener Papst aus dem Hause Borgia, „dem die Mär von Christus so großen Vorteil gebracht hatte“. Er ist eines der Anzeichen für den inneren Zerfall eines Mythus, wenn er von Interessenten ausgenutzt wird.

Nicht die anständigen Betriebsführer machen den Kapitalismus verwerflich, sondern die Spekulanten. Sie haben ihm ihren Stempel aufgedrückt. Sie machten den Kapitalismus zu einem System, das gestattete, ohne Arbeit auf Kosten anderer und durch den Druck der Gewalt auf andere reich zu werden. Wenn die, die in dieser Richtung handelten, eine gemeinsame Haltung hatten, so war sie in ihrem nackten Interesse viel zu flach, um noch schöpferisch sein zu können. Je tiefer eine Haltung im Menschen verwurzelt ist, desto mehr fußt sie in seinem Überpersönlichen und desto mehr wird das Überpersönliche durch sie schöpferisch. In den nackten Interessen des ausgehenden Kapitalismus sprach nur das banale Ich, und das ist nicht schöpferisch, sondern bekommt Krach mit anderen Ichs, die ihre Interessen haben. In genau dem Maße, als die ursprüngliche einheitliche Haltung des Wirtschaftlers zerbrach, als die Sittlichkeit des wirtschaftlichen Handelns aus dem Vordergrund der Beachtung zurücktrat, als die Wirtschaftler immer oberflächlicher wurden, indem sie nur an ihre Interessen dachten und damit das freie Spiel der Kräfte zerbrachen, war auch der Kapitalismus nicht mehr schöpferisch, sondern Zank und Streit. Je tiefer die gemeinsame Haltung in die Menschen hinabreicht, desto größer sind die Möglichkeiten der schöpferischen Synthese. Je mehr an die Stelle einer Haltung das eigensüchtige Interesse tritt, desto geringer sind die Möglichkeiten der schöpferischen Synthese. Und fehlen sie ganz, dann gibt es eben nur Gegensätze der Interessenten.

Die Krise hat wirklich lange genug gedauert, und sie war auch wirklich schwer genug. Aber die Wirtschaft hat sich auf der ganzen weiten Flur als unfähig erwiesen, Gegengifte gegen die Krise zu erzeugen. Das System der U-förmigen Röhren funktioniert in keiner Weise, während nach den Lehrbüchern der große Vorteil des Kapitalismus doch darin bestehen soll, daß das der Fall sei. Das Schöp-

fertum fehlt der Wirtschaft, das sie einst, als sie ein wirklicher Mythus war, gehabt hat.

Der Staat ist für die Wirtschaft schon deshalb notwendig, um die Streitigkeiten der Interessenten zu schlichten. Aber eine ausgebaute staatliche Gerichtsbarkeit für die Interessentenstreitigkeiten genügt nicht. Das Weimarer System wollte diese Gerichtsbarkeit ja auch schaffen, nur gelang es ihm nicht. Denn der Staat, der nur diese Streitigkeiten schlichten will, sieht auch nur die Interessenten, aber nichts mehr: Er sieht nicht die schöpferische Synthese. Erkennt der Staat die Interessenten an, dann strebt er das Kompromiß zwischen ihnen an, und zwar ein Kompromiß von Fall zu Fall. Wir haben ja alle noch im Gedächtnis, wie jener Staat zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vermitteln wollte. Aber diese Vermittlungen konnten unmöglich produktiv sein.

Ein Staat, der Interessenten anerkennt und seine Aufgabe darin sieht, sie zu Kompromissen zu veranlassen, verzichtet auf das, was sein Wesen ausmacht. Ein Staat ohne Wesen ist ein wesenloser Staat, ein Nebelgebräu.

Das ist das Wesen des nationalsozialistischen Staates:

Der Einzelne ist den Tatsachen unterworfen. Verleugnet er sie, dann verleugnet er sein eigenes Bewußtsein, das doch dazu da ist, Tatsachen zu erblicken. Der Einzelne muß auch mit den Tatsachen rechnen. Er kann dann erst seinen Willen anspannen, um sie zu wälzen, wie Sisyphus den Stein. Je „zielsicherer" er ist, desto mehr gehorcht er den Tatsachen.

Auf der anderen Seite hat jede Zeit ihren eigenen Stil. Der Stil einer Zeit ist ihre Art, die Tatsachen zu sehen. Der Einzelne ist gezwungen, die Tatsachen so zu sehen, wie der Stil der Zeit befiehlt, der Stil selbst aber ist Schöpfung der Zeit. Aber sollte es keine Stelle geben, die der Tatsache überlegen ist?

Was man in dieser anonymen Weise Zeit nennt, ist die Rasse. Weil die Rasse im einzelnen Menschen den Stil der Zeit geschaffen hat, muß der Einzelne diesen Stil anerkennen: der Einzelne ist ihm ebenso unterworfen, wie er von seiner Rasse bestimmt ist, aber die Rasse ist der Art, wie die Tatsachen gesehen werden, überlegen, denn sie hat den „Stil" zu schaffen.

Die weltgeschichtliche Bedeutung unserer Geschichtsepoche besteht darin, daß wir mit dem Geiste der Rasse durchaus verschmelzen, um aus ihm heraus Wunder zu tun. Wir wollen eins werden mit der Flamme in uns, mit dem Fünklein, um ihr keine Widerstände zu

schaffen, wie es bisher immer der Fall gewesen ist. Das ist der Mythus des zwanzigsten und der folgenden Jahrhunderte. Das hohe Ziel des Nationalsozialismus ist, die Welt nicht in irgendeinem Weltbilde für die Anschauung zu ordnen, wie es die Religionen und Dogmen getan haben, sondern die tatsächlichen Ordnungen für das praktische, lebendige und dynamische Leben zu schaffen, in denen der Geist der Rasse so ausgedrückt ist, wie das Wesen des Künstlers im Kunstwerk. Dann endlich ist der Mensch eins geworden mit seiner Welt, während in allen Religionen und Dogmen der Mensch immer vor der Welt, und das ist: gegenüber der Welt, gegenüber dem Gotte, gegenüber dem Fünklein und als Einzelner, das „principium individuationis" erfüllend und mit dem Schwerpunkt belastend, gegenüber dem Geist der Rasse gestanden hat.

Die Verschiedenheit der Art, wie die Tatsachen von Völkern verschiedener Rasse angeschaut werden und angepackt werden, die Verschiedenheiten der Religionen, der Ordnungen usw. sind Verschiedenheiten der Rassen. Die alte chinesische Kultur war durchaus anders, als unsere Kultur ist, oder als die mittelalterliche Kultur im Abendlande war. Man braucht nur zu betrachten, in welcher entscheidenden Weise eine Rasse allen realen Erscheinungen ihren Stempel Kultur aufdrückt. Daraus ergibt sich, daß die Rasse den Tatsachen überlegen ist, weil sie gestaltet in einer Weise, nach der der Geist der Rasse den Vorrang hat über die den Tatsachen innewohnenden materiellen Gesetzlichkeiten. Wir wissen nicht, wie die Ägypter ihre Pyramiden gebaut haben. Wir suchen nach den technischen Kenntnissen bei den Ägyptern, die wir ihnen vom Standpunkt unserer Technik aus zubilligen könnten. Unsere Technik haben die Ägypter gewiß nicht gehabt. Ihre Rasse, die sich in Pyramiden darstellen wollte, fand die Mittel, die Steine zu bewegen. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als der Rasse der Ägypter die Fähigkeiten zuzuschreiben, die wir heute der Technik entnehmen. Der Rasse gegenüber sind die Tatsachen weich und knetbar. Wir haben unsere Art Technik, und in dieser einen Art sind die Tatsachen hart. Es gibt aber soviel Arten der Technik, als es Rassen gibt. Am deutlichsten drückt sich das in den Baustilen aus. Die Rasse ist den Tatsachen überlegen, weil die Rasse sich unter den mannigfachen Möglichkeiten, mit den Tatsachen fertig zu werden, die ihr entsprechende aussuchen kann.

Es eröffnen sich hier Gesichtspunkte, die neuartig genug sind, sie genau zu betrachten. Wir können mit dem Bewußtsein keine Tierkörper schaffen. Eine Rasse, die sich den Körper schaffen wollte, hat

ihn zu schaffen vermocht. Selbstverständlich besteht der Tierkörper aus einer Mannigfaltigkeit von chemischen, mechanischen und elektrischen Prozessen. Nehmen wir diese Prozesse als „Tatsachen“ hin. Aber der Tierkörper ist unendlich viel mehr als ein Geflecht dieser Tatsachen. Sie sind im Tierkörper, der Gestalt des Tieres, der Rasse dienstbar gemacht. Genau in der gleichen Weise wie die chemischen, mechanischen und elektrischen Tatsachen der Gestalt des Tieres dienstbar sind, sind die Tatsachen der Rasse unterworfen. In ähnlicher Weise wollte die Rasse bei den Ägyptern ihren Ausdruck in Pyramiden. Sie trug den Ägyptern die technischen Fertigkeiten in der gleichen Weise zu, wie sie dem Tierkörper das Herz gegeben hat. Wie das Herz entstanden ist, wissen wir ja auch nicht. Befaßt man sich mit einer fremden Kultur, so sucht man zuerst die Parallelen mit der eigenen und deren zur Gewohnheit gewordenen Zuständen. Je mehr man sich in die fremde Kultur hineinvertieft, desto fremder wird sie. Wie haben jene Menschen nur „so“ denken und handeln können? Wie haben die Südseeinsulaner mit ihren schwankenden Kähnen so unendliche Meerfahrten machen können, wie waren weltgeschichtliche Explosionen, wie die Siege Alexanders des Großen und Tschingis Khans möglich, gegen die Napoleons Zug nach Moskau, an dem er gescheitert ist, ein Kinderspiel war? Woher kam der ungeheure Reichtum Deutschlands an Menschen von der Zeit Cäsars bis zur Zeit der Völkerwanderung? Man kann dafür sachlich-materielle Gründe anführen, aber die enthalten keine Erklärung, sondern nur eine oberflächliche Beschreibung. Eine sachliche Ursache ist dann stichhaltig, wenn sie immer die gleiche Folge hat, die festliegt wie die Fallgeschwindigkeit. Aber auf diesem Gebiete herrscht eine nichteuklidische Mechanik. Gestalten wie Alexander, Tschingis Khan, Friedrich der Große, Erscheinungen wie die Fahrten der Südseeinsulaner, die gewaltige Fruchtbarkeit der Germanen in den Jahrhunderten des Angriffes auf Rom, die griechische Kunst und das griechische Denken — es ist ganz und gar nicht ausgemacht, ob wir uns dem Denken und dem Kunstschaffen mit der geschichtlichen Stärke ohne den griechischen Anstoß und Anfang zugewandt hätten — und endlich die nationalsozialistische Bewegung sind einzigartig. Also haben sie auch keine sachlichen Ursachen, die immer die gleichen Wirkungen haben, sondern einzigartige Ursachen. Sie liegen in der Rasse. Eine sachliche, kausal-mechanische Ursache, die als Wirkung die Gestalt des deutschen Frontsoldaten gehabt hätte, gibt es nicht.

Der Begriff des rassischen Schöpfertums kann überhaupt nicht weit

genug gefaßt werden. Jeder große Künstler schuf mehr, als er eigentlich konnte. Die Gotik ist von keinem Künstler geschaffen worden. Läge es am Künstler, was er geschafft, dann würde die Geschichte der Kunst stetig sein, was sie aber gerade nicht ist. Die Erschaffung der Tierleiber ist Schöpfertum. Jede Kultur ist gleichrangig mit der Erschaffung eines Tierkörpers. Wenn unter Magie der Besitz übernatürlicher Fähigkeiten verstanden wird, dann ist jede Kultur von magischen Mächten geschaffen worden. Die Rasse hat magische Kräfte. Beim Anblick fremder Kulturen erkennen wir diese magischen Kräfte an in der Frage: wie war das und das nur möglich? Die eigene Kultur ist uns zu selbstverständlich, als daß wir die in ihr und uns waltenden magischen Kräfte sehen könnten. Aber wir haben die Technik doch nicht gemacht, weil sich eines schönen Tages die Leute sagten: versuchen wir es einmal mit der Technik! Sie wußten ja gar nicht, was die moderne Technik war, und weshalb sind dann „die Leute“, etwa in Innerafrika, nicht auf den gleichen Gedanken gekommen? Hinter der Entwicklung der Technik stand eine Triebkraft, der die Einzelnen folgen mußten wie einem Schicksal. Wie kam es ferner, daß die kapitalistische Wirtschaft die Handlungen der Einzelnen in einem überpersönlichen System verbunden hat?

Wir haben uns jetzt genügend an die Antwort auf die Frage nach dem Wesen des nationalsozialistischen Staates herangetastet. Das ist die Antwort: Durch den Staat ist das Volk den objektiven Tatsachen, denen der Einzelne unterworfen ist, überlegen. Im nationalsozialistischen Staate drückt sich die Überlegenheit der Rasse über die Tatsachen aus.

Nach diesem Sprengschuß sind die Zweifel wegzuräumen.

Erstens: wenn der Geist der Rasse müde ist, sich in Religionen usw. auszudrücken, bei denen der Mensch immer als Einzelner vor der Welt stand, sondern sich in praktischen Ordnungen ausdrücken will, in denen der Mensch mit der Welt ganz real eins ist, und in denen er schwingt in seinem innersten Wesen, muß die Rasse sich dafür ein Instrument schaffen. Im selben Grade, als durch die Religionen in ihren Blütezeiten die Welt für eindeutig erklärt gehalten wurde, werden jetzt die Ordnungen eindeutig dem Menschen angepaßt, das heißt praktisch gemacht. Das Instrument dazu ist der nationalsozialistische Staat, der auf der Bewegung fußt. Der Staat drückt praktisch aus, was die in der Bewegung lebendige Rasse will.

Zweitens: Im Nationalsozialismus sind die Deutschen auf den Staat ausgerichtet. In einem viel stärkeren Maße als jemals früher in der

Geschichte erwarten sie vom Staate produktive Politik und sind bereit, Opfer zu tragen. Das ist einzigartig. Gewiß wurden auch früher dem Staate Opfer gebracht. Aber noch nie war in diesem Grade des Vaterlandes geringster Sohn auch sein getreuester. Diese Opferwilligkeit war früher nur den Religionen gegenüber lebendig.

Die Haltung des deutschen Arbeiters steht über jeder Vorausberechnung. Er hat sich buchstäblich losgelöst von seiner wirtschaftlichen Lage, die nicht gut ist. Er beurteilt die Politik nicht nach seiner wirtschaftlichen Lage, obwohl ihm das vom Marxismus anerzogen worden war, sondern er steht da wie die Rasse selbst, die dabei ist, zu gestalten. Er benimmt sich jetzt genau so wie im Weltkriege. Obwohl ihm jahrelang gepredigt war, der Krieg sei eine kapitalistische Angelegenheit, die die „Interessen" des Arbeiters vergewaltigte, ging er in den Krieg und wurde dort zu der weltgeschichtlichen Gestalt: deutscher Frontsoldat. Eigenartig ist, wie unter dem Stahlhelm die Züge, die Nietzsches Menschenideal ausgemacht haben, in klarste Erscheinung getreten sind. Die Rasse, aus der Nietzsche sprach, wurde Gestalt im Soldaten. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten liegt heute im deutschen Arbeiter, nachdem er im Weltkriege den Typus des Frontsoldaten geschaffen hat. Das Bürgertum ist gestaltlos. Nach dem 30. Januar versuchte es, sich eine Gestalt zu geben. Die gleicht einer Sandform, die so lange hält, wie sie naß ist. Die Unproduktivität des Bürgertums ist geschichtlich mehrfach beglaubigt. Es hat vor dem Krieg keine Politik machen können, während des Krieges war es steril, nach dem Kriege wußte es nichts Entscheidendes zu sagen. Warum immer wieder wiederholen, daß der Kapitalismus an seiner Instinktlosigkeit gescheitert ist? Das Entscheidendste ist aber das: Nietzsche mußte aus dem Bürgertum heraustreten, um der deutsche Prophet zu sein; das Frontsoldatentum widerspricht nicht dem Arbeitertum, wohl aber dem Bürgertum; die Frontsoldaten, die aus bürgerlichen Schichten kamen, sind aus dem Bürgertum wie Nietzsche hinausgetreten und haben sich von dem Deutschland, das war, abgewandt zu dem Deutschland, das kommen sollte. Und das liegt bestimmt nicht auf bürgerlicher Ebene. Und wie Nietzsche, der Arbeiter, der Bauer, der Bürgersohn sich einten im Typus des deutschen Frontsoldaten, der unter allen sonstigen Typenformen einzig und allein dem Typus des Arbeiters nicht widerspricht, so hat Deutschland sich geeint um wen? Den Arbeiter Adolf Hitler. Im Krieg war der Bürger eine lächerliche Figur, gleichgültig, ob er patriotische Reden hielt, seine Frau die „lieben Feldgrauen" betreuen ließ, ob er inner-

halb oder außerhalb der Grenzen des Anstandes Kriegsgewinne machte, ob er Kriegsanleihe zeichnete und selbst im Kriege jene Rücksicht auf die heiligen Gesetze des Privateigentums verlangte, daß diese Gewinne ihm nicht weggesteuert, sondern in Rentenpapiere umgewandelt wurden. Dieser ihm vom Kriege aufgedrückte Stempel der Lächerlichkeit ist das Schicksal des „Bürgers". Der vom Nationalsozialismus verlangte Opfersinn ist das Gegenteil von dem, zu dem das Bürgertum in Deutschland geworden war. Indem der Nationalsozialismus Opfer verlangt, wird der „Bürger" abgebaut. Das Winterhilfswerk gibt keine Anleihetitel aus, die mit den Spenden erkauft werden könnten.

Die einheitliche Ausrichtung des Volkes auf den Staat ist ebenso bedeutsam, wie es für die Entstehung des Kapitalismus die damalige gemeinsame puritanische Ausrichtung der Haltung war. Schon vor dem Nationalsozialismus war das Augenmerk aller auf den Staat gelenkt. In der Blütezeit des Liberalismus sollte der Staat deshalb nur Nachtwächterdienste tun, weil der Einzelne vom Staat nichts erwartete. Er stellte sich ehrlich auf seine eigenen Kräfte. In der Endzeit des Kapitalismus ist der alte liberalistische Satz, der Staat solle sich in das, was den Einzelnen anginge, nicht einmischen, eine leere Phrase geworden. Sie forderten ihn ja alle auf, sich einzumischen, indem sie an seine Hilfe, an seinen Schutz oder seine Geneigtheit, eine bestimmte Politik zu treiben, appellierten.

Neu am Nationalsozialismus ist, daß er neben die auf den Staat gerichtete Erwartung aller die vom Staat auf die Haltung des Einzelnen gerichtete Erwartung gestellt hat. Der nationalsozialistische Staat fordert echten Nationalsozialismus und den Willen zur unverlogenen Volksgemeinschaft. Damit nimmt er der allgemeinen Ausrichtung auf den Staat das Interessenmäßige und gibt ihr dafür seelische Tiefe. In den materiellen Hoffnungen, die der Staat früher erfüllen sollte, war schon allgemein anerkannt, daß ausschließlich der Staat und keine andere Macht neben ihm das Wohl aller in der Hand habe. Der nationalsozialistische Staat geht einen Schritt weiter. Er tritt mit dem Bewußtsein auf, daß er das Wohl aller in der Hand habe und daß er über die Interessen der Einzelnen erhaben sei. Er hat das Bewußtsein, selbst zu wissen, was dem Volke frommt, und fragt die Interessenten nicht mehr, was in ihren Augen nötig erscheint.

So tritt an die Stelle des rein Interessenmäßigen in der auf den Staat gerichteten Erwartung der sozialistische Wille: daß der Staat

für das ganze Volk handele. Wie diese Erwartung, die den Einzelnen Opfer bringen läßt, aussieht, ist geschildert worden, als vom Arbeiter und seiner Haltung die Rede war. Daß das neue Nationalgefühl hinabreicht in seelische Tiefe und allen eine gemeinsame, ausgerichtete Haltung gibt, macht eine wahrhaft schöpferische Politik erst möglich. Sie gibt dem Staate die „Überlegenheit über die Tatsachen". Die Wortverbindung National-Sozialismus bezeichnet einen Nationalismus, der allgemeine Ausrichtung auf den Staat ist, in Verbindung mit seelischer Tiefe, die immer nur das Wohl des Volkes und nicht des eigenen Ichs sichernde Politik will. Diese seelische Tiefe ist nichts anderes als die Lebendigkeit der Rasse. Indem der Einzelne das Wohl des Volkes will, hat er einen über sein eigenes enges Wohl hinausgehenden, also überpersönlichen Willen.

Drittens: Oben hieß es, daß der parlamentarische Staat Instrument von Einzelnen und Gruppen von Einzelnen gewesen sei, ihre Ziele zu erreichen. Der nationalsozialistische Staat hat genau entgegengesetzten Charakter. Er ist Instrument des Volkes, der Gemeinschaft des Volkes, der im Volke kreisenden Lebendigkeit, der Rasse. Die Ziele, die für den Einzelnen erstrebenswert sind, sind eng und beschränkt wie das Ich. Der Staat, der Instrument in den Händen Einzelner ist, hat in dieser Engigkeit keinen Raum für Schöpfertum. Das haben wir in der Systemzeit erlebt, wo die Dinge trieben, weil der Staat überhaupt nichts tat, und da waren die Tatsachen dem Staate überlegen. Nicht er schuf die Situationen, sondern der Regen regnete, bis er das Pappgebäude zerweicht hatte.

Die Opfer, die der Staat mit Erfolg verlangt, geben der Politik den schöpferischen Spielraum. Im Weimarer System verlangte der Staat keine Opfer, und so tat er das, was deshalb das Nächstliegende und Praktische schien, weil es das Bequemste war. Wir brauchen nur an die Unterzeichnung des Versailler Diktates und der Tributpläne sowie an die ewige Erfüllungspolitik zu denken. Da haben wir vor Augen, was oben engräumige Politik ist. Für den Nationalsozialismus war dagegen der Vertrag mit Polen nicht schlappe Nachgiebigkeit, sondern ein Opfer, das eine positive Politik notwendig gemacht hat. Das ist der Unterschied zwischen dem tatsächlichen Polenvertrag, der durch Adolf Hitler abgeschlossen worden ist, und einem Polenvertrag, den Stresemann gemacht hätte.

Im Opfer ist der Mensch den Tatsachen überlegen. Deshalb opferte er einst den Göttern, um den Lauf der Tatsachen zu durchbrechen. Jene Gebetsphilosophie, daß man von Gott nicht erbitten dürfe, den

vorher bestimmten Lauf der Tatsachen abzubringen, war schon der Beginn des Materialismus. In den Blütezeiten der Religionen verlangten die Völker von den Göttern frisch und unbeschwert gerade das Unmögliche, und die Götter gaben es zuweilen, wenn viel geopfert wurde. Für den Einzelnen erscheinen die Tatsachen als seine Interessen. Der Lauf der Tatsachen ist ein Interessenfluß. Das Interesse läuft den Tatsachen nach, wird also von ihnen geführt wie ein Blinder vom Hund. Handelt ein Mensch ohne Rücksicht auf seine Interessen, dann wird der kausal-mechanische Weltenlauf unterbrochen und durchbrochen. Wir sprechen hier im Gleichnis, das jene Vorstellung anzieht, nach der der Weltenlauf eine ununterbrochene Kette von Wirkungen und vorherrschenden Ursachen sei, die neue Ursachen mit neuen Wirkungen erzeugt. Wenn der Mensch seinen Interessen folgt, gehorcht er Ursachen, aber wenn er sie mit Bewußtsein übersieht, tritt er aus diesem Wechselspiel von Ursache und Wirkung heraus. Das den eigenen Interessen überlegene Handeln ist eine neu geschaffene und nicht durch eine vorhergehende Wirkung bedingte Ursache im Weltenlauf. Es ist eine Schöpfung.

In der Sphäre der einzelnen Menschen sind die Möglichkeiten des Opfers begrenzt und sollen es auch sein. Vor allem die Wirtschaft ist nicht dazu da, daß der Einzelne von sich aus und in der Richtung seines Beliebens opfert. Damit werden nur die herangezüchtet, die diese Opfer ausnützen. Außerdem würde der Einzelne aus einer bestimmten Haltung heraus opfern, um die er sich eine Ideologie rankt. Die ist mehr oder weniger romantisch und sektiererhaft. Romantik und Sektenwesen können wir nicht gebrauchen. Die Einheitlichkeit der Haltung ist wichtig. Daß der Einzelne seinem Interesse folge, ist bezeichnend für die uns überkommene Haltung. Jene Wirtschaftspolitik ist die beste, die bei den Einzelnen Interessenstrebigkeit voraussetzt. Damit hat sie eine reale, feste und unromantische Grundlage.

In der Familie und in Gemeinschaften sind die Gebiete des Opfers nicht streng geschieden. Familienväter opfern für ihre Kinder und halten zugleich diese Opfer für Kaufpreise, mit denen sie die Ziele ihres Interesses erkaufen. So ist die Summe, die der Vater für das Studium des Sohnes ausgibt, ein Opfer, während er es für sein Interesse hält, daß der Sohn studiere.

Aber, wie gesagt, diese Anspornung zum Opfer, indem das Opfer sich in das Gewand eines für ein Interesse gezahlten Kaufpreises kleidet, tritt in der Sphäre des Einzelnen nur auf ganz wenigen Gebieten auf. Nämlich dort, wo sich feste Sitten und Gewohnheiten

gebildet haben. Die allgemeine Gewohnheit, daß Väter für die Ausbildung der Söhne aufkommen, läßt nicht darüber nachdenken, daß sie in Wirklichkeit Opfer bringen. Die Gewohnheit stellt sie in einen Zwang, dem sie sogar gerne nachkommen. In der Wirtschaft dagegen besteht eine Sitte, die zum Opfer zwingt, nicht. Also soll der Einzelne hier nach seinen Interessen handeln, damit die Wirtschaft kein krauses Geflecht willkürlicher Ideologien werde. Die Wirtschaft muß eine reale Tatsache bleiben, und das ist sie so lange, als die Einzelnen ihren Interessen folgen.

Der Staat hat andere Möglichkeiten als der Einzelne. Er kann Opfer in einer einheitlichen Richtung verlangen, wenn er stark ist. Allerdings muß er stark sein. Der Umfang der Opfer, die er verlangen kann, bemißt sich nach der Stärke seiner Autorität, und die wieder drückt seine Verwurzelung im Volke aus. Verlangt ein schwacher Staat Opfer, so bilden die Leute sich noch etwas darauf ein, sie zu umgehen. So hielten es die nationalistischen Tschechen im Weltkrieg für einen Ruhm, von den österreichischen Fahnen zu desertieren.

Auch wenn der starke Staat Opfer verlangt, bilden sich Ideologien. Aber die sind einheitlich und geben dem Opfer eine einheitliche Richtung. Dadurch können sie Sitte und Gewohnheit werden, bis der Einzelne das Opfer und den für Interessen gezahlten Kaufpreis nicht mehr unterscheidet. Die Volksgemeinschaft ist in der Wirtschaft fest begründet, wenn die Volksgemeinschaft Ideal eines jeden ist und wenn er opfert, um der Volksgemeinschaft zu dienen. Dann ist die Winterhilfe etwa kein „Opfer" mehr, zu dem der Staat aufruft, sondern sie ist selbstverständlicher Beitrag für die Volksgemeinschaft. Der nationalsozialistische Staat kann ferner durchsetzen, daß die Ausschüttungen an die Belegschaft aus den Betriebsgewinnen so hoch wie möglich in jedem Betriebe werden und daß diese Ausschüttungen feste Sitte werden. Heute vergeht der, der keine Ausschüttungen vornimmt, sich noch nicht gegen eine Sitte. Diese Ausschüttungen, die heute als Opfer erscheinen, sind Sitte geworden, wenn allen Betriebsführern der Gedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß sie mit diesen Ausschüttungen gleichsam eine Prämie für die Stetigkeit der Konjunktur zahlen. Mit Tarifen können diese Gewinnbeteiligungen der Arbeiterschaft nicht erreicht werden. Denn das ist ja das Entscheidende, daß der Betriebsführer, der sie innerhalb einer bestehenden Sitte vornimmt, den Stolz hat, viel ausschütten zu können und seine Ehre darin sieht, während die hohen

Tarife dem Unternehmer aufgezwungen werden und er bei ihrer Auszahlung immer an seine Niederlage in den Tarifverhandlungen denkt. Gegen eine Niederlage rebelliert jeder: der Unternehmer macht also Schwierigkeiten, soviel er kann. Außerdem kann sich die Rücksicht auf die Lage des einzelnen Betriebes viel stärker durchsetzen, wenn die Gewinnbeteiligung des Arbeiters eine Sache der Ehre des Betriebsführers ist. Sind keine hinreichenden Gewinne da, widerspricht es dieser Ehre nicht, wenn nichts ausgeschüttet wird. Es hat der Ehre der Aktiengesellschaft ja auch keinen Abbruch getan, wenn keine Dividende trotz guter Wirtschaftsführung ausgeschüttet werden konnte. War schlecht gewirtschaftet, dann wurden vor der Verholzung des Kapitalismus die Direktoren entlassen. Der Nationalsozialismus hat seine sozialen Ehrengerichte, die schlecht wirtschaftende Betriebsführer ausscheiden können.

Das Ganze ist ein Beispiel, daß der Staat Sitten schaffen kann, die viel mehr erreichen, als es staatliche Befehle tun können. Schafft er Sitten, so spornt er den Willen des Einzelnen an, das mit Energie zu tun, was er will. Erläßt er Befehle, so schafft er sich zugleich die Aufgabe, aufzupassen, ob und wie sie durchgeführt werden. Unsere Gerichte sind nur möglich, weil es im Volke feststehende Sitten gibt. Wären die nicht da, müßte der Staat das, was jetzt die Sitte leistet, befehlen und müßte die Durchführung dieser Befehle überwachen. Würde die Sitte dem Staate nicht helfen, dann wären seine Gerichte überlastet, und unter dieser Überlastung bräche die Rechtspflege zusammen. Ein Staat ist nur möglich, wo es eine Rechtspflege gibt, eine Rechtspflege ist nur möglich, wo es Sitten gibt, und Sitten sind nur dort, wo es ein Volk gibt. Ein Volk ist eine Sittengemeinschaft. Der im Volke wurzelnde Staat kann Sitten schaffen, die dem Wesen des Volkes genau so weit entsprechen, als er tief im Volke wurzelt.

Der Einzelne kann keine Sitten schaffen. Er kann höchstens ein Vorbild geben. Das kann befolgt werden oder nicht. Wird es befolgt, dann ist auch die Möglichkeit gegeben, daß der Staat nicht abwartet, bis es sich durchgefressen hat durch die Widerstände, sondern daß er die in diesem Vorbild zum Ausdruck kommende Willensrichtung als öffentliches Ideal hinstellt. Im gleichen Grade, als der Staat Sitten schaffen kann, ist er den Tatsachen überlegen. Im gleichen Grade, als er Sitten schafft, ist der Staat Instrument des Lebens im Volke und des Geistes der Rasse, sich durchzusetzen. Einer der Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus ist der, daß der Bolschewis-

mus keine Sitten schaffen, sondern alles durch den staatlichen Befehl erreichen will. Daß er sich damit überlastet hat, ist offensichtlich geworden.

Sind die Gewinnausschüttungen an die Arbeiter Sitte und Ehrensache geworden, ist das bisherige Wirtschaftssystem stärker abgeändert, als man sich jetzt vorstellen kann. Die Haltung der Wirtschaftler hat sich aus einer kapitalistischen in eine sozialistische verwandelt. Diese Haltung gibt der Wirtschaft einen ganz anderen sachlichen Gang, als sie ihn im Kapitalismus hat.

Diese Sitte gibt neben dem Recht auf Arbeit dem Leistungslohn die Grundlage. Über den Leistungslohn und das Recht auf Arbeit ist noch zu sprechen. Die Sitte der Gewinnausschüttungen durchbricht die kapitalistische Gewinngier. Der Durchbruch ist notwendig, obwohl der Leistungslohn im „Interesse der Wirtschaft" liegt. Aber die kapitalistische Wirtschaft ist bereit gewesen, gegen ihr Interesse zu handeln, wo das falsch gewordene kapitalistische System das befahl. Die Arbeitslosigkeit auf sechs Millionen anwachsen zu lassen, hat nicht im Interesse der Wirtschaft gelegen, die kapitalistische Wirtschaft aber hielt es dennoch für eine Notwendigkeit. Die Sitte der Gewinnausschüttung durchbricht die kapitalistische Sitte, möglichst niedrige Löhne zu zahlen. Das muß geschehen, bevor der Unternehmer selbst einsieht, daß ehrliche Leistungslöhne zu zahlen in seinem Interesse liegt. So ist die Schaffung der Sitte, Gewinnausschüttungen an die Arbeiter vorzunehmen, ein Hebel für die Durchführung der Leistungslöhne. Doch nur in bezug auf den Leistungslohn und später in Verbindung mit ihm ist es sinnvoll, die Sitte der Gewinnausschüttungen zu schaffen. Hat der Wirtschaftler sein Interesse an den Leistungslöhnen erkannt, dann ist er von seinem Interesse gezwungen, sie ehrlich zu zahlen. Er soll beileibe nicht auf den Gedanken kommen, keine Leistungslöhne zu zahlen, um möglichst hohe Ausschüttungen vornehmen zu können. Die Gefahr dazu liegt nahe, wenn die Gewinnausschüttung an die Arbeiter ja eine Ehrensache ist, also auch verfälscht und zu einer Eitelkeit werden kann. Mit dem Leistungslohn wird der Tüchtigkeit und dem Erfolgstreben der Lohn- und Gehaltsempfänger Rechnung getragen, was bei den Gewinnausschüttungen nicht der Fall ist. Der Leistungslohn gibt an, was die Arbeit des Einzelnen wert ist. Die Gewinnausschüttung bezeugt die Fähigkeit des Betriebsführers und die schicksalhafte Lage des Betriebes in der Wirtschaft. In ihr kommt der Charakter des Betriebes als Schicksalsgemeinschaft zum Ausdruck. Das alles sind geistige Dinge, die nur

moralisch durch Sitten abgegrenzt und geregelt werden können, nicht aber durch Befehle und Einrichtungen.

Wie sehr übrigens der nationalsozialistische Staat seine Aufgabe, neue Sitten zu schaffen, erkannt hat, beweist eine Gründung, die früher keine Parallele hatte: die des Propagandaministeriums.

Oben hieß es, daß die kapitalistische Wirtschaft gegen ihre wirtschaftlichen Interessen gehandelt habe. Der Einzelne konnte wohl sehen, daß das geschah, aber er konnte daran auch nichts ändern. Es hat auch im Kapitalismus Betriebsführer gegeben, die Väter ihrer Gefolgschaft sein wollten. Sie konnten es ebensowenig, wie jeder, der arbeiten wollte, Arbeit fand. Dadurch, daß die kapitalistische Wirtschaft gegen ihr Interesse handelte, ist bezeugt, daß die Sitten die Tatsachen gestalten. Es war nicht schlechter Wille des Kapitalismus, daß er die Arbeitslosigkeit geschaffen hat. Ihr Grund war das falsche System, und woraus bestand das kapitalistische System? Aus einer Rechnungsweise, die Gewohnheit, Sitte geworden war. Diese Gewohnheit war stärker als die Tatsachen. Eine Tatsache ist ein Interesse, und gegen die Interessen hat das kapitalistische Gewohnheitssystem die Tatsachen laufen lassen. Weshalb sollen nicht Gewohnheiten in der Wirtschaft, die dann ja Gesetze genannt werden können, Sitte werden, die den Wirtschaftsablauf unter einen ebenso günstigen Stern stellen, als sie im Kapitalismus unter einem unheilvollen Stern gestanden haben?

Eine andere Möglichkeit, sich den Tatsachen überlegen zu erweisen, besitzt der nationalsozialistische Staat in den Fehlern des kapitalistischen Systems. Sie geben seiner Wirtschaftspolitik Spielraum. Da er in Ausnutzung dieses Spielraumes Gesetze erlassen kann, die in die Augen springen, werden vielleicht diese Möglichkeiten höher geschätzt als die anderen, die in der Schaffung neuer Sitten bestehen. Wir kommen eben alle aus einer materialistischen Zeit und überschätzen daher leicht das Materielle, Handgreifliche. Auf die Dauer ist aber die Schaffung neuer Sitten das Bedeutsamere. Allerdings haben die Fehler des kapitalistischen Systems das Volk in Bewegung gesetzt. Diese Erregung im Volke macht es dem Staat leicht, neue Sitten zu schaffen. Ferner steigt seine Autorität durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Und die Autorität des Staates ist ja Voraussetzung für die Züchtung neuer Sitten.

Ein Beispiel dafür, wie der Nationalsozialismus Fehler im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der früheren Wirtschaftspolitik ausnutzt, ist die Art, wie er seinen Satz: „Arbeit schafft Kapital"

durchzuführen begonnen hat. Die hohen Steuern, die Brüning eingeführt hatte, haben ihm dabei den Rückhalt gegeben. Selbstverständlich waren diese Steuererhöhungen eine Verlegenheitsmaßnahme Brünings. Er wußte selbst, daß sie die Wirtschaft schädigten. Er hatte bei der Art seines Denkens aber keinen anderen Ausweg, als zu diesen Steuern zu greifen.

Der Nationalsozialismus rechnete, daß der Einsatz von Staatsmitteln und Staatsbürgschaften für die Arbeitsbeschaffung den Ertrag der Wirtschaft heben und die Steuereingänge steigern würde. Die vermehrten Steueraufkommen aus der Wirtschaftsbelebung sollten die zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und damit der Wirtschaftsbelebung ausgegebenen Summen decken. Das ist gelungen. Allerdings ist, wenn $a+b=c$ ist, $c-b=a$. a ist der Stand der Wirtschaft vor den Steuererhöhungen, b sind die Steuererhöhungen durch Brüning, c ist der Wirtschaftsstand, der durch sechs Millionen Erwerbslose gekennzeichnet ist. $c-b=a$ bedeutet, daß, wenn b, die Steuererhöhungen, produktiv eingesetzt und über die Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft zurückgegeben werden, kein wesentlich besserer Zustand als a erreicht werden kann, also der Zustand vor der Brüningschen Steuererhöhung, wobei die Wirtschaft die ihr entgangenen Steuermittel also noch hatte. Im selben Augenblick, im Herbst 1934, als die Erwerbslosenzahl auf die vor den Brüningschen Steuererhöhungen erreichte Höhe herabgesunken war, hat der nationalsozialistische Staat seine Bank- und Kreditgesetze erlassen. Er hat da z. B. die Einlagen bei den Sparkassen für seine Arbeitsbeschaffung herangezogen.

Selbstverständlich war der Erfolg der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung nicht daran gebunden, daß Brüning die Steuern so stark überhöht hatte. Sonst hätte ja Brüning das Schicksal der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in der Hand gehabt, und er hätte sie zur Erfolglosigkeit verdammen können, wenn er eine andere Steuerpolitik getrieben hätte. Die Brüningsche Steuerpolitik war ein Auswuchs des kapitalistischen Systems. Dies System hat noch eine Menge anderer schädlicher Auswüchse. Jeden dieser Auswüchse hätte der Nationalsozialismus produktiv auswerten können. Es ist phantastisch genug, daß die überhöhten Steuern Hilfsmittel für die nationalsozialistische Wirtschaftsbelebung gewesen sind.

Aber die Ausnützung dieser Steuerüberhöhungen lag am nächsten. Der Staat brauchte hier gleichsam nur die kürzesten Schritte zu tun. Der Weg zum Finanzministerium, das die Steueraufkommen ver-

waltete, war der kürzeste Weg. Indem er über die Steueraufkommen produktiv verfügte, verfügte er über Gelder, die er hatte und über eine Einrichtung, nämlich die Überhöhung der Steuern, die schon da war. Das war praktischer und reibungsloser, als zuerst die Steuern abzubauen und danach eine neue Geld- und Kreditpolitik anzulegen, in die die Wirtschaft sich erst hätte einarbeiten müssen.

Durch seine Arbeitsbeschaffungspolitik hat der Staat die Wirtschaft in die Hand bekommen. Die Wirtschaft hat den Konjunkturanstieg nicht gemacht, sondern der Staat. Hörte der Staat heute mit seiner Arbeitsbeschaffungspolitik auf, finge morgen die Arbeitslosigkeit an, stetig zu wachsen.

Die Wirtschaft ist ferner aus ihrer Erstarrung herausgekommen. Sie schaut auf die Krise nicht mehr wie auf eine schwarze Wolkenwand und ist nicht mehr in die Krise wie in ein Schicksal ergeben. Mit dem Durchbruch des kapitalistischen Systems durch die Arbeitsbeschaffung ist auch die Passivität der Wirtschaft durchbrochen. Sie denkt zwar noch weitgehend in den kapitalistischen Einrichtungen und den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, aber jeder Einzelne empfindet und sieht die Schranken, die einer Ausweitung seiner wirtschaftlichen Betätigung noch entgegenstehen. Was der Einzelne wünscht, mag sehr egoistisch und auch falsch sein, meistens ist es nicht grundsätzlich. Aber würde man alle diese Einzelwünsche zusammenzählen und würde man dann diese Summe bereinigen, indem jeder Einzelwunsch nur so weit berücksichtigt würde, als er gerecht ist, dann käme als Gesamtresultat der allgemeine Wille, die Hemmnisse des kapitalistischen Systems zu beseitigen, heraus. Die können aber nicht anders beseitigt werden, als daß die Wirtschaft von Grund aus umgestaltet wird: So bestände also das Gesamtresultat im Willen zum deutschen Sozialismus.

Den hatte die Wirtschaft am 30. Januar 1933 bestimmt nicht. Da wünschte sie eine gute Konjunktur, war aber bereit, sich gegen jede Maßnahme zu sperren, die sie heraufbringen könnte. Dadurch daß der nationalsozialistische Staat seine Arbeitsbeschaffung angefangen hat, hat er die Wirtschaft von seiner Politik abhängig gemacht, hat das Zutrauen der Wirtschaft in die Politik gestärkt und hat in der Wirtschaft auf der ganzen Flur die Erwartung weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen wachgerufen. Weil die Wirtschaft diese Maßnahmen erwartet, ist ihr Erfolg schon halb gesichert. Denn die Erwartung von neuen Maßnahmen bei der Wirtschaft ist zugleich ihre Bereitwilligkeit, sich in sie einzuleben.

Das wird klar, wenn folgendes bedacht wird. Der Staat kann der Wirtschaft nicht viel befehlen, was sie nicht will. Täte er das, würde er das Volk in zwei Lager aufreißen: Das eine, das auf Seiten des Staates steht, das andere, das die Befehle des Staates auszuführen sich sperrt. Das wäre eine bolschewistische Situation. Um seine Autorität zu wahren, müßte der Staat mit Gewalt vorgehen, und ginge er gegen die Wirtschaft mit Gewalt vor, wäre sie unterdrückt, und die Wirtschaft würde sich in das Gefühl ihrer Unterdrückung einleben. Den Augenblick, in dem der Staat in Not wäre, würde sie ausnützen, um ihm in den Rücken zu fallen. Überhängende Abhänge rutschen bei schlechtem Wetter. Der Staat kann dem Volke nicht befehlen, was es nicht will, und einem Teile des Volkes kann er auch keinen feindlichen Willen aufzwingen, ohne als Feind betrachtet zu werden.

Dafür kann er aber etwas anderes: er kann Motive schaffen, die dann die Menschen das aus freien Stücken durchzuführen veranlassen, was der Staat will. Die Furcht vor Strafe ist nur ein Motiv, etwas zu unterlassen, aber kein zureichendes Motiv, etwas nach bestem Wissen und Gewissen zu tun. Die erhabensten vom Staate zu schaffenden Motive sind neue Sitten. Doch die können ja auch nicht in der Luft schweben. Sie haben, soweit sie Bezug auf die Wirtschaft haben, eine reale Wirtschaft zur Voraussetzung.

Die reale Wirtschaft ist nichts anderes als ein Geflecht von Motiven. Wirtschaftliche Gesetze sind Geschehensabläufe, die durch allgemein vorauszusehende Motive bewegt werden. Die Motive können den sachlichen Tatbeständen entsprechen oder nicht. Im ausgehenden Kapitalismus taten sie es nicht mehr. Der Kapitalismus erzeugte nur noch Handlungen, die die Krise versteiften, aber keine, die sie auflockerten. Die diesen Handlungen zugrunde liegenden Motive waren nicht mehr zeitgemäß. In einem abgelebten System sind die Motive zu leerer Tradition geworden. Es gibt Tierherden, die dem Leittier folgen, auch ins Verderben. Geht die Leitratte in den Strom, ersaufen alle in ergebener Frömmigkeit. Im Kapitalismus folgten die Wirtschaftler den überkommenen Motiven wie einer Leitratte. Jede Ratte bleibt lieber leben, als daß sie ersäuft. Um leben zu bleiben, muß sie aus dem magischen Bann der Leitratte befreit werden. Sie wird kratzen und beißen, wenn man es versucht. Der Mensch aber ist keine Ratte. Er wird zwar zuerst auch kratzen und beißen, wenn er aus dem Bann und den ins Verderben führen-

den Motiven befreit werden soll, aber es besteht wenigstens die Möglichkeit, daß er zur Einsicht kommt.

Die sachliche Möglichkeit, neue Motive für die Wirtschaft zu schaffen, ist ebenso groß, wie die alten Motive falsch waren. Durch die Arbeitsbeschaffung hat der Nationalsozialismus den magischen Bann der kapitalistischen Motive gebrochen. Da der Nationalsozialismus die Wirtschaft benutzen will, war es absolut logisch, daß er zuerst diesen Bann brach, anstatt die Wirtschaft durch gewaltsame Umkrempelung kopfscheu zu machen. Um auf die Ratten zurückzukommen: man lenkt sie vom Zug in den Strom nicht ab, indem man am Rande des Zugweges Feuer anzündet. Große Politik ist geschickte seelische Beeinflussung, ist Führung des Volkes, aber nicht Vergewaltigung. Der große Erfolg der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist, daß sie nach dem Durchbruch des Bannes der Motive des Kapitalismus in der Wirtschaft die Erwartung nach neuen Maßnahmen erzeugt hat: die Wirtschaft wartet darauf, neue Motive des Handelns und ein neues Motivsystem zu bekommen.

Die Macht des Staates über die Wirtschaft drückt sich nicht darin aus, daß er in ihr umherkommandiert. Nur wer sich in seiner Kommandogewalt unsicher fühlt, erläßt willkürliche Kommandos, um den Gehorsam zu erproben. Die besten Offiziere im Weltkriege kommandierten am wenigsten. Der Staat beherrscht die Wirtschaft, wenn sie von ihm geschaffen ist und an ihn gebunden ist wie das Kind an die Mutter. Das tut der Staat, wenn er der Wirtschaft die Motive ihres Handelns gibt. Dann hat er sie geboren.

Der Staat, der an allem herumbastelt, treibt keine Wirtschaftspolitik. Die Politik steht auf einer anderen Ebene als das wirtschaftliche Handeln. Konzerne aufbauen, war keine Politik, sondern wirtschaftliches Handeln. Der Bolschewismus begibt sich auf die niedrigere Ebene eines Konzernmagnaten, der mit der Macht seines Kapitals andere zwingt. Die Macht des Kapitals oder die Macht des Staates willkürlich einsetzen, kommt auf das gleiche hinaus. Seine höheren Möglichkeiten, Politik zu machen, Motive zu schaffen und schöpferisch zu sein, gibt der bolschewistische Staat dadurch auf.

Gegenüber der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist zu bedenken, daß sie Ausfluß der Gesamtpolitik ist. Sie steht der Gesamtpolitik nicht selbständig gegenüber. Daraus kann sich die Möglichkeit ergeben, daß wirtschaftspolitisch das eine oder andere möglich wäre, was gesamtpolitisch Bedenken auslöst. Die Gesamtpolitik kann verlangen, daß von Volksteilen Opfer verlangt werden, die an sich durch

wirtschaftspolitische Maßnahmen unnötig gemacht werden könnten. Die Opferwilligkeit des Volkes, z. B. die Geduld der deutschen Arbeiterschaft, mit den niedrigen Löhnen zufrieden zu sein, ist Spielraum für die Gesamtpolitik. Die Muskeln des Ringers sind schmerzhaft gespannt. Er siegt, wenn der Schmerz die Muskeln nicht zum Nachlassen zwingt. Damit das Volk Opfer bringt, muß die Gesamtpolitik vom Volke anerkannt werden. Der Nationalsozialismus ist gezwungen, eine Politik zu treiben, die schöpferisch ist, damit sie anerkannt wird. Denn schwindet diese Anerkennung, erlischt der Opferwille, und das, was der Nationalsozialismus nicht kann, ist der Einsatz von Militär oder Polizei gegen Volksmengen. Die Bindung einer Regierung an ihr Schöpfertum, der Zwang, den sich ein Staat auferlegt, um sich nur durch sein Schöpfertum zu halten, und der grundsätzliche Verzicht auf Maschinengewehre ist — nur ein Wort bezeichnet das — heroisch. Der Held ist ein Held, weil er vor der Gefahr schöpferischen Mut hat. Die Waffen machen ihn nicht aus. Der Held bekommt Waffen, weil er ein Held ist: Zuerst hatte der Führer heldischen Mut, und deshalb bekam er die Waffen für die Aufrüstung. Gegenüber dem Heldentum sind die Waffen genau so nebensächlich, wie es nicht auf die technische Erzeugung der Mittel für die Aufrüstung ankam, sondern auf das Geschehenlassen der Waffenerzeugung durch die Unterzeichner des Versailler Diktates. Für den Aufbau der neuen Ordnungen in Deutschland sind die Waffen ausgeschlossen, weil jeder Idiot befehlen kann, auf das Volk zu schießen, aber nur eine geniale Führung unter dem steten Beifall des Volkes handeln kann.

Die Ausrichtung aller politischen Einzelhandlungen auf eine Gesamtlage und die Politik, die einem Baum gleicht, von dessen Stamm die Äste sich ausgliedern und die keine Plantage von einzelnen Sträuchern ist, enthält auch eine Überlegenheit über die Tatsachen. Denn der Bezug der Handlungen auf die Gesamtpolitik enthält eine Bewertungsskala der jeweiligen Wichtigkeit der Einzelgebiete. Von der politischen Gesamtsituation aus erscheint es dem Staate notwendig, hier einzugreifen und dort nicht. Die Abwägung, über welche Gebiete der Staat die Marschroute seiner Politik legt, ist die Bewertung, wo ein Eingreifen der Politik jeweils notwendig ist. Da diese Bewertungsskala nicht aus den Einzeltatsachen, sondern aus der politischen Gesamtlage folgt, ist der Staat, der Gesamtpolitik treibt, den Tatsachen überlegen. Er kann dadurch in die Tatsachen eine Dynamik hineinbringen, die er will. Ein Beispiel dafür ist oben schon gegeben worden: durch die Einführung der allgemeinen Dienst-

pflicht erhält die Bildung des Führer- und Gefolgschaftsverhältnisses im Betriebe einen neuen Anstoß.

Eine Politik, die Werkzeug des Geistes der Rasse ist, sich den Ausdruck zu suchen, muß Gesamtpolitik sein, weil der Geist der Rasse einheitlich ist. Zwar sind die Willensrichtungen im Volke verschieden. Der eine legt hierauf, der andere auf ein anderes den Schwerpunkt. Der eine sieht die Aufgabe des nationalsozialistischen Staates nur in der Außenpolitik, der andere nur in der Wirtschaftspolitik, der Dritte nur in der Vereinheitlichung des Reiches usw. Aber jede dieser einzelnen Willensrichtungen ist beschränkt. Genau so beschränkt, wie er der Blickpunkt des Einzelnen ist. Nur zusammen erbringen sie den Enderfolg. Eine nationalistische Außenpolitik ohne sozialistische Wirtschaftspolitik ist auf die Dauer ebenso unmöglich wie eine sozialistische Wirtschaftspolitik ohne nationalistische Außenpolitik. Daß ein Nationalismus, dessen Wurzeln im Volke faulen, zusammenbricht, haben wir ja erlebt. Die Regierung dieses Nationalismus war schwach, weil keine Wurzeln im Volke ihr kräftige Säfte zuführten. Was im Einzelnen jeweilig an Willen ist, ist der Reflex des Geistes der Rasse, der eine einzelne Tatsache beschienen hat. Jemand ist auf einen Sachverhalt gestoßen, der ihm änderungsbedürftig erscheint. Jetzt reitet er sein ganzes Leben auf seinem Änderungsvorschlag herum wie die Hexe auf dem Besen. Sein Leben kommt ihm nun nicht mehr aus seinem Inneren, sondern besteht einzig und allein aus der Spannung zwischen dem betreffenden Sachverhalt und seinem noch nicht durchgeführten Plane. Er lebt im Widerschein, in der Rückspiegelung seiner Innerlichkeit von diesem Sachverhalt. Er hat seine ganze Lebendigkeit an diesen Sachverhalt gehängt und läßt sie sich von ihm zurückspiegeln als Reflex.

Die Politik darf nicht aus solchen Rückspiegelungen handeln. Sie tut es aber automatisch, wenn sie nicht alle Einzelgebiete einer Gesamtsituation untertan macht. Denn dann stehen eben alle Gebiete nebeneinander. Die Regierung darf die einzelnen Gebiete nicht in der nur reflektierten Beleuchtung sehen. Jede Beleuchtung ist reflektiertes Licht. Der Staat muß der Ausstrahler des Lichtes sein: konsequent von der Gesamtsituation aus handeln, bis dem Einzelnen die Dinge erscheinen in dem Lichte, das der Staat auf sie wirft.

Voraussetzung dazu ist, daß er die Gesamtsituation selbst richtig sieht. Die Möglichkeit hat die Regierung durch ihre überlegene Materialkenntnis und durch ihr Verantwortungsbewußtsein, das ihr verbietet, das Material oberflächlich zu sichten. Sie soll mit dem

Material verschmelzen wie der Künstler mit seinem Problem. Der Künstler bebrütet das Material buchstäblich, bis ihm der Einfall kommt. Weil der Nationalsozialismus von vorne an verzichtet hat, auf das Volk zu schießen, hat er sein Verantwortungsbewußtsein gestärkt: durch die Sorgfalt seiner Arbeit muß er derartige Fälle von vornherein ausschließen. Ferner muß der Staat, der Gesamtpolitik macht, im Volke wurzeln. Seine enge Verbindung mit dem Volke, die Verbindung mit dem Geiste der Rasse und seine Materialkenntnis zusammen müssen ihm das Bild der Gesamtsituation, aus dem dann die Linie der Gesamtpolitik folgt, eingeben. So wie der künstlerische Einfall der Synthese entspringt, die sich im Innern des Künstlers zwischen seinem Wesen und seinen Problemen, die er der Außenwelt entnommen hat, vollzogen hat.

Jedes große Kunstwerk ist realistischer, als eine bloße Tatsache sein kann. Ein von einem großen Künstler gemalter Baum ist in höherer Weise Baum als der Baum, den der unkünstlerische Mensch gegenständlich sieht. Der Moses von Michelangelo drückt das Wesen des großen Gesetzgebers stärker aus, als es in jenem Juden vorhanden gewesen sein wird. Die Engelschöre der Bachschen Musik singen wirklich, während das, was der gewöhnliche Sterbliche sich unter einem Engelschor vorstellt, nur Dunst ist. Das, was die künstlerische Realistik ausmacht, die höher und stärker ist als die Realistik des Gegenstandes, ist aus dem Wesen des Künstlers gekommen, und zwar aus einer Tiefe, die nicht mehr die individuelle Besonderheit des Künstlers, sondern überpersönliche Rasse ist.

Der große Künstler ist dem Gegenstand überlegen, weil er dessen Eigenart viel stärker ausdrückt, als der Gegenstand selbst es tut. Diese Überlegenheit des Künstlers ist auch die Überlegenheit des nationalsozialistischen Staates über die Tatsachen. Sie ist die Vermählung des Geistes der Rasse mit den Tatsachen, wobei den Tatsachen der Stempel des Rassengeistes aufgedrückt wird: die Realistik der Tatsache wird dadurch, daß sie geistig-künstlerisch wird, gesteigert.

Eine künstlerische Politik muß notwendig eine Gesamtpolitik, die nicht in eine politische Behandlung der Teilgebiete zersplittert ist, sein. Die zersplitterte Politik folgt der Eigengesetzlichkeit der Tatsachen, während eine Gesamtpolitik diese Eigengesetzlichkeit selbst gestaltet, wenn ihre Linie richtig ist. Ob sie es ist, entscheidet die Verbundenheit der Regierung mit dem Volke und dem Geiste der Rasse. Da die Rasse mehr ist als der Einzelne, wird eine richtige Gesamtpolitik auch solche rasseechte Einzelne in ihren Bann ziehen,

die ihre besondere Marotte haben. Das haben wir ja erlebt: Wie viele sind zum Nationalsozialismus gekommen, weil dessen große Linie ihnen ihre eigene Marotte allmählich nichtig erscheinen ließ! Und bezeugt eine Regierung durch ihr Handeln ihre Verbundenheit mit dem Geiste der Rasse, dann bringt das Volk Opfer, wieder weil die Rasse mehr und mächtiger ist als der Einzelne. Eine echte Gesamtpolitik aber gibt den Einzelmaßnahmen das, was für die Einzelerscheinungen einer Zeit ihr Stil ist: sie stimmt sie jenseits des individuellen Wollens aufeinander ab und gibt ihnen eine glückhafte Dynamik. Diese aus einem richtigen künstlerischen Blick über die Gesamtlage folgende Linie ist ungleich mehr als ein Programm. Das Programm des Nationalsozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern seine Punkte stecken das Anfangsstück der Linie der nationalsozialistischen Politik ab. Aber die Politik ist mehr als das Programm. Sie gibt ihre Freiheit nicht auf gegenüber dem Programm, indem sie gegen die Erfordernisse der Gesamtlage Programmpunkte verwirklicht. Das eigentliche Programm des Nationalsozialismus ist ja auch ungeschrieben. Es ist unendlich wie die Rasse selbst. Die Politik muß ihre Freiheit bewahren um der ungeschriebenen Programmpunkte willen.

Und von der Gesamtlage ist die nationalsozialistische Politik abhängig, wie jeder an die konkreten Aufgaben gebunden ist, die zu erfüllen seine Pflicht ist. Das Bild von der Gesamtlage ist in der oben beschriebenen Weise künstlerisch und enthält schon die schöpferische Überlegenheit über die Tatsachen. Denn die Tatsachen werden nicht rechnerisch zusammengestellt, sondern die Regierung lebt sich verantwortungsbewußt in sie ein und gibt ihnen damit eine Lebendigkeit, die sie an sich nicht haben. Welche eingehende Einfühlung in die Tatsachen hat die Schaffung der Wehrfreiheit vorausgesetzt!

Auf die Wirtschaftspolitik angewandt, ergibt dieser Gesichtspunkt folgendes: Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus sind Schlußfolgerungen aus dem für die Gesamtpolitik geltenden Bilde. Der Staat ist nicht abhängig von irgendeiner Theorie. Er würde dann für diese Theorie seine gesamtpolitische Handlungsfreiheit aufgeben müssen. Der Theoretiker hätte bei der Aufstellung seiner Theorie die Gestaltungsfreiheit, aber nicht mehr der Staat bei seiner Politik. Der nationalsozialistische Staat ist in seiner Wirtschaftspolitik ferner nicht abhängig von dem, was der Kapitalismus Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft genannt hat.

Hier offenbart sich für die heute übliche Lehrweise vielleicht am

deutlichsten die Überlegenheit des Staates über die Tatsachen. Die kapitalistische Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft war eine Weise, die Tatsachen zu betrachten und ihren Lauf zu sehen. Die Politik ist aber an diese Beobachtungsweise, also an die Anerkennung der kapitalistischen Eigengesetzlichkeit nicht im geringsten gebunden. Schon deshalb nicht, weil die Wirtschaft mit den von ihr geschaffenen Erwerbslosen nicht entfernt soviel zu tun hat wie die Politik. Für die Wirtschaft sind die Erwerbslosen entlassene Arbeiter, deren Beschäftigung ihr nach ihrer Rechnung mehr kosten würde als ihre Kaufkraft einbrächte. Für die Politik sind Erwerbslose Volksgenossen, denen ein Recht genommen ist, sie sind eine wunde Stelle im Volkskörper. Die Politik ist in einer höheren Stellung als die Wirtschaft, weil sie schon abwägen kann, ob die Beschäftigung dieser Arbeiter auf Kosten der Wirtschaft nicht einen größeren politischen Nutzen bringt als die Ersparung dieser Kosten für die Wirtschaft bei gleichzeitiger Erwerbslosigkeit. Es trifft sich, daß die Arbeitsbeschaffung auch der Wirtschaft nützlich ist. Aber selbst wenn sie für die Wirtschaft schädlich wäre, könnte die Politik sie doch veranlassen und dabei einen Nutzeffekt gewinnen.

Sogar die Brüningsche Steuerpolitik bezeugt die Überlegenheit der Politik über die Wirtschaft. Sogar unter den Wirtschaftlern war seinerzeit der Satz gängig, daß in erster Linie der Staatshaushalt ausgeglichen sein müsse. Damit erkannten sie an, allerdings ohne sich darüber klar zu sein, daß der Nutzen, den die Politik durch das Gleichgewicht des Staatshaushaltes gewinnt, größer ist als der Schaden der Wirtschaft durch Überbesteuerung. Und wieviel sich mit dieser Überbesteuerung anfangen läßt, hat der Nationalsozialismus ja bewiesen. Brüning hat die gesamtpolitische Linie und die Verwurzelung im Volke gefehlt, um dasselbe tun zu können. Deshalb schaute bei Brüning alles auf die Tatsache der Überbesteuerung, während jetzt alles auf die Abnahme der Erwerbslosigkeit, also auf die Benutzung der Steuermittel, sieht. Das ist ein wesentlicher psychologischer Unterschied und ein wesentlicher politischer Unterschied, weil Politik ja auch praktische Psychologie ist. Der Nationalsozialismus hat seine psychologische Meisterschaft dadurch bewiesen, daß seine Propagandamethoden selbst der Wirtschaftsreklame weit überlegen sind.

Der Nationalsozialismus kann in der Wirtschaft — und das ist außerordentlich wichtig — alles machen, was in seiner gesamtpolitischen Linie liegt. Er kann Methoden in der Wirtschaft anwenden,

die in der kapitalistischen Wirtschaft bei schwacher politischer Führung allein reiner Selbstmord wären. Jede dieser „selbstmörderischen" Methoden, etwa die Inflation, hat irgendeinen Vorteil. In der Inflationszeit war bis zum Ruhreinbruch die Wirtschaft gut beschäftigt. Ohne die Inflation hätte die deutsche Wirtschaft bei der damaligen Regierung die Demobilmachungskrise und das Kriegsschuldenproblem wohl auch kaum überwunden. Die Inflation ist so fürchterlich geworden, weil die Regierung sie nur machen konnte, sie aber, als sie begonnen war, ihrer Eigengesetzlichkeit überlassen mußte. Der Nationalsozialismus wird keine Inflation machen, in erster Linie deshalb, weil sie psychologisch falsch ist. Sie liegt dem deutschen Volke noch zu sehr in den Knochen. Außerdem ist eine Inflation, wie wir sie hatten, Hilflosigkeit des Staates und deshalb auch der nicht politisch geführten Wirtschaft. Wo der Staat die Spekulation nicht mehr in der Hand hat, hat seine Politik versagt, und die minderwertigen Elemente triumphieren. Aber der nationalsozialistische Staat könnte eine Geldpolitik machen, mit der seinerzeit die Inflation anfing, er könnte die Vorteile für das Volk und die Wirtschaft schaffen, die die Inflation mit sich gebracht hat, ohne daß diese Geldpolitik zu einer Inflation würde. Denn dort, wo die Inflation wirtschaftsschädlich ist, verstoßen ihre Erscheinungen gegen das sittliche Empfinden des Volkes. Das kann er mobilisieren und die Auswüchse der Inflation durch gesetzliche Maßnahmen so zurückschneiden, daß die Vorteile der Inflation die Schäden, die natürlich nicht ganz zu vermeiden sind, überwiegen.

Der nationalsozialistische Staat hat eine Unmenge von Möglichkeiten, die die an den Liberalismus gekettete Regierung der Novemberrepublik nicht hatte. Jene Inflation war die Flucht des Staates vor der Wirtschaft und vor der Verantwortung für die Wirtschaft. Jener Staat hatte Angst, die Kriegsgewinne radikal wegzusteuern, wie es der Nationalsozialismus damals forderte. Er ließ der Wirtschaft die Kriegsgewinne im Glauben, daß dies Kapital Arbeit schaffen könne. Der Staat war damals so sehr vor der Wirtschaft geflohen, daß er nur noch dem Namen nach Steuern erhob. Wie eine Wirtschaft, vor der der Staat ausreißt, aussieht, hat das Jahr 1923 in aller Deutlichkeit gezeigt: Wenn der Staat vor der Wirtschaft flieht, so ist das für die Wirtschaft noch schlimmer, als wenn nicht gearbeitet wird.

Wenn der nationalsozialistische Staat eine inflationistische Geldpolitik machen würde, wäre das grundsätzlich die genaue Umkehrung

des damals Geschehenen. Anstatt vor der Wirtschaft sich zu verdrücken, würde der Nationalsozialismus ein bestimmtes Ziel in der Wirtschaft verfolgen. Genau wie die Steuerüberhöhung ein Schaden für die kapitalistische Wirtschaft war, den der Nationalsozialismus zum Vorteil gewandt hat, indem er mit seiner Arbeitsbeschaffung den Kapitalismus zum Nutzen des Volkes und der Wirtschaft durchbrach, hat er auch andere Methoden, den Kapitalismus zum Vorteil für Volk und Wirtschaft zu durchbrechen.

Vergiftungen werden eben durch Gegengifte unschädlich gemacht. Der Kapitalismus ist unpraktisch. Alles, was die Erwerbslosigkeit herabdrückt, kann praktisch sein. Der Nationalsozialismus kann durch Maßnahmen den Krisendruck verlagern, wenn er dabei von den schwächeren auf die stärkeren Schultern geschoben wird. Dann tragen eben die Stärkeren mehr, damit die Schwächeren stärker werden und dann mittragen können. Die Fehler des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind gegenwärtig der Wirkungsraum der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Es hat gar keinen Sinn, sich hinzusetzen und nach den idealsten Maßnahmen zu suchen, die keinem wehe tun. Besser ist, etwas zu tun, um dem Volke etwas zu helfen und dann immer wieder. Ideale Maßnahmen, in denen die Kritik keine Bedenken findet, gibt es gar nicht. Sie müßten nämlich sowohl kapitalistisch wie sozialistisch sein. Sie dürften dem, was in den Lehrbüchern steht, nicht widersprechen, weil sonst ihre Gläubigen kritisieren würden, und müßten zugleich und möglichst schnell die Krise lösen. Sie müßten den Kapitalismus bestehen lassen, dessen Fehlerhaftigkeit die Krise entsprungen ist, und müßten doch die Krise beseitigen. Nach diesen idealen Lösungen haben die Deutschnationalen gesucht, die sich darob die Partei der Köpfe nannten. Aber sie haben sie trotz ihrer Köpfe nicht gefunden.

Der Nationalsozialismus kann Maßnahmen ergreifen, auch wenn die Kritik sie nicht für die idealsten hält. Denn sein Staat kann etwas, was die Kritik nicht kann. Er kann die Auswirkung dieser Maßnahmen durch seine Politik beeinflussen. Die Inflation des Jahres 1922 war nicht schlimmer als die Erwerbslosigkeit im Winter 1932/33. Wenn der Nationalsozialismus der Ansicht gewesen wäre, an der Inflation einen Hebel zu haben, mit dem er die Wirtschaft wieder in Gang bringen könnte, wäre sie nützlich gewesen. Er hätte ihren Gang beeinflussen können durch das Verbot spekulativer Konzernzusammenballungen, durch die Beaufsichtigung der Börse, durch eine sehr scharfe Besteuerung der hohen Einkommen usw. Der

Nationalsozialismus hat recht daran getan, überflüssige Kritik zum Schweigen zu bringen. Denn die Kritik muß falsch sein, weil sie den alten schwachen Staat voraussetzt, der allerdings ihre Voraussichten nicht abwenden konnte. Der nationalsozialistische Staat ist aber stark und kann seine Politik einsetzen.

Wiederholen wir noch einmal den entscheidenden Satz: Der Wirkungsraum der gegenwärtigen nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist so groß wie der Umfang der Fehler des kapitalistischen Systems. Beträgt die Erwerbslosigkeit Millionen, muß nicht nur eine andere Wirtschaftspolitik gemacht werden, als wenn keine Erwerbslosigkeit da wäre, sondern es kann auch eine andere gemacht werden. Die Höhe der Erwerbslosigkeit ist der Spielraum der Wirtschaftspolitik. Sind keine Erwerbslosen da, muß die Wirtschaftspolitik besonders vorsichtig sein, um keine zu schaffen. Nicht die Waage ist die genaueste, die Tonnen abwiegt, sondern die, mit der die kleinen und kleinsten Mengen in Gewicht bestimmt werden. Auf den groben Klotz gehört der grobe Keil.

Es gibt keine Gesetzmäßigkeiten in der Wirtschaft, vor denen der Staat haltmachen muß. Denn sonst regierte nicht der Staat und mit ihm das Volk, sondern über ihm stände die Souveränität der Wirtschaft, deren Gesetzlichkeit er gehorchen muß und mit der das Volk sich abfinden müßte. Der Staat kann der Wirtschaft Gesetzmäßigkeiten geben, indem er neue Sitten schafft. Er kann ihr, eine Ebene tiefer, neue Gesetzmäßigkeiten geben, indem er Situationen schafft, die, wie ein Erdbeben die Flüsse anders laufen läßt, neue Kanäle für die Interessenströmungen anlegen. Der Staat läßt dabei der Wirtschaft die alten Motive, Gewinne zu machen, aber er lockt durch die Gewinne in die von ihm gewollte Richtung. Etwa so, daß er die Preise für in der eigenen Wirtschaft hergestellte Rohstoffe hoch ansetzt. Das ist eine Möglichkeit von tausenden. Und schließlich kann der Staat die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft benutzen. Das tut er dort, wo er sich politische Eingriffe ersparen will. Das Ideal des deutschen Sozialismus ist die Wirtschaft, die sich kraft ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit bewegt, die prall gefüllt ist mit Motiven, damit sie energisch läuft, in die der Staat nicht einzugreifen braucht, und deren Gesetzmäßigkeit doch auf das Wohl des Volkes ausgerichtet ist. Die Wirtschaft ist die beste, in der jeder mit Eifer seinem Eigennutz nachjagt, und in der diese Eigennützigkeiten doch im Dienste des Gemeinwohles stehen. Der Satz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wird ja so oft falsch aufgefaßt. Der Einzelne soll nur anständig handeln. Aber im Alltag

des Wirtschaftslebens können von ihm keine Opfer für das Gemeinwohl auf die Dauer verlangt werden. Wir sind doch keine Pietisten!

Die Opfer für das Volk sollen die Energie nicht lähmen, wie dies geschähe, wenn jeder nur gegen sein Interesse stetig dem Gemeinwohl im Alltag der Wirtschaft dienen sollte. Der Appell an den Opfersinn soll im Gegenteil die Energien im Volke stärken. Gerade deshalb darf er nicht alltäglich sein, sondern er wird aufgespart für Gelegenheiten, wo er notwendig ist, und wenn zugleich mit dem Appell das Heiligtum des Reiches geöffnet wird. Das war im August 1914 der Fall und in der Kampfzeit des Nationalsozialismus. Der Einzelne kann in der Wirtschaft ja auch gar nicht entscheiden, was das Gemeinwohl ist. Wird von ihm verlangt, seinen Eigennutz zurückzustellen hinter das gemeine Wohl, dann wird dem Einzelnen auch die Entscheidung darüber, was das Gemeinwohl ist, überlassen. Und dann muß ihm auch freigestellt werden, sich mit denen, die die gleiche Auffassung vom Gemeinwohl haben, zusammenzuschließen, und der alte Parteiklüngel wäre da. In der Weimarer Verfassung stand ja auch, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe. Der Nationalsozialismus überläßt aber dem Einzelnen die Entscheidung darüber, was der Gemeinnutz ist, nicht, und das ist der Unterschied zwischen seinem Grundsatz und dem Satze desselben Wortlautes in der Weimarer Verfassung. Es ist kinderleicht, von jedem zu verlangen, seinen Eigennutz hinter seine Auffassung vom Gemeinwohl zurückzustellen. Es ist nationalsozialistisches Ziel, daß die Politik das gemeine Wohl sichert und der Wirtschaft eine Gesetzlichkeit gibt, die dem Einzelnen den vollen Raum gibt, seine Interessen zu verfolgen, aber die Arbeit dieses Einzelnen dennoch dem Wohle der Gesamtheit des Volkes dienen läßt. Ein Trottel kann ein Schwungrad drehen. Aber es gehört schon etwas dazu, die Maschine zu konstruieren, die die blinden Naturkräfte in einer gewinnhaften Weise arbeiten läßt. Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus soll eine Maschine sein, die von der blinden Naturkraft des Eigennutzes getrieben wird, von allein läuft und dennoch dem Gemeinwohl so dient, daß sie dem Staate Arbeit spart. Die Wirtschaft als arbeitssparende Maschine für die Politik: das ist ein Kernsatz der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung. Sie soll automatisch durch den eigenen Mechanismus in ihrem Bereiche das Wohl des Volkes sichern, damit der Staat das nicht mit der Arbeit seiner Politik zu tun braucht. Es genügt, wenn er der Maschinenmeister ist, der die Maschine ölt, den Dampfdruck

kontrolliert, den Wasserstand beobachtet usw. Aber es fällt ihm nicht ein, das Triebrad selbst wie ein Neger keuchend zu drehen.

Die gesamtpolitische Linie also, an die der nationalsozialistische Staat gebunden ist, zielt in bezug auf die Wirtschaft nicht in erster Linie auf den Konjunkturaufschwung ab, sondern auf die Konstruktion der Wirtschaft als arbeitsparende Maschine für die Politik. Die Inflation wäre allzu einseitig nur Mittel, um die Wirtschaft zu beleben, ohne daß an ihren Umbau herangegangen würde. Der Staat könnte wohl ihre schädliche Folgen stark abschwächen, da er ein ungeheures Arsenal von Mitteln hat. Aber bei ihrer Anwendung müßte er seine Schultern unter die Wirtschaft stemmen und seine Energie allzu sehr auf die Wirtschaft konzentrieren. Er müßte die Reserven seiner Kraft einsetzen und hätte sie dann, wenn sie gleichzeitig an anderer Stelle gebraucht werden, nicht zur Verfügung.

Die Arbeitsbeschaffungspolitik, wie sie jetzt gehandhabt wird, ist für den Staat einfacher, und zudem ist sie radikaler. In ihr kommt auch die große Linie zum Ausdruck: die Schaffung des Rechtes auf Arbeit. Der Nationalsozialismus hat schon lange Arbeitsbeschaffungspolitik getrieben, und doch hat er sich nicht in geringster Weise belastet. Er hat für die Fortsetzung der Arbeitsschlacht noch dieselbe Handlungsfreiheit, wie er sie bei ihrem Beginn besessen hat. Er kann die nützlichen Folgen der Arbeitsbeschaffung ausnützen, braucht aber, wie es im Falle einer inflationistischen Geldpolitik notwendig gewesen wäre, seine Energie nicht in der Abwehr schädlicher Folgen aufzuzehren.

Die Inflation ist nur angeführt worden, um auf die stärkste Weise den Satz zu betonen, daß es für den Staat keine Gesetzmäßigkeit in der Wirtschaft gibt, an die er gebunden ist. Der Staat kann tun, was er für nötig hält, weil er die Autorität hat, weil ihm bei seiner überragenden Stellung ein Riesenarsenal von Mitteln zur Verfügung steht, und weil er im Notfalle das Volk zu Opfern aufrufen kann, durch die der Automatismus der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten gebrochen werden kann. In diesem Sinne ist die Politik das Schicksal, aber ein Schicksal, das die staatliche Führung lenken kann. Ist die Wirtschaft das Schicksal, dann ist der über die Köpfe der Menschen und über das Volk hinweg wirkende Automatismus der Wirtschaft das Schicksal, dem Volk und Mensch machtlos gegenüberstehen. Das ist ein Fatalismus, der tatenlos zusieht, wie ein aufgezogener Roboter den Weg des Verderbens daherwalzt.

Indem der Nationalsozialismus sich über den Kapitalismus erhebt,

sind für seine Politik die Fehler des kapitalistischen Systems Spielraum geworden. Er kann die Schäden dieser Fehler fruchtbar machen, wie er es durch die Ausnutzung der Steuerüberhöhungen durch Brüning bewiesen hat. Hätte Brüning die Steuern nicht überhöht, hätte der Nationalsozialismus es tun können, und der Nutzen dieser Steuerüberhöhungen wäre größer gewesen als ihr Schaden. Er kann auch an anderer Stelle bewußt einen Schaden aufreißen, wie es die Steuerüberhöhung war, und dennoch einen größeren Nutzen herausholen. Damit hat der Nationalsozialismus für seine Wirtschaftspolitik eine Dimension mehr zur Verfügung, als sie Kapitalismus und Bolschewismus besitzen. Die können sich nur in der zweidimensionalen Ebene ihres Systems bewegen. Der Nationalsozialismus hält sich an kein System, weil er sich an keine nur zweidimensionale Ebene binden will. Seine Wirtschaftspolitik kann dreidimensional sein.

Er kann tun, was er für zweckmäßig hält, und ist an keine Gesetzmäßigkeit eines Systems oder einer Theorie gebunden. Daß er das nicht ist, ist das allgemeinste Charakteristikum der Politik des Führers. Es gehört nicht viel dazu, ihre Neuartigkeit an ihren Taten abzulesen. Aber was macht ihr Wesen aus: Daß der Führer nie handelt, weil er von irgendeiner Theorie oder Gesetzmäßigkeit sich treiben ließe und sich von ihr Vorschriften machen ließe. Wenn früher irgendwo ein Problem auftauchte, so wurde es beschrien, betastet und damit erst zur gefährlichen Entzündung gebracht. Wo ein Problem war, sollte es gleich gelöst werden, auch wenn es noch unreif war. Der Führer hat die Genialität der zielsicheren Ruhe. Er vermag es, die Dinge treiben zu lassen und sie doch stets scharf im Auge zu behalten. Als ein Beispiel dafür, was gemeint ist, mag unter vielem seine Politik mit den Deutschnationalen angeführt werden. Daß der Führer nicht mit jeder anderen Partei eine Koalition eingeht, hat er bewiesen im Jahre 1932. Er hatte im Jahre 1932 den Mut, die Zeit für sich arbeiten zu lassen. Im Januar 1933 hatte die Zeit für ihn gearbeitet und die Parteien, die zu einer Koalition mit dem Nationalsozialismus in den bestimmenden Augen des Führers in Betracht kamen, ausgesiebt. Mit den Deutschnationalen konnte eine Zusammenarbeit fruchtbar sein. Dies war am 30. Januar 1933 das Problem. Viele Nationalsozialisten sahen als dies Problem die Bindung des Nationalsozialismus an die Deutschnationalen. Sie hätten an der Stelle des Führers die Kompetenzen des Nationalsozialismus und der Deutschnationalen gegenseitig abzugrenzen versucht. Das hätte einen Krach gegeben, und dazu einen Krach um des Kaisers

Art. Von dem theoretischen Willen des Nationalsozialismus zur Macht aus wäre dies Problem angepackt worden, aber nicht von der Berechtigung des Nationalsozialismus zur Macht aus. Früher war es so und ist auch heute noch bei den meisten so, daß ihnen nur ein rotes Tuch vorgehalten zu werden braucht, um sie blind losrennen zu machen. Sie haben die Gesichtspunkte, und denen laufen sie nach, ohne auf den Weg zu achten. Ganz anders der Führer. Er ließ die Dinge treiben und behielt sie im Auge. Er wartete ab, was aus der Koalition mit den Deutschnationalen herauskam, und erst als nichts Ersprießlicheres herauskam, war die Frage zur Lösung reif. Und diese Lösung gab, weil sie reif war, keine Entzündung.

Der Führer ist Meister der großen Kunst, die Zeit für sich arbeiten zu lassen. Er besitzt damit für seine Politik eine Dimension mehr als alle anderen. Sie ist genau umgekehrt wie die Clemenceaus und Poincarés. Die wußten nicht, was die Dimension Zeit für die Politik bedeutete. Das Bestimmte wollten sie und polterten los, und gerade dadurch setzten sie sich ins Unrecht, indem sie den schon eingeschläferten Widerstandswillen Deutschlands aufweckten, anstatt ihn durch eine societas leonina ganz zu narkotisieren. Der Führer dagegen verkündete nicht am 30. Januar 1933 das allgemeine Wehrrecht, sondern am 16. März 1935. Sonst hätte er das Volk für das Parteiprogramm in Gefahr gebracht, und das Parteiprogramm wäre keine Anweisung für den Dienst am Volke gewesen. Aber der Führer rennt gerade nicht blind ohne Rücksicht auf den Weg los. Er hat gearbeitet, damit die Zeit für ihn arbeiten konnte.

Und ist die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik etwas anderes? Früher war es üblich, ohne Rücksicht auf die Gesamtlage zu sagen, dies oder das muß sofort getan werden. Jede Theorie will das auch. Vielen wäre es am liebsten gewesen, wenn der deutsche Sozialismus möglichst an einem Tage und möglichst vollständig an diesem Tage gekommen wäre. Die Bolschewisten haben die kommunistische Wirtschaft mit Dekreten in einigen Monaten „eingeführt". Die Zeit, die sie für die Einführung des Kommunismus gebrauchten, bemaß sich an der Zeit, die sie für die Abfassung der Dekrete gebrauchten. Sie meinten, es genüge, die Gesetzesmaschine zu reiben wie Aladin seine Wunderlampe, damit sie am nächsten Tage das von Geistern gebaute Paradies bewundern könnten. Eine gewaltige Staubwolke konnten sie bewundern, die sie selbst aufgerührt hatten, aber die Geister hatten nichts gebaut. Wer die nationalsozialistische Regierung tadelt, daß sie die Gesetzgebungsmaschine nicht schneller laufen läßt, hat

nicht begriffen, was die Dimension Zeit für die Politik bedeutet. Der Nationalsozialismus hat in der Wirtschaft Wirkungen angelegt und wartet ab, bis sie ausreifen.

Oben hieß es, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hätte drei Dimensionen zu ihrer Verfügung. Jetzt wird klar, worin diese Dimensionen bestehen: in der Zeit. Nebenbei gesagt, ist die Zeit auch in die moderne Physik als eine zusätzliche Dimension eingerückt. Die wirtschaftspolitische Theorie ist zeitlos, weil sie mit einem Schlage durchgeführt werden soll. Eine moderne Politik ist Ausnutzung der Zeit, um sie für sich arbeiten zu lassen.

Doch was ist diese Dimension Zeit? Sie ist das Volk und die Dynamik der Rasse in ihm. Probleme werden reif, indem sich die Stellung des Volkes zu ihnen klärt. Geschieht das, ist sie eindeutig, und in der eindeutigen Stellung des Volkes zu einem Problem ist auch das Problem eindeutig geworden.

Nicht jede Politik kann die Zeit für sich arbeiten lassen. Nur die Politik kann es, die dem Wesen des Volkes und der Rasse entspricht. Tut sie das nicht, dann arbeitet die Zeit und die Dynamik der Rasse gegen sie.

Wir nähern uns hier dem „höchsten Punkt" des Nationalsozialismus. Bisher hat der Mensch die Zeit nicht beherrscht. Der Einzelne kann die Zeit auch nicht beherrschen. Denn die Zeit ist Entwicklung, ist schöpferisches Wunder, ist Dynamik der Rasse, ist Volk. In seiner Verbindung mit dem Volke, mit der Dynamik der Rasse ist die nationalsozialistische Politik verbunden mit dem schöpferischen Wunder und der Entwicklung. Indem der Nationalsozialismus die Zeit und die Dynamik der Rasse für sich arbeiten läßt, beherrscht er die Zeit. Im neunzehnten Jahrhundert hat der Mensch die Herrschaft über Naturkräfte erreicht, indem er ihnen nachging und sie einfing. Im zwanzigsten Jahrhundert erreicht der nordische Mensch in Deutschland über den Staat die Herrschaft über die Naturkraft Rasse, indem ihr die Politik dient.

Weil der nationalsozialistische Staat die Zeit und die Dynamik der Rasse für sich arbeiten lassen kann, ist er den Tatsachen überlegen. Er ist ihnen genau so überlegen, wie er dem Volke und der Dynamik der Rasse verschmolzen ist. Was Dynamik der Rasse ist, wird im nächsten Kapitel an einem Beispiel gezeigt werden. In seiner Herrschaft über die Dimension Zeit ist der Nationalsozialismus frei, wie er den deutschen Sozialismus durchführt. Darin liegt seine Überlegenheit über die Theorie. Er ist aber nicht frei im Entschlusse, ob er ihn

durchführt oder nicht. Das Volk will eine gesunde, gerechte und sittliche Wirtschaft. Darin liegt die innerliche Bindung des Nationalsozialismus an den deutschen Sozialismus und den Dienst am Volke, die dagegen in keiner Theorie enthalten ist.

Der Kapitalismus ist fehlerhaft, weil er dem Wesen und Willen des Volkes nicht mehr entspricht. Es wäre ein gewaltiger Irrtum zu glauben, daß das Volk den Kapitalismus deshalb ablehne, weil er unpraktisch geworden sei. Umgekehrt ist es richtig: weil der Kapitalismus dem Wesen des deutschen Volkes nicht entspricht, ist er unpraktisch geworden. Er ist ein „ausgereiftes" Problem, dem gegenüber die Haltung des Volkes eindeutig geklärt ist. Entspräche der Kapitalismus dem Wesen des deutschen Volkes, dann wäre im Schöpfertum dieses Wesens der Kapitalismus nicht unpraktisch geworden. Es ist der Geist, der sich den Körper schafft: Ein unpraktischer Körper ist entweder Spiegelbild eines ungesunden Geistes. Das deutsche Volk ist urgesund. Oder der Geist will einen anderen Körper und belebt den alten dann nicht mehr. Sehen wir uns doch um, wo die lebendigen Typen im Volke sind: in der Wirtschaft sind sie bestimmt nicht. Da steht der Frontsoldat unter dem Stahlhelm, da der SA.-Mann der Kampfzeit — und diesen gegenüber steht der Wirtschaftler alten Schlages auf der anderen Seite. War jemand, der aus der Wirtschaft kam, wirklicher Frontsoldat oder SA.-Mann, dann hatte er jedesmal sein Urteil über den Wirtschaftler, das unter seinen Kameraden nicht als originelles Urteil galt, wohl aber unter den anderen Wirtschaftlern. Dem Frontsoldaten und SA.-Mann braucht der Nationalsozialismus auch keinen neuen Geist zu geben. Er will sie in ihrem Geiste stärken. Aber dem Wirtschaftler will er einen neuen Geist geben, und er weiß weshalb. Es ist eindeutig klar, wo die lebendigen Energien im Volke stecken. Es ist auch ersichtlich, was sie vermögen. Wenn sie in der Wirtschaft sein würden, wäre sie nicht unpraktisch geworden.

Der Satz, daß die Fehler des Kapitalismus den Spielraum für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik abgeben, läßt sich jetzt erweitern. Weil diese Fehler Unschöpfertum bezeugen und mangelnde Entsprechung des kapitalistischen Systems zum Wesen des Volkes, ist der Spielraum der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik die Spannung zwischen der nicht wesensgemäßen und der wesensgemäßen Wirtschaft. Der erste Satz ist negativ, weil er materialistisch gefaßt ist, der zweite ist positiv. Der erste führt zur Theorie, die angibt, wie die Fehler des kapitalistischen Systems zu verbessern sind. Der zweite

führt zu keiner Theorie, weil niemand weiß, wie eine wesensgemäße Wirtschaft aussieht, bevor sie da ist. Dafür gibt er einer praktischen und schöpferischen Politik Spielraum.

Die ersten Etappen dieser schöpferischen Politik können jetzt schon vorausgesehen werden. Der Kapitalismus war einmal eine U-förmige Röhre, in deren beiden Schenkeln die Wasserspiegel sich auf gleiche Höhe drückten. Ein Schaden in dieser Wirtschaft erzeugte, solange sie gesund war, auch einen Vorteil. Die Krisen erzeugten früher selbst die Momente, die eine neue und breitere Konjunktur erstehen ließen. Das geschieht jetzt nicht mehr, nachdem der Kapitalismus unschöpferisch geworden ist. Das Schöpfertum der Politik muß eingeschaltet werden, damit in der Wirtschaft Schäden zu positiven Wirkungen kommen können. Beispiel dafür ist die Arbeitsbeschaffung mit den überhöhten Steuern als Rückhalt. Oder die politische Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, weil kein durch die Krise freigemachtes Kapital die Wirtschaftsankurbelung finanziert hat, wie es früher war, als die Wasserspiegel in der U-förmigen Röhre sich von selbst auf die gleiche Höhe drückten. Auch der Magnet kann als Gleichnis herangezogen werden, zwischen dessen negativem und positivem Pol die Kraftlinien sich wölben. Die Politik ist es jetzt, die neue Elektrizität durch den Magneten jagt.

Die nationalsozialistische Politik also benutzt die Schäden in der kapitalistischen Wirtschaft, um ihnen positive Wirkungen zu geben. Sie tut damit das, was der gesunde Kapitalismus einst selbst vollbringen konnte. Damit er das einst konnte, mußten die wirtschaftlichen Gesetze des Kapitalismus intaktgehalten werden. Damals durfte niemand an sie rühren, weil dadurch die in diesen Gesetzen enthaltene Heilkraft für die Wirtschaft beeinträchtigt worden wäre. Dagegen ist heute die Politik diese Heilkraft selbst, und deshalb steht sie über den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten in der Wirtschaft.

Die nächste Etappe der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik besteht also darin, daß die Politik sich an die Stelle der kapitalistischen Gesetze setzt und die heilende Wirkung übernimmt, die einst vom kapitalistischen System selbst ausströmte. In der Politik sind die schöpferischen Energien des Volkes, und über die Politik strömen sie in die Wirtschaft ein. Sie schaffen die wesensgemäße Wirtschaft.

Daß die Politik die Heilkraft in die Wirtschaft bringt, die früher von den wirtschaftlichen Gesetzen ausging, ist etwas ganz anderes, als von einer Theorie aus Fehler des kapitalistischen Systems abzustellen. Das erste ist Arbeit am lebendigen, das zweite ist Arbeit

am toten Material. Das zweite kommt auf nichts anderes heraus als ein Schwanken zwischen Kommunismus und Kapitalismus, je nachdem, mit welchem Auge die abzustellenden Schäden angesehen werden. Der Kommunismus tut nichts anderes, als „Schäden" in der kapitalistischen Wirtschaft zu sehen. Das ist aber nur ein negativer Gesichtspunkt, und deshalb ist auch seine Politik nur negativ. Die Schäden der kapitalistischen Wirtschaft hat er zwar „abgestellt", aber eine neue Wirtschaft zu schaffen, hat er wegen seines einseitigen und negativen Gesichtspunktes nicht vermocht. Auch der Kapitalismus hat Schäden in seiner Wirtschaft gesehen. Doch auch er ist bei seinem Bemühen, sie abzustellen, nicht weiter als bis zum unfruchtbaren Experiment gelangt. Was dem Kommunismus und dem Kapitalismus fehlt: Wer mit dem Verstand allein denkt, denkt mit einem abgeschnittenen Kopf. Der Kapitalismus sowohl wie die kommunistische Regierung sind abgeschnittene Köpfe, die neben dem Körper, dem Volke, liegen. Der Verstand denkt nur richtig, wenn der Kopf auf einem lebendigen Körper sitzt und in der von dessen Instinkten angewiesenen Richtung denkt.

Der Nationalsozialismus bringt das große Zeitalter der schöpferischen Politik. Was bei Kommunismus und Kapitalismus das System ist, ist bei ihm das Schöpfertum. Er hält die Tatsachen in der dritten Dimension Zeit zusammen, während das System zeitlos und statisch auf einer Fläche aufgemalt ist. Er gibt den Tatsachen schöpferische und damit glückhafte Dynamik. Wenn seine Politik auf dem Gebiete der Wirtschaft die Rolle der Heilkraft, die früher den wirtschaftlichen Gesetzen innewohnte, übernimmt, dann klammert diese Politik sich an kein System und keine Theorie an, sondern wendet sich an die lebendigen Energien im Volke. Die Gesetze des kapitalistischen Systems schufen ja einst auch kein neues System, sondern sie öffneten Energien die Bahn. Wo Energien der Wirkungsraum verbaut ist, dort greift die nationalsozialistische Politik ein und beobachtet, um ihnen, wenn nötig, Hilfestellung zu geben, um weiteren Spielraum zu schaffen.

Wenn so über die Politik die Dynamik des Volkes in die Wirtschaft einströmt, wird die Wirtschaft dem Wesen des Volkes entsprechen. Das Volk hat die Wirtschaft dann ja selber geschaffen. Sie ist sein Organ geworden und kein Golem. Jeder mit dem Verstande konstruierte Golem ist unheimlich, weil er rasselos und zeitlos ist.

II. Abschnitt:

Einzelzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik

7. Kapitel

Wirtschaft und Technik

Dieser Abschnitt schildert die Situation der Wirtschaft, die der Nationalsozialismus im Jahre 1933 vorgefunden hat. Die Lösungen, die der Nationalsozialismus gefunden hat, wie z. B. auf dem Gebiet der Agrarpolitik, werden angegeben. Ferner wird über das Verhältnis der deutschen Wirtschaft zu der Weltwirtschaft und über das Recht auf Arbeit gesprochen werden. Ebenfalls wird die Frage der Finanzierung der Wirtschaftsankurbelung behandelt werden.

Man sieht, dieser Abschnitt wird rein wirtschaftspolitisch sein. Das mag für die, die den vorigen Abschnitt für zu mystisch gehalten haben, ein Trost sein. Doch befreit der vorige Abschnitt von der Notwendigkeit, jetzt überall „praktische" Vorschläge zu machen. Es braucht jetzt nur die Sachlage auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten geschildert zu werden, also die Sachlage, vor die die Politik sich gestellt sieht. Aber sie auszunutzen und zum Besseren zu wenden, ist Aufgabe der Politik. So sind z. B. zur Außenhandelsfrage, die doch sehr wichtig ist, gar keine „praktischen Vorschläge" zu machen. Durch dieses Gewirr und Gequirle von Fragen, die alle in Bewegung sind, kann kein Mensch durchschauen. Jeder Vorschlag bleibt Detail und spiegelt nur vor, Gesamtlösung zu sein. In der Außenhandelsfrage ist es auch viel zweckmäßiger, die gegebene Sachlage auszunützen: und sie kann alle Monate anders sein und kann alle Monate andere Möglichkeiten der Ausnutzbarkeit stellen. Ist dem aber so, dann ist die Schlußfolgerung aus einer Betrachtung der Weltwirtschaft kein allgemeines

Schema, wie gehandelt werden soll, sondern die Erkenntnis, daß die Regierung elastisch handeln muß.

Also erwarte man keine Sammlung von Rezepten. Sie wissen in Deutschland ja alle, die Hausbesitzer, die Schwerindustrie, die Fertigindustrie, die Banken, die Geldtheoretiker usw., wie es „gemacht werden muß". Es wird aber meistens anders gemacht. Jeder wirtschaftspolitisch interessierte Nationalsozialist hatte im Jahre 1932 seine Rezepte, nach denen der herrschende Nationalsozialismus „bestimmt" vorgehen würde. Der Kreis derer, die seine tatsächliche Politik wirklich vorausgesehen haben, und die die nationalsozialistischen Grundsätze der Wirtschaftspolitik wirklich erfaßt hatten, war verhältnismäßig klein. Aber der Nationalsozialist, der lernen wollte, konnte in den letzten Jahren lernen. Er konnte begreifen, welche überragende Stelle der Staat, d. h. der Nationalsozialismus in der Macht, einnimmt. Woher aber sollte diese Erkenntnis, die über aller Erfahrung vor dem Jahre 1933 liegt, vor den Erfahrungen der letzten Jahre kommen? Es ist möglich, daß viele Nationalsozialisten wirtschaftspolitische Meinungen aus der Zeit vor dem Jahre 1933 über Bord haben werfen müssen. Aber wenn sie ihr nationalsozialistisches Wollen bewahrt haben und zudem erkennen, was der nationalsozialistische Staat bedeutet, sind sie nicht ärmer und schwächer, sondern reicher und härter geworden. Sie sehen darin, daß der Staat so langsam an die Umwälzung der kapitalistischen Einrichtungen herangegangen ist, keinen Kompromiß mit dem Kapitalismus. Das mag der Kapitalismus selbst tun — aber dafür lebt er auch nicht in der nationalsozialistischen Wirklichkeit, sondern auf dem Monde. Der Kapitalismus glaubt ja auch in der Zeit der Auslandsanleihen und der blinden Außenhandelspolitik stark gewesen zu sein: die Nationalsozialisten sehen in der Macht des Staates und der Freiheit seiner Politik das Moment, das den Kapitalismus zum Vollzug seiner Abdankung bringt, wie sie etwa im Jahre 1925 den Zusammenbruch der Weltwirtschaft vorausgesehen haben, der dem Kapitalismus seine Abdankung nahegelegt hat.

In den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft sind alle, die schwachen Wollens waren, eingelullt worden: der Kapitalismus in einen trügerischen Glauben an den Fortbestand seines Systems, die theoretischen Sozialisten, die Rezeptgläubigen von den unbelehrbaren Kommunisten angefangen bis zu den in einer Theorie versteiften Nationalsozialisten in schwächlicher Resignation. Die aber, die lebendig sind, sind stärker geworden. Der Nationalsozialismus

hat selbstverständlich die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre nicht getrieben, um ein Sieb für die Führerauslese zu schaffen. Aber die Wirtschaftspolitik war ein Scheidemittel: die Schwachen wurden schwächer, die Starken wurden stärker. Aus den Intelligenzlerkreisen hört man das überlegene Lächeln des Kapitalismus, der sich gerettet glaubt, oder man hört Bedenken: aber im Volke trifft man eine unerschütterliche Zuversicht, die das Herz aufgehen läßt.

Die sachliche Situation ist überreif, so daß an einigen Stellen sogar praktische Vorschläge losgewaschen offen daliegen. Die werden selbstverständlich ausgesprochen werden. Die Politik hat die schwere Arbeit, sie auszuführen. Diese Durchführungsarbeit kann natürlich nicht vorweg geschildert werden.

*

Doch gibt es kein Generalrezept für die Durchführung des deutschen Sozialismus, so gibt es doch einen Generalnenner für die Wirtschaftssituation am Ende des Kapitalismus. Der kann angegeben werden, weil diese Wirtschaftslage am Ende des Kapitalismus ja Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung ist, die überschaut werden kann. Dieser Generalnenner liegt im Verhältnis von Technik und Wirtschaft. Die technische Entwicklung ist die Fahrt des Kapitalismus zu seiner Höhe und in seinen Abgrund. Das soll in diesem Kapitel behandelt werden.

Und zwar werden der klareren Gliederung wegen zuerst die nackten Tatsachen zusammengestellt, wie die Technik den Kapitalismus gesprengt hat. Dann erst wird der Vorhang vor den Hintergründen weggezogen; weshalb das so kommen mußte und weshalb Technik und Kapitalismus sich in keiner neuen Synthese verbinden konnten. Die Technik für den Zerstörer des Kapitalismus ausgeben, ohne die Hintergründe aufzudecken, wäre materialistisch. Denn die Technik würde dabei als gegenständliche Tatsache aufgefaßt, die gegenständliche Wirkungen hat. Der Fehler des materialistischen Denkens ist, daß es in den gelegten Schienen von gegenständlichen Ursachen und Wirkungen fahren muß, aber nie herausbekommt, weshalb diese Schienen so gelegt sind. Der Ingenieur, der die Schienen legte, steht im Hintergrund. Wird erkannt, weshalb er die Gleise so anlegte, wie sie angelegt sind, wird deutlich, was die Schienenführung bedeutet. Der Ingenieur ist der Geist der Rasse, und das Verhältnis von Technik und Wirtschaft zeigt an, wo seine eigentliche Vitalität liegt, ob in der Wirtschaft oder in der Technik. Und ist das klar

geworden, besitzt man einen sehr wesentlichen Hinweis für die Weiterentwicklung, die ja vom Geist der Rasse getragen wird. Die verschiedenen Akzente, die der Geist der Rasse auf Technik und Wirtschaft gelegt hat, zeigen seine schöpferische Dynamik, für die ein Beispiel zu geben gegen Ende des vorigen Kapitels versprochen worden ist.

Die Frage, was eher da war, die Technik oder der Kapitalismus, kann nicht entschieden werden. Beide sind in den nordischen Völkern Europas gewachsen. Die Behauptung ferner, daß es immer eine Technik und eine Wirtschaft gegeben habe, besagt gar nichts. Es hat auch „immer" eine Kunst gegeben. Aber die Kunst der Griechen, der Renaissance und Reformation und im Deutschland der Wende vom achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert ist einzigartig. Die Täler gehören zum Gebirge, aber nicht die Täler, sondern die Gipfel machen das Gebirge aus. Seit Nietzsche hat es immer eine Philosophie gegeben, aber nur einen Philosophen: Rosenberg. Seit Bismarck hat es immer Politik gegeben, aber nur einen Politiker: Adolf Hitler.

Die Römer hatten alle materiellen Voraussetzungen für eine große Technik. Aber sie waren so wenig Techniker, daß sie Aquädukte bauten und nicht die einfacheren Wasserleitungen nach dem Prinzip des artesischen Brunnens. Die Ausnutzung der Naturkräfte bis zum Ende des Mittelalters war minimal gegenüber dem Grade, wie sie von da an immer stärker ausgenutzt wurden. Das ungeheure beherrschende Interesse an den Naturwissenschaften und die systematische Einspannung der Naturkräfte in die Technik datiert seit dem Ausgang des Mittelalters.

Die kapitalistische Wirtschaft hat die systematischen technischen Findungen systematisch verwertet. Das ist ein Unterschied gegenüber allen anderen früheren Wirtschaften.

Ein zweiter Unterschied besteht im neuen Wesen des Kapitals. Der Zins wurde ehrlich. Früher war der Zins zu einem Teile Ausbeutung einer Notlage, im Kapitalismus ist der Zins Entgelt für die produktive Benutzung des Kapitals geworden. Zum anderen Teile war früher die Kapitalsanlage außerordentlich spekulativ. Ein Kapitalist unserer Zeit würde sein Kapital nicht in die risikoreichen Unternehmungen stecken, die die Kaufherren des Mittelalters durchgeführt haben. Der Zins war hier nicht Anteil am produktiven Gewinn, sondern Versicherungsprämie. Das Risiko des Kapitalisten war, Absatz zu finden. Das ist ein ganz anderes Risiko als das vorkapitalistische: das bestand in den Gefahren der Transportwege und

der politischen Überraschungen. Der Kapitalismus rechnete genauer als jede andere frühere Wirtschaft: weil er die Dinge besser überschauen konnte und es nicht in dem Ausmaß mit spekulativen Faktoren wie die frühere Wirtschaft zu tun hatte. Im selben Augenblick, als die erste Schiffahrtsversicherung sich auftat, öffnete der Kapitalismus seine Blüte.

Das Kapital ist produktiv in Verbindung mit der Technik und nicht in der Verbindung mit dem Handel. Wenigstens nicht primär. Von seiner Verbindung mit der Technik leitet sich die Produktivität des Kapitals im Handel erst ab. In den früheren Wirtschaften suchte der Handel die Ware. Er fuhr zu diesem Zwecke über das Meer, das damals einen ganz anderen Charakter für die Menschen hatte als heute, wie die mittelalterlichen geographischen Zeichnungen beweisen. Heute gibt es Ware, soviel man haben will, viel zu viel, um sie suchen zu brauchen. Heute sucht der Handel den Käufer, und in bezug auf den erwarteten und vorausgesehenen Käufer wählt er die Ware. Die Technik hat den Warenüberfluß geschaffen und also die Funktionen des Handels umgekehrt. Weil der Handel alle Absatzmöglichkeiten ausschöpft und auskratzt, räumt er den Warenhaufen vor der Maschine weg und schafft ihr so die Möglichkeit, weiterzulaufen und produktiv zu sein.

Die Technik hat dem Kapital seine Produktivität gegeben. Nicht der Arbeiter wurde vom Kapitalisten um den Mehrwert geprellt, wie Karl Marx behauptet hat. Der Arbeiter bekam, was seine Arbeit, gemessen an seiner Entlohnung im vortechnischen Zustand, wert war. Die Technik gestattete aber, daß diese Arbeiter an der Maschine mehr als ohne die Maschine erzeugten. Es war nicht ihre Arbeit, die den Mehrwert schuf, sondern die der Maschine. Das hat Marx sich nicht klargemacht. Der Besitzer der technischen Produktionsmittel steckte diesen Mehrwert ein. Wenn daran etwas unsittlich war, so war es nicht die Tatsache, daß der Arbeiter an ihm nicht beteiligt war. Er war ja auf längere Sicht daran beteiligt, weil die technisch hergestellten Güter stets billiger wurden. Wir können heute sagen, daß die großen Naturwissenschaftler und Reformatoren, in denen die der Technik den Nährboden gebende neue geistige Haltung zuerst durchgebrochen war, diesen Mehrwert eigentlich verdient hatten. Aber um ihn ihnen zu geben, wäre die Gerechtigkeit eines Gottes notwendig gewesen, und der Gott würde entschieden haben, daß sie ihren Lohn in ihrer Tat schon dahin hatten.

Dieser von der Technik ermöglichte Mehrwert hat den Zins ehrlich gemacht. Denn dieser Mehrwert war der Fonds, aus dem er bezahlt werden konnte. Die Maschine kalbte tatsächlich, und so konnte der, der in Gestalt seines Geldes die Kuh verliehen hatte, das Kalb beanspruchen. Kapital wurde rechtens aufgenommen, um die Produktionsanlage für einen als sicher angenommenen Absatz zu vergrößern. Der Geldgeber erwies positive Dienste.

Die Löhne der Arbeiter stiegen nicht in gleichem Umfange wie die verbreiterte Produktion. Das Produktionsvolumen ist in den letzten hundert Jahren vor 1914 ungleich stärker gestiegen als die Löhne im Weltdurchschnitt. Aber die Arbeiter hatten auch keinen Anspruch auf Lohnsteigerungen, weil nicht ihre Mehrleistung, sondern die Technik das Produktionsvolumen hatte anschwellen lassen.

Der gesunde Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem gewesen, in dem die durch die Technik ermöglichte Mehrerzeugung dem Kapitalisten zugute gekommen ist, ohne daß das unpraktisch und vor der gerechten Kritik ungerecht gewesen wäre. „Vor der gerechten Kritik": Oben wurde schon gesagt, daß nicht die Arbeiter, sondern die Reformatoren und ersten großen Naturwissenschaftler auf diese Mehrerträge einen Anspruch gehabt hätten, über den ein gerechter Gott aber hinweggegangen wäre. So wird der Führer ja auch keinen Anspruch auf die Mehrerträge der sozialistischen Wirtschaft erheben, obwohl sie auf ihn zurückgehen werden. In diesen hohen Sphären wird das Schöpfertum nicht materiell belohnt, und wenn der Wirtschaftler für sein „Schöpfertum" materielle Entlohnung verlangt, charakterisiert das nur die Sphäre seines Schöpfertums. Die Sieger bei Tannenberg haben mehr getan als der alte Stinnes, aber sie sind keine Milliardäre geworden. Der tapfere Soldat des Weltkrieges hat eine größere Leistung vollbracht als jemand, der aus einem Käseladen eine Großhandlung macht. Seine Löhnung bemaß sich in Pfennigen. „Vor der gerechten Kritik" war es nicht ungerecht, daß der Kapitalist die Mehrerträge der Technik einsteckte, weil sein Schöpfertum in einer genügend niedrigen Sphäre stand, so daß es noch materiell belohnt werden konnte.

Ferner war der Kapitalismus nicht unpraktisch. Er hat es fertiggebracht, die technischen Findungen systematisch zu verwerten und den Produktionsapparat der modernen Wirtschaft aufzubauen.

Die gegebene Definition des Kapitalismus ist eine Abgrenzung des gesunden Kapitalismus gegenüber der Wirtschaft der Krise. Auf

die trifft diese Definition nicht zu. Erstens ist sie unpraktisch geworden, wie die Krise gezeigt hat. Auch ist es ungerecht, wenn der Kapitalist die Mehrerträge der Technik für sich einsammelt, wenn das Volk daneben steht und hungert. Dazu kommt, daß der Kapitalismus alles Schöpfertum verloren hat, das für den Einsatz der Technik in der Wirtschaft aufgebracht werden müßte. Die Arbeit der „Wirtschaftler" vollzog sich zuletzt ja schließlich immer mehr neben dem Betrieb, also im Verkehr mit den Banken, in den „Sitzungen" usw., als im Betriebe. Daß die Aufrichtung von Konzernen usw. schöpferisch war, kann uns niemand mehr weismachen. Das waren alles von einer Mater abgezogene Konstruktionen, die sich zum früheren Schöpfertum in der Wirtschaft genau so verhalten wie in der Fabrik massenweise hergestellte Waren zu den Waren gleicher Gebrauchsart, die der Handwerker gemacht hat. Der Einsatz der Technik in der kapitalistischen Wirtschaft war keine Kunst mehr, sondern ist Schema geworden.

Sieht man von den tieferen geistigen Beziehungen ab, so hat die Entwicklung der Technik die Krise des Kapitalismus verursacht. In seiner Beziehung zur Technik hat der Kapitalismus sich gewandelt. Als er gesund war, war der Kapitalismus ein Antreiber der technischen Entwicklung. Der Kapitalismus ging zugrunde, als er Sicherung der „Wirtschaft" vor der technischen Weiterentwicklung wurde. Das Kapital-Interesse war nicht mehr unbedingt das der technischen Weiterentwicklung, deshalb suchte es einen Kompromiß mit der technischen Weiterentwicklung zu schließen. Die Kartelle, Syndikate usw. sind die Ergebnisse dieses Kompromisses. Der Kapitalismus benutzt noch die modernen technischen Einrichtungen, sichert sich aber gleichzeitig gegen sie. Als logische Folge dieses ersten Schrittes könnte der offene Kampf der Wirtschaft gegen die technische Weiterentwicklung angenommen werden. Es sind tatsächlich Stimmen laut geworden, die diesen nächsten Schritt zu tun aufgefordert haben: die Maschinenstürmer. Sie verkündeten als der Weisheit höchsten Schluß, daß, wenn eine Maschine mit fünftausend Pferdekräften verschrottet würde, zehntausend Menschen Arbeit finden könnten. Sie wollten den Faktor Technik der kapitalistischen Wirtschaft anpassen, während es darauf ankommt, die Wirtschaft der technischen Weiterentwicklung gegenüber anzupassen und elastisch zu machen.

Der entscheidende Wendepunkt im Verhältnis der Wirtschaft zur Technik fällt in das Jahr 1890. Da entstanden die Kartelle, Syndikate und Trusts, die Aktiengesellschaften breiteten sich mit Macht aus. Die Abhängigkeit der Betriebe von den Banken gewann

an Schwere. Auch stieg die Lohnkurve über die Kurve des Verbrauchsgüterindexes. Die Sozialdemokratie fand den großen Anklang. Die „wirtschaftliche Erschließung" der Überseeländer erhielt verschärften Nachdruck. Und auch jene Entwicklung der handelspolitischen Rivalität begann, die ein bewußtes Motiv für den Weltkrieg geworden ist. Auch war es in dieser Zeit entschieden, daß die allgemeine Entwicklung nicht, wie man angenommen hatte, zum unbeschränkten Freihandel ging. In dieser Zeit glaubte man, auf den Höhen der Menschheitsgeschichte zu stehen. Man stand nur auf einer vollendeten Zeitepoche, und war so blind-glücklich, daß man die Probleme der neuen noch nicht sah. Die haben wir jetzt zu lösen.

Die Technik hat die alte Weltwirtschaft, die sie selbst einst ermöglicht hat, wieder zerstört. Die Technik ist ferner so ergiebig geworden, daß neue Wirtschaftsmethoden gefunden werden müssen, damit die Millionen Volksgenossen für die Millionen Volksgenossen arbeiten können, und damit nicht die Millionen hungernd und arbeitslos-müßig neben den Maschinen stehen.

Die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus spannt sich zwischen zwei Pole. Zur Zeit Ludwigs XIV. waren in der damaligen hochentwickelten französischen Wirtschaft die technischen Energien nur halb so groß als die menschlichen Arbeitskräfte, in Pferdestärken ausgedrückt. Die technischen Energien ließen sich nicht beliebig steigern, wie es heute praktisch der Fall ist. Der andre Pol ist die Produktionsmenge im Weltkriege. Die ist, in Güter des friedlichen Verbrauchs umgesetzt, so phantastisch, daß sie unglaublich ist. Wären diese Güter des friedlichen Verbrauchs erzeugt worden, wären wir in Gütern, und nicht in Geldzeichen einer inflationistischen Politik ausgedrückt, alle reichlich wohlhabend. Bernhard Köhler hat berechnet, daß die Verluste der Krise seit 1929 etwa hundert Milliarden betragen. In Wahrheit sind sie noch höher, weil er nicht mitgerechnet hat, daß in dieser Zeit Produktionsmittel gesteigerter Ergiebigkeit hätten hergestellt werden können und weil er das Arbeitstempo vor der Krise, das auch schon gebremst war, in seine Rechnung eingesetzt hat. Nicht in Ansatz gebracht hat er ferner den Umstand, daß eine große Anzahl der Zigarettenhändler usw. wirklich produktiver hätte beschäftigt werden können. Wir brauchen uns aber nur vorzustellen, daß wir in den Jahren von 1929 bis 1933 etwa sechzig Milliarden hätten mehr verbrauchen können und auch weiter verbrauchen könnten und jetzt dafür in den Genuß der Erzeugung von Produktionsmitteln, für die vierzig Milliarden aufgewendet

worden wären, kämen! Technisch wäre das möglich, aber wirtschaftlich ist dieser schöne Zustand in sein Gegenteil verkehrt worden: die Krise mit sechs Millionen Erwerbslosen und einer Knauserei im Verbrauch, die angesichts der gewaltigen Produktionsanlagen lächerlich ist. Wir haben drei Milliarden Kilowatt elektrischen Strom zuviel. Es ist nicht wirtschaftlich, wenn dann in jedem Haushalt ängstlich Strom gespart wird, sondern unwirtschaftlich.

Der entwicklungsgeschichtliche Sinn des Kapitalismus hat darin gelegen, einen Produktionsapparat von diesem Umfange aufzubauen. Diese Aufgabe hat er auf die einfachste Weise erfüllt. Nämlich in der Weise, daß der Besitzer von Maschinen den Mehrertrag durch die Arbeit dieser Maschinen selbst einsteckte. Er zahlte die Löhne, die „allgemein" gezahlt wurden, und nahm die Preise, die auch „allgemein" gegeben wurden. Dieses Lohnniveau und dieses Preisniveau waren grundsätzlich aus der vorkapitalistischen Wirtschaft übernommen, aus einer Wirtschaft also, die in der Hauptsache von der menschlichen und nicht technischen Arbeitsenergie getragen worden war. Der Besitzer der Maschine hätte seine Preise niedriger ansetzen können und hätte höhere Löhne zahlen können, aber er hatte keinen Grund dazu, das zu tun. Daß er es nicht tat, war weder unsittlich noch unpraktisch.

Es war im Gegenteil sehr praktisch. Denn seine Gewinne legte er an. Teils vergrößerte er selbst seinen Betrieb, durch neue Investitionen, teils lieh er dies Geld anderen, um dies zu tun. Der technische Energievorrat wurde gesteigert. Für die Gesamtentwicklung ergibt sich als abgerundetes Bild:

Die gewonnene technische Leistungsenergie wurde nicht im Verbrauch verzehrt. Für den Verbrauch blieb maßgebend der Versorgungsstand der Zeit, in der die menschliche Arbeitsleistung noch nicht durch die technischen Hilfsmittel so erheblich gesteigert war. Also: der Versorgungsstand blieb gleichnisweise auf der Höhe der Zeit Ludwigs XIV., wo die technischen Energien nur halb so groß waren als die menschlichen Arbeitsenergien. Die Technik schuf zusätzliche Arbeitsenergien. Die kamen nicht dem Verbrauch zugute, sondern wurden benutzt, weitere zusätzliche technische Energien zu schaffen. Die durch die Technik gewonnenen Leistungsenergien also wurden im Zeitalter des Kapitalismus dazu verwandt, neue Leistungsenergien zu schaffen. Das Ergebnis ist der moderne Produktionsapparat. Wie sehr der ganze Kapitalismus darauf ausgerichtet war, die durch die Technik gewonnene Leistungsenergie für die Schaffung weiterer

Leistungsenergien einzusetzen, ersieht man aus der Anleihewirtschaft nach dem Kriege. Die Industrieländer industrialisierten mit ihren Anleihen die Welt. Das war sowohl wirtschaftlich im Rahmen des kapitalistischen Denkens, weil es sonst nicht geschehen wäre, als auch unwirtschaftlich im Rahmen desselben Denkens, wie der Zusammenbruch der Weltwirtschaft zeigt. Zuerst hat Amerika die Auslandsanleihen gegeben, und jetzt bemüht sich Roosevelt, die Kaufkraft des amerikanischen Volkes zu heben. Der Schluß liegt nahe, daß er das nicht zu tun brauchte, wenn die dem Auslande gegebenen Mittel in Gestalt höherer Löhne, niedrigerer Industriepreise und höherer Agrarpreise dem amerikanischen Volke zugeflossen wären.

Selbstverständlich hatten wir 1914 nicht das Lohn- und Preisniveau aus der Zeit Ludwigs XIV. Die Löhne waren höher und die Preise für Industrieerzeugnisse niedriger. Nach jeder Krise sind die Reallöhne gestiegen, und diese höheren Reallöhne konnten die nächste Wirtschaftsblüte bis zur nächsten Krise tragen. Die Produktionsmittelindustrie konnte sich nicht aufbauen, ohne daß die vermehrte Verbrauchsmittelindustrie vermehrten Absatz fand. Die Krisen hatten jedesmal ihren Grund darin, daß der Absatz nicht gleichen Schritt mit der Steigerung der Ergiebigkeit des Produktionsapparates gehalten hatte. Grundsätzlich aber wurde im Kapitalismus der Verbrauch eingeschränkt, um Mittel für den weiteren Ausbau des Produktionsapparates bereitzustellen. Am Anfang des Jahres 1933 standen wir jedenfalls dem Versorgungsstande zur Zeit Ludwigs XIV. näher als dem durch den bestehenden Produktionsapparat ermöglichten. Der Kapitalismus drückte auf die Löhne. Sein Wille dazu war genau so groß wie sein Widerstand gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Und der war heftig! Sein Wille zu hohen Preisen war so stark, wie der Umfang der Kartelle usw. groß ist. Die Hochschätzung des Sparens ist ein weiterer Maßstab für die allgemeine Zeittendenz, den Verbrauch zugunsten der Erweiterung des Produktionsapparates einzuschränken.

In dem Satze, daß der Kapitalismus ein Wirtschaftssystem war, in dem gesteigerte technische Leistungsenergien dazu benutzt wurden, den Produktionsapparat weiter auszubauen und die technischen Leistungsenergien weiter zu steigern, läßt sich dies Wirtschaftssystem in einer Formel ausdrücken. Geradezu symbolhaft für diese Formel ist die Wirtschaftspolitik seit 1924. Da wurden in Deutschland durch die Rationalisierung die technischen Leistungsenergien blind gesteigert, und die Landwirtschaft wurde geopfert, um Ausfuhrmöglichkeiten

für die gesteigerte Industrieerzeugung zu schaffen und mit den Ausfuhrerlösen den Dienst der um der Rationalisierung willen aufgenommenen Auslandsanleihen bestreiten zu können. Hier wurden die volkswirtschaftlichen Belange geopfert, um die technischen Leistungsenergien im alten kapitalistischen Zuge ausbauen zu können.

Die Voraussetzung des ganzen Kapitalismus war, daß angesichts der ungeheuren zu erfüllenden Aufgaben, des Aufbaues des modernen Produktionsapparates, die vorhandenen technischen und auch menschlichen Leistungsenergien knapp waren. Solange der Kapitalismus gesund war, waren alle Produktionsenergien bis aufs äußerste angespannt. Die Absatzmöglichkeit war größer als die Produktionsmöglichkeit. Wenigstens in großen Zügen. Die Krisen sind den Ruhetagen auf dem Vormarsch eines Heeres zu vergleichen, an denen die durcheinandergeratenen Verbände wieder geordnet werden. Hätten die Absatzmöglichkeiten nicht die Erzeugungsmöglichkeiten überwogen, wäre das schnelle Aufblühen der großen Werke, etwa der von Krupp, nicht möglich gewesen. Durch das rapide Wachstum der Werke wurden latente Absatzmöglichkeiten in realen Absatz verwandelt.

Dafür, daß im gesunden Kapitalismus die Absatzmöglichkeiten die Produktionsmöglichkeiten überschritten haben, gibt es einen eindeutigen Beweis. Weder Adam Smith noch Marx haben sich irgendwelche Sorge um die Frage gemacht, ob der Absatz einmal überhaupt nicht da sein werde. Daß es immer einen Markt gibt, auf dem die Kaufwilligen zusammenströmen, ist bei Smith selbstverständlich. Natürlich folgen sie dem billigsten Angebot, aber daß jeder bei billigen Preisen seine Ware los wird, nimmt Smith als sicher an. Marx macht talmudistische Rechenkunststücke, indem er mit der Mehrwertrate und der Profitrate jongliert, aber es fällt ihm nicht ein, nach dem Markt zu fragen und den Leuten, die die Preise bezahlen, die diese Gewinnraten enthalten. Dann die Anleihepolitik der Nachkriegszeit: die Anleihegeber fragten nach dem Stand der Werke und sorgten sich, daß die gegebenen Anleihen auch tatsächlich reell investiert wurden. Daß die sorgsam gemachten Investitionen den Absatz finden würden, aus dessen Erlös der Anleihedienst bestritten werden konnte, war für sie eine ausgemacht sichere Sache. Smith und die Anleihegeber verglichen, obwohl hundertfünfzig Jahre zwischen ihnen lagen, den Stand der Werke und ihre Konkurrenzfähigkeit, aber sie verglichen nie die Absatzmöglichkeit mit der gesteigerten Produktionsmöglichkeit. Smith, Marx und die Anleihegeber bezeich-

nen das kapitalistische Denken, das nur nach dem Grade der Wettbewerbsfähigkeit der Werke untereinander fragt, aber den Absatz der besteingerichteten Werke für selbstverständlich hält. Und die Beschaffenheit dieses Denkens bezeugt den früheren realen Zustand: daß die Absatzmöglichkeiten größer als die Produktionsmöglichkeiten waren. Das gleiche bezeugen die Aussprüche älterer Frauen noch in der Krise, die früher gesehen hatten, daß jeder, der Arbeit ernstlich suche, sie auch fände, und die deshalb den Grund der Erwerbslosigkeit in allgemeiner Faulheit der Menschen sahen. Nicht die Menschen, sondern das System war faul.

Das Kapital war praktisch nichts anderes als der Überschuß der Erzeugung in der Wirtschaftsperiode, in der es gebildet war, über den Verbrauch. Bei der einfachsten Art der Kapitalbildung, der durch das Sparen, ist das deutlich sichtbar geworden. Das Sparkapital ist Überschuß des Einkommens über den Verbrauch. Die großen Gewinne waren der Überschuß der Einkommen über die Betriebskosten: die betreffenden Unternehmungen hätten um so viel billiger liefern können, als die Gewinne ausmachten. Oder sie hätten die Löhne um den Gewinnbetrag erhöhen können. Mit Absicht ist der neutrale Ausdruck „hätten" gewählt. Es soll nicht behauptet werden, daß das besser gewesen wäre.

Das gebildete Kapital wurde investiert. Man sieht deutlich, daß der Überschuß der Erzeugung in einer Wirtschaftsperiode über den Verbrauch, das gebildete Kapital, dienstbar gemacht wurde dem weiteren Ausbau des Produktionsapparates, auf den es ankam.

Der Kapitalismus war ein System automatischer Verbrauchseinteilung mit dem Ziel, Verbrauchsgüter frei zu machen für Leute, die selbst keine Verbrauchsgüter, sondern Produktionsgüter herstellten. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen war der Kapitalismus sogar eine ganz großartige Sache. Wir haben das alle im Gefühl, und das kommt zum Ausdruck, wenn z. B. die Namen Krupp und Kirdorf mit Hochachtung genannt werden. Es liegt etwas Großes darin, daß Verbrauchsgüter abgegeben wurden an die Hersteller von Produktionsmitteln. Die Leute rissen sich sogar darum, das zu tun. Mit welcher Wollust ist gespart worden! Mit welcher Intensivität war der Sparer bei der kapitalistischen Wirtschaft mit dabei, in der der Verbrauch niedrig gehalten wurde, um die, die Produktionsgüter herstellten, auch mit Verbrauchsgütern und Lebensmitteln zu versorgen.

Von der Aufgabe des Kapitalismus, den Produktionsapparat auf-

zubauen, um eine durch den Fortschritt der Technik ermöglichte Leistungssteigerung zu einer weiteren Leistungssteigerung auszunutzen, leiten sich alle Einrichtungen dieses Systems ab. Einer dieser abgeleiteten Züge ist gerade dargestellt: die Senkung des Verbrauches, um die, die die Produktionsmittel herstellten, zu versorgen.

Ebenso folgte das Geld- und Kreditwesen aus dieser Aufgabe des Kapitalismus. Es ist durchaus falsch, das kapitalistische Geld- und Kreditwesen losgelöst von dieser Aufgabe des Kapitalismus, die ihm doch erst den Sinn gegeben hat, zu betrachten. Nicht die Wirtschaft ist für das Geld- und Kreditwesen da — was dabei herauskommt, haben wir am 13. Juli 1932 erlebt —, sondern das Geld- und Kreditwesen ist für die Wirtschaft da, und die Wirtschaft ist abhängig vom jeweiligen Stande der Technik. Eine Wirtschaft mit einer im Zustand systematischer Entwicklung befindlichen Technik ist etwas anderes als eine Wirtschaft mit stagnierender Technik. Darauf beruht der Unterschied zwischen der kapitalistischen gegenüber der vorkapitalistischen Wirtschaft. Und eine Wirtschaft mit ausgebildeter Technik, die den Überfluß der Güterversorgung ermöglicht, ist etwas anderes als eine Wirtschaft, die den Produktionsapparat von unten aufbauen muß. Das ist der Unterschied der Wirtschaft des deutschen Sozialismus vom Kapitalismus. Das Geld- und Kreditwesen ist nicht selbständig, sondern abhängig vom Charakter der Wirtschaft.

Im Kapitalismus war Geld und Kapital scharf geschieden, und zwar durch das Reichsbankgesetz. Das Geld wurde durch die Reichsbank dem Verkehr übergeben, indem sie Wechsel ankaufte. Ein Wechsel bezeugt die Erzeugung und die Sicherheit des Absatzes eines Gutes. Das Geld also wurde in den Verkehr gebracht, um das erzeugte Gut zum sicheren Absatz zu tragen. Kapital aber wurde nicht in den Verkehr gebracht von einer amtlichen Stelle, sondern die Wirtschaft sollte es selber bilden.

Das war auch vollkommen richtig so. Da Kapital Ausdruck gesteigerten Leistungsvermögens der Wirtschaft war, konnte keine amtliche Stelle dekretieren, daß die Leistungsenergie sich gesteigert hätte, sondern die Wirtschaft mußte selbst beweisen, daß das der Fall war. Die Reichsbank gab kein Geld mit Kapitalcharakter heraus, also kein Geld für Finanzierungen. Darin, daß sie nur Geld für den Güterumschlag schöpfte, liegt die Scheidung zwischen Geld und Kapital. Ganz anders wird die Sache, wenn der Staat tatsächlich das Leistungsvermögen der Wirtschaft steigern kann und wenn er das

sogar muß, weil die Wirtschaft das aus eigenen Kräften nicht mehr kann. Dann schafft eben nicht mehr Kapital Arbeit, sondern Arbeit schafft Kapital.

Was heißt überhaupt „Kapital schafft Arbeit"? Das Kapital hat im strengen Sinne des Wortes nie Arbeit geschaffen, wie es jetzt die nationalsozialistische Politik tut. Es war doch wahrhaftig nicht so, daß zu dem Zwecke, Arbeiter zu beschäftigen, investiert wurde. Das Kapital wurde angelegt, damit eine Rente erzielt wurde. Die Rente war nur möglich, wenn die durch die Neuinvestierungen ermöglichte Mehrproduktion ihren Absatz fand. Also wenn der Produktionsapparat weiter ausgebaut werden konnte. Also solange die Absatzfähigkeit die Produktionskapazität überschritt: solange die Leistungsenergien knapp waren. Im Zeitalter des gesunden Kapitalismus war das der Fall. Da mußte unter den auszuführenden Aufgaben die ausgeführt werden, die am dringlichsten war. Der Erfüllung dieser ausgewählten Aufgabe wurden die an sich knappen Leistungsenergien zugelenkt. Das Kapital schuf keine Arbeit, sondern wählte die dringlichsten Aufgaben für die Arbeit aus. Für diese Auswahl hatte das Kapital einen automatischen Maßstab: die Rente. Am dringlichsten waren die Aufgaben, die die höchsten Renten versprachen.

Die Maschine lief, die Maschine lief schneller, die Speichen des Schwungrades versanken im Lichtkranz der rasenden Drehung: und der Kapitalismus konnte das Tempo dieser technischen Entwicklung nicht einhalten. Die Leistungsenergien wurden zu groß, als daß sie in kapitalistischer Weise bewirtschaftet werden konnten. Die Technik hob die Leistungsenergien aus dem Zustande der Knappheit gegenüber den Absatzmöglichkeiten heraus. Das kapitalistische System, das die gesteigerten Leistungsenergien für die weitere Steigerung ausnutzte, brach zusammen. Der Absatz war nicht mehr selbstverständlich, weil die Erzeugung zu groß für die kapitalistische Mangelwirtschaft geworden war. Den Produktionsapparat aufzubauen, war zweckvoll gewesen für das Volk. Die Wirtschaftsmethoden beizubehalten, mit denen er aufgebaut worden war, war zwecklos geworden, nachdem er errichtet war. Die Entwicklung der Technik hat den Kapitalismus sinnlos gemacht. In den Jahren nach dem Kriege hat er diese Sinnlosigkeit vorexerziert. Alles, was aus kapitalistischem Denken gemacht wurde, war falsch. Die Summe dieser falschen Handlungen ist die Krise. Der weitere Ausbau des Produktionsapparates in einer Zeit, die die beste Ausnutzung des vor-

handenen Produktionsapparates erforderte, gleicht dem Weiterrollen eines Eisenbahnzuges, der das Schienenende überfahren hat und in das Bahnhofsgebäude hineinläuft.

Die Krise hat offenbart, daß der Kapitalismus sinnlos geworden ist. Ungeheure Erzeugungsmöglichkeiten sind da. Neben der Maschine, die stillsteht, steht der hungernde und frierende Arbeitslose. Die Tatsache, daß die Produktionsmöglichkeiten wegen der technischen Entwicklung nicht mehr knapp sind, kann nicht deutlicher und eindringlicher dokumentiert werden, als die Krise das getan hat. Die Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt bezeugt die Sinnlosigkeit des Kapitalismus vor dem Volke. Und vor dem Kapitalismus selbst wird seine Sinnlosigkeit bezeugt durch die Unsicherheit der Rente. Sie ist nicht mehr das Prinzip der Auswahl der dringlichsten Aufgaben, die aus einem an sich knappen Energievorrat auszuführen sind. Der Produktionsapparat kann mit kapitalistischen Methoden nicht mehr aufgestockt werden, so daß die Rente durch eine weitere Steigerung der Ergiebigkeit der Wirtschaft gesichert wäre. Die Welt ist arm geworden, weil sie ihren übergroßen Reichtum nicht zu nutzen versteht.

*

Die Technik ist es also gewesen, die durch ihre Entwicklung den Kapitalismus gesprengt hat. Nach der kausalmechanischen Betrachtungsweise „mußte" das geschehen, weil es geschehen ist. Der Ablauf der Entwicklung wird zum Grund der Entwicklung. Diese Betrachtungsweise aber besagt für uns nicht das, was wir wissen wollen. Wir wollen wissen, wohin die Entwicklung in der Zukunft weiterläuft. Wir können uns also nicht nur mitten auf den Weg stellen und die zurückgelegte Strecke überschauen, der Zukunft den Rücken kehrend. Wir müssen an die Seite des Weges treten, daß die Stirn parallel zu ihm steht, um auch die in die Zukunft führende Wegstrecke im Gesichtsfeld zu haben.

Es fragt sich also nicht nur, wie haben sich Technik und Kapitalismus zueinander verhalten, sondern wie haben sich beide zum Volke verhalten?

Diese Frage ist wiederum nicht tief genug aufgefaßt, wenn sie nur eine Antwort darauf gäbe, ob sich das Volk im Kapitalismus und seiner Technik wohl gefühlt hat. Es hat sich wohl gefühlt in seiner Arbeit und Pflichterfüllung. Aber sein Glücksideal war bescheiden. Es fehlte im Kapitalismus dem Volke die Beziehung zum Unmittel-

baren und Lebendigen in seinem Inneren. Die Beziehung zum Schöpfertum fehlte ihm. Was ist aus der Kultur im Kapitalismus geworden? Wie grauenhaft flach war das Leben vor 1914. Der Mensch ward geboren, lernte, nahm ein Weib, tat seine Pflicht, zeugte Kinder, starb und wurde feierlich begraben. Das Volk war so intensiv mit dem Aufbau des Produktionsapparates beschäftigt, daß ihm kein Raum für weiteres Schöpfertum blieb.

Aus dem Fehlen einer lebendigen Beziehung des Volkes zum Schöpfertum erklärt sich auch, wie das Volk die Regierungen vor 1914 und nach 1918 ertragen konnte. Die Menschen gingen in ihrer wirtschaftlichen Betätigung derart auf, daß sie schwunglos wurden und deshalb mit schwunglosen Regierungen zufrieden waren.

Die Frage lautet also, wie Kapitalismus und Technik sich zum Schöpfertum im Volke verhalten haben, und wo die lebendigen Akzente in dieser Zeit gelegen haben. Dann zeigt die Entwicklung in der Vergangenheit die Richtung, in der das Schöpfertum im Volke sich bewegt hat und sich, vorläufig wenigstens, weiterbewegen wird. Die Politik hat dadurch einen Hinweis, in welcher Richtung auch sie vorgehen muß. Die Bolschewisten machen Analysen der „Lage“. Nach ihrem Schema F beurteilen sie den Sachbestand, indem sie ihn in geometrische Figuren zwängen. Die nationalsozialistische Politik fragt, was hinter dem Sachbestand steht; sie analysiert nicht die Bewegung der Marionetten, sondern das Stück, in dem sie gespielt werden. Der erfaßte Sinn des Stückes ergibt den Hinweis darauf, wie die Marionetten sich bewegen werden.

Die Verbundenheit des Nationalsozialismus mit dem Volke besteht nicht darin, daß er sentimental ist, etwa in der Art des Weimarer Wohlfahrtsstaates. Ob eine Regierung mit dem Volke verbunden ist oder nicht, hat nichts mit der Staatsform zu tun. Nur das Verhalten der Regierung gegenüber dem Volke entscheidet. Eine Wohlfahrtsregierung ist eine Regierung des sentimentalen Absolutismus. Die Weimarer Systemregierung war verwässerter Absolutismus. Denn sie fühlte sich dem Volke gegenübergestellt, sie fühlte sich eben dem Volke nicht verbunden, und deshalb wollte sie das Volk beschwichtigen wie ein römischer Cäsar mit Brot und Spielen. Diese Regierungen wollten das Volk bestechen, damit es sie bestehen ließ.

Die Verbundenheit des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Regierung mit dem Volke ist die Verbundenheit im Schöpferischen. Sie steht nicht im Dienste dessen, was für das Volk

bequem ist. Bequem und angenehm ist alles, was stagniert und keinem wehe tut. Dafür steht sie im Dienste dessen, zu dem das Volk getrieben wird von seinem Schöpfertum. Daraus ergibt sich eine Verbundenheit zwischen Volk und Regierung durch das, was Platon den Eros nennt. Mit andern Worten: die nationalsozialistische Regierung tut alles, was die Rasse will und deshalb muß sie sich an das, was die Rasse will, halten. Und das, was die Rasse will, ist wiederum jetzt deutlich sichtbar im Verhalten des Rassegeistes zu Wirtschaft und Technik. Die Hintergründe der bisherigen Entwicklung machen dies Verhalten sichtbar.

Die Technik konnte den Kapitalismus sprengen, weil die Technik stärker war als der Kapitalismus. Das Empfinden des Volkes, der Geist der Rasse, hat die Akzente der Lebendigkeit auf die Technik und nicht auf die Wirtschaft gelegt. Diese Setzung des Akzentes löste die Entwicklung aus, in deren Ablauf die Technik die Wirtschaft sprengen konnte.

Daß der Akzent auf der Technik liegt, sei durch Beispiele erhellt. Bei einem sehr großen Prozentsatz der Autobesitzer ist das Auto nicht wirtschaftlich. Angesichts des Umfanges der öffentlichen Verkehrsanlagen sind die Dienste, die das Auto leistet, im Verhältnis zum Einkommen des Besitzers viel zu teuer bezahlt. Besonders häufig sind „unwirtschaftliche" Ankäufe der Motorräder. Das Auto ist ein technisches Erzeugnis. Wirtschaftlich ist das Auto nur dort, wo die Dienstleistung, eine Wegstrecke zurückzulegen, die für diese Leistung aufgewandten Kosten rechtfertigt. Aber in der Mehrzahl der Fälle ist der Zweck des Autos nicht, eine Wegstrecke zurückzulegen, sondern mit ihm zu fahren. Die Freude am technischen Mittel Auto überwiegt den Zweck, notwendige Wege hinter sich zu bringen, bei weitem.

Auch das Flugzeug ist ein Verkehrsmittel. Ist es nur ein Verkehrsmittel? Auf die Jugend übt das Flugzeug noch immer eine magische Anziehungskraft aus. Ein Verkehrsmittel kann das nicht, aber das technische Gebilde Flugzeug tut es. Flugzeug und Auto werden einmal Verkehrsmittel werden, wie es die Eisenbahn für einen Geschäftsreisenden ist. Die Eisenbahnfahrten sind für den Geschäftsreisenden eine Arbeit und ein notwendiges Übel. Jetzt sind Auto und Flugzeug Triumph des Menschen über die Entfernungen, sie sind Triumphe der Technik. Auto und Flugzeug sind Spender von Erleben, des Erlebnisses der Technik.

Dieses Erlebnis der Technik ist beim Volke so stark, daß es jeden

als spießig verhöhnen würde, der wirtschaftliche Berechnungen gegen den Kauf von Autos oder von Flugzeugen anführen wollte. Dies Urteil des Volkes ist maßgebend. Es ist wundervoll, daß die Jugend so lebendig ist, sich zum Flugzeug zu drängen. Es ist wundervoll, daß Autos in Mengen gekauft werden. Jeder „unwirtschaftliche" Kauf eines Motorrades ist ein Flintenschuß gegen den Kapitalismus und das Spießertum, das nur rechnen kann. Das Volk will Technik.

Wieviel Freude an der Technik wird nicht auch in der freien Initiative gesteckt haben? Der Unternehmerwagemut leitet sich ab aus der Lust an der Technik! Nämlich der eigentliche Unternehmerwagemut! Ob neue Maschinen eingestellt werden, ist etwas ganz anderes, als ob früher Karawanen ausgerüstet wurden. Das erste war Freude an der Technik, der Sproß aus der zweiten Wurzel ist die Spekulation geworden. Den alten Krupp kann man nicht vergleichen mit einem Handelsherrn, der Schiffe ausrüstet, um Pfeffer aus Indien zu holen. Bei Krupp war nicht der Gewinn der Antrieb, sondern die Fabrik. Die Großbanken, wie sie durch die Juden geworden waren, sind die Nachfahren des spekulativen Kaufmannstums. Von diesem spekulativen Wagemut aber ist der Unternehmerwagemut zu scheiden, dessen Wurzel in der Freude an der Technik lag.

Die Rationalisierung der Jahre 1924/29 war zum Teil auch eine Freude an der Technik, die stärker war als die wirtschaftlichen Überlegungen. Der Wille zur Technik, der befriedigt werden wollte, machte sich die wirtschaftlichen Begründungen für die Rationalisierung zurecht. Der wirtschaftliche Fehlschlag der Rationalisierung ist, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, eine besondere Variation zum Thema der Sprengung des Kapitalismus durch die Technik. Die Rationalisierung ist eine Mischung des echten Unternehmergeistes mit der Spekulation gewesen.

Der Kauf des Motorrades durch einen jungen Arbeiter, der sich diesen Kauf eigentlich nicht leisten kann, ist Sinnbild für den gesamten Kapitalismus. Das Volk arbeitete an der Anschaffung eines Produktionsapparates, wobei es wirtschaftlich ebenso beengt war, wie der Etat des Arbeiters nach dem Kauf des Motorrades überlastet ist.

Die Technik hat den Kapitalismus vorwärtsgezogen. Die Freude an der Technik war der Motor dieser Wirtschaft. Nach den Erfindungen auf dem Textilgebiet und auf dem Gebiet der Eisenbehandlung kamen jedesmal die großen Investitionsperioden. Die Eisen-

bahn hat allein durch ihren Bau einen mächtigen Antrieb zum Wirtschaftsaufschwung erzeugt. Die Freude an der Technik hat den Unternehmer zu mehr gemacht, als der nur rechnende Kapitalist war. Daher rührt der Unterschied, den das Volk zwischen diesem Unternehmer und einem Finanzkapitalisten empfindungsmäßig macht. Für den Finanzkapitalisten ist die Technik, die er durch sein Geld ermöglicht, nur Gewinnquelle, für den echten Unternehmer ist sie Spiel. Der Finanzkapitalist ist eine kalte Rechenmaschine, der Unternehmer ist ein Mann, weil ein Kind in ihm spielen will.

Über dieser Freude an der Technik lag das Glück, weil sie im Dienst der Aufgabe der Zeit stand. Da die Absatzmöglichkeiten prinzipiell die Produktionsmöglichkeiten überstiegen, fand die mit der technisch verbesserten Maschine hergestellte Mehrerzeugung ihren Absatz.

Der Geist der Rasse wollte Technik und den Aufbau des technischen Produktionsapparates, und die Unternehmer, die sich von der Freude an der Technik treiben ließen, folgten dem Geist der Rasse und damit dem Geist der Zeit. Glück hat der, der im Stil seiner Zeit handelt. Es ist die gleiche überpersönliche Gewalt, die in alle Werke aller Kunstgattungen die gleichen Stilelemente und in alle stilechten Handlungen das glückhafte Gelingen gießt. Nur die Kunstwerke werden anerkannt, in denen diese Stilelemente enthalten sind, und der glückhafte Ausgang einer Handlung ist das Zeugnis ihrer Stilhaftigkeit.

Diese Freude an der Technik hat dem Kapitalismus einst seine glückhafte Dynamik gegeben. Der Kapitalismus war gerade nicht wirtschaftlich im strengen Sinne des Wortes. Wirtschaftlichkeit bedeutet strenge Rechnung und einen genauen Vergleich der Kosten mit den Einnahmen. Das Risiko, das der Unternehmer tragen soll und getragen hat, springt aus dem Rahmen dieser strengen Rechnung heraus. Es ist nicht Rechnung, sondern Dynamik. Der Mensch wird von innen heraus dazu getrieben, Risiken zu übernehmen. Und die Gewinngier kann diese treibende Kraft nicht ursprünglich gewesen sein. Gegenüber Männern wie dem alten Krupp und dem alten Kirdorf haben wir auch gar nicht den Eindruck, daß sie vom Verlangen nach Gewinn getrieben worden wären. Es ist eine Betrachtung aus der Froschperspektive, nach der der Unternehmer ausschließlich vom Gewinnverlangen angetrieben worden sein soll. Die Professoren, die sich das ausgedacht haben, mögen selber sehr gern sehr gut verdient haben, aber sie wußten nicht, was Technik war.

Ihre Darstellung des Unternehmertums ist auch aus Neid, der allerdings sublimiert worden ist, geboren worden.

Die Gewinngier kann deshalb nicht die zum Risiko treibende Kraft gewesen sein, weil sie viel zu oberflächlich, individuell, viel zu wenig überpersönlich ist, um glückhaft zu sein. Gewinngierig sind Räuber, die letzten Endes immer feige sind. Es ist ein Unterschied, ob Räuber Sizilien erobern oder ob Normannen das tun. In diesen war die Raublust nicht das Primäre, sondern die Freude an der Ferne und an der Eroberung. Die Raublust ist individuell, die Fernesehnsucht ist Eigentümlichkeit der Rasse. Gewinngier kann, weil sie nur individuell ist, nicht stilbildend, also auch nicht glückhaft sein. Daß der Unternehmer zu Risiken willig war, kam aus seiner Lust an der Technik, die Wille der Rasse zur Technik war.

Es war der Wille einer Herrenrasse, die die Naturkräfte sich dienstbar machen wollte. In der Technik hat seit ihrem Aufkommen die Fernesehnsucht der nordischen Rasse ihren Niederschlag gefunden. Der Weg vom Hammer zum Schmiedeeisen geht direkt vom Menschen zum bearbeiteten Material. Der Weg vom Menschen an der Gesenkschmiede zum Material geht über die Gesenkschmiede. Es ist etwas ganz anderes, ob mit dem Hammer direkt auf das Eisen geschlagen wird, oder ob mit dem Druck des Fußes der Hammer der Gesenkschmiede in Bewegung gesetzt wird und dann auf das Eisen fällt. Nichts hat dem Menschen in weiterer Ferne gelegen als die Naturkräfte. Sie haben bis ans Ende des Mittelalters im Banne eines Tabu gelegen, das der Mensch nicht durchbrechen durfte. Er durfte den Göttern nicht auf die Finger sehen. Nordische Kinder tun am liebsten das, was ihnen verboten ist, weil es das Abseitigste unter allem ist, was sie tun können. Das Verbot stellt die Tat in die Ferne, und weil die verbotene Tat in der Ferne steht, wird sie gerade begangen. Das kann hier alles nur in wenigen Skizzenstrichen angedeutet werden. Die genaue Darstellung würde sich zu einer Darstellung des Überganges vom Mittelalter zur Neuzeit ausbuchten.

So mag auch die Frage nach der Herkunft der Klassenunterschiede nur andeutungsweise beantwortet werden. Sie haben selbstverständlich auch ihren Grund in der ständischen Verfassung des Mittelalters. Doch damit ist die andere Frage, weshalb sie fortlebten, obwohl so vieles aus dem Mittelalter verdorrt ist, nicht beantwortet. In der Französischen Revolution erwartete man Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und wollte die Aufhebung der Klassenunterschiede.

Dem Denken von der Rasse her erscheint folgendes als Grund der Klassenunterschiede:

Im Willen zur Technik lag die Fernesehnsucht und der Wille zur Herrschaft der nordischen Rasse. Diejenigen, die Technik benutzen konnten, die aus Lust an der Technik Risiken übernehmen konnten, übten den Willen der Rasse zur Technik aus. Das Herrentum der Rasse, die die Naturkräfte beherrschte, prägte sich in ihnen aus und ließ sie im Herrentum stehen und als Herrenschicht erscheinen. Weil dieses Herrentum der Rasse sich in den Unternehmern ausdrückte, war auch die Verschmelzung mit den aus dem Mittelalter überkommenen Herrenschichten möglich. Der Unternehmer war eben mehr als ein „Bürger", weil in seiner Freude an der Technik und der daraus folgenden Lust am Risiko das Herrentum der Rasse sprach. Aus sachlichen Gründen war es nicht möglich, daß alle rassisch echten Volksgenossen Technik einsetzten und damit Herrentum beweisen konnten. Die Technik spaltete das deutsche Volk scheinbar in zwei verschiedene Rassen. Sie ermöglichte dem einen, rassisches Herrentum zu beweisen, aber dem anderen war diese Möglichkeit nicht gegeben. Der Klassenunterschied war deshalb durch die Technik bedingt, weil die Unterschiede in der Verfügung über die Technik ein Rassenunterschied zu sein schien: als ob der Arbeiter deshalb, weil er die Maschine bediente, einer Rasse angehöre, die keine Lust an der Technik habe und in der der Wille zur Herrschaft über die Naturkräfte nicht spräche, also der Herrenrasse nicht angehöre. Das Problem der Maschine ist ein rassisches Scheinproblem.

Diese Ausführungen sind alles andere als Phantasterei. Aus ihnen folgt unmittelbar:

Erstens das Bekenntnis des deutschen Volkes zum Nationalsozialismus und zum Rassegedanken. Das deutsche Volk hat den Rassegedanken so intensiv aufgegriffen, um zu betonen, daß es keine zwei verschiedenen Rassen im deutschen Volke gebe. Im Rassegedanken stellt es die tatsächliche Einheit der Rasse entgegen dem rassischen Scheinproblem der Maschine und dem durch die Technik verursachten Anschein, als ob die Herrschaft über die Maschine auf der einen und der Dienst an der Maschine auf der anderen Seite durch rassische Verschiedenheit bedingt sei. Klassengegensätze sind einzig und allein in Rassengegensätzen fundiert. Da die Klassengegensätze in Deutschland und bei den nordischen Völkern nur auf scheinbaren Rassengegensätzen beruhen, müssen sie verschwinden.

Zweitens weil der Unternehmer vom Willen der Rasse zur Technik getrieben worden ist, ist er nicht gemein. Gemein wäre er, wenn sein Handeln nur von bloßer Gewinngier diktiert worden wäre. Seine Lust an der Technik war überpersönliche rassische Lebendigkeit. Er hat seine Herrenstellung dem Volke nicht abgegaunert, sondern im Dienste des Geistes der Rasse gestanden. Der Klassengegensatz zwischen ihm und dem Arbeiter wie dem Volke war ein Mißverständnis, weil die Maschine nur ein rassisches Scheinproblem war. Nach Mißverständnissen ist eine Versöhnung möglich, die es nach Gemeinheiten nicht gibt. Der Unternehmer hat zum Volke gehört und gehört zum Volke, weil er von dem im Volke lebendigen rassischen Willen auch beseelt ist.

Drittens: da der Geist der Rasse, der zur Technik getrieben hat, nicht nur in den Unternehmern, sondern im ganzen Volke lebendig ist, spricht er auch nicht nur im Unternehmer, sondern im ganzen Volke. Das Volk will teilhaben am Einsatz der Technik.

Wie das geschieht, hat der Weltkrieg gezeigt. Ein ganz neuer Soldatentyp ist hier erwachsen: der technische Soldat, der Herr über den Sprengstoff und die zur Präzisionsmaschine gewordene Waffe. Der Frontsoldat war Herr über die Technik, das Frontheer kämpfte mit der Technik gegen die Technik des Gegners. Das Volk als Frontheer setzt hier Technik ein. Der Unterschied zwischen dieser Art des Einsatzes der Technik und jener Art, die der Unternehmer ausübte, ist gewaltig. Die Ausübung der Herrschaft über die Technik durch das Volk als Frontheer lag auf einer ganz anderen Ebene als der Einsatz der Technik durch den Einzelnen, den Unternehmer. Das ist auch der Unterschied zwischen deutschem Sozialismus und Kapitalismus. Allerdings ist dadurch nur der Grad des Unterschiedes bezeichnet, die Entfernung beider Wirtschaftsarten voneinander. Der Unterschied der Form kann nicht angegeben werden, weil es die fertige Form der Wirtschaft des deutschen Sozialismus noch nicht gibt. Doch der Weltkrieg hat bewiesen, daß das Leben in einer Wirtschaft, in der das Volk die Technik einsetzt, großartig, männlich und gefährlich frei und wild sein wird. Denn das Volk kann die Herrschaft über die Naturkräfte nur dann ausüben, wenn es die gleiche innere Dynamik und die ihr Spielraum gebende seelische Größe hat wie die Technik selbst. Der deutsche Frontsoldat war der Mann aus dem Volke, das die der Größe der Technik entsprechende seelische Größe erreicht hatte. Das Herrentum des Volkes muß groß sein, damit es Herr über die Technik sein kann.

Selbstverständlich ist diese Herrschaft nur geistig. Eine materielle

Herrschaft über die Technik gibt es nicht, etwa durch den Besitz juristischer Rechte über die Produktionsmittel. Als im Kapitalismus der Unternehmerwagemut dahinschwand, verschwammen die juristischen Besitztitel derart, daß niemand wußte, wem die Werke gehörten, obwohl das Bürgerliche Gesetzbuch in keiner Weise abgeändert worden war. Dem gehört die Technik, dem sie letzten Endes dient, und nur dem dient sie, der die innere Größe hat, daß sie ihm dient. Die Art, wie sich die innere Dynamik und seelische Größe der Völker zur Technik verhält, entscheidet die Zukunft wesentlich. Hier liegt auch der Boden des Unterschiedes zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus. Im Bolschewismus ist die Technik größer als das Volk. Es soll hier nicht entschieden werden, ob sie nur deshalb größer ist als das russische Volk, weil das russische Volk niedergehalten wird. Jedenfalls ist sie in Sowjetrußland der Gott, dem genau wie dem Moloch der Semiten das Volk geopfert wird.

Wie der Nationalsozialismus zur Technik steht, lehrt in den Grundzügen der Straßenbau. Der Straßenbau ist ja viel mehr als die Anlage von Verkehrswegen. Er ist um ebenso viel mehr, als das Auto mehr ist als ein Verkehrsmittel. Die fertigen Straßen werden ein Denkmal der Technik und des nationalsozialistischen Reiches sein, wie es ein Kriegsschiff ist oder die Ballung der technischen Mittel vor der großen Offensive. Sie sind genau so Denkmal unseres technischen Geistes, wie die Dome im Mittelalter, die Pyramiden in Ägypten, die Akropolis in Athen Denkmäler des in den Zeiten ihrer Errichtung herrschenden Geistes gewesen sind. Der Straßenbau ist um so viel mehr als nur wirtschaftlich, als der Führer, dessen instinktsichere Gedanken ihn befohlen haben, mehr ist als ein Wirtschaftler. Er ist deshalb nicht wirtschaftlich im rechnerischen Sinne des Wortes, weil er schöpferisch ist. Der Straßenbau ist Einsatz der Technik durch das Volk. Damit wirkt sich hier die schöpferische Dynamik aus, die die neue Wirtschaft schafft. Die Athener haben aus dem Anblick der Akropolis Selbstbewußtsein, Stolz und Kraft gesogen. Das ist mehr als ein wirtschaftlicher Effekt. Der Wille der Rasse zur Technik spricht im Straßenbau, und die wirtschaftsbelebende und wirtschaftsgestaltende Auswirkung des Straßenbaus ist nur die Folge davon, daß der Geist der Rasse im Straßenbau sich ausdrückt und sich ein Denkmal schafft. Weil hier eine seelische Dynamik sich auswirkt, kann der Straßenbau überhaupt sachliche belebende Wirkungen ausüben. Diese sachlichen Wirkungen sind nichts anderes als die Fort-

pflanzung des Wellenschlages der seelischen Dynamik, die den Straßenbau befohlen hat.

Es hätte ja auch umgekehrt kommen können. In einem Volke anderer Rasse hätte das Schwergewicht des seelischen Empfindens nicht auf dem Worte: „Deutsche Arbeiter, fanget an“ liegen können, sondern darauf, daß der Straßenbau jenseits des überkommenen Wirtschaftssystems steht. Dann wäre im Straßenbau die Störung der überkommenen Wirtschaft empfunden worden. Und dann hätte er sie gestört und nicht genützt, sondern geschadet.

Man kann selbstverständlich sagen, daß der Kapitalismus sich zu stark blamiert habe, als daß der Durchbruch durch das kapitalistische System als „Störung der Wirtschaft“ hätte empfunden werden können. Aber das ist allzu oberflächlich. Denn weshalb hat der Kapitalismus sich blamiert?

Solange er der Freude an der Technik nachgab, war er gesund; also solange er nicht streng rechnete, sondern wagte, solange der lebendige Mensch durch seinen Willen, sein Wagnis usw. die Gleichung glatt machte. Der Erfolg war gleich dem Kostenaufwand plus dem Einsatz. Da konnte der Erfolg größer sein als der Kostenaufwand.

Der Spielraum dieses Erfolges war, materiell gesehen, die Tatsache, daß die Absatzmöglichkeiten die Produktionsmöglichkeiten überschritten haben. Dieser Satz gewinnt hier eine neue, tiefere Bedeutung.

Daß der Kapitalismus den ungeheuren Güterhunger des Volkes nicht in Absatz verwandeln konnte, war durch den Verlust seiner Dynamik verursacht. Und der Grund dafür lag nicht im Kapitalismus, sondern in der Rasse des Volkes.

Der kapitalistische Unternehmer war einmal ein hervorragender Typus im deutschen Volke. Solange er dynamisch sein konnte, war er Organ der rassischen Dynamik. Der Typus des Frontsoldaten hat den Typus des Unternehmers weit überwachsen. Das Hervorsprießen der Riesengröße des Soldaten gegenüber dem Unternehmer ist Ausdruck der vom Geist der Rasse vorgenommenen Akzentverlagerung. Im selben Augenblick, als der Soldat groß wurde, wurde der Unternehmer klein. Das Schiebertum im Kriege wurde so allgemein, daß auch der anständige Unternehmer, sagen wir, naß wurde und anrostete. Er konnte so ehrlich geblieben sein, wie er wollte, in den Augen des Volkes war sein Ruf beeinträchtigt durch die Nähe des Schiebertums. Der Nationalsozialismus hat dem Unternehmer seine Ehre wiedergegeben. Aber indem er das getan hat, hat er den Unternehmertypus gewandelt. Der nationalsozialistische Unternehmer ist

ein ganz anderer Typ, als es der alte Unternehmer war: er paßt sich dem Typus des Soldaten an. Er ist Führer der Gefolgschaft. Beim alten Unternehmer hat der Schwerpunkt seiner Würde in seinem Unternehmertum gelegen, im Wagnis und der Freude an der Technik. Der Gradmesser dieser Würde war der Erfolg so sehr, daß am Ende des Kapitalismus nicht einmal mehr genau nachgesehen wurde, ob dieser Erfolg auch mit Würde erzielt worden war. Der Schwerpunkt der Würde des nationalsozialistischen Unternehmers liegt in seinem Betriebsführertum. Der Führergedanke ist aber ein soldatischer Gedanke, und Führerehre ist soldatische Ehre. Die neue Würde des Unternehmers ist abgeleitet vom Frontsoldaten.

Der Kapitalismus ist nach dem überkommenen Schema F weitergelaufen, als die sachlichen Bedingungen seines Systems nicht mehr da waren und die Absatzmöglichkeiten die Produktionsmöglichkeiten nicht mehr in alter Weise überschritten, weil der Geist der Rasse sich einen neuen Ausdruck sucht. Um sich selbst geradlinig zu entfalten, hat die Rasse das überkommene System überrannt. Es wurde falsch und unter einen schlechten Stern gestellt, weil der Geist der Rasse ihm seine Energie entzog. Der Geist der Rasse wollte Technik. Was der Geist der Rasse will, muß Besitz des Volkes werden. Der Geist der Rasse setzte zuerst durch den Unternehmer Technik ein und schritt fort zum Willen des ganzen Volkes, sich die Technik dienstbar zu machen. Der Kapitalismus wurde ungeeignet, weil er diesem Einsatz der Technik durch das Volk entgegenstand.

Das Sachliche ist immer vom Rassisch-Geistigen bestimmt. Die vielfältigen Schranken, die den echt und gesund gebliebenen Unternehmer schon in den Jahren vor dem Kriege zu hemmen begonnen hatten, waren Abgründe zwischen dem Kapitalismus und dem Neuen, das der Geist der Rasse wollte.

Der Kapitalismus als Ganzes war statisch geworden. Er verlor sein Schöpfertum, weil er nur „wirtschaftlich“ rechnete. An die Stelle des Unternehmerwagemutes trat die Sicherung des Kapitals. Der innere Verfall der Unternehmerdynamik ist gekennzeichnet durch das Übergewicht der Banken. Die Banken nahmen im selben Umfange an Macht zu, wie das Unternehmertum an innerer Dynamik verlor. Die echten großen Unternehmer haben immer eine instinkthafte Abneigung gegenüber den Banken empfunden. Wie die alte Unternehmerdynamik sich zu dem Geist, der in den Banken herrschte, verhält, weiß der Unternehmer, der in die Abhängigkeit einer Bank geraten ist. Weil die Banken den nur rechnerischen, statischen Geist repräsen-

tierten, waren sie das geeignete Feld für das Judentum, sich zu entfalten. Die Banken mit ihren Konzernverflechtungen und ihrem Rechnungswerk hatten die Tendenz, die gesamte Wirtschaft in einem statischen System zu verflechten. Es kam ihnen nicht auf Technik, sondern auf den Gewinn an. Bezeichnend ist auch, daß der Jude Marx die Technik nur mit rechnerischen Augen angesehen hat, aber nie Freude an der Technik gehabt hat. Selbstverständlich haben die Banken technische Investitionen finanziert: aber nicht aus Freude an der Technik, sondern aus Willen zum Gewinn. Das ist ein fundamentaler Unterschied.

Oben war vom Straßenbau die Rede. Gefragt war, woher es kam, daß der Durchbruch durch das kapitalistische System schöpferische Energien ausgelöst und nicht gehemmt hat, indem er als „Störung der Wirtschaft" empfunden worden wäre. Die Antwort liegt jetzt auf der Hand: Hier fand die Dynamik der Rasse Wirkungsraum, den sie im statisch gewordenen Kapitalismus nicht mehr hatte.

Es hat sich feindlich gegenübergestanden: die rassische Dynamik des deutschen Volkes und der statisch gewordene Kapitalismus. Die rassische Dynamik hat im Nationalsozialismus gesiegt, und auf dem Gebiete der Wirtschaft brach sie durch beim Straßenbau. Der Gegensatz der Sätze: „Kapital schafft Arbeit" und „Arbeit schafft Kapital" ist der Gegensatz statischer Wirtschaftsrechnung und schöpferischer Wirtschaftspolitik.

Eine Wirtschaft kann nur gesund sein, wenn sie dem Volke dienstbar ist. Das ist sie, wenn sie seiner rassischen Lebendigkeit Entfaltungsfeld bietet. Der Kapitalismus war von diesem Gesichtspunkt einmal dem Volke dienstbar. Im Unternehmer fand der Wille zur Technik den damals möglichen Ausdruck. Weil der Kapitalismus einst im Dienste des Volkes gestanden hat, hat er dem Volke den Produktionsapparat aufgebaut. Ihn jetzt einzusetzen für das Volk und damit seinem Willen zur Technik Wirkungsraum zu geben, ist Aufgabe der schöpferischen Wirtschaftspolitik.

Dadurch, daß der Kapitalismus unter einem unglücklichen Stern gestanden hat, ist bewiesen, daß der Geist der Rasse von ihm abgerückt ist. Vor die Wahl gestellt, ob er Technik oder Wirtschaft wähle, hat er die Technik gewählt. Er hat verworfen die abgezirkelte Sicherheit, die ein geordnete kapitalistische Wirtschaft dem Einzelnen hätte geben können. Ohne die stets neuen Impulse durch die Technik hätte diese abgezirkelte Sicherheit sich herstellen lassen. Der ganze Weimarer Staat, der im Prinzip der Schutz des Typus des Bürgers vor der

Übergewalt des Typus des Frontsoldaten war, hatte das beherrschende Bestreben, den Wohlfahrtsstaat zu schaffen, also jeden in eine wirtschaftliche Sicherheit einzuzirkeln.

Alle moderne Wirtschaftspolitik läßt sich durch eine Frage in zwei Gruppen teilen. Es ist die Frage danach, wo ihr Schwerpunkt liegt: ob auf der Wirtschaft oder auf der Technik. Also ob die Wirtschaftspolitik eine geordnete Wirtschaft erstrebt und durch die Ordnung der Wirtschaft jedem seine Existenz sichern will, oder ob sie auf Entfaltung der Technik ausgeht. Dann ordnet sie die Wirtschaft nicht, um innerhalb dieser Ordnung einem jeden die Existenz zu sichern, ordnet die Wirtschaft also nicht im Hinblick auf die Sicherung der Einzelexistenzen; sondern sie ordnet die Wirtschaft im Hinblick auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Technik. Diese Wirtschaft ist so geordnet, daß die Entfaltung der Technik in keiner Weise gehemmt ist. Von der stetigen Mehrerzeugung macht sie dann die Einzelexistenzen abhängig und läßt den Einzelbedarf von der stetig wachsenden Erzeugung befriedigen.

Der Unterschied zwischen beiden Arten der Wirtschaftspolitik ist groß. Die erste stellt den Bedarf, die zweite die Erzeugung in den Vordergrund. Für die erste ist die Erzeugung abhängig vom Bedarf, für die zweite der Bedarf von der Erzeugung. Die erste ist bestrebt, die Ordnung der Wirtschaft gegen die Technik zu sichern. Die andere läßt die Ordnung der Wirtschaft in stetigem Fluß, um der Technik freien Spielraum zu lassen. Ihr beherrschender Gesichtspunkt besteht im Willen, der Technik die stetige freie Entfaltung zu sichern. Die erste ist statisch, die zweite dynamisch.

Alle bisherigen wirtschaftspolitischen Erneuerungsbestrebungen haben den Schwerpunkt auf die Wirtschaft und nicht auf die Technik gelegt. Sie folgten damit dem Kapitalismus in seiner Endgestalt. Die Kartelle, Syndikate usw. waren die Verteidigung der Ordnung der Wirtschaft gegen die Technik. Alle bisherigen wirtschaftspolitischen Erneuerungsbestrebungen wollten im Grunde jene geordnete Wirtschaft, die durch ihre Ordnung die Einzelexistenzen sichert, also eine Ordnung, die der Kapitalismus aus eigenen Kräften nicht mehr herstellen konnte, auf die er aber ausgegangen ist. Die Planwirtschaftler denken alle im Grunde kapitalistisch. Was ist die vollendete Planwirtschaft anderes als die Vollendung dessen, worauf die Großbanken ausgegangen sind? Sie ist ein gewaltiges Konzerngeflecht, in das der Verbraucher einbezogen ist. Die Werke erhalten nicht nur ihre Produktionsquote zugeteilt, sondern der Verbraucher bekommt

auch seine Verbrauchsquote. Die Sicherung des Gleichgewichtes der Güterrundläufe ist wichtiger als neue technische Methoden. Der Bolschewismus hat diese Tendenz auch, auch wenn in Sowjetrußland jetzt mit Gewalt am Aufbau des technischen Apparates gearbeitet wird. Entwickelt sich aus dieser Aufbauarbeit eine wirkliche Lust des russischen Volkes an der Technik, ist es mit dem Bolschewismus und seiner Planwirtschaft vorbei. In diesem Falle wird aus der Gottheit Technik, der die Russen geopfert werden, der Bundesgenosse Technik gegen die Schlächter.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik unterscheidet sich von jeder anderen Wirtschaftspolitik dadurch, daß sie die Tradition des ausgehenden Kapitalismus durchbricht, nach der der Schwerpunkt auf der Ordnung der Wirtschaft lag. Es ist kein großer Unterschied darin, ob die kapitalistische Ordnung der Wirtschaft gegenüber der Krise gesichert wird, wie es Brüning gewollt hat, oder ob das Volk einer Wirtschaftsordnung unterworfen wird wie in Sowjetrußland. Alle Planwirtschaftler wollen statt einer lebendigen Betätigung des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet eine übersichtliche Ordnung. Der Nationalsozialismus durchbrach die aus dem ausgehenden Kapitalismus erstandene Tradition, die der Ordnung der Wirtschaft den Vorrang vor der Technik gab, schon dadurch, daß er in die kapitalistische Ordnung der Wirtschaft nicht eingriff nur zu dem Zwecke, eine neue Ordnung zu schaffen. Dann hätte er der Ordnung an sich Bedeutung zugemessen. Er ließ im Gegenteil die alte Ordnung weitgehend bestehen: nicht, weil er diese Ordnung gebilligt hätte oder gar in verkappter Weise den Kapitalismus hätte retten wollen, sondern weil er nicht das Schwergewicht auf ein Ordnungsbild legt, und weil ihm die lebendige Betätigung des Volkes wichtiger ist als die Ordnung an sich. Vor die Frage gestellt, ob die Wirtschaft gesund werden soll durch die Schaffung einer Ordnung, oder ob die gesundende Wirtschaft selbst zu einer neuen Ordnung unter politischer Führung zusammenwachsen soll, hat der Nationalsozialismus sich für das Zweite, das Dynamische, entschieden.

Also schafft der Nationalsozialismus nicht zuerst neue Institutionen und setzt Pläne durch, sondern er setzt Technik ein und arbeitet.

Die Geschichte hat für Deutschland jedenfalls bewiesen, daß das Schöpfertum jetzt nicht primär in der Wirtschaft, sondern in der Technik ist. Also kann sich auch das Schöpfertum in der Wirtschaft nur von dem in der Technik ableiten und nicht umgekehrt das in der Technik von dem in der Wirtschaft. Läge das Schöpfertum in der

Wirtschaft, dann hätte es sich schon äußern können. Dann wäre eben der Kapitalismus nicht zugrunde gegangen. Dann wären die Kartelle, Syndikate, Gewerkschaften tatsächlich ein Ansatzpunkt neuer produktiver Entwicklung gewesen. Denn weil das die jüngsten Ausgeburten des Kapitalismus waren, hätte sich in ihnen das Schöpfertum der Wirtschaft geäußert, wenn noch Schöpfertum in ihr gelegen hätte. Ein Schöpfertum der Wirtschaft hätte den Schwerpunkt auf eine „wirtschaftliche“, nämlich errechnete Ordnung der Wirtschaft gelegt. Erzeugung und Bedarf auszugleichen durch eine feste Ordnung der Wirtschaft wäre der Ausfluß dieses Schöpfertums geworden, wie ja Wirtschaft nichts anderes als Ausgleich von Erzeugung und Bedarf ist. In diesem Falle würde sich bezeugt haben, daß die nordische Rasse in Deutschland nicht mehr überwiegt. Denn diese statische Ordnung, die Erzeugung und Bedarf planmäßig ausgleicht und damit beide von sich abhängig macht, wäre nur möglich gewesen, wenn dem Volke die Sicherung der Einzelexistenzen wichtiger gewesen wäre als die Entfaltung ungeheurer Produktionsmöglichkeiten durch die moderne Technik. Die Wirtschaft wäre ein riesiges Feld gewesen, auf dem ein Nest neben dem anderen gestanden hätte, und in jedem dieser Nester hätte ein in seiner Existenz gesicherter Volksgenosse gesessen.

Das Recht auf Arbeit wird zwar auch jedem Volksgenossen Arbeit geben. Aber diese Existenzsicherung ist etwas ganz anderes als die planwirtschaftliche. Das Recht auf Arbeit sichert dem Volksgenossen nicht die Existenz, sondern eine Arbeitsstätte. Und zwar eine mit unterster Lohnstufe. Indem es den Einzelnen den Arbeitsplatz sichert, sichert es der Gemeinschaft den Einsatz dieser Arbeitsenergien. Das Recht auf Arbeit gründet sich auf den dynamischen Leistungswillen, indem es von vornherein annimmt, daß jeder, der arbeiten kann, auch arbeiten will. Im Gedanken des Rechtes auf Arbeit ist ganz scharf der Blick von der statisch-schematischen Ordnung der Wirtschaft weggezogen und auf die volle Ausschöpfung aller Leistungsenergien gewandt. Er legt den Schwerpunkt eben nicht auf die statische Ordnung der Wirtschaft, sondern auf die Leistung, die sich dynamisch ordnet.

Die Ablehnung der Planwirtschaft und die Ablehnung des Gedankens, durch Organisationen und Institutionen die neue Wirtschaft zu schaffen, kommt aus dem Geiste der Rasse, der das Schöpfertum in die Technik gelegt hat. Wer sich zuerst in ein Flugzeug setzt, hat eine gelinde Gänsehaut und die Furcht, das Flugzeug könnte herunter fallen. Das schnell laufende Automobil benimmt dem, der zum ersten

Male mitsaust, den Atem. Die dröhnende und bebende Maschinenhalle beklemmt. Ein Walzwerk oder ein Hochofen kann unheimlich erscheinen. An diese Einzelerscheinungen kann man sich gewöhnen. Von dieser Gewöhnung bis zum freudigen Mitschwingen in diesen Gewalten ist aber ein weiter Schritt. Wer ihn macht, muß von der Rasse getragen sein. Der Nationalsozialismus fußt auf einer Rasse, die in größtem Maßstabe freudig in den Gewalten der Technik mitschwingt, Er bejaht die Technik insgesamt. Seine Wirtschaftspolitik, die der Technik die Entfaltung sichert, ist der höchste Ausdruck dieses Mitschwingens. Es soll nun nicht gesagt sein, daß der Planwirtschaftler, gleichgültig ob kapitalistisch, kommunistisch oder in einer Mischung beider Arten, Angst habe, sich in ein Flugzeug zu setzen. Aber er hat Angst vor der Technik, daß sie ihm den festen Boden unter den Füßen nehme. Sie sprengt die geordnete statische Überschau über die Wirtschaft. Wer fliegt, kann eben nicht einen Schritt vor den andern setzen. Der eine Junge schwingt mit der Schaukel, und sie kann ihm nicht hoch genug fliegen. Der andere hat Angst, er regelt den Schwung „planmäßig“, und der planmäßig geregelte Schwung ist Schwung der Schaukel minus Angst.

Das Problem Mensch und Maschine kann scheinbar gelöst werden, indem die Maschine gefesselt wird. Dann wird die Maschine hinuntergezogen auf das Niveau der kleineren Menschen. Es kann auch gelöst werden, indem der Mensch sich zur Maschine hinauf erhebt und sie in sich aufnimmt: und nicht seine Angst vor der Maschine, sondern den Schwung, den Mythos, die Gewalt der Maschine bejaht. Dann ist das Dröhnen der Wirtschaft unter dem Druck der Maschinen eine Freude. Nur der wird ein guter Fechter, der sich mit seinem Degen vermählt hat. Das Eichhorn gewann den Sprung von Baum zu Baum, indem es vor ihm nicht zurückschreckte. Alles Spiel ist besiegte Gefahr, dadurch besiegt, daß der Spieler sich mit ihr vermählt hat. Im rasenden Auto fahren ist ein Spiel. Das rasende Tempo ist ein Genuß: und nur der Fahrer, dem das Tempo Genuß ist, kann gut fahren. Das Problem Maschine kann schöpferisch nur gelöst werden, indem der Mensch sich der Maschine restlos anheimgibt, sie in sich aufnimmt und dann beherrscht als sein Organ.

Die restlose Einheit von Mensch und Maschine ist dann erreicht, wenn die Betriebsgemeinschaft lebendig da ist. Denn sind Mensch und Betrieb eins, sind sie durch die Maschine verbunden. Die in allen gemeinsam lebende Maschine stimmt alle aufeinander ab: wie das Maschinengewehr seine Mannschaft. Der Nationalsozialismus drückt

das auch dadurch aus, daß er die Betriebsgemeinschaft als Leistungsgemeinschaft auffaßt.

Die Volksgemeinschaft kann nur aus dem Schöpfertum der Rasse geboren werden. Der in unserer Zeit sichtbarste und stärkste Ausdruck des Schöpfertums der Rasse ist die Technik. Keine Idee imponiert so wie die Technik. Um das Schöpfertum der Rasse zu entfalten, muß der Nationalsozialismus bei der Technik ansetzen. Im gemeinsamen Willen zur Technik bekräftigt sich die Gemeinschaft des Volkes und die Gemeinsamkeit der Rasse. Die Gegner der Rassenlehre nennen sie materialistisch. Aber sie ist nicht materialistisch, ebensowenig wie es die Technik ist. Die Rassenlehre ist in weitestem Sinne des Wortes auch ein Ausfluß unseres nordischen Willens zur Technik. Denn die Rassenlehre will eine Naturkraft eingesetzt wissen: eben den Geist der Rasse. Die nationalsozialistische Politik, die das tut, ist in höchstem Sinne des Wortes technisch. Die Einsetzung des Geistes der Rasse in der Politik ist auf höherer Ebene das, was die Einsetzung der Elektrizität als Maschinenantrieb ist.

Der Wille der Rasse zur Technik hat der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung den großen Erfolg gegeben. Indem die Regierung ihm folgt, ist sie eins mit dem schöpferischen Willen der Rasse und des Volkes. Würde die Ordnung der Wirtschaft in den Vordergrund gestellt, wäre der Streit um die Ordnung bald da. Die eine Gruppe würde die bestehende Ordnung für die beste halten, die andere eine andere. Aber wenn der Technik freie Bahn geschaffen wird, kann niemand opponieren. Wenigstens niemand, der guten Blutes ist und keine Angst hat. Über die „bestmögliche Ordnung" der Wirtschaft läßt sich streiten, doch dagegen, daß die Technik restlos ausgeschöpft und entfaltet wird, nicht. Die Ordnung der Wirtschaft in den Vordergrund schieben, ist intellektuell. Dem Willen der Rasse zur Technik nachgeben, ist geistig und seelisch. Der Geist und die Seele sind dem Intellekt überlegen. Wo die Rasse spricht, kann der Intellekt nicht opponieren. Der Appell an den Intellekt bringt Zwietracht, der an den Willen der Rasse Einheit, Eintracht und Schöpfung.

Rechnen kann man nur mit Dingen, die da sind. Es kommt aus Rechnungen nicht mehr heraus, als in den Dingen steckt. Eine Schöpfung holt mehr aus den Dingen heraus, als in ihnen steckt. Das muß der Mensch vorher in sie hineingetan haben. Als die Rasse ihre Dynamik in der Technik zu entfalten begann, hatte die Rasse schon mehr in die Natur hineingetan, als früher in ihr gesehen worden war und für den Menschen in ihr vorhanden war. Der von

der Rasse getriebene Naturwissenschaftler holte aus der Natur heraus, was die Rasse in sie hineingelegt hatte. Weil die Rasse Technik wollte, haben die Techniker sie aus der Natur herausgeholt.

In die Wirtschaft hat die Rasse nichts mehr hineingelegt. Also kann das rein wirtschaftliche Rechnen auch nicht schöpferisch sein. Durch wirtschaftliches Rechnen wird das Problem der Maschine nicht schöpferisch gelöst. Aber in der Technik ist mehr, als das Rechnen sucht: die Volksgemeinschaft, die Betriebsgemeinschaft und die neue Wirtschaft. In einer errechneten Wirtschaft können wir uns nicht grundsätzlich anders fühlen, als wir es im Kapitalismus getan haben. Durch ordnendes Rechnen kann nur der Kapitalismus geordnet werden — falls man sich nicht verrechnet wie im Bolschewismus. Die groben Ungerechtigkeiten des Kapitalismus können durch ordnendes Rechnen zum Verschwinden gebracht werden. Aber geordnet ist dann nur der Kapitalismus; das Verhältnis von Mensch und Wirtschaft ist nicht grundsätzlich umgestaltet. Das drückt sich so aus, daß diese errechnete Ordnung genau so über dem Menschen steht wie bisher der Kapitalismus.

Die Wirtschaft dagegen, die der Technik freie Entfaltung sichert, muß dem Volke dienstbar sein. Erstens müssen die erzeugten Güter von der Maschine fortgeräumt werden, also verbraucht werden. Der Drang zum Verbrauch hebt den Lebensstandard. Wichtiger ist das zweite: die Ausnutzung des einigenden, dynamischen Elementes, das im Willen zur Technik liegt. Der Wille zur Freiheit ist heute Wille zur Freiheit, Technik einzusetzen. Das Versailler Diktat — und das ist symbolhaft — beschränkte die Freiheit des deutschen Volkes durch sein Rüstungsverbot, das Verbot also, Technik einzusetzen. Die Arbeitslosigkeit ist die Fernhaltung von der Technik. Die Technik ist es ja auch, die der Arbeit ihren Fluch genommen hat. Die Technik hat dem Arbeiter die Freude am Werk gegeben, die einst den Handwerker erfüllt und zum Künstler gemacht hat. Und die Technik gab dem Arbeiter seinen eigenen und eigenartigen Stolz. Das Künstlertum der Rasse findet in der modernen Technik und ihrer Handhabung ihren allgemeinen und harten Ausdruck. Jener Artillerieleutnant, der in der Schlacht bei Cambrai, allein am Geschütz, die englischen Tankgeschwader zusammenschoß, stand in derselben Gewalt der Intuition wie Beethoven, als er die Neunte Sinfonie schuf, oder Nietzsche, „als ein Gott am Po entlang ging". Aber die Intuition jener Soldaten war anderer Art und moderner,

gefährlicher, präziser und das stärkere Opfer des Ichs verlangend: sie war technischer. Weil der Wille zur Technik uns so tief im Blute ist, eint er.

Die Technik ist das Feld, in dem sich unsere Männlichkeit auswirkt. In der Technik liegt die Verbindung zwischen unserer Intuition und unserer Realität. Das „Fünklein“ ist Flamme. Die Rosenberg wegwerfend einen Mystiker nennen, halten das „Fünklein“ für ein Irrlicht in einer Nebelwolke. Sie setzen ihre „Wirklichkeit“ gegen das Fünklein. Was sie Wirklichkeit nennen, ist das Nur-Banale. Die Wirklichkeit muß lebendig sein, um zukunftsträchtig und menschenwürdig zu sein. Das Fünklein muß in ihr pulsen wie das Blut in den Adern. Das Fünklein macht die Wirklichkeit erst zur Wirklichkeit, weil es sie lebendig macht und über die Banalität erhebt. Es gibt nichts, was wirklicher wäre als die Technik. Und zugleich ist sie unsere Intuition. Die Technik ist die Verbindung zwischen unserer Intuition und unserer Wirklichkeit, weil wir hier unseren dynamischen und lebendigen Impulsen nachgeben können, ohne in Schwärmerei auszugleiten. Die Technik ist romantisch, aber von anderer Art, als es alle andere Romantik ist: nicht Flucht vor der Wirklichkeit, sondern Durchglühung der Wirklichkeit. Wirklich ist der Flug, die Fahrt mit dem Auto, das Donnern der Hochbahnen, die jenseitige Landschaft der Schlachtfelder, der Glutstrom flüssigen Eisens in der mit Hochöfen gespenstisch bestückten Nacht ungleich romantischer, als es sich je eine Romantik hat träumen lassen.

Das neue Reich und die neue Wirtschaft wird sich von allen bisherigen Reichen so unterscheiden, wie sich der Traum des Ikarus vom Fluge vom modernen Flugzeug unterscheidet, oder wie das Dunkel, durch das glutflüssiges Eisen schießt, sich von jenem Dunkel unterscheidet, in dem die Wälder rauschten und im Rauschen der Wälder die Götter sprachen. Die Sehnsucht des Fluges ist Wirklichkeit geworden. Die prächtige Gewalt unseres Geistes offenbart der Hochofen, das Walzwerk, die große elektrische Kraftanlage. Wir haben den Gott in unmittelbarem Besitz: das „Fünklein“. Aus uns ist die moderne Technik gekommen, und so, wie sie aussieht, sehen die Menschen guter Rasse in ihrem Innern aus. Die Technik ist Abbild des Fünkleins. Das alte Reich war wie alle anderen früheren Reiche noch von jener Romantik, in der die Götter in den Wäldern raunten. Das neue Reich wird aufgetürmt zu jener Höhe, die die moderne Technik hat. Wo Sehnsucht zur Erfüllung geworden und unsere Dynamik aufgeschlossen ist, wie die der Naturkräfte in der Maschine.

Wie durch die Technik die Naturkräfte entfesselt und gesteuert werden, wird durch die nationalsozialistische Politik unsere Dynamik entfesselt und gesteuert. Das ist kein leeres Gleichnis. Die Naturkräfte sind entfesselt worden in einer Weise, die alle frühere Zauberei in den Schatten stellt, weil das „Fünklein" brennen wollte. Durch die Technik hat es die Romantik zur Wirklichkeit gemacht, und wir sind geboren, um diese Wirklichkeit zu erobern: Wir können es nur durch eine Dynamik der inneren Lebendigkeit, die der in der Technik sich äußernden ebenbürtig ist. Und durch „technische" Politik, die den Kräften und Gewalten des Geistes der Rasse so dienend folgt, wie der Elektriker den Gesetzen der Elektrizität, und sie so ansetzt und arbeiten läßt, wie der Elektriker die Elektrizität.

Jetzt ist die Frage: dynamische Technik oder statische Wirtschaft. Also die Frage, ob die planmäßige, überschaubare Ordnung der Wirtschaft das Primäre sein soll oder die Technik. Der alte kapitalistische Gleichlauf von Wirtschaft und Technik ist vorbei. Der Nationalsozialismus konnte sich nur für die Technik entscheiden und hat sich für die Technik entschieden. Er entfesselt den Leistungswillen. Diese Entfesselung ist kein Betrug, wie er bei den Akkordfestsetzungen geübt worden ist, denn die Technik wird gleichzeitig entfaltet. Leistungen werden gedrückt, wenn man sie nicht braucht, aber wir werden unendliche Leistungsenergien gebrauchen, weil der Nationalsozialismus dem unendlichen Willen zur Technik nachgibt.

Die von dem Willen zur Technik ausgelöste Dynamik wird auf die Wirtschaft zurückstrahlen. Wird die Technik um der Wirtschaft willen eingeschränkt, hat es die Wirtschaft bequem. Ist die Technik frei und läuft die Dynamik der Technik ohne Hemmnis, dann hat die Wirtschaft es nicht bequem, sondern sie muß ohne Rücksicht auf ihre Atemnot das von der Technik angegebene Tempo durchhalten. Sie wird gezwungen, sich anzustrengen. Krisen sind dann nicht Schicksal, sondern Schuld der Wirtschaft.

Aber indem die schöpferischen Impulse des deutschen Volkes in die Technik einströmen, indem die Wirtschaft von der Technik abhängig gemacht wird, damit die Technik frei sei, indem das technische Schöpfertum Zwang für die Wirtschaft zu stärkster Anstrengung wird, wird der Erfolg größer sein als der Aufwand. Denn indem wir unseren dynamischen Impulsen nachgeben, erreichen wir das Ufer, zu dem die Rasse uns treibt. Der Einfall ist mehr als eine Errechnung durch logisches Denken. Er kommt, wenn den schöpferischen Impulsen nachgegeben wird. Welchen Mut das voraussetzt, lehrt das Gedicht vom

Bildnis zu Sais. Das Antlitz des Gottes sieht nur, wer den Mut aufbringt, hinaufzuschauen. Den Erdgeist hätte Faust gehalten, wenn er den Mut dazu gehabt hätte. Wir sind von der Rasse, die die Götter zwingt, indem sie den Anblick ihres Antlitzes erträgt. Daß die Deutschen im Mittelalter das taten, war die Not der Päpste. Haben wir den Mut, die Technik freizumachen und unseren schöpferischen Impulsen nachzugeben, dann kommt als „Einfall" die Zukunft: sie offenbart sich, nachdem sie schöpferisch gewachsen ist.

8. Kapitel

Das Recht auf Arbeit

Der Vorrang der Technik vor der Wirtschaftsordnung, der dynamische Charakter der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, der sittliche und praktische Grundzug dieser Politik, alles das trifft für die jetzt zu bewältigende Situation zusammen im Streben, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen. Da Bernhard Köhler das Recht auf Arbeit schon erschöpfend behandelt hat, braucht das hier nicht zu geschehen. Auf der anderen Seite ist der Gedanke des Rechtes auf Arbeit so grundsätzlich wichtig für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, daß er in einem Buch über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik unmöglich übergangen werden kann.

Wenn im vorigen Kapitel noch unklar geblieben sein sollte, was der Vorrang der Technik vor der Wirtschaftsordnung bedeutet, dann ergibt sich die gewünschte Klarheit, wenn das Verhältnis von Technik und Wirtschaftsordnung vom Gedanken des Rechtes auf Arbeit aus betrachtet wird.

Das Recht auf Arbeit geht auf keine Wirtschaftsordnung aus. Es wird nur verlangt, daß kein Arbeiter gehindert wird, zu arbeiten. Aber wie die Wirtschaftsordnung aussieht, in der alle arbeiten können, ist gleichgültig. Die Art der Ordnung der Wirtschaft wird durchaus abhängig gemacht vom Ziel, daß alle arbeiten. Doch damit ist noch nicht der ganze Charakter des Rechtes auf Arbeit dargestellt. Es sollen nicht nur alle arbeiten. Das wäre auch in einer allgemeinen Planwirtschaft zu erreichen. Wichtiger noch als das Recht eines jeden auf Beschäftigung ist das Recht eines jeden auf vollste Entfaltung seiner Leistungsfähigkeit. Die Leistungsfähigkeit aller Volksgenossen

läßt sich nicht in Tabellen einfangen. Das Recht eines jeden auf Entfaltung seiner vollen Leistungsfähigkeit durchbricht jede Planwirtschaft. Die Agrarordnung, die so gerne als Planwirtschaft ausgegeben wird, wird in einem besonderen Kapitel behandelt werden.

Also verneint der Gedanke des Rechtes auf Arbeit folgerichtig jede Planwirtschaft. Seine eindeutige Konsequenz ist die Unterordnung der Wirtschaftsordnung unter die Leistung.

Der Gedanke des Rechtes auf Arbeit hängt aufs innigste zusammen mit der Technik. Die Technik ist es doch, die immer neue Arbeitsmöglichkeiten und Aufgabenstellungen ermöglicht. Das Recht auf Arbeit setzt einen unerschöpflichen Arbeitsvorrat voraus. Es kann nur so fest gesichert werden, als der Arbeitsvorrat unerschöpflich ist.

Man kann allerdings unsinnige Arbeit verrichten lassen und diesen Arbeitsvorrat unerschöpflich machen, indem die Unsinnigkeit der Arbeit gesteigert wird. So könnte man die Erde Ostpreußens ins Rheinland und die des Rheinlandes nach Ostpreußen karren. Aber erstens gibt es dann keinen Leistungslohn und zweitens kann man unsinnige Arbeit nicht durch freie Volksgenossen, sondern nur durch Sklaven ausführen lassen. Die durch die Technik jeweilig ermöglichten Arbeiten sind sinnvolle Arbeiten. Die Tatsache, daß die Technik die Güterversorgung und den Lebensstandard in großartiger Weise zu steigern vermag, entspricht der anderen, daß der an der Maschine beschäftigte Arbeiter durch die ihm verliehene Gewalt, Naturkräfte in Bewegung zu setzen, ein erhobenes Selbstgefühl bekommt. Man mag das laufende Band für geisttötend halten, es vermittelt doch einen erhebenden Rhythmus. Die freisinnigen Intellektuellen hielten auch den Parademarsch für geisttötend, und doch war er mehr dazu da, um der Truppe den Eindruck der geschlossenen Präzision ihrer Gemeinschaft und den Rhythmus ihrer Kraft zu vermitteln, als daß er nur eine Schaustellung für die Zuschauer gewesen wäre.

Die Technik hat es überhaupt erst notwendig gemacht, ein „Recht auf Arbeit" zu verkünden. Frühere Zeiten hatten das Gegenteil des Rechtes auf Arbeit, nämlich die Sklaverei, den Zwang zu Arbeit. Die Gegenüberstellung des Rechtes auf Arbeit mit der Sklaverei könnte den Eindruck erwecken, als ob die Zeit tief, tief gesunken wäre: daß das, was früher ein unwürdiger Zustand gewesen wäre, jetzt Ideal geworden sei, und daß die Menschen das als Recht verlangten, wozu sie früher gezwungen werden mußten. In Wahrheit jedoch ist das Recht auf Arbeit nicht im negativen Sinne das durch ein Hinabsinken verursachte Gegenstück zur Sklaverei; es ist der durch eine positive

Entwicklung heraufgebrachte Gegensatz zur Sklaverei: die vollständige Befreiung der Arbeit, die durch die Technik möglich geworden ist.

Der ausgehende Kapitalismus hatte allerdings noch schlimmere Zustände gezeitigt, als es die Sklaverei war. Hier war die Freiheit des Arbeiters, sich selbst die Arbeitsstätte zu suchen, vom Kapitalismus gründlich mißbraucht worden. Er nutzte den Arbeiter aus und überließ ihm die Verantwortung für die Existenz, die früher der Sklavenhalter übernommen hatte.

Durch die Technik ist die Arbeit schöpferischer Leistungswille geworden. Dieser Leistungswille hat seinen hohen Adel dadurch, daß die Technik alle Leistung auf das große Ganze ausrichtet. Das liegt im Wesen der Technik. Das hat sie sogar im Kapitalismus getan, obwohl die Ergebnisse der Arbeit sich in private Besitztitel niedergeschlagen haben. Jede Fabrik hatte bestimmte Besitzer, aber die Fabriken zusammen bildeten doch den nationalen Produktionsapparat, der jetzt nur laufen kann, wenn er für das Volk läuft. Es ist unmöglich, Technik und Leistung sinnvoll einzusetzen, ohne daß das Ergebnis dem großen Ganzen zugute kommt. Der Gradmesser der Zweckmäßigkeit des Einsatzes besteht nur darin, ob die Leistung der Volksgemeinschaft dienlich ist. Es ist ja gerade der Charakter der Technik, daß sie die Leistung gewaltig steigert. Der mit der Technik bewaffnete Arbeiter erzeugt unendlich viel mehr als der unbewaffnete Arbeiter. Der Arbeiter repräsentiert nicht nur seine Geschicklichkeit und seine Körperkraft, sondern dazu die Geschicklichkeit der Maschine und ihre Energie. Sklaverei ist nur möglich in einem Lande ohne wesentliche Steigerung der Leistung durch die Technik. Das durch die Technik ermöglichte Übermaß der Leistung läßt sich ja gar nicht zu einem Turm für einen Einzelnen aufstocken, sondern überflutet das ganze Volk.

Weil der Kapitalismus nicht einsehen wollte und konnte, daß die moderne Technik nur läuft, wenn die Wirtschaft in den Dienst des Volkes gestellt wird, deshalb ist er zusammengebrochen.

Die Technik hat die Arbeit zum Leistungswillen gemacht. Die Technik hat der Arbeit ihren Adel gegeben und zwingt alle Leistung in den Dienst des Ganzen, wenn sie überhaupt voll eingesetzt wird. Wo eine Arbeit aus dem Dienst am Ganzen ausbricht, da gerät sie vor eine Wand und kann nicht weiter und muß aufhören. Die Technik schafft ferner die neuen Arbeitsmöglichkeiten, indem sie neue Werke ausführbar macht. Die Technik gibt dem Gedanken des Rechtes auf Arbeit seinen hohen Sinn: Entfaltung aller Leistung zum Dienste

am Ganzen und Freude an der Entfaltung der Leistung im Dienste des Ganzen.

Das Recht auf Arbeit ist nur zu verwirklichen, wenn die Wirtschaft der Politik restlos untergeordnet ist. Das verwirklichte Recht auf Arbeit ist dafür der Ausdruck, daß die Wirtschaft der Politik untertan ist.

Denn wenn wir, die wir den Kampf des internationalen Finanzkapitals gegen den Staat alle noch miterlebt haben, zurückschauen, dann erscheint uns der Pyramidenbau z. B. als eine sehr staatspolitische Handlung. In folgender Hinsicht:

Jede Technik ergibt einen Überschuß an Leistung gegenüber der ohne jede technische Ausrüstung durchgeführten Arbeit. Auch im alten Ägypten gab es schon eine Technik, also auch einen Leistungsüberschuß. Er war zu klein, um eine allgemeine Hebung des Lebensstandards zu bringen, aber zu groß, um ihn der Verwaltung durch Einzelne im Volk anzuvertrauen. Die Sammlung großer Mittel in bestimmten kleinen Volksschichten hätte in diesen Volksschichten eine eigene Interessenschichtung erwachsen lassen, genau so, wie die Ansammlung großer Mittel bei den Banken eine eigene Interessenrichtung angewiesen hat, die des internationalen Finanzkapitals nämlich. Diese eigene Interessenschichtung hätte sich gegen den Staat gewandt. Ferner ist es für ein Volk auf jeden Fall besser, es steht unter der Gewalt der Krone, die ihre Verantwortung vor den Göttern hat, als unter der Gewalt des Geldes, das überhaupt keine Rechenschaft zu geben braucht. Ob die Pharaonen die möglichen Angriffe durch überreiche Schichten in ihrem Volke gesehen haben und sie dann durch den Pyramidenbau nicht zur Entwicklung haben kommen lassen, ist gleichgültig. Jede Zeit und jede Rasse hat ihre eigene Form, sachlichen Zweckmäßigkeiten zu folgen. Der Instinkt reicht weiter als der Verstand, doch die aus dem Instinkt begangenen Handlungen sind traumhaft, nicht in das Gewand rationaler Begründung gekleidet. Jedenfalls haben die Pharaonen den durch die Technik ermöglichten Leistungsüberschuß verbaut, anstatt ihn nicht in Beschlag zu nehmen, wodurch seine Ergebnisse sich bei Einzelnen angesammelt haben würden.

Der technische Leistungsüberschuß wurde durch den Bau der Pyramiden und Tempel verwandelt in religiöse Erhebung. In Athen war es auch so, als die Akropolis gebaut wurde. Den Dombauten des Mittelalters liegt der gleiche Zug zugrunde. Und schließlich auch den

Prachtbauten der letzten französischen Könige. Diese Bauten waren eine Gloriole um die Empfindung: König und Frankreich.

Da nicht in der bewußten Absicht gebaut wurde, Mittel abzusaugen, die im äußersten Fall zur Empörung gegen die Staatsgewalt hätten verwendet werden können, lassen sich diese Bauausführungen selbstverständlich auch von einer anderen Seite ansehen. Etwa so, daß der Leistungsüberschuß durch die Technik ohne diese Bauten nicht untergebracht werden konnte: daß durch diesen Leistungsüberschuß sonst Arbeitslosigkeit verursacht worden wäre. In diesem Falle wären diese Bauten Arbeitsbeschaffung gewesen. Aber es besteht kein Gegensatz zwischen der Auffassung, nach der durch die Bauten überschüssige Mittel aus der Wirtschaft abgesaugt worden sind, und der anderen, daß Arbeitslosigkeit abgesaugt worden sei. Dem Verstand erscheint gedoppelt, was für den Instinkt, aus dem damals letzten Endes der Bauwille kam, einheitlich ist. Der Verstand kann immer nur eine Begründung anerkennen, während der Instinkt viele Zwecke auf einmal verfolgen kann. Denn der Verstand sieht die Dinge nur, wie sie geworden sind und rechnet mit gegebenen Situationen, der Instinkt fühlt die Dinge, wie sie werden.

Wir spinnen den Pyramidenbau aus, weil diese Gedankengänge zu einem sehr interessanten Gesichtspunkt hinleiten. Nehmen wir an, der Pyramidenbau sei nur Arbeitsbeschaffung gewesen. Dieser Zweck, Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wäre aufgetreten, wenn die überschüssigen Leistungsergebnisse nicht von der Wirtschaft hätten bewegt werden können. Das wäre die gleiche Situation gewesen, in der wir bis zum 30. Januar 1933 gelebt haben. Das einzige Mittel, diese Leistungsüberschüsse ohne die Arbeitsbeschaffung wirtschaftlich zu verwerten, wäre der Außenhandel gewesen. Denn dann konnten die Leistungsüberschüsse bei fremden Völkern untergebracht werden, und der Außenhandel wäre dann der Raum gewesen, in dem die Leistungsüberschüsse der ägyptischen Wirtschaft sich hätten bewegen können, um sich in wenigen Händen zu sammeln. So hätten also die Pharaonen, indem sie mit dem Pyramidenbau Arbeitsbeschaffungspolitik trieben, das Aufkommen eines umfang- und machtreichen Außenhandels verhindert, durch den die Leistungsüberschüsse in wenigen Händen sich hätten sammeln können.

Der Satz, daß der Außenhandel das Feld ist, auf dem die Leistungsüberschüsse den Spielraum haben, sich in wenigen Händen zu sammeln, ist vielleicht nicht ganz verstanden. Doch versetze man sich nur einige wenige Jahre zurück, als die Wirtschaft durch die Ausfuhr angekurbelt

werden sollte! Da sollte doch auch der Außenhandel der Güterbewegung im Inland einen neuen Bewegungsspielraum schaffen.

Der angekündigte interessante Gesichtspunkt wirft ein besonderes Licht auf die großen Handels-Stadtstaaten Karthago, Venedig und auch die Hansa. Hier waren den Leistungsüberschüssen durch den Außenhandel Bewegungsräume geschaffen, so daß sie sich in den Händen der großen Kaufherren sammeln konnten. Aber alle diese Stadtstaaten waren Republiken, wie die mittelalterlichen deutschen Städte überhaupt Republiken im Rahmen des Reiches gewesen sind. Die Gefahr dieser Republiken bestand darin, daß der persönliche Reichtum höher geschätzt wurde als die Macht des Gemeinwesens. Karthago hat diese Gefahr nicht bestanden. Auf Rom wird noch die Rede kommen. In Karthago scheint tatsächlich eine durch den Außenhandel reich gewordene Schicht das Königtum gestürzt zu haben. Dido war noch Königin. Damit hätten sich die Interessen des Reichtums gegen das Königtum durchgesetzt: was Hannibal zu spüren bekommen hat, als der Rat von Karthago mit seinem durch die Interessen des Reichtums verengten Blick ihn in Italien allein ließ.

Der Außenhandel konnte außerordentlich gefährlich sein, wie das Beispiel Karthago zeigt. Deshalb war verschiedenen Völkern, die einen geschlossenen Mythos besaßen, die Meerfahrt durch ihre Religion verboten, z. B. den Hindu, deren durch eine hohe Technik verursachten Leistungsüberschüsse nicht verbaut werden konnten und durch die Verschwendung der Fürstenhöfe aus der Welt geschafft wurden: und durch Kriege. Daß die Meerfahrt dem Hindu verboten war, ist deshalb außerordentlich folgerichtig, weil sie die Kastenordnung gesprengt haben würde: die reich gewordenen Handelsherren würden sich über die Priester und Ritter erhoben haben. Wie sehr der Außenhandel das Staatsempfinden auflöst, haben wir zur Genüge erlebt. Er hatte in Deutschland das heilige Empfinden von Blut und Boden angegriffen: aber dies Empfinden war doch stärker und hat den erfolgreichen Gegenangriff vollbracht.

Es ist vielleicht erst heute möglich, den Außenhandel nicht zum Selbstzweck sich aufblähen zu lassen und ihm seine zerstörerische Wirkung, die die innere Geschlossenheit des Volkes auflöst, zu nehmen. Werfen wir den Blick auf Athen. Im Kampfe mit der mythisch geschlossenen Landmacht Sparta ist Athen, das meerfahrende, besiegt worden. Bevor Athen einen großen Außenhandel hatte, verwandte es die überschüssigen Leistungsergebnisse für seine Bauten. Nachdem Athen sich nach den Persersiegen auf den Außenhandel

geworfen hatte, baute es nicht mehr: das Volk hatte aber auch seine mythische Geschlossenheit verloren und wußte nicht mehr, was es wollte. Die rassische Vermanschung begann ebenfalls.

Die Französische Revolution kam nicht deshalb, weil das Volk im Elend war. Sie kam, weil das wohlhabend gewordene Bürgertum seinen Anspruch auf Gleichberechtigung gestellt hatte. Ludwig XIV. hat die Leistungsüberschüsse noch ablassen können. Colbert schuf für Frankreich einen regen Außenhandel. Sehen wir von den tieferen geistigen Strömungen ab, so gleicht die Geschichte Frankreichs von den Bauten Ludwigs XIV. bis zur Revolution der Athens von dem Bau der Akropolis bis zur Niederlage im Peloponnesischen Kriege. Zwischen Ludwig XIV. und der Revolution lag ebenso wie zwischen dem Bau der Akropolis und der Niederlage der Außenhandel. In Athen zerbrach er den Mythos der Gemeinschaft, in Frankreich den Mythos des Königtums.

Auch eine andere Parallele gibt es: die zwischen Rom und Preußen. Rom baute nicht. Nicht in Bauten erkannten die Römer sich wieder, sondern in Siegen. Es verwandte seine Leistungsüberschüsse für die Kriegführung, wie Preußen im Siebenjährigen Kriege. Durch die Tempelbauten wurden die Leistungsüberschüsse in religiöse Erhebung umgesetzt, in Rom und Preußen in den Mythos Staat. Das Ungeheuerliche in der römischen Geschichte ist, daß in einer Republik derart die Leistungsüberschüsse für den Staat eingesetzt worden sind und sich nicht in großen Vermögen gesammelt haben. Das geschah schließlich doch, als Rom keine Verteidigungskriege mehr zu führen brauchte. Da kam der Außenhandel hoch und die Ansammlung großer Vermögen. Der Mythos Rom löste sich auf, und die rassische Vermanschung kam im selben Maße in Fluß, als der Außenhandel und die großen Vermögen wuchsen. Wenn in Deutschland vor dem Kriege jüdische Kommerzienräte höher geachtet wurden als ein Leutnant in einem Grenzregiment, dann sehen wir eine Entwicklung, die in Rom bis zum Ende abgelaufen ist. Der Leutnant war Träger des Mythos Preußen, der jüdische Kommerzienrat war reich. Zwischen Wilhelm I. und Wilhelm II. liegt die Entwicklung des Außenhandels, der Selbstzweck geworden war.

Diese Ausführungen sind nicht vollständig, wenn der Name England nicht genannt wird. Doch lassen wir es bei dieser Unvollständigkeit. England war etwas Besonderes, Venedig vergleichbar. Es hat wie Venedig trotz des Außenhandels sich einen unerhörten politischen Instinkt lange bewahrt. Nach dem tieferen Grunde zu fragen, ist

hier nicht der Ort. Durch den Weltkrieg hat sich für England aber auch eine neue Situation ergeben: weil es hier von keinem Instinkt geleitet war. Soweit handelspolitische Rücksichten für England Kriegsgrund waren, war der Außenhandel für England Selbstzweck geworden! Also ist auch hier die gleiche schicksalsmäßige, mythoszerstörende Wirkung des Außenhandels angeschlagen. Das Grundmotiv der englischen Devalvation ist auch der zum Selbstzweck gewordene Außenhandel. Durch die Devalvation hat England die Möglichkeit aufgegeben, die das nationalsozialistische Deutschland zu erfüllen begonnen hat: das bisher in der Geschichte beobachtete Verhältnis zwischen Außenhandel und Wirtschaft umzukehren.

Bisher wurde durch den Außenhandel die Wirtschaft zu einer Funktion des Außenhandels gemacht. Der Außenhandel schuf den Spielraum für die Freiheit der Güterbewegung. Er ermöglichte in Karthago usw. die Verwandlung der Leistungsüberschüsse in Vermögen, was er nach der Brüningpolitik auch in Deutschland tun sollte: er sollte das Kapital schaffen, damit das Kapital Arbeit schaffen könnte. Weil die Wirtschaft Funktion des Außenhandels wurde, löste die Wirtschaft sich vom Staate. Der Außenhandel zog sie in seine Sphäre, die jenseits des Staates gelegen war. Er löste den Mythos auf. Das nationalsozialistische Deutschland ist dabei, den Außenhandel zu einer Funktion der Wirtschaft zu machen. Es wird ausgeführt, um die Mittel für die zum Aufbau der Wirtschaft benötigten Rohstoffe zu beschaffen: die Blickrichtung ist anders geworden und das Schwergewicht ist von der Ausfuhr auf die Einfuhr gefallen. Das Schwergewicht liegt auf der Ausfuhr, wenn sie das Kapital zum Aufbau der Wirtschaft beschaffen soll. Es liegt auf der Einfuhr, wenn durch die Ausfuhr die sachlichen Rohstoffe beschafft werden sollen. Ist der Außenhandel Funktion der Wirtschaft, dann ist er auch Funktion des Staates und ist ohnmächtig, den den Staat tragenden Mythos wie eine Säure anzufressen.

Das neue Verhältnis von Staat und Außenhandel bleibt zu behandeln noch übrig. Es wird geschehen, wenn über das Außenhandelsproblem gesprochen wird. Diese ganzen vorstehenden Gedankengänge hätten auch dort ihren Platz haben können. Sie sind aber mit Absicht hier in dieses Kapitel, das „Das Recht auf Arbeit“ überschrieben ist, gestellt worden. Das Recht auf Arbeit ist die neue durch die Technik ermöglichte Methode, mit den Leistungsüberschüssen der Wirtschaft fertig zu werden und ihnen die Konkurrenz gegen den Staat und den ihn tragenden Mythos zu nehmen.

„Mit den Leistungsüberschüssen der Wirtschaft fertig zu werden!" Die Wirtschaft ist vollständig falsch aufgefaßt, wenn das Problem der Wirtschaft darin gesehen wird, Leistungsüberschüsse zu erzeugen. So faßt der Einzelne von seinem Standpunkt aus die Dinge auf, der gerne schnell reich werden möchte und dem sich die Schwierigkeiten, diesen Willen zu erfüllen, zeigen. Doch reich zu sein, ist ein beliebter Wunsch, während der Staat Widerstände zu besiegen hat, wenn er die Einzelnen in der Untertänigkeit und im Dienste am Ganzen halten soll. Ein Armer kommt nach dem bekannten Bibelspruch eher in den Himmel: daß Staaten sich großhungern können, ist geschichtliche Erfahrung; geschichtliche Erfahrung ist aber auch, daß die Staaten zerfallen, in denen eine Volksschicht zu übergroßem Reichtum gelangt. Diese Staaten haben dann das große Problem, mit den Überschüssen der Wirtschaft fertig zu werden, nicht bewältigt.

Das „Recht auf Arbeit" ist die Lösung dieses großen weltgeschichtlichen Problems. Es ist im selben Maße eine politische wie eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Es ist in dem Grade eine gleichzeitig politische und wirtschaftliche Notwendigkeit, daß Politik und Wirtschaft hier ineinander übergehen. Das Kapital wird der Wirtschaft dienstbar und die Wirtschaft dem Volke: also auch der Politik.

Das Kapital hatte sich im ausgehenden Kapitalismus derart vom Staat emanzipiert, daß es nahegelegen hätte, das Kapital selbst zu bekämpfen. Wäre es unmöglich, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, dann müßte der Staat das Kapital als seinen Konkurrenten auch bekämpfen. Lieber das Preußen Friedrichs ohne große Reichtümer als Reichtum, der sich vom Staat emanzipiert hat und sinnlos geworden ist. Das Recht auf Arbeit ist aber so vernünftig und kommt den berechtigten Wünschen des Volkes derart entgegen, daß es auf diese seine Vernünftigkeit und auf die berechtigten Wünsche des Volkes gestützt werden kann: Seine Verwirklichung erscheint dann als die Geltendmachung eines Naturgesetzes in der Wirtschaft. Indem der Staat das Recht auf Arbeit einführt und garantiert, unterwirft er das Kapital einem Naturgesetz. Er ist dadurch der Notwendigkeit enthoben, das Kapital als Konkurrenten anzugreifen. Im Schlußkapitel des ersten Abschnittes wurde von der überragenden Stellung des Staates und den großen Möglichkeiten der nationalsozialistischen Politik gesprochen. Hier haben wir ein schlagendes Beispiel dafür! Müßte der Staat das Kapital als seinen Konkurrenten angreifen, stände er auf der gleichen Ebene wie das Kapital. Er könnte stärker sein und die größere Macht haben, aber wer mit einem anderen

konkurriert, steht eben nicht auf einer höheren Ebene als dieser andere. Das Recht auf Arbeit gibt dem nationalsozialistischen Staat eine höhere Ebene, als sie das Kapital hat. Er kann durch das Recht auf Arbeit das Kapital zwingen, dem Volke zu dienen, braucht ihm aber nicht selbst diesen Dienst zu befehlen. Er hat die Überlegenheit, eine Situation schaffen zu können, die das Kapital am Dienst für das Volk hält und braucht das nicht durch die Einsetzung seiner Polizei zu tun. Durch das Recht auf Arbeit verliert das Kapital die Möglichkeit, Konkurrent des Staates sein zu können und wird wirtschaftstechnisches Mittel der Politik. Der Staat steht nach der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit dem Kapital gegenüber wie der Mensch einer beherrschten Naturkraft. Die Naturkraft soll ihre volle Kraft behalten: der gute Ingenieur tut alles, damit keine Energien ungenutzt verlorengehen. Aber der Mensch ist der Naturkraft überlegen, für deren Lenkung er den Apparat besitzt. Die Wirtschaft mit dem verwirklichten Recht auf Arbeit ist der Apparat, mit dem der Staat die „Naturkraft" Kapital lenkt: und in dieser Weise ist er dem Kapital überlegen.

Weshalb durch das Recht auf Arbeit das Kapital der Wirtschaft dienstbar gemacht ist, bedarf nach den eingehenden Darstellungen Bernhard Köhlers keiner eingehenden Erörterungen mehr. Machen wir diesen Punkt daher kurz ab.

Im Kapitalismus hatte das Kapital die Macht, Arbeit zu schaffen. Es bestimmte nicht nur, welche Arbeit geschaffen werden sollte, sondern auch, ob Arbeit geschaffen werden sollte. Nicht die Auswahl der auszuführenden Arbeit war primär schädlich, sondern die Macht, die Arbeit einzuschränken. Erst dadurch, daß das Kapital Arbeit einschränken konnte, konnte es falsche Auswahlen der zu leistenden Arbeit treffen, und es kam dann dahin, daß das nur privatwirtschaftliche Gewinnstreben die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten übersah. Die Machtstellung des Kapitals war am größten, als die Arbeitslosigkeit am größten war, weil jeder ausgewählt sein wollte, arbeiten zu dürfen. Aber die Arbeitslosigkeit hat zugleich gezeigt, wie sinnlos die große Machtstellung des Kapitals ist. Es war dem Kapital nicht lieb, vor den Millionen nach Arbeit heischenden Händen zu stehen und einige wenige mit Arbeit zu begnaden. Denn diese Millionen waren auch Ausdruck der großen Krise und der Not des Kapitals.

Durch das Recht auf Arbeit wird dem Kapital die Macht genommen, zu bestimmen, wieviel gearbeitet wird. Das Recht auf Arbeit garantiert dem Volke, daß alle wirtschaftliche Leistungsenergie aus-

geschöpft wird. Die Wirtschaft ist der Transformator, der Arbeit in Verbrauch verwandelt. Sie hat nach der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit nicht darüber zu entscheiden, wieviel Arbeit in den Transformator hineinfließt, um in Verbrauch verwandelt zu werden. Wieviel Strom er in den Transformator hineinläßt, entscheidet der Elektriker und nicht die Bequemlichkeit des Transformators. Allerdings paßt der Elektriker den Transformator den gewünschten Leistungen an und konstruiert ihn entsprechend. An diesem Punkte muß das Gleichnis mit dem Transformator verlassen werden und der Sprung zu einem anderen Gleichnis gemacht werden: zum Tierkörper. Nicht das Tier bestimmt, was es bequem leisten möchte, sondern seinen Körper und seine Fähigkeiten bestimmt die Landschaft, in der das Tier heimisch ist. Von der Wirtschaft wird verlangt, alle Arbeit in Verbrauch zu verwandeln: dieser von außen, gleichsam von einer Landschaft, geforderten Leistung soll und muß die Wirtschaft ihren Körper anpassen. Sie muß sich Fähigkeiten schaffen, wie das Tier seine Sinne schärft und scharfe Sinne zu Eigentümlichkeiten seiner Rasse macht.

Daß viele Gewohnheiten der kapitalistischen Wirtschaft durch das Recht auf Arbeit über den Haufen geworfen werden, ist klar. Daß die Durchführung des Rechtes auf Arbeit einen Bruch mit der Entwicklungstendenz des Kapitalismus erfordert, ist ebenfalls klar. Die Entwicklungstendenz des Kapitalismus war, die Bestimmungsgewalt des Kapitals darüber, wieviel gearbeitet wurde, auszubauen. Der gesunde Kapitalismus, der nach Arbeitern suchte, um seine Arbeiten ausführen zu lassen, hat sich aber zu dem kranken Kapitalismus ausgewachsen, der die Arbeiter auf die Straße warf, und dessen Wirtschaftlichkeit darin bestand, den wertvollsten Besitz des Volkes, seine Technik und seine Arbeitskraft, zu verschwenden und unwirtschaftlich zu verwalten. Bequem wird es für die Wirtschaft nicht sein, aus der alten kapitalistischen Entwicklungsrichtung zum Abgrund in die neue zur Zukunft abzubiegen. Anstatt daß sie dem Leistungsstrom sein Gefälle und seine Massenwucht nehmen könnte, wird sie mit Leistung übergossen und muß mit ihr fertig werden. Sie wird wie ein Mühlrad ächzen und stöhnen, über das der nach der Schneeschmelze Hochwasser führende Bach läuft, oder wie die Muskeln schmerzen, wenn der Stubenhocker läuft. Aber durch Training stärken sich die Muskeln. Der entfesselte Leistungsstrom zwingt die Wirtschaft zu einem großen Training, damit sie später die Freude an der gewonnenen Kraft hat.

Etwas anderes ist es, ob zu dem Kapital derjenige, der Kapital gebraucht, kommt und bittet, oder ob das Kapital suchend wandert, um den zu finden, der Kapital gebraucht. Dieser psychologische Unterschied ist klar, weil er der Beobachtung naheliegt. Der Unterschied zwischen einer Wirtschaft, die den Umfang des Leistungsstroms bestimmen kann, und der anderen, die sich nach dem Leistungsstrom richten muß, liegt weniger nahe, und wird deshalb in seiner Bedeutung schwer erkannt. Es ist der den Gegensatz der Systeme darstellende psychologische Unterschied, ob der Kapitalist vor dem Geldsucher die Hände in die Taschen steckt, oder ob der Geldsucher den Anbieter von Geld mit in die Tasche gesteckten Händen anhört. Dazwischen liegt die Brechung der Zinsknechtschaft.

Die Erwerbslosigkeit war die Not des Volkes. Der Erwerbslose war vor die unmögliche Aufgabe gestellt, Arbeit zu finden. Das Recht auf Arbeit macht die Erfüllung dieser Aufgabe möglich. Die Aufgabe ist nach seiner Verwirklichung nicht mehr, Arbeit zu finden, sondern zu arbeiten und durch gute Arbeit aufzusteigen. Der Existenzkampf für den Arbeiter wird aus einem Kampfe, den zu führen seine Kräfte übersteigt, zu einem Kampfe gemacht, der seinen Kräften angemessen ist: und er kann sich den Kampf suchen, der seinen Kräften angemessen ist, weil mit dem Recht auf Arbeit auch der Wettkampf der Leistung frei ist.

Der Existenzkampf des Arbeiters kann nur auf diese vollständig neue Grundlage gestellt werden, wenn das auch mit dem Existenzkampf der Wirtschaft geschieht. Im selben Umfange, wie die Last des Arbeiters erleichtert wird, wird die der Wirtschaft erschwert. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Last der Wirtschaft in der Krise gering gewesen wäre. Aber die Sorge um den Betrieb mag noch so groß sein: schlimmer war die Lage des Erwerbslosen, der keine Aussicht auf Arbeit sah. Erst wenn der Betrieb Bankrott gemacht hatte, war der Existenzkampf des früheren Betriebsführers so schwer wie der des entlassenen Arbeiters. Das Recht auf Arbeit stellt für Arbeiter und Betriebsführer die Gleichheit der Grundlage des Existenzkampfes her. Wirtschaftet er schlecht, so trägt nicht erst der Arbeiter die Kosten und dann er selber. Der Arbeiter findet neue Arbeit, sein Betrieb aber geht zugrunde. Jeder ist wie der Arbeiter dem Leistungswettkampf ausgesetzt und kann sich hinter keine Kartelle usw. verschanzen. Er wird auch nicht subventioniert, damit „er keine Arbeiter zu entlassen braucht". Diese Möglichkeit, die Sorge des Staates für die Arbeiter auszunützen, um den Folgen schlechter Wirtschaft auszuwei=

chen, fällt weg. Kann der Unternehmer das durchschnittliche Leistungsmaß nicht aufbringen, sackt er ab. Er hat es nicht mehr in der Hand, selbst das durchschnittliche Leistungsmaß festzusetzen, wie er es im Kartell getan hat. Der kartellierte Unternehmer verlangte vom Käufer, durch hohe Preise die Leistung aufzubringen, die er selbst nicht aufzubringen vermochte. Damit sein „Kapital erhalten" werde, wurde der Käufer belastet. Alle diese vom Unternehmer errichteten Schutzwehren seiner Existenz werden niedergerissen vom voll entfesselten Leistungsstrom. Das Kapital wird eben nicht erhalten, indem die Preise hochgehalten werden durch Erzeugungseinschränkung, die Arbeiterentlassung ist. Das ist ein Beispiel dafür, wie durch das Recht auf Arbeit der Existenzkampf in einen Leistungskampf verwandelt wird, der für Unternehmer und Arbeiter gleich schwer ist. Vom Unternehmer wird höhere Leistung gefordert, weil er durch keine Kartelle die Last für die Erhaltung seines Kapitals und Betriebes auf Arbeiter und Käufer abwälzen kann. Dadurch wird die Last des Arbeiters erleichtert.

Das Recht auf Arbeit verwandelt also den bisherigen Existenzkampf in einen Leistungskampf. Es ist schon im höchsten Grade ungerecht, wenn einem Teil des Volkes das Leben leichter gemacht wird als dem anderen. Unhaltbar und staatsgefährlich wird diese Ungerechtigkeit dann, wenn die Erschwerung des Lebens des einen Volksteils die unmittelbare Folge davon ist, daß der andere seinen Lastenanteil verringern konnte. Was soll man sagen, wenn auf der einen Seite Millionen von Volksgenossen nicht das Notwendigste haben und nicht arbeiten dürfen, während auf der anderen Seite, z. B. durch Ankäufe von Produktionsquoten in der Zementindustrie, dafür bezahlt worden ist, daß nichts geleistet wurde! Ein schlimmeres Anzeichen für offenbare Stagnation als den Quotenhandel gibt es nicht. Der Kapitalismus mag für die Kartelle, den Quotenhandel usw. noch so viele wirtschaftliche Gründe anführen; das alles widerspricht der Gerechtigkeit, die in einem Staate nun einmal herrschen muß, wenn der Staat gesund sein will. Das richtig durchgeführte Recht auf Arbeit macht alle diese Erscheinungen hinfällig.

Dadurch, daß für alle die gleiche Grundlage für ihre wirtschaftliche Betätigung hergestellt wird, wird der Klassenunterschied wesentlich abgetragen. Dem Arbeiter gelang im ausgehenden Kapitalismus der Aufstieg nur in seltensten Fällen, weil er um seine Existenz kämpfen mußte, aber nicht mit seiner Leistung kämpfen konnte. Die Klassenunterschiede beruhen nicht darauf, daß es verschiedene Abstufungen des

Einkommens gibt: sie sind dann da, wenn die Zugehörigkeit zu der einen Schicht allein schon ein höheres Einkommen sichert, während die Zugehörigkeit zu einer anderen Schicht allein schon zu geringem Einkommen oder Arbeitslosigkeit verdammt. Im selben Maße, als auf die Leistung gesehen wird, verliert die Zugehörigkeit zu bestimmten Schichten ihre Bedeutung für die Einkommensbildung. Wird nur auf die Leistung gesehen, bestimmt die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht in keiner Weise mehr das Einkommen, und die Klassengegensätze sind verschwunden. Es gibt dann allerdings noch Abstufungen im Einkommen, die aber nicht von der Geburt, sondern von der Leistung abhängen. Gehen Unternehmungen zugrunde, dann bröckelt nach der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit nicht die Wirtschaft ab, weil ja trotz des Ausfalles eines Betriebes ebensoviel gearbeitet wird, wie vor ihm. Dadurch, daß ein Betrieb zugrunde geht, wird Raum für einen neuen geschaffen: für das Wachstum eines Betriebes, mit dem ein Volksgenosse aufsteigt. Der Fall aus einer Schicht in eine tiefere darf nicht aufgehalten werden, weil damit zugleich der Aufstieg eines anderen aus einer tieferen Schicht in eine höhere niedergedrückt wird. Zwischen den verschiedenen Schichten muß ein möglichst starker Fluß bestehen, damit sie nicht in Klassen erstarren.

Selbstverständlich bedeutet es einen gewissen wirtschaftlichen Verlust, wenn ein Betrieb zugrunde geht. Aber der Schluß, diesen Verlust vermeiden zu wollen, ist absolut falsch. Diese Verluste müssen getragen werden, damit die Wirtschaft nicht erstarrt und damit in der erstarrten Wirtschaft keine Klassen sich festigen. Wenn man will, kann man diese Verluste als die Kosten dafür betrachten, daß die Einkommen nur auf die Leistung gestellt sind. Im selben Umfange, als die gute Leistung ihren vollen Preis erhält, muß die schlechte Leistung den vollen Preis bezahlen. Einen Kompromiß gibt es nicht: er würde ungerecht sein und auf Kosten der guten Leistung gehen.

Stellt man sich diesen Verlust durch den Zerfall von Betrieben als sehr groß vor, dann sagt man doch nichts anderes, als daß man den jetzigen Betriebsführern nicht viel zutraut, mit anderen Worten: daß man sie nicht für tauglich hält. Aber dann müssen sie doch verschwinden! Und ein besseres Auswahlprinzip, welche verschwinden müssen, gibt es nicht, als eine Betriebsführerstellung von ihrer Leistung abhängig zu machen. Oder soll der Staat durch Beamte entscheiden, wo der Betrieb erhalten und der Führer gewechselt werden soll? Über die Leistung eines anderen zu Gericht sitzen kann nur

der, der mit höheren Leistungen aufwarten kann. Damit diese Beamten gerecht urteilen, müßte der Staat die fähigsten Unternehmernaturen aus der Wirtschaft herausholen. Damit verlöre die Gesamtheit wesentlich mehr, als wenn einige Betriebe zugrunde gehen.

Es ist notwendig, daß Betriebe zugrunde gehen können. Die Verluste dadurch werden mehr als aufgewogen, weil sich jeder Betriebsführer dann gegen den Untergang durch erhöhte Leistung wehrt. Er ist dann gezwungen, die fähigsten Köpfe zu Mithelfern heranzuziehen. Als das Kapital gesichert zu sein glaubte, da konnten die höheren Stellen besetzt werden mit Leuten aus der Verwandtschaft oder aus der studentischen Verbindung. Die Volksgesamtheit hat den größten Vorteil, wenn diese Stellen nur mit den Fähigsten besetzt werden. Damit wird die Bahn für den Tüchtigen frei. Es ist leichter, daß ein fähiger Arbeiter nach seinem Aufstieg sich die guten Manieren angewöhnt, auf die es im übrigen gar nicht ankommt, als daß jemand mit guten Manieren sich die Fähigkeiten für die durch diese guten Manieren erlangte Stellung angewöhnt. Auf diese Fähigkeiten kommt es aber an.

Das Recht auf Arbeit wandelt den Existenzkampf in einen Leistungskampf um, indem es das Schwergewicht vom Kapital auf die Arbeit schiebt. Das Kapital ist vorgetane Arbeit, zu Mitteln gewordene Arbeit. Das Kapital als Mittel zur Arbeit hat nur Zweck, wenn mit ihm gearbeitet wird. Wer einen Hammer kauft, will damit arbeiten, ihn aber nicht auf die Kommode neben die Kristallschale stellen, um ihn zu schonen. Dieses Kunststück hat der Kapitalismus fertiggebracht. Er bewertete das Kapital höher als die Arbeit, obwohl es seinem Wesen nach nur Mittel zur Arbeit sein kann. Er stellte die vorgeleistete Arbeit, die Arbeit der Toten also, über die lebendige Arbeit. Ohne sich dessen bewußt zu sein, betrieb er einen Totenkult. Die Lebenden den Toten aufzuopfern, war etruskische Manier. Das Kapital wurde auf die Kommode gelegt und mit einem Glassturz geschützt: gegen den Einsatz.

Diesen Glassturz zertrümmert das Recht auf Arbeit. Der Nationalsozialismus wartet nicht, bis das Kapital geruht, Arbeit zu schaffen. Er läßt nicht zu, daß es keine Arbeit schafft, weil kein Einsatz ihm mehr sicher genug zu sein scheint. Er schafft selber Arbeit, und das Recht auf Arbeit schließt stetige Arbeitsbeschaffung durch den Staat in sich ein. Das Kapital kann sich ausschließen: dann ist es aber kein Kapital mehr, sondern Geld, das verzehrt wird. Die moderne Technik ist fähig, an die Stelle einer untergehenden Produktionsstätte eine

neue zu setzen, wenn sie nur frei ist. Durch das verwirklichte Recht auf Arbeit ist die Technik frei. Dem Kapital ist die Macht genommen, die Entfaltung der Technik zu bremsen, um sich selbst zu erhalten. Es kann sich nicht sichern, sondern ist zum Einsatz gezwungen, um sich zu erhalten. Es muß sich bewähren gegenüber dem durch die Arbeitsbeschaffung hergestellten Leistungsstandard. Das Recht auf Arbeit schafft mit der vollen Entfaltung aller Leistungsenergien die Überflußwirtschaft. Die bringt auch einen Überfluß an Kapital. Das Kapital, das sich nicht anbietet, sondern sich nur schützen will, ist dann überflüssiges Kapital, auf das es nicht ankommt.

Dem Kapital wird in keiner Weise verboten, sich schützen zu wollen. Ein solches Verbot läßt sich auch nicht formulieren, weil keine Formulierung den Unterschied ausdrücken kann zwischen dem bisherigen Schutz des Kapitals gegen die Wirtschaft und den notwendigen Schutzbestrebungen für die Wirtschaft: Eine Formulierung des in Rede stehenden staatlichen Verbotes ist nicht möglich, die Raum läßt für die nötige Vorsicht beim Kapitaleinsatz. Ein Verbot an das Kapital, sich selbst zu schützen, würde notwendig der Zwang für das Kapital sein, sich in die waghalsigsten Geschäfte einzulassen. Das Verbot, sich zu schützen, würde leicht der Zwang zum Selbstmord werden. Aber das Recht auf Arbeit schafft eine sachliche Situation für das Kapital, in der es den Einsatz suchen muß und die ihm doch Raum läßt, dabei die auch volkswirtschaftlich notwendige Vorsicht walten zu lassen. Sich richtig einzusetzen, ist die Leistung des Kapitals. Die vom Recht auf Arbeit geschaffene sachliche Situation überläßt dem Kapital selbst die Entscheidung zwischen Zurückhaltung und Einsatz, die vor dem richtigen Einsatz getroffen werden muß, also die Entscheidung, die in keinem Verbot des Selbstschutzes des Kapitals formuliert werden kann.

Das Recht auf Arbeit zieht die Folgerung aus der Krise. Als das Kapital seinen Selbstschutz übertrieb, ging die Wirtschaft zugrunde und das Kapital verdunstete doch. Das Recht auf Arbeit macht die Wirtschaft unabhängig von den Selbstschutzbestrebungen des Kapitals. Wenn das Kapital seinen Selbstschutz übertreibt, geht nicht die Wirtschaft, sondern nur dies Kapital zugrunde. Das ist die einfachste Formel, um den Unterschied der Stellung des Kapitals im Kapitalismus und in der Wirtschaft mit dem verwirklichten Recht auf Arbeit auszudrücken.

Die Wirtschaft, in der das Kapital sich schützte, wird also verwandelt in eine Wirtschaft, in der das Kapital nach dem richtigen Einsatz sucht. Aus dem Tabernakel, in dem es als heilig verehrt

wurde, muß es heraustreten und der Wirtschaft dienen. Daß dieser Weg ihm ein schwerer Weg ist, ist menschlich verständlich. Es hilft nichts: Er muß gegangen werden. Oben wurde von dem Druck gesprochen, den die Wirtschaft aushalten muß, wenn der gesteigerte Leistungsstrom sie überspült. Dieser wird so stark sein, als die Zaghaftigkeit des Kapitals groß ist: als ihm der Weg aus dem Tabernakel schwer fällt. Es muß sich wieder daran gewöhnen, Risiken zu übernehmen. Bisher hat ihm der Nationalsozialismus diese Gewöhnung leicht gemacht. Er hat sehr viel Rücksicht genommen auf seine Risikoscheu. Aber das geht nur bis zu einer gewissen Grenze: bis die durch die Arbeitsbeschaffung entfesselte Leistung verlangt, vom Kapital in Bewegung gesetzt zu werden. Das ist dann der Punkt, wo zur Entscheidung steht, ob das Kapital sich einsetzt, um diese Leistung zu bewegen oder nicht.

Der eingefleischte Kapitalist mag alle diese Äußerungen für kapitalfeindlich halten. Wenn das Verlangen, daß das Kapital sich einsetzen soll, kapitalfeindlich ist: gut, dann sind diese Ausführungen eben kapitalfeindlich, weil sie nicht kapitalistisch sind. Dem Nationalsozialismus ist früher oft Kapitalfeindlichkeit vorgeworfen worden. Er ist nicht kapitalfeindlich, sondern gerecht. Kapitalfeindlichkeit ist Unsinn. Vorgeleistete Arbeit, und das ist Kapital, ist immer gut. In einer blühenden Wirtschaft geht es dem Kapital besser als in einer daniederliegenden. In der Überflußwirtschaft des deutschen Sozialismus wird die Furcht vor einer Krise hinfällig. Dadurch, daß dem Kapital seine Machtstellung, zu bestimmen, wieviel gearbeitet wird, genommen wird, wird es von den Folgen dieses Bestimmungsrechtes, den Krisen, befreit. Es erhält die denkbar sicherste Rechnungsgrundlage. Eine gesichertere Rechnungsgrundlage als den deutschen Sozialismus, die die Krisen ausschließt, kann es nicht geben. Die Furcht vor dem Krisenschub wird der Wirtschaft genommen. Dann ist die Grundlage für den Wagemut verantwortungsfreudiger Männer geschaffen. Auf dieser Grundlage erwachsen auch wagefreudige Männer im Aufstieg von unten. Die krisenfreie Wirtschaft zu schaffen, ist eine politische Notwendigkeit. Selbst wenn der Nationalsozialismus so kapitalfreundlich wäre, daß er dem Kapital seine übertriebenen Selbstschutzbestrebungen zugestände, könnte er das aus politischen Gründen nicht. Schlimme Lagen, in denen ein Volk gewesen ist, sind dem Volke unerträglich. Eine Regierung, die es wieder in die gleiche schlimme Lage bringt, gefährdet sich auf das ernstlichste.

Der Führer hat den deutschen Friedenswillen so oft betont, weil er

mit dem deutschen Volke nach dem Weltkrieg weiß, was Krieg ist. Nach den Erfahrungen der Inflation ist eine neue Inflation untragbar. Nach der Krise ist eine neue Krise politisch unerträglich. Wenn die Wirtschaftskrise endgültig überwunden ist, dann denkt das deutsche Volk mit ähnlichen Gefühlen an sie zurück wie an den Weltkrieg und die Inflation.

Der Sinn des Rechtes auf Arbeit ist in erster Linie politisch. Die nationalsozialistische Politik hat seine Verwirklichung als ihr wirtschaftspolitisches Ziel erklärt. Der Führer hat das am 1. Mai 1933 getan, als er der Erwerbslosigkeit den Kampf ansagte.

Das Recht auf Arbeit erspart der Politik den Kampf mit dem Kapital. Nach der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit kann der Reichtum endgültig nicht mehr gegen den Staat auftreten oder eine eigene Ideologie entfalten, die den Mythos, auf dem der Staat beruht, rosten und seinen Glanz verlieren läßt.

Denn das Kapital wird gezwungen, sich anzubieten. Die Möglichkeit, Macht auszuüben, ist ihm genommen. Es besitzt nur dann Macht, wenn es die Menge, in der Arbeit zum Einsatz kommen soll, bestimmt. Aber das kann es nicht mehr, weil der Staat dafür sorgt, daß alle beschäftigt sind. Entweder bietet sich das Kapital an, oder es wird aus der Wirtschaft gedrängt: die aus der vom Staate geschaffenen Arbeit sich ergebenden Leistungsüberschüsse treten an die Stelle dieses sterilen Kapitals, das ja auch Leistungsüberschuß ist. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfange das Kapital sich nicht anbietet und mit seiner bisherigen Tradition, keine Risiken einzugehen, nicht bricht. Ist der Umfang des sich nicht unter voller Übernahme des Risikos anbietenden Kapitals groß, dann wird der Staat es dazu zwingen. Denn Kapitalbesitz ist kein Recht, sondern eine Verpflichtung. Das ganze Volk mußte arbeiten, damit diese Leistungsüberschüsse erzielt werden konnten. Das ganze Volk hat infolgedessen auch ein Recht, daß diese Leistungsüberschüsse nicht aus der Wirtschaft gezogen werden.

Zum ersten Male in der Weltgeschichte kann der Staat durch die Einführung des Rechtes auf Arbeit mit den Leistungsüberschüssen der Wirtschaft wirtschaftlich fertig werden. Er braucht sie nicht mehr in Pyramiden zu verbauen. Er braucht keine Kriege mehr zu führen, um Krisen zu vermeiden: der Eintritt einer Macht in den Krieg, damit der Krieg die Lager räumt und sichere Abnehmer schafft, ist die Karikatur des alten Roms und des Preußens Friedrichs, die durch ihre Kriege die Leistungsüberschüsse der Wirtschaft fruchtbar gemacht

haben. Durch das Recht auf Arbeit werden ihre Leistungsüberschüsse der Wirtschaft nicht entzogen, sie können ihr belassen werden, ohne daß die daraus angesammelten Reichtümer dem Staate zu schaden vermögen.

Das alles ermöglicht die Technik. Denn die Technik macht die Arbeit so ungeheuer ergiebig, daß die vorgeleistete Arbeit ihr Übergewicht gegenüber der möglichen lebendigen Arbeit verloren hat. Einen Riesendampfer zu bauen erfordert heute einen angesichts der Erzeugungskräfte geringeren Leistungsaufwand, als es zur Zeit der Hansa der Bau einer Kogge getan hat. Wir sehen, mit welcher Schnelligkeit heute die großen Bauten aus Beton und Eisen ausgeführt werden und in die Höhe schießen. Ein Bau, an dem ein Jahr gebaut wird, ist wirtschaftlich etwas anderes als der Bau gleichen Ausmaßes, für dessen Errichtung zwanzig Jahre gebraucht wurden. In der Wirtschaft werden Leistungen mit Leistungen verglichen: und es wird klar, daß durch die gewaltige Steigerung der Ergiebigkeit der Leistung die vorgeleistete Arbeit, das Kapital, entwertet wird.

Daß dem so ist, haben wir in der Krise gesehen. Die Stillegung der Werke symbolisierte, daß die Produktionsmöglichkeiten die vom kapitalistischen System gebotenen Absatzmöglichkeiten überschritten hatten. Um das Kapital vor der Technik zu schützen, wurde die Erzeugung eingeschränkt. Die mögliche Arbeit wurde eingeschränkt, um die vorgeleistete Arbeit in ihrem Wert zu erhalten. Damit ist doch klar ausgedrückt, daß die mögliche Arbeit der vorgeleisteten Arbeit ihren Wert nehmen kann. Die Werke, die stillgelegt wurden, damit die Verluste begrenzt blieben, verloren trotzdem an Wert. Die Börse war sehr betrübt darüber. Es ist aber viel besser, die Aktienkurse sinken deshalb, weil der volle Einsatz der Technik eine Überproduktion ergibt, die dem Verbrauch zugeleitet wird, als deshalb, weil die Überproduktion vermieden wird durch Stillegung von Werken.

Das Kapital ist sogar auf dem Wege, seinen materiellen Charakter zu verlieren und geistigen Charakter anzunehmen. Es besteht immer weniger in der sachlich vorgeleisteten Arbeit, deren Ausdruck das Gold war, und immer mehr aus der vorgeleisteten geistigen Arbeit, deren Ausdruck das Patent ist. Auch das ist an Tatsachen abzulesen: eine Maschine verliert an Wert, wenn eine neue Maschine erfunden worden ist. Die Maschine des veralteten Verfahrens ist nicht materiell, sondern geistig schlechter geworden. Wichtiger als der aufgebaute Produktionsapparat sind die Menschen, die ihn bedienen können, ist die technische Erfahrung und sind die Verfahren. Um die

Erfahrungen zu sammeln und die Verfahren zu entwickeln, haben wir Jahrhunderte gebraucht. Wie schnell sich mit den Verfahren Industrien aus dem Boden stampfen lassen, haben wir seit dem Kriegsende erfahren. Wichtiger als unser Produktionsapparat, den Völker anderer Rasse und anderer Geschichte abschreiben und nachahmen können, ist die Geschichte und das Leben der Rasse, die die durch diesen Produktionsapparat ausgewerteten Verfahren gezeitigt hat: die Instinktnähe zur Technik. Die Rasse, für die die Technik Ausdruck ihrer Dynamik ist, ist auch dynamisch genug, die Technik jenseits des Kapitalismus dem Volke dienstbar zu machen und in einer neuen Wirtschaft wieder wirtschaftlich werden zu lassen. Die technischen Verfahren kann man nachahmen. Nicht nachgeahmt werden können die Methoden, mit denen ein Volk, aus dessen Rassengeist die Technik geboren wurde, diese Technik in der neuen Wirtschaft ergreift. Bei uns kann sich der Ring schließen: Geist der Rasse — Technik — Volk. Der Bolschewismus, der auf Gewalt und Formeln beruht, kann nachgeahmt werden, der Nationalsozialismus aber nicht, der sich auf ein Rechtsempfinden, das nur dort ist, wo es lebendig ist, und auf ein Lebensgefühl, das sich nicht beschreiben und auf keine Formel bringen läßt, gründet. Die Technik war schöpferisches Wachstum, das in Formeln niedergeschlagen werden konnte. Die neue Wirtschaft aber, in der die Wirtschaft und die Technik dem Volke dienstbar sind, hat ihr Wesen nicht in den äußeren Einrichtungen, sondern im lebendigen Leben des Volkes, das die Wirtschaft und Technik ergriffen hat. Werden ihre äußeren Einrichtungen nachgeahmt, so sind sie dort sinnlos, wo das lebendige Leben fehlt, deren Ausdruck sie sind. Dieses lebendige Leben, das sich die neue Wirtschaft schafft und dieser Lebendigkeit und damit dem Volke dienstbar ist, ist mehr als der sachliche Produktionsapparat.

Und der Sachwalter dieser Lebendigkeit ist der nationalsozialistische Staat. Der Staat ist es auch, der durch das Recht auf Arbeit die mögliche Arbeit zum Einsatz bringt, durch deren ungeheuere Ergiebigkeit die vorgeleistete Arbeit, das Kapital, seine Macht verloren hat. Der Staat ist auch der Repräsentant des Volkes, das die technische Erfahrung hat, und das die technischen Verfahren kennt, die mehr wert sind als die sachlich vorgeleistete Arbeit, das Sachkapital und der Produktionsapparat. Indem der Staat mit dem Recht auf Arbeit alle mögliche Arbeit zum Einsatz bringt, bringt er alle diese durch die Technik begründeten Überlegenheiten über das Sachkapital zum Einsatz. Diesen Überlegenheiten gegenüber kann das Sachkapital nicht

revoltieren: es ist in der von Bernhard Köhler beschriebenen Weise der vom Staate gewollten, der dem Volke dienenden Wirtschaft, dienstbar.

Die Leistungsüberschüsse haben einen neuen Charakter bekommen. Früher war die Sorge des Staates, mit ihnen fertig zu werden, damit der Reichtum den Mythos des Staates nicht unterhöhle. Jetzt läßt der Staat Leistungsüberschüsse in höchstmöglichem Maße entstehen, indem er das Recht auf Arbeit verwirklicht. Diese Leistungsüberschüsse sind eine Last der Wirtschaft, die sie bewegen muß. Aus der weltgeschichtlichen Tatsache, daß Arbeit nicht knapp, sondern im Überfluß vorhanden ist, zieht der nationalsozialistische Staat zuerst die politische Folgerung, damit sie ihre wirtschaftliche Auswirkung habe: Den Wohlstand aller.

*

Am Ausgang des Kapitalismus hieß es nicht nur Wirtschaft oder Technik, sondern auch Wirtschaft oder Arbeit. Wird die Technik einem Ordnungsplan der Wirtschaft untertan gemacht, dann ist ihr auch die Arbeit untertan. Im selben Maße als die Technik frei ist, ist auch die Arbeit frei. Der Nationalsozialismus befreit die Arbeit. Nicht die Arbeit ist von der Wirtschaft abhängig (Kapital schafft Arbeit!), sondern die Wirtschaft ist von der Arbeit abhängig (Arbeit schafft Kapital!). Damit wird die alte Mangelwirtschaft zur Überflußwirtschaft.

Diese Überflußwirtschaft steht noch jenseits aller unserer Vorstellungen. Wir haben unsere bisherigen Erfahrungen so ausschließlich in der Mangelwirtschaft gemacht, daß wir keine Anhaltspunkte haben, uns die Überflußwirtschaft überhaupt vorstellen zu können. Wenn jemand aus unseren Breiten in die Tropen reist, weiß er wohl, daß dort die Sonne heißer brennt, genau wie wir wissen, daß wir in der Überflußwirtschaft reicher werden. Daß aber alles in den Tropen anders ist und daß er seine in unserem Klima gezüchteten Gewohnheiten umwerfen muß, das kann der Tropenreisende sich vor der Erfahrung nicht vorstellen.

Die ungeheure, in unserer Vorstellungsfähigkeit nicht zu überbrückende Spannung zwischen der jahrtausendealten Mangelwirtschaft und der kommenden Überflußwirtschaft muß der Staat durch seine Politik bewältigen. Seine Politik kann nicht nur kühn sein, sondern sie muß es sein. Jeder Mangel an Kühnheit ist ein unnötiges Haften an der alten Mangelwirtschaft und ein unnötiges Hinaus-

schieben der Zukunft. Zu Alexanders Zeiten war es möglich, Persien zu erobern. Zu Cäsars Zeiten war die Zeit für das Kaisertum in Rom reif. Unsere Zeit ist reif für wirtschaftspolitische Erfolge, die ebenso gewaltig sind wie die Erfolge Alexanders und Cäsars. Auch sie erfüllen unvorstellbare Möglichkeiten.

Unsere Leistungsenergien sind noch nicht im entferntesten ausgeschöpft. Daß sie nicht ausgeschöpft sind, liegt an den Fehlern des kapitalistischen Systems. Es ist ein falscher Zustand, daß sie brachliegen. Alles, was der Staat tut, diese Brache zu bebauen, muß fruchtbar sein. Es muß immer nützlicher sein, daß gearbeitet wird, als daß nicht gearbeitet wird. Der Staat kann, um alle Leistungsenergien zum Ansatz zu bringen, zwar Fehler machen. Aber diese Fehler lassen sich alle leicht korrigieren. Denn auch wenn er Fehler macht, in der Art, wie er Leistungsenergien zum Ansatz bringt, so bringt er doch Leistungsenergien zum Ansatz, und das ist immer besser, als wenn er sie auf dem Misthaufen liegen ließe, wo sie verfaulen. Selbst die Fehler in der Art, der Leistung Spielraum zu geben, sind heute produktiv.

Der Staat ist in genau entgegengesetzter Lage, als sich der ausgehende Kapitalismus befindet. Was der auch immer tut, ist falsch und unfruchtbar: er tut am besten gar nichts. Alles, was der nationalsozialistische Staat für die Wirtschaftsbelebung tut, ist fruchtbar: der einzige schwere Fehler, der von ihm zu machen ist, ist der, nichts oder wenig zu tun und zaghaft zu handeln.

Der ausgehende Kapitalismus glaubte die Auswirkungen der von ihm ergriffenen Maßnahmen überblicken zu können. So investierte er und nahm Auslandsanleihen, nachdem er sich von der Rentabilität dieser Schritte überzeugt zu haben glaubte. Seine Überzeugung war trügerisch. Der nationalsozialistische Staat kann darauf verzichten, die Auswirkung jeder Maßnahme genau berechnen zu wollen. In einer Schlacht weiß man nie, welchen Erfolg ein Angriff hat. Der Sieg hängt von den Imponderabilien ab, und die hießen einst: Alexander und das Perserheer. Friedrich der Große griff gegen die Regeln der Kriegskunst an und siegte deshalb um so überwältigender. Was an den arbeitsbeschaffenden Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates unberechenbar ist, ist der Schritt zum deutschen Sozialismus und zur Überflußwirtschaft hin. Der entzieht sich den Berechnungen, die doch nur aus dem Denken und den Erfahrungen heraus angestellt werden können, die wir haben: aus den in der kapitalistischen Wirtschaft gemachten und gewohnten. Als Schritt zur

Überflußwirtschaft, die über aller bisherigen Erfahrung steht, kann die Auswirkung der arbeitsbeschaffenden Maßnahmen gar nicht berechnet werden, weil wir keine Vorstellungsbilder von der Überflußwirtschaft haben.

Jedesmal in der Geschichte ist es so, daß die Menschen in der Zeit eines neuen Entwicklungsansatzes nicht wissen, wie die ausgereifte Entwicklung aussieht. Kopernikus hatte keine Ahnung von der ungeheuren Reichweite der Naturwissenschaften, die durch ihn zuerst gesprochen haben. Die englischen Puritaner ließen sich nie träumen, zu welcher Gestalt der Kapitalismus, den sie begründet haben, heranwachsen würde. Als Cromwell die Schiffahrtsakte erließ, dachte er nicht an Indien, aber Indien war die Konsequenz der Schiffahrtsakte. Das Kind weiß nie, welcher Mann es sein wird. Die Anlagen des Kindes werden wach im Mann. Die rassische Dynamik äußert sich am Beginn einer neuen Entwicklungsepoche, und im Ablauf der Entwicklung entfaltet sie sich.

Der Unterschied der neuen, vom Nationalsozialismus eröffneten Entwicklungsepoche zu allen anderen ist der, daß früher diese Entwicklungen jenseits des Staates standen. Der Staat folgte der Entfaltung der rassischen Dynamik, aber er trug sie nicht: mit den einzigen Ausnahmen Rom und Preußen. Auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Technik, der kapitalistischen Wirtschaft waren Einzelne Träger der rassischen Dynamik. Jetzt ist es die nationalsozialistische Bewegung und ihr Sachwalter Staat. Die rassische Dynamik bedient sich zu ihrer Entfaltung der großen Organisation Staat. Das ist die Weihe des neuen Nationalismus. Daraus, daß die rassische Dynamik zu ihrem Träger den Staat ausgewählt hat, folgt, daß dieser genau die gleiche Kühnheit entfalten darf, wie es einst die Naturwissenschaftler, Techniker und Wirtschaftler getan haben, als sie Neuland betreten und bebaut haben. Zugleich folgt daraus, daß die innere Fülle und Befriedigung, die die einzelnen Naturwissenschaftler, Techniker und Wirtschaftler hatten, als sie, der rassischen Dynamik folgend, Neuland betraten, jetzt, wo der Staat Träger dieser Dynamik ist, zu einer inneren Fülle und Befriedigung des Volkes werden wird. Die ungeheuren Möglichkeiten, die der Staat hat, sind Anforderungen an seine Politik. Das deutsche Volk ist bis zum Bersten angefüllt von Energien. Wenn der Staat sie nicht lenkt, branden sie an gegen den Staat. Welchen Phantastereien würden die von Preußen im Siebenjährigen Kriege als vorhanden bewiesenen Energien zur Zeit der

Französischen Revolution nachgejagt sein, wenn Friedrich ihnen keinen Spielraum in diesem Kriege geschaffen hätte!

Während des Aufbaues des deutschen Sozialismus wird sich eine Umwertung der Werte vollziehen, die genau so radikal ist, als sich die Überflußwirtschaft von der Mangelwirtschaft unterscheidet. Diese Umwertung besteht darin, daß das Rad sich dreht, und der dynamische Mensch über den statischen gehoben wird. Im Kapitalismus und seiner stagnierenden Kultur, über die Nietzsche den Bannfluch schon ausgesprochen hat, bestimmte der Bürger und Spießer. Die Kultur in den letzten fünfzig Jahren war zuerst braves Spießertum und dann exaltiertes Spießertum. Die Lebensgewohnheiten der Spießer werden gebrochen. Das hat ebenso kulturelle wie wirtschaftliche Folgen. Zuerst sei der Blick auf eine wirtschaftliche Folge dieser Umwertung geworfen.

Wir Deutsche haben meist mit einem gewissen Stolz darauf geblickt, daß es uns nicht auf die Bildung kleiner Vermögen angekommen ist, wie im Frankreich des Rentnerideals, sondern auf Erhöhung des Einkommens durch die Technik. Besitz macht eng: Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört. Ein Volk, das eine Fahne hat, ist stark. Die Stärke des Volkes abhängig machen wollen davon, daß jeder einen Besitz hat, ist Materialismus. Wer die Fahne verteidigt, verteidigt etwas, was größer ist als er selber. Nur dafür kann man würdig sterben. Wer seinen Besitz verteidigt, verteidigt etwas, was kleiner sein müßte, als er selber ist. Und ist er nicht größer als sein Besitz, wie klein muß er dann sein! Er sichert diesen Besitz auch gegen das eigene Volk: und wir hätten im großen das Schauspiel, das der ausgehende Kapitalismus bot, der den Besitz sichern wollte und ihn deshalb nicht einsetzte. Es ist immer so gewesen, daß der Besitz in Konkurrenz mit dem Ideal tritt. Besitz als Verpflichtung: gewiß! Aber der Besitz muß noch zu einer Verpflichtung gemacht werden. Deshalb darf jetzt der Blick nicht auf den Besitz und den Kleinbesitz gelenkt werden, sondern er muß auf das Große fallen: das Reich. Ein Reich, das jedem einen Kleinbesitz schaffen will — und das geht nur durch Planwirtschaft —, wird auch bald nur als Garant des Kleinbesitzes gesehen. Dann ist es weniger als der Besitz.

Bringt die Wirtschaftspolitik dagegen die Technik zu vollster Entfaltung, wird ein guter Strom entfesselt, der alle Einzelleistungen auf seinem Rücken trägt. Dann sind die Besitzreserven unnötig. In diesem Falle wird sich Kleinbesitz von selber bilden. Aber das ist

etwas ganz anderes, als ob die Wirtschaftspolitik auf Bildung von Kleinbesitz ausgeht und von diesem Willen her die Wirtschaft regelt. Indem die Wirtschaftspolitik die Technik entfaltet und grundsätzlich auf die Entfaltung der Technik ausgeht, ist die Idee des Reiches auch mit der Technik verbunden. Indem alle auf dem Güterstrom schwimmen, sind sie durch den Güterstrom verbunden, und ihr Augenmerk ist gerichtet auf die Technik, die den Güterstrom schafft. Sie stehen dann nicht auf dem Besitz, und die Sicherung ihrer Existenz ist nicht handnah und unmittelbar, sondern sie liegt dann beim Reiche, das der Technik freie Bahn schafft. Die Existenz ist nur mittelbar gesichert, aber dafür wird das Denken und Empfinden weiter — und freier und größer. Der geistig-seelische Charakter, den die Technik hat, kommt in aller Leben. Alle schwingen seelisch in der Technik, wie sie materiell auf dem Güterstrom schwimmen, aber sie stehen nicht hinter dem Zaun ihres Besitzes und schauen, vom Zaun geschützt, auf Technik und Reich.

Durch das Recht auf Arbeit wird die Entscheidung getroffen, daß die Technik nicht da ist, um Besitz zu schaffen, und dann die Wirtschaft, um den Besitz zu sichern, sondern daß die Technik das Primäre ist, und daß die Wirtschaft die Folge der Technik und dazu da ist, den Güterhaufen von der Maschine fortzuräumen, um einem neuen Platz zu machen. Er muß schnell weggeräumt werden, und die mit vollen Armen fortgenommenen Güter sind dann Besitz.

Etwa so: wir werden, um die Erzeugungsmöglichkeiten auszunutzen, in gewaltigem Umfange bauen müssen. Es wird dann aber nicht gebaut, um Bauten zu haben, sondern die Bauten sind die Folge, daß durch Bauen die Erzeugungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden müssen. Wird um der Bauten willen gebaut, dann wird nicht weitergebaut, wenn man glaubt, genug zu haben. Die Rente bestimmte das Bauen, aber nicht das Bauen die Rente. Wird um der Ausschöpfung der Erzeugungsmöglichkeiten willen gebaut, um das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, dann wird die Entwertung der alten Häuser durch den Weiterbau in Kauf genommen. Man sieht, wie Technik und Besitz in Gegensatz treten können: es ist der gleiche Gegensatz, in den Technik und Planwirtschaft unweigerlich treten müssen. Kapital ist dazu da, um stets neu eingesetzt zu werden, aber nicht, um geschützt zu werden. Eine Wirtschaftspolitik, die der Technik freie Bahn schafft, muß in Kauf nehmen, daß alter Besitz sich entwertet; die zu erzeugenden Güter sind ihr wichtiger als die erzeugten. Die Versorgung des Volkes kommt besser dabei weg.

*

Niemand hat mehr am Besitz gehangen als der Bauer. Deshalb war das Erbhofgesetz so entscheidend, weil es diesen Besitz in eine Verpflichtung umgewandelt hat. Das Erbhofgesetz geht nicht auf „Existenzsicherung" aus. Wenn der Existenzgedanke im Vordergrund seiner Absichten gelegen hätte, wäre es eine riesengroße Ungerechtigkeit, um der Sicherheit der Existenz der ältesten Söhne willen die Existenzsicherheit der jüngeren Söhne zu schmälern. Damit der älteste Sohn seinen Verpflichtungen gegenüber dem Volke nachkommen kann, bekommt er den Hof. Haben wir die Überflußwirtschaft, nimmt der Güterstrom aus der vollaufenden Technik die jüngeren Söhne auf seinen breiten Rücken, dann zieht von diesen jüngeren Söhnen ein Geist in den Erbhof ein, der die Besitzinstinkte der Erbhofbauern, die jetzt noch vorhanden sein mögen, bricht. Die Erbhofgesetzgebung ist nur haltbar, wenn die Überflußwirtschaft kommt. Deshalb konnte sie nur gemacht werden, weil der Nationalsozialismus auf die Überflußwirtschaft lossteuerte. Man stelle das Wort Überflußwirtschaft doch nur neben das Wort Mangelwirtschaft, das für den Kapitalismus zutraf. Es wird dann klar, welch ganz anderen Sinn der Besitz in der Überflußwirtschaft gegenüber seinem Sinn in der Mangelwirtschaft bekommen muß. Gewiß wird der Nationalsozialismus Heimstätten bauen. In der Überflußwirtschaft werden sie nicht Existenzsicherung sein, sondern die Teilnahme des Heimstätters an der gesteigerten Produktion. Sie sollen gesteigerte Daseinsfreude schaffen. Der Bau der Heimstätten wird der Wirtschaft nicht abgerungen und die Wirtschaft wird nicht mit den Kosten des Heimstättenbaues belastet. Das wäre in einer Planwirtschaft der Fall. Sondern der Heimstättenbau ist Arbeitsbeschaffung: neuer Spielraum für die Technik. Der Gedanke Ludovicis, die einzelne Heimstätte gleichsam durch Zellspaltung nach und nach vom begrenzten Anfang aus zu vervollkommnen, hat ganz und gar nichts mit der früheren Allmählichkeit der Kapitalbildung zu tun: sondern mit der gesteigerten volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch das Recht auf Arbeit und durch die Befreiung der Technik aus ihren Fesseln.

*

Das ist ein Beispiel dafür, wie die Überflußwirtschaft in überkommene Gewohnheiten eingreift und sie verändert. Und auch ein Beispiel für den Unterschied zwischen Theorie und Wirtschaftspolitik. Die Theorie kann das Sparen entweder für heilig erklären oder verdammen. Wenn sie es für heilig erklärt, kann ihr entgegengehalten

werden, was gespart wird, wird nicht verbraucht. Die Spargelder gehen auf den Kapitalmarkt. Dort werden sie aufgenommen und benutzt zum weiteren Ausbau des Produktionsapparates. Der Produktionsapparat wird also erweitert, weil zu wenig verbraucht worden ist. Also: das Anathema über den Sparer. Aber dieser Theorie wird entgegnet: der Einzelne muß doch zurücklegen für Notzeiten, und wie soll das Volk gehindert werden, das zu tun, ohne daß Gewalt angewandt wird, die das Volk nicht versteht? Die Wirtschaftspolitik dagegen steht über dem Streit der Theorien und benutzt die Spargelder.

Welche Rolle in der Überflußwirtschaft dem Sparen gegeben wird, läßt sich jetzt gar nicht übersehen. Das ist eine Frage zweiten Ranges. Da der Staat durch Arbeit Kapital schaffen läßt, ist er auch vom Sparkapital nicht abhängig. Wichtig ist, daß die Überflußwirtschaft die Existenz eines jeden von seiner Leistung abhängig macht. Nicht mehr die Fähigkeit zur Aszese, die materiellen Besitz zu ersparen ermöglicht, sichert die Existenz, sondern der Besitz von Fähigkeiten des Charakters, Willens und Geistes. Anstatt daß die Verschwendung von Arbeit durch die Arbeitslosigkeit „wirtschaftlich" ist, wie im ausgehenden Kapitalismus, wird wirtschaftlich die Verschwendung von Gütern: und das entspricht der nordischen Rasse und ihrer Dynamik.

Die Überflußwirtschaft zerbricht den kleinen, engen, sichernden Zaun für die, die es hinter dem Zaun nicht aushalten können. Die, die ohne diesen Zaun durch die Daseinsangst bedrückt sind, können ihn behalten. Aber die Bewertungsmaßstäbe werden anders. Vor dem Kriege wurde im allgemeinen der unbegabte Fleißige in den Schulen höher geschätzt als der Begabte, der faul war. Selbstverständlich wird faule Begabtheit kein Ruhmestitel werden. Wir würden sonst zu einem Volk Bohèmiens. Aber es war doch in der Vorkriegszeit oft so, daß der in der Schule auszufüllende Rahmen sehr eng gezogen war. Der Unbegabte war fleißig, weil er sich in diesem engen Rahmen wohlfühlte, der Begabte war faul, weil er sich nicht wohlfühlte und sich langweilte. Nietzsche sagte, der Primus sei der Bravste, der Fleißigste sei der Zweite, der Begabteste der Dritte. Damit ist jene Schulluft definiert, in der der Begabte faul werden mußte. Ähnliche Bewertungsmaßstäbe galten in der Wirtschaft. Es avancierten im ausgehenden Kapitalismus die Bravsten, die Systemfrommen. Dann kamen die Fleißigsten. Die jungen Begabungen kamen dem Kapitalismus schon allein dadurch, daß sie begabt waren, verdächtig vor.

Kann jede Leistung sich entfalten, dann sind auch die Begabungen nicht mehr zurückgedrängt. Das Leben in Deutschland wird in großen Rhythmen schwingen. All das Verknöcherte, Verspießerte, Enge, das die Engigkeit des Raumes in Deutschland und die Starrheit des kapitalistischen Systems in Deutschland gepflegt hatte, wird zurückgedrängt.

Können wir aber in unserer Weite leben und unsere Dynamik entfalten, dann tönt unsere Weite auch in langgezogenem Klange. Seit der Einigung des Reiches bis zum Auftreten des Nationalsozialismus glich Deutschland der Brandung an einer Meeresküste: der Wellenschlag unserer Dynamik und unseres Lebenswillens wurde zurückgeworfen von den Klippen und bildete Strudel. Die Freiheit der Leistung in der Wirtschaft ist der Anfang, die Freiheit des Lebens selbst wieder empfinden zu lassen, und damit der Anfang, daß die wilde Schönheit des Lebens wieder wach werde. Wenn wir praktisch in der Arbeit unsere Dynamik ausleben können, wird der Geist sich zutrauen, auszusprechen, was in uns an drängenden Gewalten ist. Die Arbeit erobert einem jeden die Freiheit, die der Führer für das Reich erobert hat. Aus der von der Arbeit errungenen Freiheit entspringt die neue Kultur.

Und zwar eine Kultur ganz neuen Charakters. Die alte ist dem „otium cum dignitate" des Horaz entsprossen. Die mittelalterliche Kultur war getragen von den Klöstern und Rittern, die nicht unmittelbar der Arbeit verbunden waren. Die große Kultur der deutschen Städte war zugeschnitten auf die reich gewordenen Bürger, die aus der Arbeit herausgetreten waren. Die neue Kultur wird sich unmittelbar auf der Arbeit aufbauen, weil sie die dynamische Energie in uns frei macht: sie wird den Arbeiter einfangen und die in ihm liegenden Energien zur Gestaltung bringen. Wenn das Wesen des Arbeiters in der neuen deutschen Kultur ausgedrückt ist, dann ist er dem Reich unlöslich verbunden.

Die alte Kultur war idealistisch und borgte ihr Leben von einer geträumten Weite. Die neue Kultur wird realistischer sein und ihr Leben aus einer lebendigeren Tiefe haben, unmittelbar aus den Kräften der Rasse und nicht aus den über die Umwege über Religionen oder über Überlieferungen aus verdünnten Religionen wirkenden. Sie wird sich von der alten Kultur so unterscheiden, wie das Kreuz vom Schlachtfeld des Weltkrieges. Der Mensch stand vor dem Kreuze, wie er vor den Weltbildern, seinen Zukunftshoffnungen und den Träumen seiner Sehnsucht stand. Er stand vor dem Kreuze, wie der

Arbeiter vor der Maschine stand, von der ihn der Kapitalismus erst geistig, dann in der Arbeitslosigkeit ganz materiell getrennt hat. Das Frontheer war im Schlachtfeuer, und in sich selbst fühlte der Soldat die inneren Tiefen der Rasse aufbrechen. Kein Gott starb für ihn, sondern er starb in einer Landschaft, die er selbst geschaffen hatte. Das ist das große Neue, das man ahnen, aber kaum sagen kann, der gewaltige welthistorische Umschwung: Bisher lebte der Mensch in Landschaften, die ihm schicksalhaft gegeben waren; jetzt lebt er in Landschaften, die er selbst mit der Technik geschaffen hat, in Landschaften, deren größtes und stärkstes Symbol Verdun und Flandern ist. Über die alte naturhaft gegebene Wirklichkeit hat sich eine neue, die technische Wirklichkeit gezogen. Der früheren naturhaft gegebenen Wirklichkeit paßte der Mensch sich an durch seine Religionen, die neue aber muß er erfüllen, indem er sich zu der Größe heraufschwingt, die die Rasse der Technik gegeben hat. Die Technik zeigt, wie es in uns aussieht: wir müssen werden, was wir sind.

9. Kapitel

Die Finanzierung in der Überflußwirtschaft

In den Jahren 1933 und 1934 war, nachdem in der Kampfzeit die Brechung der Zinsknechtschaft das populäre wirtschaftspolitische nationalsozialistische Denken beschäftigt hat, die Hauptsorge der Betrachter die Finanzierungsfrage. Es gab mehr Vorschläge für die produktive Kreditschöpfung als Dahliensorten. Ohne daß es allgemein aufgefallen wäre, war im Jahre 1935 schon eine neue Geldpolitik in ihren Grundzügen angelegt. Die bestand in der Einziehung der Gewinne, die durch die Arbeitsbeschaffung hatten gemacht werden können, zur Stützung der Ausfuhr. Das ist ein Beweis erstens für das Tempo, mit dem der Nationalsozialismus vorgeht, und zweitens für seine souveräne, nicht mehr an den Kapitalismus gebundene Art, die Dinge zu betrachten.

Die Finanzierungsfrage ist wesentlich. Es ist klar, daß eine Wirtschaft, in der Arbeit Kapital schafft, andere Finanzierungsmethoden haben muß als eine Wirtschaft, in der Kapital Arbeit schafft. Die veränderte Stellung des Kapitals im deutschen Sozialismus muß in der Art der Finanzierung zum Ausdruck kommen. Das Besondere am Nationalsozialismus ist, daß er die Finanzierungsfrage nicht für

sich löst. Er beschafft die für sein Aufbauwerk notwendigen Gelder: er macht die Finanzierung abhängig vom Aufbau und die Durchführung der neuen Finanzierungsmethoden vom Rhythmus des Aufbauwerkes. Dagegen hat er nicht der Lösung der Finanzierungsfrage das Primat gegeben und den Aufbau der Wirtschaft abhängig von der Finanzierungsfrage gemacht.

Über die Lösung der Finanzierungsfrage kann schon näher gesprochen werden. Sie muß allerdings so betrachtet werden, wie der Nationalsozialismus sie in seiner praktischen Politik aufgefaßt hat. Sie ist nicht an sich der deutsche Sozialismus, sondern nur ein Schritt zu ihm hin.

Alle kapitalistische Finanzierung charakterisiert die Angst. Der Privatkapitalist hat Angst, das für Finanzierungen ausgegebene Geld möchte verlorengehen. Eine kapitalistische Regierung hat Angst, das für Wirtschaftsankurbelung ausgegebene Geld möchte nicht wieder eingebracht werden. Sie sorgt sich um das Gleichgewicht ihres Staatshaushaltes. In Krisenzeiten ist der Staatshaushalt immer ein Gegenstand der Sorge. Aber ein Staatshaushalt hat zwei Seiten: die Einnahmen- und die Ausgabenseite. Die Finanzpolitik vor dem Nationalsozialismus ließ den Schwund der Einnahmen zu und schränkte dann die Ausgaben ein. Die Krise hatte hier die Initiative: denn sie verursachte den Rückgang der Einnahmen und die Regierung folgte den von der Krise gegebenen Motiven. Sie senkte die Ausgaben und erhöhte die Steuern, um den durch die Krise verursachten Steuerausfall durch vermehrten Druck der Steuerpresse auszugleichen. Bei dieser Politik hatte die Krise so sehr die Initiative, daß sie durch die Steuerüberhöhungen gefördert und kräftiger wurde. Diese Finanzpolitik diente der Krise. Die Initiative des Staates kann nur dadurch zum Ausdruck kommen, daß er für Arbeit sorgt. Das tut er durch Ausgaben. Anstatt durch Steuerüberhöhungen die Arbeit in der Wirtschaft weiter einzuschränken, ermöglicht er durch seine produktiven Ausgaben zusätzliche Arbeit, und anstatt die Wirkung der Krise zu steigern, schwächt er sie ab. Die geschichtliche Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zeigt deutlich, was gemeint ist.

Ein Staat mit einem modernen technischen Apparat kann und muß so handeln. Die Krise verhinderte Menschenarbeit plus Maschinenarbeit. Die Arbeit an der Maschine ergibt Leistungsüberschüsse. Diese Leistungsüberschüsse werden frei gemacht durch die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Die Arbeitslosen werden auch in der Krise unterhalten. Die Frage ist, werden sie zu Lasten oder zum Vorteil der

Allgemeinheit und des Volkes unterhalten. Zu Lasten der Wirtschaft werden sie unterhalten, wenn sie Erwerbslosenunterstützung beziehen und nicht arbeiten. Zum Vorteil der Wirtschaft werden sie unterhalten, wenn sie arbeiten und dafür bezahlt werden.

Daß die Erwerbslosen, die nicht arbeiten und Erwerbslosenunterstützung beziehen, zu Lasten der Wirtschaft unterhalten werden, ist nicht ganz richtig. Es muß gewagt werden, diesen Satz niederzuschreiben: ohne die Erwerbslosenunterstützung wäre die Krise noch größer geworden, als sie war. Die Wirtschaft bezahlte mit den Abgaben für die Erwerbslosen einen Preis für die notdürftige Aufrechterhaltung von Güterkreisläufen. Die Erwerbslosen, die Unterstützung bekamen, konnten wenigstens etwas kaufen. Daß immer mehr Arbeitslose aus der Erwerbslosenunterstützung ausschieden und der Wohlfahrt anheimfielen, war nicht nur eine Folge, sondern auch eine Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedarf der Satz, daß der Systemstaat durch seine Steuerüberhöhungen die Krise verschärft habe, einer Korrektur. Der durch diese Steuerüberhöhungen auf der einen und die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen auf der anderen Seite dargestellte Einkommensausgleich war nicht schädlich. Es fällt schwer, das Wort Einkommensausgleich nicht ironisch aufzufassen: aber die Erwerbslosenunterstützungen waren ein Einkommensausgleich in dem Sinne, daß die, die etwas oder viel hatten, denen abgaben, die gar nichts hatten. Schädlich war die vollkommene Passivität des Staates, der ganz mechanisch diesen Einkommensausgleich vornahm. Er gehorchte nur der Not, aber wußte in keiner Weise aus dieser Not etwas zu machen. Der Staat der Systemzeit glich einer Heeresführung, die nach der Niederlage kopflos geworden ist, und das fliehende Heer nicht in einer Stellung sammelt, die für den neuen Angriff günstig ist. Der größte Künstler, eine Teilniederlage zur Ursache des Sieges zu machen, war Cäsar. Der Sieg Hannibals bei Kannä beruhte darauf, daß er das Zurückweichen seiner Mitte vorausbedacht hatte, um die vorstoßenden Römer mit den Flügeln einzukreisen.

Die Systempolitik war regellose Flucht, die das Vordringen der Krise erleichterte. Solange es ging, wurden Erwerbslosenunterstützungen gezahlt. Daß damit Güterkreisläufe notdürftig aufrechterhalten wurden, wurde nicht gesehen. Man war bereit, die Unterstützungssätze zu senken, wenn die Krise es schwer machte, sie auf-

zubringen. Das kam praktisch darauf hinaus, daß man die Krise um die Erlaubnis fragte, wie weit sie den Widerstand gestattete.

Die Erwerbslosenausgaben mußten aufgebracht werden. Nicht nur deshalb, um Volksgenossen nicht verhungern zu lassen, sondern auch um die Güterkreisläufe zu erhalten. Der Fehler war, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht zugleich auch Arbeitsbeschaffung war. Dem Zuge der Krise, die Arbeit einzuschränken, mußte der Wille, trotz der Krise zu arbeiten, entgegengesetzt werden. Ohne diesen Willen gab es eben nur den Zug der Krise zum Abgrund. Und etwas anderes als dieser Wille konnte der Krise nicht entgegengehalten werden: auch keine leeren Hoffnungen auf die Weltkonjunktur und auf eine plötzliche Menschenfreundlichkeit des internationalen Finanzkapitals. Ebensogut, wie man darauf hofft, daß andere Engel werden, kann man darauf hoffen, daß einem selbst Flügel wachsen und daß man dann keiner irdischen Speise und keiner Wirtschaft mehr bedarf. Die Systempolitik hoffte auf Engel und beschäftigte sich mit Engelmacherei.

Eine sachliche Situation ist für die Politik weder gut noch schlecht. Sie ist nur sachlich. Gut wird eine Situation genannt, die die Folge einer guten Politik ist: und wenn sie die Politik zum Ausruhen einlädt, wird eine schlechte Politik bald aus einer guten Situation eine schlechte machen. Eine Situation, die schlecht genannt wird, kann sehr starke neue Energien entfesseln: die Niederlage des Weltkrieges war die Voraussetzung für die Heraufkunft des Nationalsozialismus. Der Name Cäsars, der Teilniederlagen zum Mittel des Sieges gemacht hat, ist schon genannt worden. Die Ausgangssituation des Kapitalismus, die Krise, war sehr bedrückend, aber sie enthielt schon alle sachlichen Elemente für den deutschen Sozialismus. Es kam darauf an, diese neuen Elemente und nicht nur die Krise: die Ausgangsstellung zum Neuen, und nicht das Jahr 1913 als Ideal zu sehen.

Vor allem darf eine Regierung sich in Krisenzeiten nicht treiben lassen. Sie muß handeln. Die Einnahmen im Reichshaushalt sind von der Krise bestimmt. Will der Staat von der Einnahmenseite her seinen Haushalt in Ordnung halten, so muß er der Krise folgen und die Einnahmen dauernd erhöhen. In seinen Ausgaben ist der Staat dagegen frei, und hier hat er die Möglichkeit, Initiative zu entfalten. Treten Einnahmen und Ausgaben auseinander, so bildet sich eine Kluft zwischen beiden, und das ist der Abgrund, der übersprungen werden muß, um über die Krise zu springen.

Der Nationalsozialismus hat das getan. Er hat die alte finanzpolitische Tatsache, daß im Reichshaushalt die Ausgaben die Einnahmen bestimmen, mit einem neuen Sinn versehen. Die Ausgaben bestimmen die Einnahmen hieß früher: für seine notwendigen Ausgaben muß der Staat durch Steuern die Mittel aufbringen. Es bedeutet jetzt: durch seine Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung kräftigt der Staat die Wirtschaft, so daß die Steuerquellen ergiebiger fließen und durch die erhöhten Ausgaben des Staates die Einnahmen sich auch erhöhen.

Der Staat kann in Krisenzeiten nicht dasitzen und auf Besserung der Konjunktur hoffen. Die Besserung der Wirtschaftslage kann der Wirtschaftler oder der Arbeitslose erwarten, nicht aber der Staat. Der muß für die Besserung arbeiten. Einfach einen Befehl erlassen, daß die Krise aufzuhören habe, kann er nicht. Er kann auch nicht befehlen, daß von morgen ab überall voll gearbeitet werde. Aber eins kann er: er kann der Wirtschaft einen Teil ihrer Not nehmen, indem er sie auf seine Schultern nimmt. Den Bestandteil der Krise, den die Wirtschaft nicht auflösen kann, muß er durch seine Politik vernichten. Die Risiken, die die Wirtschaft nicht eingehen kann, muß er eingehen. Es ist nützlich, den durch die Erfahrung der letzten Jahre anschaulich und damit einfach gemachten Sachverhalt in abstrakter Sprache auszudrücken, weil dadurch ersichtlicher wird, was tatsächlich geschehen ist. Der nationalsozialistische Staat hat das Defizit im Staatshaushalt gewagt, indem er die Ausgaben nur auf die Erwartung hin, daß dadurch die Einnahmen steigen würden, erhöht hat. Diese Erwartung ist dann allerdings eingetroffen. Der Staat hat den Sprung über den Abgrund gewagt. Er hat die Risiken, die die Wirtschaft nicht eingehen konnte, übernommen. Er hat seine Initiative dort wirksam gemacht, wo er das konnte, auf der Ausgabenseite des Etats.

Sieht man dieser nationalsozialistischen Politik auf den Boden, so zeigt sich folgendes Bild: Die Wirtschaftskrise ist eine Situation, und zwar eine vollkommen sachliche Situation. Stahl muß glühend gemacht werden, bevor er verarbeitet werden kann. Also ein sachliches Material muß, wenn es verarbeitet werden soll, erst in einen besonderen Zustand gebracht werden. Der sachliche Tatbestand Wirtschaftskrise muß erst in einen besonderen Zustand gebracht werden, bevor er verarbeitet werden kann. Das heißt: der Staat macht Politik und verwandelt die Situation Wirtschaftskrise in eine

Situation, die er besser bewältigen kann. Indem er Arbeitsbeschaffungswechsel ausgab, und dadurch die Wirtschaft belebte, hat er die Situation Wirtschaftskrise in die Situation des Staates, diese Arbeitsbeschaffungswechsel einlösen zu müssen, umgewandelt.

Das Ganze ist wirtschaftspolitische Strategie und etwas durchaus Neuartiges, das es bisher nicht gegeben hat. Durch seine bisherige Handelspolitik hat der Staat immer nur Situationen für die Wirtschaft, aber nie für sich selbst geschaffen. Mit der Inflation schuf der Staat keine Situation für sich selbst, sondern tappte in eine hinein. Zur Strategie gehört der rechnende Feldherr, der hier fehlte. Strategie bedeutet, aus einer Stellung, die wenig aussichtsreich ist, in eine sehr aussichtsreiche Stellung zu gelangen. Da die Wirtschaftskrise an sich eine Situation der Wirtschaft ist, steht ihr der Staat an sich ohnmächtig gegenüber. Daß die Ohnmacht des Staates gegenüber der Wirtschaftskrise das Nächstliegende ist, hat Brüning bewiesen. Die wirtschaftspolitische Strategie des Nationalsozialismus besteht darin, daß er eine Situation, in der der Staat ohnmächtig ist, in eine Situation verwandelt, in der er Handlungsfreiheit hat.

Die flüssigen Mittel des Geldmarktes nimmt der nationalsozialistische Staat teilweise für sich in Beschlag. Er zieht sie ein, indem er mit diesen Geldern Anleihen kaufen läßt. Auf diese Weise werden die Arbeitsbeschaffungswechsel in langfristigere Anleihen umgewandelt oder neue Mittel für die Arbeitsbeschaffung besorgt.

Im Schatten dieser staatlichen Geldpolitik vollzieht sich dann auch die Auflockerung des Kapitalmarktes. Es ist nicht einzusehen, weshalb es in der Wirtschaft des deutschen Sozialismus keinen Kapitalmarkt geben sollte. Wenn im deutschen Sozialismus ein Kapitalmarkt da sein soll, so muß er während des Wachstums der neuen Wirtschaft angelegt werden. Das Entscheidende ist dabei, daß der Staat den Geld- und Kapitalmarkt fest in seiner Hand hat und daß die Konjunktur abhängig ist von der staatlichen Politik, nicht von einer systemlos vibrierenden inflationistischen Geldmenge.

Die bisherigen Anleihen des Staates sind keine Überschuldung. Der Staat ermöglicht durch seine Arbeitsbeschaffung die Beschäftigung aller. Sind alle beschäftigt, läuft die Wirtschaft voll. Läuft die Wirtschaft voll, dann erbringt sie bei den jetzigen Steuerquellen ein Aufkommen von 18—20 Milliarden. Das ist eine Summe, aus der bequem die Anleihezinsen und die Einlösung der Anleihen bestritten werden kann.

Die Höhe der staatlichen Verschuldung ist ein relativer Begriff. Eine geringe staatliche Verschuldung ist untragbar, wenn in der Wirtschaft nicht gearbeitet wird. Wenn sich der Staat aber verschuldet, damit in der Wirtschaft gearbeitet werden kann, ist es kein Unglück, sondern nur eine Frage der Politik, wie die Erträge dieser Mehrarbeit für den Schuldendienst herangezogen werden.

Es ist klar, daß kein Staat, auch der nationalsozialistische nicht, sich übermäßig verschulden darf. Der nationalsozialistische Staat darf sich nicht in eine Situation bringen, in der seine Wirtschaftspolitik von seinen Schulden bestimmt wird. Dann hat er Einbuße an seiner Handlungsfreiheit erlitten.

Auf der einen Seite ist klar, daß der Staat keine Arbeitslosigkeit zulassen darf. Bestehende Arbeitslosigkeit wächst ebenso an, wie das auf Zinsen ausgeliehene Kapital. Der bei Christi Geburt ausgeliehene Pfennig wäre jetzt ein goldener Sternenkloß geworden, ein Arbeitsloser wird in 100 Jahren zu einem Arbeitslosenheer. Bernhard Köhler hat das in den NS.-Monatsheften im Jahre 1932 berechnet.

Damit ist auf der anderen Seite auch klar, daß der Staat die Arbeitsbeschaffung auch stetig finanzieren muß. Das ist der ihm vorbehaltene Weg. Den anderen Weg, die Wirtschaft auf irgendwelche Weise zu zwingen, Arbeiter, die sie eigentlich nicht beschäftigen kann, doch zu halten, kann er auf die Dauer nicht gehen. Das wäre ebenso eine Belastung des Staates wie der Wirtschaft und schließlich auch des Volkes, weil derart durchgeschleppte Arbeit letzten Endes doch wenig ergiebig sein wird.

Die Frage ist also, wie der Staat dauernd Arbeit beschaffen kann, ohne in eine übermäßige Schuldenlast hinein zu geraten, und wie er diese Mittel aufbringen kann, ohne sich selbst, die Wirtschaft und das Volk zu belasten.

Im Weltkriege ist die Finanzierungsfrage unbewußt schon fast gelöst worden. Die Erzeugungsmenge im Weltkrieg war phantastisch groß. Wäre diese Erzeugungsmenge auf Güter des Friedens gelenkt worden, wären wir alle recht wohlhabend. Nur war es falsch, wenn die Pazifisten nachrechneten, wieviel reicher wir alle wären, wenn diese Erzeugung nicht verpulvert worden wäre. Sie hatten ja nach dem Kriege Gelegenheit, die Erzeugungsenergien ebenso stark anzuspannen, haben es aber nicht getan.

Im Weltkrieg gab der Staat Aufträge. Die Wirtschaft machte

Gewinne dabei. Diese Gewinne wurden durch Kriegsanleihe eingezogen. Nachdem sie eingezogen waren, wurden sie wieder ausgegeben und so weiter.

Durch den Krieg selber sind wir nicht wesentlich ärmer geworden. Die Produktionsenergie war so angespannt, daß der Reichtumsstand der Wirtschaft trotz der — wirtschaftlich gesehen — irrsinnigen Verschwendung der erzeugten Güter gehalten wurde. Der Krieg hat die Besonderheit unserer technischen Wirtschaft scharf herausgestellt: Die Wirtschaft lebt von der Erzeugung, und hinter die Notwendigkeit der Erzeugung tritt die Verwendung der erzeugten Güter zurück, und zwar so sehr, daß diese sogar in die Luft geknallt werden können. Das Volk hat zwar keine Steigerung seiner Lebenshaltung von dieser Erzeugung, aber wenigstens Arbeit.

Man muß sich nur die Größenordnungen klarmachen. Trotz der Materialschlachten war der Reichtumsstand der Nation fast so groß wie vor dem Kriege. Zwar ist der Verbrauch eingeschränkt worden, aber diese Verbrauchsgütereinschränkung wird nicht stärker gewesen sein, als die Steigerung des Verbrauches der gleichen Güterklasse an der Front gewesen ist. Wenn in der Heimat Kleider und Schuhe länger getragen wurden, so wurden Uniformen und Stiefel an der Front stärker strapaziert. Nur in zwei Punkten war die Wirtschaft am Kriegsende ärmer als vor dem Kriege: die Eisenbahnen mußten ausgebessert werden, und es fehlten Wohnungen. Bei voller Ausnutzung der Erzeugungsenergien hätte dieser Mangel sich schnell auffüllen lassen. Ein Arbeitsaufwand wie für ein Kriegsjahr hätte das geleistet. Und nach dem Kriege arbeiteten ja auch die früheren Soldaten mit.

Die ungeheure Kriegsproduktion wurde in der oben beschriebenen Weise finanziert. Im ganzen sind für 98 Milliarden Kriegsanleihen ausgegeben worden. Ohne seine Aufträge hätte der Staat diese Summe nie und nimmer aus der Wirtschaft holen können.

Die Kriegsfinanzierung hatte einen Fehler, und zwar den, daß sie nicht aus Steuern bestritten wurde, sondern aus Anleihen. Indem der Staat die Kriegsgewinne durch Anleihen einzog, versprach er den Kriegsgewinnlern, sie im vollen Besitz ihrer Gewinne zu belassen.

Damit fing die Vermanschung an. Jetzt war es möglich, daß der Kriegsgewinnler Renten, Titel, Häuser usw. kaufte und den Verkäufer den Kaufpreis, also den ihm übertragenen Kriegsgewinn, als Anleihe zeichnen ließ. Was alter Besitz und was Kriegsgewinn war,

ließ sich nicht mehr scheiden: jedenfalls war der Besitz von Kriegsanleihe kein Zeichen, daß man Kriegsgewinnler war.

Auch wenn wir gesiegt hätten, hätten wir die Kriegsanleihen nicht tilgen können. Weil sie primär aus Kriegsgewinnen stammten, hätte diese Tilgung bedeutet, daß die Frontsoldaten denen, die in der Heimat verdient hatten, zinspflichtig geworden wären. Das im Kriege geschaffene wahre Sittlichkeitsverhältnis wäre auf den Kopf gestellt worden. Auch aus wirtschaftlichen Gründen konnten die Kriegsschulden nicht getilgt werden. Es entsprachen ihnen keine wirtschaftlichen Werte. Das im einzelnen länger auszuführen, erübrigt sich durch den Hinweis, daß alle Länder, die ihre inneren Kriegsschulden zahlen wollten, in die Krise gekommen sind.

Aber der Krieg hat gezeigt, daß alle Produktionsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, wenn der Staat Aufträge gibt, die Gewinne aus diesen Aufträgen einzieht, mit den eingezogenen Gewinnen neue Aufträge finanziert usw. Praktisch ist, daß diese Gewinne endgültig durch Steuern eingezogen werden und nicht durch Anleihen.

Oben hieß es: „Der Krieg hat die Besonderheiten unserer technischen Wirtschaft klar herausgestellt; die Wirtschaft lebt von der Erzeugung, und hinter die Notwendigkeit der Erzeugung tritt die Verwendung der erzeugten Güter zurück. Und zwar so sehr, daß diese sogar in die Luft geknallt werden können." Das ist ein Grundunterschied zwischen unserer technischen Wirtschaft und den Wirtschaften vor der technischen Entwicklung. In jenen lag der Schwerpunkt auf dem, was früher erzeugt worden war. Jetzt liegt der Schwerpunkt auf dem, was jetzt erzeugt wird. Der große Irrtum des Kapitalismus lag darin, daß er trotz der technischen Entwicklung die vorkapitalistische Tradition aufrechterhielt, Güter zu bewirtschaften. Heute muß die Arbeit bewirtschaftet werden. Vor allem muß sie restlos eingesetzt werden. Die Bewirtschaftung der Güter folgt erst aus der Bewirtschaftung der Arbeit, aber der Arbeitereinsatz darf nicht abhängig sein von der Bewirtschaftung der Güter. Das ist der Fall, wenn an sich notwendige Güter nicht hergestellt werden, weil ihr Preis zu hoch sei, obwohl noch Arbeitskraft brachliegt. Die Bewirtschaftung der Güter folgt der Bewirtschaftung der Arbeit, wenn Arbeit knapp geworden ist und Güter deshalb, weil Arbeit erspart werden soll, gespart werden. Hier liegt überhaupt eine Kernfrage der Wirtschaftspolitik der Zukunft. Die Preisfrage erhält ein anderes Gesicht, wenn neben der privatwirtschaftlichen auch eine volkswirtschaftliche Unkostenrechnung aufgemacht wird. Es ist falsch, etwa den

Preis für den künstlichen Gummi für zu hoch zu halten, wenn noch mehrere Millionen Arbeitslose da sind. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Hier ist die Rede von Finanzierungsfragen.

Bei der alten Weise der Geldschöpfung stand das Gut im Vordergrund der Betrachtung. Geld wurde geschöpft, indem die Reichsbank Wechsel diskontierte. Der Wechsel bezeugt, daß ein Gut hergestellt worden war und in den Güterkreislauf eingeschifft wurde. Soweit bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung Geld geschöpft wird, steht kein Gut, sondern die Arbeit im Vordergrund der Betrachtung. Hier ist der Anfang mit einer Bewirtschaftung der Arbeit gemacht. Daß gearbeitet wird, ist das Primäre, nicht was gearbeitet wird.

Nach der Definition des Kapitalismus in dem Kapitel „Wirtschaft und Technik" war im Kapitalismus während der technischen Entwicklung und während des Aufbaues des Produktionsapparates die Arbeit knapp. Knappheit der Arbeit bedeutet Mangel an Gütern. Mangel an Gütern bedeutet, daß die Absatzmöglichkeiten über die Produktionsmöglichkeiten hinausstehen. In diesem Falle kann der Absatz die Produktion ziehen wie ein Pferd den Wagen. Das tat er denn auch, indem er die Produktion finanzierte. Nicht nur dadurch, daß der Güterabsatz die Gewinne erbrachte, mit denen der Weiterausbau des Produktionsapparates finanziert worden ist. Dasselbe geschah handgreiflich durch die Geldschöpfung durch Wechseldiskontierung.

Die Frage nach der „Sicherheit des Geldes" ist bisher immer falsch gestellt worden. Man fragte stets nach der Deckung. Das war rein privatwirtschaftlich gedacht. Nur ein privatwirtschaftliches Denken betrachtet den Geldschein wie einen Pfandbrief und fragt, wie ist er gedeckt. Daß es auf die Deckung des Geldes wirklich nicht ankommt, dürften wir erfahren haben, nachdem schon seit Jahren der Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank keine vierzig Prozent des Notenumlaufs betragen hat. Das Geld ist sicher, wenn das Geldwesen zweckmäßig aufgebaut worden ist. Vor allem ist das Geld kein Gut, sondern ein Funktionsträger. Das vergessen alle Deckungstheoretiker, mit denen ein ganzer zoologischer Garten ausgefüllt werden könnte.

Die Frage lautet nicht, wie wird das Geld gedeckt, damit es seine Funktion ausüben kann. Sie lautet, wie wird das Geldwesen zweckmäßig eingerichtet.

Geld ist ein volkswirtschaftlicher und kein privatwirtschaftlicher Begriff. Dieser Einsicht stehen genau so viel Widerstände entgegen, wie der anderen, daß auch das Kapital kein privatwirtschaftlicher, sondern ein volkswirtschaftlicher Begriff ist. Dieser Bezogenheit des

Kapitals auf die Volkswirtschaft trägt der Nationalsozialismus Rechnung, indem er den Kapitalbesitz mit einer Verantwortung gegenüber dem Volke belegt. Gegen die Auffassung, daß das Kapital ein volkswirtschaftlicher Begriff sei, sträubt sich das gewohnte kapitalistische Interesse. Das Geld als volkswirtschaftlichen Begriff aufzufassen hindert kein Interesse, sondern nur mangelndes und falsches Denken. Und das ist noch gefährlicher und schwerer zu überwinden als das kapitalistische Interesse.

Die „Sicherheit des Geldes" ist dann da, wenn das Geld sicher seine volkswirtschaftlichen Funktionen erfüllt. Also beruht die Sicherheit des Geldes auf seiner Stellung im volkswirtschaftlichen Funktionszusammenhang.

Weil der Absatz in der Vorkriegszeit sicher war, und weil die Geldschöpfung auf dem Absatz beruhte, bekam die Wirtschaft mit Sicherheit die Geldmengen, die sie gebrauchte. Die Auslandsanleihen nach der Inflation waren Ersatz für richtige Wirtschaftspolitik. Wie sie alle richtige wirtschaftspolitische Notwendigkeiten verhüllten, so verhüllten sie auch die Notwendigkeit einer dringenden Reform des Geldwesens. Die Krise zeigte das wahre Gesicht der Wirtschaft und zeigte unverhüllt die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Weil der Absatz schwankend wurde, schwankte die Voraussetzung des alten Geldwesens. Sie schwankte genau so, als ersichtlich wurde, daß die Bewirtschaftung der Arbeit primär geworden war, und daß von ihr die Bewirtschaftung der Güter sich ableiten müsse. Güter bewirtschaften, hieß den Verbrauch einschränken, Arbeiter entlassen. Die Bewirtschaftung der Güter hatte keinen Sinn mehr, als Arbeit verschwendet wurde. Solange Arbeit knapp war, folgte der Bewirtschaftung der Güter eine Bewirtschaftung der Arbeit. Als sie im Überfluß vorhanden war, geschah das nicht mehr und die Arbeit wurde überhaupt nicht mehr bewirtschaftet.

Die Geschichte des Geldes in der Krise ist der genaue Gegenpol der Geschichte der Arbeit. Arbeit wurde verschwendet, und Geld war nicht da. Der Überfluß der Arbeit auf der einen, der Mangel an Geld auf der anderen Seite dokumentierte, daß die Produktionsmöglichkeiten den im kapitalistischen Rahmen möglichen Absatz überschritten hatten.

Man freute sich und war stolz, die Währung stabil erhalten zu haben. Man hätte sich mit dem gleichen Recht darüber freuen und darauf stolz sein können, daß die stillgelegten Werke noch da standen und mit der Stillegung nicht vom Erdboden verschwunden waren.

In der Wirtschaft wurden durch die Arbeitslosenunterstützung die Güterkreisläufe notdürftig aufrechterhalten. Die Geldschöpfung wurde im Notbehelf durch die Diskontierung von Finanzwechseln vollzogen.

Die Stabilität der Währung ist gewiß ein großer Vorteil. Die politische Kunst besteht aber nicht darin, die Währung stabil zu erhalten dadurch, daß der Wirtschaft kein Geld gegeben und daß Geld zu einer platonischen Idee gemacht wird: Ewig schön, aber für den Menschen unerreichbar. Sie besteht darin, der Wirtschaft Geld zu geben, das Geldwesen praktisch zu machen und dabei die Kaufkraft der Währungseinheit nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu steigern.

Da die alte Geldschöpfung auf der Tatsache beruhte, daß genügend Absatzmöglichkeiten vorhanden waren, damit vom Absatz her genügende Geldmengen in die Wirtschaft gebracht werden konnten, muß die neue Tatsache, daß im kapitalistischen Rahmen der Absatz fehlt, auch bei der Neuordnung des Geldwesens zum Ausdruck kommen. Also nicht soll das Geldwesen deshalb neu geordnet werden, weil davon irgendeine Zauberei erwartet würde, sondern deshalb, weil das alte Geldwesen auf einer Voraussetzung, die nicht mehr besteht, beruht hat.

Den Absatz zu schaffen ist ebenso Aufgabe der Wirtschaftspolitik wie die Schaffung von Arbeit. Das Maß der Arbeit soll zum Maß des Absatzes werden: was produziert worden ist, soll auch abgesetzt werden können.

Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die staatliche Arbeitsbeschaffung nichts Außergewöhnliches ist und zu einem Dauerzustand werden wird. Weil sie ein Dauerzustand ist, wird auch ihre Finanzierung ein Dauerzustand. Deshalb kann sie aber auf die Dauer nicht behelfsmäßig an das alte Geld- und Kreditsystem geklebt bleiben, sondern muß darin eingebaut werden.

Genau in dem Umfange, als der Staat Arbeit schafft, schafft er Absatz. Da auf der einen Seite die Mehrerzeugung und auf der anderen Seite der Mehrabsatz steht, sind die für die Arbeitsbeschaffung ausgegebenen Mittel auch das Geld, das die Mehrerzeugung und den zusätzlichen Absatz zusammenbringt.

Also stellen die Staatsausgaben für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung eine regelrechte Geldschöpfung dar. Sie unterscheidet sich von der bisherigen dadurch, daß durch diese Geldschöpfung Absatz geschaffen ist, während die alte auf vorhandenem Absatz gegründet war.

Während der Entwicklung der Technik im gesunden Kapitalismus konnte der Staat keine Noten drucken, um Arbeiten zu finanzieren.

Die für die Finanzierung ausgegebenen Noten wären Kapital gewesen. Die strenge Scheidung zwischen Geld und Kapital durch das Reichsbankgesetz war richtig. Die Reichsbank schöpfte nur Geld, aber die Kapitalbildung wurde der Wirtschaft überlassen. In jener Wirtschaft gab es einen Überfluß an Kapital, aber einen Mangel an Arbeit gemäß der Definition, daß im gesunden Kapitalismus die Absatzmöglichkeiten die Produktionsmöglichkeiten überschritten. Hätte der Staat gedruckte Noten als Kapital in die Wirtschaft gebracht, so hätte er für die Wirtschaft die Arbeit noch knapper gemacht. Es hätte aber, da die Arbeit sich nicht vermehren ließ, doch nicht mehr gearbeitet werden können. Jetzt, wo Arbeit im Überfluß vorhanden ist, ist die Situation wesentlich anders.

Der Staat schafft Kapital, indem er die Arbeitsbeschaffung finanziert. Er nimmt der Wirtschaft keine Arbeiter weg, sondern schafft ihr Käufer. Der Staat schafft mit seinen Arbeitsbeschaffungswechseln zugleich Geld und Kapital. Das muß im Auge behalten werden. Denn aus dem doppelten Charakter der für die Arbeitsbeschaffung ausgegebenen Mittel, nämlich, daß sie Geld und Kapital sind, entspringt eine wesentliche Schlußfolgerung:

Das Geld, das die Reichsbank früher in den Verkehr brachte, war nur Geld, konnte also Kapital werden. Das Geld aber, das zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ausgegeben wird, wird schon als Kapital ausgegeben, darf also nicht noch einmal in der Wirtschaft zu Kapital werden. Genau so, wie früher darauf geachtet werden mußte, daß der Staat durch kein gedrucktes Kapital der Wirtschaft Arbeiter wegnahm, muß jetzt darauf geachtet werden, daß nicht in doppelter Weise Kapital gebildet wird.

Das geschieht aber, wenn einmal der Staat dadurch, daß er Arbeitsbeschaffung finanziert, Kapital ausgibt und dann zuläßt, daß dies Kapital bei der Wirtschaft noch ein zweites Mal zu Kapital wird. Alles Geld, mit dem finanziert wird, ist Kapital; und das für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ausgegebene Geld wird ein zweites Mal zu Kapital, wenn es sich in Schuldforderungen verwandelt. Man darf eben den Unterschied nicht vergessen, der zwischen dem Geld liegt, mit dem Arbeitsbeschaffung finanziert worden ist, und dem Geld von anderem Charakter, das durch Wechseldiskontierungen geschöpft wurde. Das erste ist Kapital, kann also nicht ein zweites Mal zu Kapital werden; das zweite ist Geld, das zu Kapital werden kann.

Alles für die Arbeitsbeschaffung ausgegebene Geld muß in ganzer

Höhe sich an irgendeiner Stelle der Wirtschaft als Gewinn niederschlagen. Die staatliche Politik hat in der Art, wie sie wegsteuert, großen Spielraum. Sie kann die Tatsache berücksichtigen, daß es in der Wirtschaft noch an Betriebskapital fehlt. Damit es aufgefüllt werde, kann sie der Wirtschaft die Gewinne lassen. Das geschieht ja auch jetzt praktisch, weil der Staat die Arbeitsbeschaffungsgewinne der Wirtschaft nur in dem vom geltenden Steuerrecht bestimmten Satze wegsteuert, sonst aber Anleihen auf dem Geldmarkt aufnimmt Auch dies kann berücksichtigt werden:

Im Kapitalismus wurde die Konjunktur von der Produktionsmittelindustrie bestimmt. Die Gewinne der Wirtschaft wirkten sich letzten Endes als verschärfte Nachfrage bei der Produktionsmittelindustrie aus. Jetzt muß die Verbrauchsmittelindustrie gefördert werden. Also könnte man der ihre Gewinne lassen, damit sie sich ausbaut und damit eine Übersetzung der Verbrauchsmittelindustrie zum Preisdruck führt. Das geschieht ja auch schon durch die Steuererleichterungen bei Neuinvestierungen und Ersatzanschaffungen. Erst die bei der Produktionsmittelindustrie angeschwemmten Gewinne könnten weggesteuert werden.

Solange noch Arbeitslose im großen Maßstabe wegzubringen sind, hat der Staat Spielraum für seine Politik. Nur in einem hat er keinen Spielraum: die Arbeitslosigkeit bestehen zu lassen. Genau so umfangreich, wie seine Aufgabe der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, ist auch der Kreis der dafür zu verwendenden Mittel. Der Kapitalmangel der Wirtschaft ist Spielraum für seine Kapitalschöpfung. Der Staat hat jetzt den gleichen Spielraum, den ein Bildhauer hat, wenn er die Figur in rohen Umrissen aus dem Block haut. Die Feinarbeit beginnt erst dann, wenn der eigentliche Gesichtsausdruck gestaltet werden soll.

Neben den alten Geldumlauf: Reichsbank — Wirtschaft — Reichsbank tritt der neue: Staatskasse — Wirtschaft — Staatskasse. Weshalb der alte für die Finanzierung der Güterumläufe nicht bestehen bleiben sollte, ist nicht einzusehen. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb sich aus diesem Geldumlauf nicht neu gebildetes Kapital absplittern sollte.

Auch aus dem neuen Geldumlauf von der Staatskasse über die Wirtschaft zur Staatskasse wird sich neu gebildetes Kapital absplittern. Von den Arbeitsbeschaffungsgewinnen brauchen nur die Arbeitsbeschaffungsausgaben durch die Steuern eingezogen zu werden. Es werden aber bedeutend mehr Gewinne gemacht werden. Wir haben seit 1924 etwa zwanzig Milliarden Auslandsanleihen aufgenommen.

Nur zehn Milliarden liefen davon in die Wirtschaft ein, weil mit den übrigen zehn Tribute bezahlt wurden. Von den umlaufenden zehn Milliarden haben sich, obwohl die Erzeugungskraft der deutschen Landwirtschaft nicht ausgenützt worden ist, etwa fünfzig Milliarden Gewinne abgesplittert!

Die Wegsteuerung der Arbeitsbeschaffungsgewinne bedeutet also alles andere als die Vernichtung der Möglichkeit der Kapitalbildung. Sie bedeutet die Schaffung der Möglichkeit einer sauberen Kapitalbildung.

Und saubere Kapitalbildung ist Steigerung der Erzeugung bei gesteigertem Absatz. Je mehr Kapital gebildet wird, desto freier wird die Politik. Sie wäre wesentlich freier, wenn sie den amtlichen Preisdruck nach dieser Notzeit fallen lassen könnte. Der Satz, daß die Preise bei nachgebendem Angebot fielen, ist unter den heutigen Umständen nicht ganz richtig. Die jetzige Einkommensverteilung läßt es zu, daß höhere Preise bei geringer Erzeugung für die Werke vorteilhafter sind als niedrige Preise bei gesteigerter Erzeugung. Sonst hätte es keine Kartelle gegeben. Jetzt muß die Regierung durch ihre Preispolitik die Wirkung erstreben, die eine bessere Einkommensverteilung von selbst und besser ergeben würde.

Die bessere Einkommensverteilung wird durch die Durchführung des Leistungsprinzips erreicht. Mit der Arbeitsbeschaffung wird eine gesteigerte Nachfrage geschaffen. Eine zu den Erzeugungsmöglichkeiten im gesunden Verhältnis stehende Nachfrage muß erst da sein, damit die Erzeuger sie beachten können. Erst wenn sie da ist, können sie sie beachten und ihr folgen. Die Nachfrage muß noch gewaltig gehoben werden, damit der Satz von Angebot und Nachfrage wieder zur Geltung kommt und damit die Erzeuger sich nach der Nachfrage orientieren und nicht mehr nach dem Gesichtspunkt, das investierte Kapital zu schützen.

Die Wirtschaft kann nur elastisch gemacht werden, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage zu folgen, sowohl bei ihrer Preisstellung als bei ihren Lohnsätzen, wenn sie in eine Situation gebracht wird, die sie dazu zwingt. Diese Situation ist erst nach der vollen Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit gegeben. Daß diese Situation geschaffen und das Recht auf Arbeit verwirklicht wird, bedeutet ein und dasselbe.

Aber schon vorher kann der Staat seine Preispolitik durch andere Methoden ersetzen. Er kann z. B. die unteren Einkommensstufen bis zu einigen hundert Mark von der Besteuerung ausnehmen. Das bedeutet erstens einen wesentlichen Ausgleich bei der Einkommens-

gestaltung, die Käuferschichten schafft, die die Wirtschaft in ihrer Preisgestaltung zu beachten gezwungen ist. Aber dann: wenn diese durch die Nichtbesteuerung erhöhten Einkommen ausgegeben werden, setzt die Wirtschaft die Preise mitunter immer noch reichlich hoch an, oder sie tut es nicht. Wenn sie es tut, macht sie reichlich hohe Gewinne. Der Staat kann diese in einem Umfange besteuern, daß er für die Wirtschaft eine Situation schafft, in der sie sich sehr überlegt, die hoch besteuerte Preiskonjunktur nicht in eine wesentlich niedriger zu besteuernde Mengenkonjunktur mit geringeren Preisen zu verwandeln. Besonders wäre das der Fall, wenn die Unternehmer, die die billigsten Preise für gute Waren nehmen, ihre Erzeugung wesentlich ausdehnen und den anderen, die nicht nachfolgen, den Absatz nehmen.

Das Preisproblem wird nach der Durchführung des Rechtes auf Arbeit seine Bedeutung verlieren. Es wird in der voll beschäftigten Wirtschaft reichlich Kapital gebildet: also kann billig erzeugt werden. Sind die Preise zu hoch, kann die Regierung die Steuersätze für hohe Einkommen erhöhen. Aus den zusätzlichen Steueraufkommen werden höhere Löhne für die durch die staatliche Arbeitsbeschaffung beschäftigten Arbeiter bezahlt. Das bedeutet eine allgemeine Lohnerhöhung in der Wirtschaft: und das durchschnittliche Preis- und Lohnniveau gleichen sich aus.

Zusammenfassend sei gesagt:

Man kann die Wirtschaftskrise als Not auffassen. Man kann sie aber auch als Geschenk des Himmels auffassen, weil sie die beste Gelegenheit für den Nationalsozialismus ist, sich auf eine weithin sichtbare Weise zu erweisen. Hätten wir jetzt eine blühende kapitalistische Wirtschaft, fehlte diese Gelegenheit. Es wäre dann auch viel schwerer, die Wirtschaft dem Volke dienstbar zu machen. Das ist heute leicht, wo gerade die Beseitigung der Fehler des kapitalistischen Systems die Voraussetzung der Blüte der Wirtschaft — der Überflußwirtschaft sogar! — ist. Nebenbei ist der Unterschied der Haltung, die sich einer Aufgabe freut, weil sie mit ihrer Lösung Zukunft gestaltet, und der anderen, die ihre Beglückung darin findet, daß schon alles gut ist, der Unterschied des nordischen Rassengeistes gegenüber allen anderen Rassen.

Allerdings hat es gar keinen Zweck, die kapitalistische Wirtschaft mit einem Hammerschlage zu zerschlagen. Dadurch verliert das Volk nur. Es kommt darauf an, die Wirtschaft, wie sie war, zu benutzen, die neue Wirtschaft zu schaffen. Aber das kann man nur, wenn man sich ganz klar darüber ist, wozu man die Wirtschaft jeweilig benutzt.

Ist das der Fall, wird sie als Instrument der Politik gewertet. Das ist eine ganz andere Wertung, als die Wertung der kapitalistischen Gewohnheiten, an denen die Wirtschaft hängt.

Es muß nun in jeder Situation einen zentralen Punkt geben, an den die zielbewußte Wirtschaftspolitik anhaken kann. Genau so, wie bei jeder Situation eines Ringkampfes es einen Punkt am Körper des Gegners gibt, an den man anstoßen kann, weil er dort am wenigsten fest im Gleichgewicht steht. Dieser Punkt ist heute die Frage der Arbeitsbeschaffung. Wir holen aus, um das darzulegen.

Die Krise besteht darin, daß die Produktionsmöglichkeiten der Kaufkraft des Volkes davongerannt sind. Weil das der Fall ist, wurde die Produktion gedrosselt, dadurch wurden Arbeiter entlassen, die Kaufkraft wurde weiter geschwächt usw. Das ist in weltwirtschaftlichem und nationalwirtschaftlichem Rahmen so. Die Lösung der Weltwirtschaftskrise hängt ab von dem Neuaufbau der einzelnen Volkswirtschaften und der Angleichung der Kaufkraft an die Produktionsmöglichkeit.

Der Kapitalismus hat immer Krisen gehabt. Das Bild des Konjunkturverlaufes im Kapitalismus zeigt zuerst eine Verflüssigung des Kapitalmarktes. Die Produktionsmittelindustrie wurde mit den Mitteln des Kapitalmarktes aufgestockt. Dabei wurde das Volk beschäftigt. Sobald die Investierungen aufhörten, kam die Krise. Die Produktionsfähigkeit des Volkes war stärker gestiegen, als die Kaufkraft, die diese gesteigerte Erzeugung hätte abnehmen können.

Es gibt danach keine Krisen mehr, wenn die Kaufkraft im gleichen Tempo steigt, als der Produktionsapparat ausgebaut wird. Das heißt, die Mittel, mit denen der Produktionsapparat übermäßig ausgebaut wurde, müssen verwandt werden zur Stärkung der Kaufkraft. Und dies Ziel ist auf eine ebenso einfache Weise zu lösen, als es plausibel ist.

Der Nationalsozialismus hat begonnen mit der Stärkung der Kaufkraft des Volkes, indem er das Werk der Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen hat. Daß sie glückt, erfordert, daß sie richtig durchgeführt wird. Sie glückt, wenn diese Stärkung der Kaufkraft erhalten bleibt und vermehrt wird, wenn aber auf Kosten der Kaufkraft nicht wesentliche Summen den Weg einschlagen, den sie im Kapitalismus verfolgt haben, nämlich zum Kapitalmarkt. Tun sie das doch, dann wird der prinzipielle Unterschied doch wieder aufgehoben, der zwischen der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung und der regulären Beschäftigung in der Wirtschaft besteht. Verfolgen

die Mittel den alten Weg, so landen sie auf dem Kapital- oder Geldmarkt, von wo sie im Kapitalismus über neue Investierungen wieder in die Wirtschaft kamen. Diese Investierungen hatten im Ausgang des Kapitalismus die Übersetzung des Produktionsapparates im Gefolge und waren Ursache der Krise.

Alles Geld in den Händen der Wirtschaft, das überschüssig war, ist immer verloren worden. War es investiert worden, so wurde in der Wirtschaft genau so viel verloren, als die Mehrerzeugung durch diese Investitionen die Kaufkraft des Volkes überschritten hatte. Wurde es zu Spekulationen verwandt, so gingen diese Spekulationen fehl: die Börsenhaussen und Zusammenbrüche in der Systemzeit.

Die Wirtschaft hat durch die Arbeitsbeschaffung und die Aufrüstung Gewinne gemacht. Dieses Geld ist da. Sie selbst verwendet es nicht, wenn sie Anleihen damit kauft. Für den gegenwärtigen Zustand ist es also vollständig gleichgültig, ob dies Geld weggesteuert wird oder in Gestalt von Anleihen eingezogen wird. Für die Zukunft aber ist das nicht gleichgültig: Hat der Staat dieses Geld durch die Steuern eingezogen, dann ist er unbelastet für die weitere Arbeitsbeschaffung, er kann es immer wieder von neuem ausgeben und kann immer weiter Arbeit beschaffen. Das kann er nicht, wenn er es als Anleihe einzieht. Dann steigt seine Belastung und die Verrentung der Wirtschaft im gleichen Ausmaß, wie die Arbeitsbeschaffung stockt.

Jeder Pfennig, den der Staat für die Arbeitsbeschaffung ausgibt, schlägt sich in der Wirtschaft als Gewinn nieder. Alle Gewinne, die die Wirtschaft seit dem 30. Januar 1933 gemacht hat, hat sie gemacht, weil der Staat Arbeitsbeschaffungsgelder ausgegeben hat. Die Ausgabe von Arbeitsbeschaffungsgeldern ist die Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft überhaupt Initiative entfalten kann. Ohne die Arbeitsbeschaffung hätte die Wirtschaft die Verluste der gesteigerten Krise tragen müssen. Daß der Staat sie vor diesen weiteren Verlusten bewahrt hat, muß ihr doch genug sein. Es ist für die Wirtschaft schädlicher, daß die weitere Arbeitsbeschaffung durch die Verschuldung des Staates in Frage gestellt wird, als daß ihr diese Gewinne entzogen werden, mit denen eine weitere Arbeitsbeschaffung, immer wieder von neuem, ermöglicht wird. Hört die Arbeitsbeschaffung auf, dann verliert in der neuen Krise die Wirtschaft doch mehr, als sie an den Anleihetiteln besitzt und mit ihr das Volk.

Unsere Frage lautet in diesem Stadium des Gedankenganges: Was steht höher, das sittliche Recht der Wirtschaft an den durch die Arbeitsbeschaffung verursachten Gewinnen oder das Beste des Volkes.

Diese Frage ist am 30. Januar 1933 schon entschieden worden. Die Wirtschaft ist jetzt dazu da, zu arbeiten, aber nicht um Gewinne zu machen, wie die Arbeiterschaft arbeitet, deren Lebenshaltung praktisch sich verschlechtert hat (Steigerung der Agrarpreise). Erst wenn die allgemeine Lebenshaltung gesteigert ist, hat die Wirtschaft ein sittliches Recht auf Gewinne. Dann sind auch die Gewinne erst praktisch: sie können erst dann, wenn eine gesteigerte Lebenshaltung höhere Ansprüche an Güter usw. stellt, zu Neuinvestitionen verwandt werden.

Die Wirtschaft hat jetzt kein Recht auf Gewinne, aber das Volk hat ein Recht auf gesteigerte Arbeitsbeschaffung. Das Gewinnstreben der Wirtschaft wird überhaupt in seiner praktischen Bedeutung überschätzt. Im Papenprogramm wurden der Wirtschaft Prämien für ihre Betätigung ausgesetzt. Der Erfolg ist seinerzeit vom Nationalsozialismus richtig als nichtig hingestellt worden. Die Wirtschaft arbeitet, wenn Kaufkraft da ist, für die sie arbeiten kann — und die wird geschaffen. Die gesteigerte Arbeitsbeschaffung, die gesteigerte Kaufkraft ist es, die die Wirtschaft zur Arbeit veranlaßt. Arbeitet sie nämlich nicht, dann verliert sie.

Nicht die Deckung des durch die Arbeitsbeschaffung in die Wirtschaft fließenden Geldes ist primär, sondern der volkswirtschaftliche Effekt. Gebraucht die Wirtschaft dieses Geld, dann ist es nicht schädlich. Es kann ihr auch ohne Deckung überlassen bleiben. Gebraucht sie dieses Geld zu ihrem geregelten Gang, so ist die Einziehung durch Steuern wie durch Anleihen schädlich. Erst jenes Geld muß eingezogen werden, das an eine falsche Stelle in der Wirtschaft gelangt ist. Es ist an falscher Stelle, ob es nun auch in einer dem kapitalistischen Denken als einwandfrei erscheinenden Weise dorthin gelangt ist, wo es zu Spekulationen oder zu einem übermäßigen Ausbau des Produktionsapparates verwandt wird, oder an den Geldmarkt, der nichts mit ihm anfangen kann. Alles dieses Geld ist auf dem Steuerwege einzuziehen, um es an die richtige Stelle zu lenken und durch Arbeitsbeschaffung die Kaufkraft zu stärken. Voraussetzung für die Wegsteuerung der Gewinne ist also kein Deckungsschematismus, sondern die sorgfältig zu erwägende Tatsache, ob überschüssiges Geld weggenommen werden muß. Alle die Gewinne, die der Wirtschaft ihre Betriebe haben gesunden lassen, kann sie behalten. Denn diese Gewinne, mit denen der notwendige Stand des Betriebskapitals der einzelnen Werke erreicht wird, nützen auch dem Volke. Wo aber Geld überschüssig ist, da darf es nicht nur,

sondern muß sogar fortgenommen werden, um die Inflation zu vermeiden.

Was die Aufrüstung betrifft, so ist die Wirtschaft entschieden mehr belastet, wenn vorhandene Produktionsstätten und Arbeitskräfte nicht ausgenutzt werden, als wenn sie für das Heer arbeiten. Dadurch, daß sie arbeiten, werden Kaufkraftströme geschaffen, die die Wirtschaft in Gang setzen, solange sie fließen. Die Aufrüstung wird erst dann zum Problem, wenn für den Bau von Rüstungswerkstätten, für die Gewinnung von Rohmaterial und für die Arbeit in den Rüstungswerkstätten Arbeiter der Wirtschaft entzogen werden müssen, für die sie selber Beschäftigung hat. So weit sind wir aber noch nicht. Ein Anzeichen dafür, daß der übrigen Wirtschaft Arbeiter entzogen würden, wäre der Wettbewerb der Aufrüstungsstätten und der Wirtschaft um die Arbeiter. Dieser Wettbewerb würde Lohnerhöhungen auslösen. Der Zustand, daß die Wirtschaft, um Arbeiter zu bekommen, die Löhne erhöht, kann nur erwünscht sein.

Die Aufrüstung hat für die Wirtschaft genau den gleichen Nutzeffekt, wie die Auslandsanleihen in der Zeit von 1924/29 sie hatten, aber sie ist nicht von deren schädlichen Nebenwirkungen begleitet, falls sie richtig finanziert wird. Mit den Auslandsanleihen wurde die Rationalisierung der Industrie finanziert. Solange an dieser Erweiterung des Produktionsapparates gearbeitet wurde, war die Konjunktur gut. Die Aufrüstung ist genau die gleiche Ankurbelung der Wirtschaft wie seinerzeit die Rationalisierung. Als die Rationalisierungsarbeiten aufhörten, kam die Krise, die die Ausnutzung der erweiterten Produktionsmöglichkeiten verhindert hat. Es kommt nun auf das gleiche hinaus, ob die Wirtschaft etwas herstellt, was nicht ausgenutzt werden kann, oder ob sie Rüstungsmaterial herstellt, das unmittelbar aus der Wirtschaft herausgezogen wird und an dessen wirtschaftliche Verwertung nie gedacht worden ist.

Nach der Rationalisierung hatte das während der Rationalisierung umlaufende Geld sich an der falschen Stelle gesammelt, wo es nicht produktiv sein konnte. Die Kaufkraft, für die es sich hätte betätigen können, fehlte. Es wurde deshalb auch automatisch verloren: der Bankenkrach ist sichtbarer Ausdruck dafür. Jede Überlegung, wie dies überschüssige Geld anzulegen ist, muß fehlschlagen, wenn die Kaufkraft, die die Anlage erst rentabel macht, fehlt. Wird das durch die Aufrüstung in Umlauf gesetzte Geld wesentlich durch Steuern eingezogen, so ist die Wirtschaft während der Aufrüstung befruchtet worden, und der Staat kann dann mit dem neuen Geld neue Arbeits-

beschaffung treiben. Die Interessen des Heeres an reichlichster Ausrüstung, die richtig verstandenen Interessen der Wirtschaft und das Wohl des Volkes decken sich. Die Aufrüstung stellt praktisch in großem Umfange die Belebung für die Wirtschaft dar, den ihr einst in begrenztem Umfange die Rationalisierung gegeben hat.

Ein warnendes Beispiel ist die Weltkriegsfinanzierung. Im Weltkriege sind in Deutschland für 98 Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet worden. In der Vorkriegszeit hätte diese Summe nie aufgebracht werden können. Ihre Aufbringung ist einzig und allein ermöglicht durch die Heereslieferungen. Die 98 Milliarden stellen die Gewinne dar, die die Gesamtwirtschaft durch die Heereslieferungen gemacht hat. Es wurde bestellt, dabei wurden Gewinne gemacht, durch eine Anleihe wurden diese Gewinne eingezogen, sie wurden wieder für neue Bestellungen ausgegeben, so daß die Staatsschuld sich bis auf 98 Milliarden häufte. Wären diese Gewinne aber durch Steuern eingezogen worden, wäre folgendes erreicht worden:

1. Eine saubere Scheidung zwischen den alten Vermögen aus der Vorkriegszeit und den Kriegsgewinnen. Diese Scheidung ging durch die Begebung der Kriegsanleihe verloren, weil alte Vermögenswerte an Leute, die am Kriege verdient hatten, verkauft wurden. Sie bezahlten also die von ihnen gezeichneten Kriegsanleihen praktisch mit Geld, das aus Kriegsgewinnen stammte. Wären die Kriegsgewinne eingezogen worden, dann wäre der Umsatz der alten Vermögenswerte vielleicht schwierig gewesen. Aber, wie die Entwertung des für diese Vermögenswerte erhaltenen Geldes während der Inflation lehrt, nur zum Segen für die Besitzer alter Vermögenswerte.

2. Mit Beendigung des Krieges wäre die Finanzierung des Krieges auch beendigt gewesen. Im Kriege ist verbraucht worden, was während des Krieges produziert worden war. Also mußte es auch möglich sein, daß die Verrechnung dieser Produktion auch mit dem Kriege beendet war. Eine Granate, die verschossen ist, war hergestellt und wird nicht erst nach dem Kriege fabriziert. Ihre Erzeugung belastet also die Wirtschaft nicht mehr. Die Wirtschaft war nach dem Kriege nur so weit belastet, als ihr Produktionsapparat angegriffen war. Das war ein Opfer, das von ihr gefordert werden konnte. Es war auch praktisch unmöglich, ihr dafür Ersatz zu geben. Hätte man ihr Ersatz gegeben, hätte das Geld dazu irgendwoher genommen werden müssen. Wenn man der Wirtschaft Ersatz hätte geben wollen, hätte man das Geld vom Volke nehmen müssen. Damit wäre aber die Kaufkraft des Volkes so geschwächt worden, daß die Wirtschaft

dieses Geld gar nicht für die Erzeugung hätte ausnützen können. Es wäre also doch verloren worden, nachdem es sich in den Händen des Finanzkapitals gesammelt und durch Spekulationen die Wirtschaft beunruhigt hätte. Der Wirtschaft geht es nie gut, wenn man ihr Geld gibt, sondern immer dann, wenn das Volk kaufkräftig gemacht wird, damit die Wirtschaft sich betätigen kann.

Über die Kriegsfinanzierung und ihre Folgen kann nur vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte gesprochen werden. Die Besonderheiten, die sich aus der Niederlage ergeben haben, müssen außer Betracht bleiben.

Der junge Nationalsozialismus hat seinerzeit die Frage der Kriegsfinanzierung richtig beurteilt. Er hat die Einziehung der Kriegsgewinne im § 12 seines Programms gefordert.

Niemals hat die deutsche Wirtschaft derart intensiv gearbeitet wie im Kriege. Wäre das, was im Kriege verbraucht worden ist, für Güter friedlichen Bedarfes erzeugt worden, wären wir alle wohlhabend. Gemessen an der Kriegsproduktion, kann in Anbetracht des technischen Fortschrittes der gesamte Heeresbedarf in zwei bis drei Jahren erstellt sein. Wenn in dem Tempo wie im Kriege erzeugt wird, sind wir bald ein wohlhabendes Volk. Im Kriege war der Zustand gegeben, daß es darauf ankam, die Erzeugung zu steigern, während jetzt immer noch nur sehr vorsichtig und behutsam (abgesehen von der Heeresproduktion) erzeugt wird. Es käme also darauf an, der Erzeugung das Tempo zu geben, wie sie es im Kriege hatte.

Das kann man machen, wenn der Wirtschaft die Angst um die Absatzmöglichkeit ihrer Erzeugung genommen wird, also wenn die Kaufkraft gestärkt wird. Das zu tun, ist sehr einfach. Der Staat forciert das Tempo der Arbeitsbeschaffung. Wichtig ist, daß die Verbrauchsmittelindustrie sich ausbaut aus Mitteln, die ihr aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse zufließen. Baut sie sich nämlich nicht rechtzeitig aus, so kommt es zu Preiserhöhungen, wenn die Kaufkraft eine gewisse Grenze überschritten hat. Der Staat wird bei seiner Arbeitsbeschaffung viel Geld ausgeben müssen. Daß das nicht gefährlich ist, hat der Krieg gezeigt. Im Kriege haben alle Staatsausgaben sich in Gewinne verwandelt. Es ist nicht einzusehen, weshalb das nicht der Fall sein soll, wenn Deutschland im Friedenszustand, wo die Wirtschaft doch übersichtlicher als im Kriege ist, Arbeit im großen beschafft, wie sie im Kriege im großen beschafft worden ist.

Nur müssen diese Gewinne weggesteuert werden. Weil die Kriegsschulden die übergroße Höhe erreicht hatten, kam die Inflation. Sie

waren untragbar. Also mußten sie auf irgendeine Weise weggebracht werden. Da die Politik es nicht tat, tat es eine ungesteuerte objektive Entwicklung. Nicht die politisch richtige Ausgabe von Geld ist gefährlich, sondern die Belastung des Volkes, wenn die Staatsschulden sich häufen und der Wirtschaft zum Lohne dafür, daß der Staat sich die Mühe ihrer Ankurbelung machte, noch Rententitel gegeben werden, die das Volk bezahlen muß.

Es wird hier vorgeschlagen, neben dem bisherigen Geldumlauf: Reichsbank — Wirtschaft — Reichsbank einen neuen Geldumlauf anzulegen: Staatskasse — Wirtschaft — Staatskasse. Der neue Geldumlauf tritt in Kraft, um eine Beschäftigung zu ermöglichen, die die Wirtschaft aus eigener Kraft nicht in Gang bringen kann. Wie notwendig diese Beschäftigung ist, lehrt die Erfahrung, daß ohne die Arbeitsbeschaffung die Krise nicht hätte eingeschränkt werden können. Die Gewinne der Wirtschaft werden viel größer sein, als die Ausgaben des Staates selbst für forcierte Arbeitsbeschaffung. Die Erfahrung der letzten 2½ Jahre zeigt, daß die Wirtschaft ihr Betriebskapital stark aufgefüllt hat, und dazu ist der Geldmarkt sehr stark flüssig. Von jetzt an können ihr die Gelder, die ihr durch die Arbeitsbeschaffung zufließen, in vollem Umfange wieder entzogen werden, um neue Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen. Sie kann, wie so oft hier schon betont ist, mit diesem Gelde doch nichts anfangen. Sie könnte, wenn es ihr gelassen wird, entweder Transaktionen machen wie in der Systemzeit, und die sind schädlich. Oder sie könnte wieder eine neue Rationalisierungsepoche beginnen, und die schlägt fehl, solange die Kaufkraft fehlt. Läßt man der Wirtschaft das Geld, so läuft sie selber fest. Gibt ihr der Staat dafür Rententitel, so läuft seine Politik fest. Aber das höchste Gut des Nationalsozialismus ist die Weltanschauung und die Freiheit, und der Spielraum für seine Politik, sie zu verwirklichen.

Die Wirtschaft wird, selbst wenn ihr das für die Arbeitsbeschaffung ausgegebene Geld wieder entzogen wird, dennoch genug Kapital bilden, um den Produktionsapparat auf der Höhe der Entwicklung der Kaufkraft zu halten. Diese ganzen Ausführungen kommen auf einen sehr einfachen Grundgedanken heraus:

Im Kapitalismus lag das Schwergewicht auf der Ausweitung des Produktionsapparates. Die Produktionsmöglichkeiten rannten der Kaufkraft, um deren Erhaltung sich niemand sorgte, davon. Weil sich niemand für die Erhaltung der Kaufkraft einsetzte, wurde der Kapitalismus volksfremd. Also ist jetzt die Aufgabe, das Schwer-

gewicht von der Ausweitung des Produktionsapparates auf die Erhaltung und Ausweitung der Kaufkraft zu legen. Die Gefahr, daß die Kaufkraft größer wird als die Erzeugungsmöglichkeiten, ist heute geringer als die, daß die Erzeugungsmöglichkeiten größer als die Kaufkraft sind. Eine aktive Politik muß immer Risiken eingehen, aber sie wählt die geringsten aus. Die ganze Wegsteuerung der Gewinne aus der Arbeitsbeschaffung bedeutet nichts anderes, als daß Gelder, die im Zuge des Kapitalismus für überschüssige Investitionen ausgegeben würden, denen die Kaufkraft nicht folgt, für die Arbeitsbeschaffung und die Stärkung der Kaufkraft ausgegeben werden, die dann durch ihre Nachfrage eine gesunde Ausweitung des Produktionsapparates veranlassen und eine gesunde Bildung von Vermögen, die dann nicht verloren werden. Die Zinsknechtschaft wird, wie Bernhard Köhler sagt, gebrochen, wenn keine Schulden gemacht zu werden brauchen. Und Schulden werden nicht gemacht, wenn die Wirtschaft vom Absatz her und nicht durch Kredite finanziert wird.

Bei wirtschaftspolitischen Diskussionen ist folgendes zu beobachten: Spricht man mit einem, der im kapitalistischen Denken befangen ist, so sieht er immer unüberbrückbare Schwierigkeiten. Jede Kleinigkeit, die außerhalb der gewohnten Methoden liegt, scheint ihm unüberwindlich. Daß aber die kapitalistischen Methoden nicht funktionieren und daß eine Beibehaltung dieser Methoden zu weit größeren Schwierigkeiten führt, sieht er nicht. Er schätzt die Bedeutung und die Möglichkeiten durchaus falsch ein. Deshalb sieht er auch den Kernpunkt der ganzen jetzigen Situation nicht. Ihm ist es selbstverständlich, daß der deutsche Arbeiter still hält. Er sieht nicht, daß der Arbeiter nur still hält, weil er an den Nationalsozialismus glaubt, und daß es für den Nationalsozialismus gar nicht so einfach war, dies Vertrauen zu erwerben und auch nicht, es zu erhalten. Der bisherige Erfolg der gesamten Wirtschaftspolitik beruht zum großen Teil darauf, daß der Nationalsozialismus den Glauben des Arbeiters an die Zukunft einsetzen konnte. Den Arbeiter im Zutrauen zu halten, ist politisch wichtiger, als die Wirtschaft im alten Gleis laufen zu lassen.

Bis jetzt war die Arbeitsbeschaffungspolitik nationalsozialistisch. Bis jetzt stand der Arbeiter zu uns. Wenn sie nationalsozialistisch bleibt, bleibt er bei uns. Der Arbeiter wird auf die Dauer nicht verstehen, weshalb er die Lasten des Aufbaus tragen soll, während die Wirtschaft verdient.

Die Arbeitsbeschaffung darf durch ihre Finanzierung nicht ins kapitalistische Fahrwasser geraten. Denn dann werden die Gewinne aus der Arbeitsbeschaffung so behandelt, als ob sie in einem regulären Wirtschaftsprozeß verdient worden wären.

Nicht die kapitalistischen Gewohnheiten, Wünsche usw. sind maßgebend für eine nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, sondern das Wohl des Volkes. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat ihre eigenen Kategorien. Deren wichtigste ist diese:

Der Neuaufbau der Wirtschaft ist immer schwierig. Eine Patentlösung gibt es nicht, weil dieser Neuaufbau eine Schöpfung und keine Konstruktion ist. Für die Politik aber entscheidet nicht, wie dieser Neuaufbau für die überkommene Wirtschaft am bequemsten ist, sondern wie er für die Politik am leichtesten ist.

Für die Politik ist er am leichtesten, wenn er im Einklang mit dem Volke geschieht. Im selben Grade, wie der Kapitalismus volksfremd war, geschieht er dann nicht im Einklang mit der Wirtschaft, soweit sie kapitalistisch geblieben ist.

Dem Volke kann es nur erwünscht sein, wenn forciert produziert wird. Um das zu erreichen, ist die Geldausgabe für die Arbeitsbeschaffung vorgeschlagen. Steigen einmal die Löhne, so werden die Preise vielleicht sogar sinken. Denn bei Beschäftigung aller, steigenden Löhnen ist die Kaufkraft tatsächlich da, um die dann der Kampf des freien Wettbewerbes einsetzt. Der Grundsatz: Großer Umsatz, kleiner Nutzen ist ja erst zu verwirklichen, wenn die Kaufkraft da ist, die die reale Grundlage für den großen Umsatz ist. Jedes Kartellmitglied verkauft zu Unterpreisen, wenn es das kann. Eine allgemeine Steigerung der Kaufkraft würde alle Verkäufer in die Lage dieses Kartellmitgliedes bringen.

Die Aufgabe der Politik wäre dann, wenn die Produktion ganz ausgeschöpft ist, mit den sich aus dieser Situation ergebenden Schwierigkeiten fertig zu werden. Sie hat dann den Mangel der Erzeugung in einen Überfluß der Erzeugung verwandelt. Sie macht den Sprung vom Mangel zum Überfluß, der angesichts der unausgeschöpften Produktionsmöglichkeiten möglich ist. Anstatt daß sie sich bemüht, diesen Mangel langsam abzustellen, und anstatt daß sie gegen den Mangel kämpft, ist ihre Schwierigkeit dann, den Überfluß zu ordnen. Es ist aber leichter, den Überfluß zu ordnen, als den Mangel zu bekämpfen. Kurz und gut: Anstatt daß das Volk im Mangel ist und Opfer bringt, hat die Politik neuartige Aufgaben zu lösen. Die kapitalistische Pro-

blematik des Mangels wird in eine sozialistische Problematik des Überflusses verwandelt.

Wir haben endlich eine Führung im Staate. Die Führung hat es in der Hand, die sachlich vorhandenen Schwierigkeiten so zu legen, wie sie ihnen am leichtesten beikommen kann. Die Kunst der Führung ist es, das zu tun. Sie kann den sachlich vorhandenen Schwierigkeiten die Gestalt geben, in der sie sie am besten meistern kann. Bildlich gesprochen: sie kann das Eisen, das sie schmieden will, durch Erhitzen weich machen. So kann sie den jetzigen Zustand, in dem die Produktionskapazitäten noch nicht ausgeschöpft sind und Arbeiter feiern, verwandeln in einen Zustand, in dem alles arbeitet. Anstatt vom Mangel zu einer in Ordnung vollaufenden Wirtschaft hinaufzuschreiten, ist die Politik in einer besseren Lage, wenn sie von einem forcierten Überfluß zu der geordneten Überflußwirtschaft hinabschreitet. Die Schwierigkeiten, die sie dabei hat, sind geringer als die, die sie jetzt bewältigen muß.

Wenn der Nationalsozialismus ferner eine Wirtschaftspolitik nach alten Methoden und unter Berücksichtigung der alten Gewohnheiten treibt, so erscheint die Weltanschauung als unnötiges Beiwerk, „von dem der vernünftig gewordene Nationalsozialismus sich doch einmal mausert". Verwandelt die Führung die wirtschaftspolitische Situation, so daß sie vom Überfluß zur Ordnung hinab-, anstatt vom Mangel zur Ordnung hinaufsteigt, ist weithin sichtbar, daß der Nationalsozialismus schöpferisch ist. In diesem Falle treten notgedrungen die dynamischen Typen hervor, und das ist für den Sieg der Weltanschauung und die Schaffung der neuen Kultur mindestens ebenso förderlich wie die andere Tatsache, daß die vom Erfolg bejahte neuartige Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus auch eine starke Bejahung seiner Weltanschauung ist.

Der ganze Aufbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurde davon bestimmt, daß vom Verbrauch Mittel abgezweigt wurden, um den Produktionsapparat aufzubauen. Der Verbrauch wurde eingeschränkt, um Produktionsgüter zu schaffen.

Das war sehr gut und fruchtbar, als die neugeschaffenen Produktionsgüter ihren Zweck erfüllen konnten: für den Verbrauch zu erzeugen.

Der Fortschritt der Technik hat die Erzeugungsmöglichkeiten derart steigen lassen, daß der Kapitalismus mit seiner Einschränkung des Verbrauches, die aus dem ganzen System folgt, auch wirtschaftlich sinnlos geworden sind. Die System-Politik hat versagt, als sie

trotz seiner erkennbaren Sinnlosigkeit den Kapitalismus unangetastet ließ.

Die moderne Technik hat die Wirtschaft in die Lage versetzt, bei starkem Verbrauch und guter Konjunktur mehr Vermögen zu bilden, als bei eingeschränktem Verbrauch und schlechter Konjunktur. Der Satz klingt sehr einfach: und enthält doch das ganze moderne Wirtschaftsproblem unserer Tage.

Die alte sachliche Lage, daß die Erzeugung für den Verbrauch gesteigert werden mußte, hat sich verwandelt in eine neue sachliche Lage: daß der Verbrauch für die Ausschöpfung der Erzeugungsmöglichkeiten gesteigert werden muß.

Wie kann die Politik dieser neuen Lage gerecht werden? Den ganzen Aufbau der Wirtschaft durch staatlichen Befehl zu ändern, ist sehr schwer und bleibt problematisch. Der Staat kann nicht befehlen, daß die Produktion sich nach dem Verbrauch richtet, ohne eine allgemeine Planwirtschaft zu befehlen, und ohne gerade das auszuschalten, was so fruchtbar ist: den nicht in Reglements einzufangenden technischen Fortschritt. Die lebendige Rasse ist eben in dynamischer Weise schöpferisch, und die Reglements des Staates müssen so gehalten sein, daß sie diesem Schöpfertum Raum lassen, es aber nicht behindern, indem eine Bürokratie dem Schöpfertum ihre Bleigewichte anhängt.

Also, da der Staat nicht befehlen kann, daß die Produktion sich nach dem Verbrauch richtet, muß der Verbrauch sich nach der Produktion richten. Also muß die Produktion als das bestimmende Element freibleiben. Dadurch wird auch der Verbrauch frei, nämlich dazu, sich nach oben zu entwickeln. Anstatt daß die Wirtschaft umgekrempelt wird, braucht nur die Sinnlosigkeit des kapitalistischen Zustandes abgestellt zu werden, damit die Wirtschaft sich dann selber umkrempelt.

Diese Sinnlosigkeit bestand, wie gesagt, darin, daß vom Verbrauch übermäßig Mittel abgezweigt wurden, um für den Ausbau des Produktionsapparates verwandt zu werden. Die Ausnutzung des Produktionsapparates war fruchtlos, als ihm eine geschröpfte Kaufkraft entgegentrat.

Die Verfassung der Wirtschaft, die in Jahrzehnten geworden ist, läßt sich nicht bürokratisch abändern. Daß dem Verbrauch Mittel entzogen werden, um in den Kapitalmarkt zu fließen, ist eine bestehende Tatsache, die ganz fest im Wirtschaftssystem verankert ist. In Berücksichtigung dieser Tatsache hat der Nationalsozialismus die

Löhne nicht erhöht. Er hat sich nur bemüht, die Schröpfung der Kaufkraft durch Preiserhöhung möglichst zu verhindern. Die Wirtschaft, wie sie ist, ist vom Willen zum Verdienen getrieben, und der hat ja keinen anderen Inhalt, als Mittel für den weiteren Ausbau des Produktionsapparates zu sammeln.

Aber die Politik kann die bestehende Verfassung der Wirtschaft ausnutzen. Wenn im Kapitalismus der Produktionsapparat zu stark ausgebaut worden ist, so daß einer Aufbauperiode die Krisenperiode folgte, so wäre das Ideal, der Kaufkraft des Volkes das zu geben, was für den Ausbau des Produktionsapparates zu viel aufgewandt worden ist. Dann könnte die organisch gesteigerte Erzeugung von dem kaufkräftiger gewordenen Volke aufgenommen werden.

Ein Ideal hat nur dann Sinn, wenn es aus praktischen Zuständen gefolgert ist, die der Politik Spielraum für ihre Verwirklichungen geben. Dieser Spielraum ist der:

Der Wirtschaft kann das Geld weggenommen werden, das sie zuviel investieren würde. Daß sie in einer Aufbauzeit zuviel investiert, hat die Erfahrung gezeigt; sie hat genau so viel zuviel investiert, als in der Krise verloren wird.

Während im Kapitalismus die Kaufkraft geschröpft wurde — und das geschah auch dadurch, daß durch verbesserte Produktionsmethoden Arbeiter brotlos wurden — und zuviel investiert wurde, wird einerseits die Wirtschaft gehindert, zuviel zu investieren. Andererseits aber wird die Kaufkraft gestärkt, indem die eingezogenen Gelder für die Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden. Also genau das, was die Wirtschaft doch verlieren würde, wird für das Volk fruchtbar gemacht. Die Wirtschaft bezahlt mit dem Gelde, das der Staat von ihr fordert, den Vorteil, daß sie für ihre Erzeugung den Absatz behält.

Das Wort „zuviel" hat in den vorstehenden Ausführungen nur theoretischen Inhalt. Noch ist es kein praktisches Maß. Wie läßt sich bestimmen, was zuviel ist?

Es gibt nur ein praktisches Maß: die Arbeitslosigkeit. Der Staat nimmt der Wirtschaft jeweilig so viel ab, als er für die Arbeitsbeschaffung braucht. Er kann dabei ruhig zusehen, welche Summen die Wirtschaft darüber hinaus „zuviel" hat und dann in Fehlinvestitionen verliert. Der Umfang der Fehlinvestitionen ist dann Anhaltspunkt für den Ausbau der Steuerpolitik. Wird durch Fehlinvestitionen viel verloren, dann ist das ein Klingelzeichen für den Staat, die hohen Einnahmen noch stärker zu besteuern und die niedrigeren weiter zu entlasten: damit weniger Geld für Fehlinvestierungen da

ist und damit die Nachfrage so gesteigert wird, daß weniger Investierungen fehlgehen.

Die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit geht mit dieser Finanzierungsmethode Hand in Hand. Die Brechung der Zinsknechtschaft ergibt sich nebenbei. Die Zinsen sind hoch, wo die Kaufkraft des Volkes schwach ist, sie sind um so niedriger, je größer die Kaufkraft des Volkes ist. Wenn sich die Werke vom Absatz her finanzieren, ist den Geldgebern der mächtigste Konkurrent geschaffen.

Mit dieser das Recht auf Arbeit deckenden Finanzierungsmethode ist die Überflußwirtschaft geschaffen. Es ist sinnlos, den Kapitalismus beseitigen zu wollen, wenn die alte Mangelwirtschaft bestehen bleibt. Der Kapitalismus und die Mangelwirtschaft sind identisch. Würde man den Kapitalismus beseitigen wollen und die alte Mangelwirtschaft bestehen lassen, würde man nur in verkrampfte Zustände geraten. Ist die Überflußwirtschaft da, dann ist der Kapitalismus nicht mehr da; die Überflußwirtschaft bringt ihre eigenen neuen Gesetze hervor. Die Wirtschaft steigt herab zur neuen Ordnung.

10. Kapitel

Die Agrarpolitik

Daß die Erzeugung reichlicher fließt und die Überflußwirtschaft werde, kann nicht durch Organisationen in der Wirtschaft erreicht werden. Viel besser als Organisationen der Wirtschaft sind Situationen für die Wirtschaft. Organisationen schaffen ist leicht, wenn man Macht hat. Besser wird diese Macht ausgenützt, wenn die Wirtschaft in Situationen gebracht wird, die sie die von der Politik erstrebten Ziele zu erreichen zwingen.

Organisationen haben einen Zweck, wenn entweder Macht zusammengeballt werden soll oder wenn an sich knappe Gütervorräte verteilt werden sollen. Der Nationalsozialismus zerschlägt die Organisationen des Kapitalismus nicht, durch die er Macht ausgeübt hat, um der Wirtschaft über neue Organisationen neue Macht zu geben. Die Wirtschaft soll gerade keine eigene Macht um eigene Schwerpunkte haben. Sie soll dem Volke dienstbar sein. In diese Dienstbarkeit kann sie aber nicht hineinorganisiert werden. Durch eine Organisation würde sie zuviel eigenes Schwergewicht erhalten: sie würde dann dem Volke so dienen, wie ein Prätorianer- oder Mameluckenkorps dem Herrn; der Herr wäre abhängig von seiner Palastwache.

Organisationen in der Wirtschaft sind notwendig, wo, wie gesagt, ein an sich knapper Gütervorrat verteilt werden muß. Der Sinn dieser Organisationen ist dann aber, daß diese Güter anders verteilt werden sollen als durch Angebot und Nachfrage. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft sind knapp. Hier ist die Notwendigkeit gegeben, eine eigene Organisation zu schaffen. Der Nationalsozialismus hat den Reichsnährstand auch aufgebaut. Der Reichsnährstand ist die Folgerung aus der Einsicht, daß die deutsche Wirtschaft sich mit den knappen Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse abfinden muß. Der Reichsnährstand ist eben so sehr zum Schutze der Volkswirtschaft wie zum Schutze des Bauern aufgezogen worden. Die Volkswirfschaft wird davon befreit, sich bei jeder neuen Ernte mit dem Ertrag dieser Ernte von neuem auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung würde durch starke Schwankungen der Lohnkaufkraft erfolgen.

Lohnhöhe und Lebensmittelpreise bedingen in freier Wirtschaft einander. Im Kapitalismus wurde das nicht gesehen, weil dort die ausländischen Einfuhren zwischen die Löhne und die inländische Erzeugung gestellt worden waren. Aber dadurch hatte der Kapitalismus sich überhaupt von seiner nationalen Grundlage gelöst. Zwischen dem deutschen Unternehmer, Arbeiter und Bauer war der ausländische Bankier, Unternehmer, Arbeiter und Landwirt eingeschaltet.

Besonders dringlich wird die Frage vom Verhältnis der Lohnhöhe zum Ernteausfall werden, wenn wir die Überflußwirtschaft haben. Die Tatsache, daß die Landwirtschaft aus der Wirtschaft herausgehoben ist, bedeutet dann, daß der Lohnanteil frei ist, mit dem gewerbliche Erzeugnisse gekauft werden. Er kann dann steigen trotz geringem Ernteausfall.

Die gewerbliche Wirtschaft muß so eingerichtet werden, daß großer Bedarf an Gütern sich in hohen Preisen für diese Güter äußert. Denn das Volk soll das, was es kaufen will, auch erhalten. Preisbeschränkungen würden auf die Dauer unhaltbar sein. Natürlich nicht deshalb, weil ein Unternehmer dann die Gelegenheit, Profite zu machen, nicht wahrnehmen kann. Sondern deshalb, weil bei knappem Gütervorrat der eine zu billigem Preise das gewünschte Gut erhält und der andere gar nichts. Bei hohen Preisen muß der, der das Gut unbedingt haben will, eine Prämie in Gestalt eines höheren Preises zahlen. Man kann sich das bildlich vorstellen: die Leute drängeln vor der Ausgabestelle eines knappen Gutes und bilden eine

Schlange. Ist der Preis niedrig, müssen die weggehen, für die der Vorrat nicht mehr langte. Nun ruft der Schutzmann aus, daß die, die ein Aufgeld bezahlen wollen, an die Spitze der Schlange treten dürfen. Dann gehen die, die das nicht wollen, aus freiem Entschluß weg, und nicht, weil der Zufall sie an eine Stelle im hinteren Ende der Schlange brachte. Die Mehrgewinne aus den Aufgeldern werden dazu verwandt, die Erzeugung des knappen Gutes auszubauen. Nach einem Jahr etwa können dann alle wieder zu niedrigeren Preisen das gewünschte Gut erhalten. Es gibt keinen besseren Weg, die Mehrerzeugung dieser Güter zu finanzieren.

Es ist leicht gesagt, der Staat könne das übernehmen. Doch der Staat muß diese Gelder auch irgendwoher nehmen. Sogar bei der freiesten Geldschöpfung der Welt, also nach Durchführung der produktiven Kreditschöpfung, würde der Staat die Mittel, die er anlegt, einer anderen Anlage entziehen müssen.

Der Staat finanziert mit Steuergeldern. Er nimmt die Steuern von allen. Dann müßten also auch die, die mit dem knappen Gut nicht beliefert worden sind, durch ihre Steuergelder dazu beitragen, daß diese Erzeugung vermehrt wird. Dafür würden sie allerdings nach der so finanzierten Mehrerzeugung auch das betreffende Gut kaufen können. Dann bezahlten aber die, die aus dem knappen Gütervorrat nicht beliefert worden sind, beim Warenkauf nach vermehrter Erzeugung den Überpreis. Sie zahlen nämlich den Preis plus dem Steuerbetrag, der zur Vermehrung der Erzeugung von ihnen eingezogen worden ist. Die bei knappem Gütervorrat und billigem Preis zum Kaufen gekommen sind, haben genau so viel bezahlt: nämlich auch den Preis ohne Prämie und den Steuerbetrag. Aber sie sind bevorrechtigt beliefert worden, nämlich zu der Zeit, als das betreffende Gut noch knapp war. Und das ist und bleibt ungerecht. Bezahlen sie die Erweiterung der Produktion durch einen Preisaufschlag, dann brauchen die anderen keinen Anteil zur Erweiterung der Finanzierung aufzubringen. Das ist alles handgreiflich klar. Es ist nur gesagt, um Phantasien zu begegnen, die heute leider noch umlaufen. Denen nämlich, die alles Heil einzig und allein vom Eingreifen des Staates erwarten.

Doch dieses freie Spiel von Angebot und Nachfrage (es sei betont, daß hier nicht von der Gegenwart, sondern von der Zeit, wo die Überflußwirtschaft da ist, die Rede ist) ist nur möglich, wenn die Erzeugung tatsächlich erweitert werden kann. Das ist in der gewerblichen Wirtschaft mit ihren technischen Möglichkeiten der Fall. In der

Landwirtschaft liegen die Dinge anders. Deshalb darf das freie Spiel von Angebot und Nachfrage sich nicht auf die Landwirtschaft erstrecken. Und zwar deshalb nicht, weil der Bauer in die Lage kommen kann, die Preisaufschläge, die er bei knapper Ernte erhalten wird, gar nicht investieren zu können.

Auch die Wirtschaft des deutschen Sozialismus wird eine „Wirtschaft" sein, und wirtschaften heißt Kosten abwägen. Wo Kosten nicht abgewägt werden, wird verschwendet, und unnötige Verschwendung ist nicht Sozialismus oder Politik, sondern ist und bleibt Verschwendung. Und das ist Ungerechtigkeit und Raub am Volke. Es ist also abzuwägen, ob eine Mehrerzeugung in der Landwirtschaft den durch hohe Preise beschafften Aufwand für Investitionen volkswirtschaftlich lohnt.

Soweit er sich lohnt, muß er gemacht werden. Diese Investitionen sind sogar die volkswirtschaftlich nützlichsten und stehen an erster Stelle der Dringlichkeit. Aber den Investitionen in der Landwirtschaft, die die Kosten aufwiegen, sind enge Grenzen gesetzt. Zwar erscheinen jetzt die Investitionsmöglichkeiten in der Landwirtschaft groß. Die Meliorationsarbeiten stehen zum größten Teil noch vor uns. Doch soll hier nicht mit kapitalistischen, sondern mit sozialistischen Maßstäben gerechnet werden. Angesichts der verfügbaren Arbeitsleistung und den großen technischen Hilfsmitteln sind diese Meliorationen eine Sache von nur wenigen Jahren. Die Meliorationsarbeiten werden wirtschaftlich die Kosten aufwiegen. Aber wenn sie vollendet sind, was dann?

Dann ist es jedenfalls nicht angängig, blindlings in der Landwirtschaft loszuinvestieren. Der Mehrertrag muß gegenüber den Kosten abgewogen werden. Es kommt zu teuer zu stehen, wenn die ihn erzeugende Leistung, in der gewerblichen Wirtschaft angesetzt, ergiebiger sein wird; wenn also mit dieser Arbeitsleistung in der gewerblichen Wirtschaft ein Mehr an Gütern hergestellt werden kann, das dem Volke lieber ist als die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Hier liegt die Begründung für die Organisation der Landwirtschaft im Reichsnährstand. Die Ernteerträge werden in Deutschland knapp sein. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen nicht vom freien Markt bestimmt werden. Die landwirtschaftliche Erzeugung muß ferner planmäßig in sich aufgeteilt werden in die gewünschten Erzeugungsarten. Diese Einteilung kann dem Markt nicht überlassen bleiben. In einer Überflußwirtschaft würden in diesem Falle nicht nur die Schweinepreise, sondern die Preise für alle land-

wirtschaftlichen Erzeugnisse starke Ausschläge haben. Wir würden in jedem Jahre Überfluß an den Erzeugnissen haben, die im Vorjahre knapp waren, aber um so größeren Mangel an anderen. Man erinnere sich an die Thünenschen Kreise. Im Mittelpunkt der Kreise steht die Stadt. Um die Stadt gliedert sich die landwirtschaftliche Erzeugung in den Ringen des Kreises. In jedem Ring wird vornehmlich ein besonderes Erzeugnis gewonnen. Die Überflußwirtschaft des deutschen Sozialismus käme in bezug auf die Landwirtschaft auf eine Vergrößerung der Stadt hinaus. Steigerung der allgemeinen Kaufkraft und Vergrößerung der Stadt wäre in diesem Falle ein und dasselbe. Also würden die einzelnen Ringe breiter werden. Nun ist die landwirtschaftlich nutzbare Fläche in Deutschland, wenn die Meliorationen fertig sind, begrenzt. Die Ringe werden breiter, die landwirtschaftlich nutzbare Fläche aber wird nicht größer. Also werden die äußeren Ringe über die Reichsgrenze hinausgeschoben: d. h. die Erzeugnisse, die auf ihren Gebieten gewonnen wurden, werden nicht mehr im Reichsgebiet gewonnen. Dieser Zustand aber ist nicht tragbar, wenigstens für die nächsten Jahrzehnte nicht. Also muß die Einteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gesteuert werden. Es ist besser, daß das die Landwirtschaft in Gestalt des Reichsnährstandes selber macht, als daß der Staat hierfür eine Bürokratie aufziehen würde.

Oben wurde schon von dem Zusammenhang zwischen Agrarpreisen und Löhnen gesprochen. Die Löhne sollen ausgegeben werden für den Lebensmittelbedarf und für Wohnung und für Waren aus der gewerblichen Wirtschaft. Die Ausgaben für Wohnung können den Ausgaben für Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft zugerechnet werden, weil die Wohnungen beliebig vermehrbar sind. Die Lebensmittelerzeugung in Deutschland ist aber nicht beliebig vermehrbar.

Bleibt die Festsetzung der Preise für Lebensmittel dem freien Markt überlassen, dann wird der für Lebensmittel ausgegebene Lohnanteil zu hoch. Der für gewerbliche Güter auszugebende Lohnanteil sinkt infolgedessen.

Dieser Zustand wäre nicht nur tragbar, sondern sogar notwendig, wenn die Landwirtschaft den höheren Einkommenszufluß, den sie in Gestalt ihrer überhöhten Preise hat, investieren und die Knappheit ihrer Erzeugung damit beseitigen könnte. Aber wenn das nicht möglich ist? Für den Bauern wirkt sich die Tatsache, daß Investierungen über eine gewisse, nicht sehr weit gezogene Grenze sich nicht lohnen, dahin aus, daß er nicht investiert, sondern sich seiner Mehr-

einnahmen freut. Den Mehreinnahmen des Bauern würde eine Minderung der Kaufkraft der Arbeiterschaft gegenüberstehen: das ist ungerecht gegenüber dem Arbeiter, weil diese Mehreinnahmen des Bauern nicht in Investitionen der Landwirtschaft angelegt werden und somit nicht garantieren, daß die Knappheit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse behoben wird.

Es bleibt nur eins übrig: den Preis für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu fixieren. Damit ist auch der Lohnanteil, der für Lebensmittel auszugeben ist, fixiert. Natürlich wird der eine dadurch mehr für Lebensmittel ausgeben, weil er bessere Qualitäten kauft, etwa häufiger eine Gans auf seinen Tisch stellt. In der Masse des Volkes gleichen diese Mehrausgaben mit Minderausgaben sich aus, so daß im großen Durchschnitt doch der für Lebensmittel auszugebende Lohnanteil fixiert bleibt.

Dann können aber die Lohnanteile, die für gewerbliche Waren ausgegeben werden, steigen. Ohne die Fixierung des für Lebensmittel auszugebenden Lohnanteils wäre das ausgeschlossen. Denn in diesem Falle würde der Steigerungsbetrag der Kaufkraft dem Bauern zufließen und die steigenden Lebensmittelpreise würden die Lohnerhöhung verschlingen.

Einzuflechten ist hier, daß hier keine Pfennigrechnung aufgemacht werden soll. Diese Ausführungen sind nicht aus Neid gegenüber dem Bauern diktiert und aus der im Jahre 1924 üblichen Sorge, der Bauer möchte zuviel verdienen. Sie stellen den Versuch dar, volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu überschauen. Sie gehen von einer Voraussetzung aus, die jetzt noch nicht erfüllt ist: von der Überflußwirtschaft. Die Überflußwirtschaft ist aber da, wenn sämtliche Arbeitslosen an der Maschine stehen. Das Wort Überflußwirtschaft schließt ein, daß man nicht zu ängstlich zu rechnen braucht. Es handelt sich dann nicht mehr um Millionen, sondern um Milliarden. In Zukunft wird das Augenmerk auf diese großen Summen fallen müssen und darf nicht mehr so ausschließlich wie früher auf den kleinen haften. Das heißt vom Standpunkt der Überflußwirtschaft rechnen.

Von ihm aus gesehen, gewinnt auch die bisherige landwirtschaftliche Verschuldung ein anderes Gesicht. Gewiß kann man diese Schulden herabsetzen. Auf keinen Fall dürfen diese Schulden die jetzige Erzeugung der Landwirtschaft beeinträchtigen oder tüchtige, rassereine Bauern vom Hofe treiben. Aber das geschieht auch nicht mehr. Der Staat hat in der Frage nach dem wirtschaftlich und politisch Zweckmäßigsten zu fragen. Das ist am zweckmäßigsten, was ihn am wenigsten belastet.

Bisher war sein Urteil, daß die politische und wirtschaftliche Belastung durch einen Eingriff in die Schuldenfrage größer wäre als die Entlastung beim Bauern. Aber die Rechnung stimmt, daß einige Pfennige mehr im Preise des einen oder anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisses die ganze Schuldenfrage der Landwirtschaft leicht lösbar machen würden. Daß der Landwirt diese Pfennige mehr erhalten kann, wenn die Überflußwirtschaft da ist, steht außer Frage.

Je fester der Nationalsozialismus an die Überflußwirtschaft glaubt, desto mehr kann er die Schuldenfrage in der Landwirtschaft hängen lassen. Er glaubt dann nämlich auch, daß diese Frage sich in einigen Jahren von selber erledigt. Wirklich ernst ist diese Frage nur, wenn die Überflußwirtschaft unmöglich wäre, wenn also die Notwendigkeit, mit kleinen Beträgen zu rechnen, wie sie heute besteht, sich nicht abschleifen würde. Rechnet man mit einer starken Steigerung der Kaufkraft, dann wird sie die Schuldenfrage bei der Landwirtschaft bereinigen. Nur wenn man nicht mit ihr rechnen kann, dann allerdings löst diese Schuldenfrage sich nicht von selbst und organisch, sondern dann müßten diese Gallensteine herausoperiert werden. Doch geht man auf die Überflußwirtschaft zielsicher zu, ist es gewiß besser, alles zu vermeiden, was die Heraufkunft der Überflußwirtschaft verzögern würde, auch wenn der Bauer dadurch entlastet würde. Jedenfalls gibt es für alle Diskussionen über die Schuldenfrage, und zwar nicht nur über die bei der Landwirtschaft, sondern ganz allgemein nur einen Standpunkt: Nicht den üblichen, der nur sieht, daß bei der jetzigen Wirtschaftslage die Schulden nicht abgetragen werden können, sondern den in dieser Frage formulierten: Stören die Schulden das Heraufkommen der Überflußwirtschaft, oder würde ihre Bildung durch einen rigorosen Eingriff in die Schuldenfrage gestört?

Neben den Beträgen, die der Bauer für die Abstoßung seiner Schulden aus eigener Kraft braucht, sind ihm die Einnahmen zu gönnen, mit denen er einen Versorgungsstock für die nicht erbhofberechtigten Kinder ansammeln kann. Der Bauer ist nun einmal so, daß er mit festen, sachlichen Vermögen zu rechnen gewohnt ist. Das Volk braucht die Kinder des Bauern zur steten Auffrischung seines Blutes. Wenn der Bauer nur Kinder in die Welt setzen will, wenn er weiß, daß er sie sicherstellen kann, so gebe man ihm in Gottes Namen die Mittel dazu. Die Beträge, um die es sich dabei handeln kann, spielen in der Überflußwirtschaft keine Rolle. Erst dann fällt das Einkommen des Bauern ins Gewicht, wenn durch Überpreise für die landwirtschaftliche Erzeugung sich eine merkbare Minderung der

Kaufkraft der Arbeiterschaft gegenüber den gewerblichen Erzeugnissen ergibt.

Zudem liegt diese Beschränkung seiner Einnahmen im Interesse des Bauern selbst. Die Erbhofgesetzgebung ist erlassen worden, damit sie ein Schutz des Bauernstandes sei. Sind die Einkünfte des Bauern aber übermäßig hoch, wenn seine Preise der Knappheit seiner Erzeugnisse in der Überflußwirtschaft entsprechen — und das ist der Fall — dann steigen die Bodenpreise. Der Boden ist es dann, der die hohe Rente gewährt. Er gäbe eine viel höhere Rente, als sie in der Industrie möglich sein wird. Gibt Grund und Boden aber eine übermäßige Rente, dann wird eine sehr starke Strömung einsetzen, Landbesitz zu erwerben. Gegen diese Strömung wird auf die Dauer auch das Erbhofgesetz ohnmächtig sein. Wenn der Bauer, durch hohe Preise gelockt, seinen Grund und Boden absolut verkaufen will, und ein Käufer da ist, dann wird das Erbhofgesetz auch umgangen werden.

Am Ende wären die Bodenpreise so gestiegen, daß die hohen Einnahmen der Landwirtschaft doch nur das beim Kaufe angelegte Geld durchschnittlich verzinsen würden. Der Bauer hätte sich selbst der Bodenspekulation an den Hals geworfen und die hohen Gewinne, die sich beim Steigen des Bodenpreises ergeben würden, wären eine dauernde volkswirtschaftliche Belastung. Das Erbhofgesetz wird ein Schutz für den Bauern nur so lange sein können, als die Bodenpreise nicht übermäßig steigen. Der beste Maßstab für die Festsetzung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist der Bodenpreis. Sobald die Preise der vom Großgrundbesitz verkauften Flächen wesentlich im Preise steigen, sind die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu hoch. Allerdings müßte man den Preis für den Boden, der durchschnittlich sein soll, noch bestimmen. Der von der Krise noch beeinflußte Bodenpreis wird wohl kaum dieser Grundpreis sein können.

Es war oben die Rede von dem Verhältnis der Ausgaben des Arbeiters für landwirtschaftliche und denen für gewerbliche Erzeugnisse. Nur wenn der für landwirtschaftliche Erzeugnisse auszugebende Lohnanteil fixiert ist, kann der für gewerbliche Erzeugnisse auszugebende frei steigen. Nämlich gemäß der Ergiebigkeit der modernen Technik. Er muß steigen, damit die Technik sich überhaupt weiter entfalten kann. Im Kapitalismus war einer der Faktoren, die der Steigerung des Lohnanteils für die gewerblichen Erzeugnisse ent-

gegengestanden haben, die Knappheit an Lebensmitteln der eigenen Wirtschaft.

Denn diese Knappheit an Lebensmitteln im eigenen Lande hat nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts dazu beigetragen, daß das Schwergewicht der Wirtschaft auf den Außenhandel verlegt worden ist. In der Debatte um die Aufhebung der Kornzölle in England ist dieser Zug deutlich sichtbar. Die großen Lebensmittelvorräte in der ganzen Welt seien für ein exportierendes England greifbar, und wenn es einführe, könne es auch ausführen. Die besondere Weihe, mit der der Liberalismus den Außenhandel umgeben hat, hat in der Behauptung bestanden, daß gerade er eine Steigerung der Lebenshaltung des ganzen Volkes ermöglichte. Man hört diese Auffassung ja sogar noch heute: ohne Außenhandel verfalle der Lebensstandard.

Der Welthandel des Kapitalismus war aber organisierter Lohndruck. Man glaubte ausführen zu müssen. Um ausführen zu können, mußten die Preise niedrig sein. Damit die Preise niedrig sein konnten, sparte man zuerst an den Löhnen. Warum auch nicht: Denn da man den Käufer im Ausland suchen wollte, dachte buchstäblich niemand an den Käufer im Inland. Man dachte nur an den Produzenten im Inland und schützte ihn durch Zölle. Auf den Gedanken, diesen Produzentenschutz auszubauen, indem man dem Produzenten durch Lohnsicherung den Absatz sicherte, kam niemand: daß die zollgeschützten Gewerbe die Auflage erhalten hätten, einen Lohnzuschlag zu zahlen. Gegen einen solchen Gedanken hatte man Legionen von Einwänden. Aber die Preisverteuerung durch den Zollschutz wäre dann aufgewogen worden durch eine Steigerung der Kaufkraft gegenüber ihren Erzeugnissen. Heute kann der Nationalsozialismus in viel breiterer Linie vorgehen, als es diese Kopplung von Zoll und Lohn wäre.

Also der Kapitalismus drängte zum Welthandel. Die Ausfuhr ermöglichte die Lebensmitteleinfuhr. Zwar wurde der Zweck der Ausfuhr, Lebensmittel ins Land zu bringen, vergessen, als die Ausfuhr Selbstzweck wurde. Der Welthandel war in der Anfangszeit des Kapitalismus die Methode, die Lebensmittelpreise in das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage hineinzuziehen. Sieht man von den Auswüchsen des Welthandels ab, so ermöglichte er es, daß der für Lebensmittel auszugebende Lohnanteil nicht getrennt zu werden brauchte von dem für gewerbliche Güter auszugebenden. Man nannte das internationale Arbeitsteilung. Also trotz der praktischen Knappheit der Lebensmittel im eigenen Land war die

theoretische Versorgung mit Lebensmitteln unbegrenzt. Doch diese theoretisch unbegrenzte Versorgung mit Lebensmitteln, diese Möglichkeit, den für Lebensmittel auszugebenden Lohnanteil von dem für gewerbliche Erzeugnisse freibleibenden nicht trennen zu brauchen, wurde erkauft durch den „organisierten Lohndruck", den die Weltwirtschaft ausgeübt hat.

Damit ergibt sich folgendes: der freie Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die Tatsache, daß jeder zu billigen Preisen die Lebensmittel kaufen konnte, die er haben wollte, führte praktisch dazu, daß die Lebensmittelknappheit im eigenen Lande die Löhne doch letzten Endes bestimmte. Die Bilanz im Jahre 1932 zeigt das gleiche Bild: es waren soviel Arbeiter beschäftigt, wie die eigene Landwirtschaft bei ihrem damaligen Stande ernähren konnte. Für die Erwerbslosen mit ihrem herabgedrückten Bedarf mußte eingeführt werden: und diesen Einfuhrbedarf zu bezahlen, machte ebensoviel Sorge wie die Aufbringung der Unterstützungsgelder für diese Erwerbslosen.

Die Folgerung aus diesem allem ist: entweder ist der Preis für die knappen landwirtschaftlichen Erzeugnisse frei. Dann bestimmt er den für gewerbliche Güter freibleibenden Lohnanteil. Das war, wie gesagt, auch im Zeitalter des Liberalismus so mit seiner Weltwirtschaft. Auch hier ist auf Umwegen über die Wirtschaft der für gewerbliche Erzeugnisse übrigbleibende Lohnanteil herabgedrückt worden. Mit oder ohne Weltwirtschaft ändert sich nichts an der Tatsache, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse den für gewerbliche Güter auszugebenden Lohnanteil bestimmen, solange die Bildung dieser Preise dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen bleibt. Nur die Wege, die zu diesem Ergebnis führen, sind in einer Wirtschaft, die sich nicht von der Weltwirtschaft beherrschen lassen will, anders als in einer beherrschten. Die Versuchung, bei überhöhten Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuführen, ist dann so groß, daß die Gefahren einer neuen Abhängigkeit von der Weltwirtschaft übersehen werden. Das Wesen einer guten Staatsführung besteht darin, die breite Masse nicht in eine solche Versuchung zu führen, denen sie dann mit Gewalt entgegentreten müßte. Die breite Masse, das Volk also, würde nicht verstehen, weshalb die Regierung die billigen Einfuhren nicht zuließe. Es bleibt also nur übrig, den Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht frei zu lassen. Das ist eine Voraussetzung für die Sicherung der Freiheit der eigenen Wirtschaft.

Damit aber kommen wir aus dem Zustand heraus, daß die Knappheit der landwirtschaftlichen Erzeugung die Entfaltung unserer Technik hemmt. Die Erzeugung der gewerblichen Wirtschaft ist in ungleich schnellerem Tempo vermehrbar als die der Landwirtschaft. Weshalb also das Tempo, mit dem die landwirtschaftliche Erzeugung vermehrbar ist, zum Maßstab für das Tempo der Entfaltung der Technik in der gewerblichen Wirtschaft machen? Der Liberalismus hat seine Technik entfalten können, indem er für die Ausfuhr arbeitete. In der freien deutschen Wirtschaft der Zukunft ist die technische Weiterentwicklung nur dann nicht gehemmt, wenn der für gewerbliche Güter auszugebende Lohnanteil mit der Mehrerzeugung von gewerblichen Gütern steigen kann. Damit er es kann, muß er von dem für Agrarerzeugnisse auszugebenden Lohnanteil gelöst werden. Wenn die Agrarpreise fixiert sind, dann bestimmt das Tempo der landwirtschaftlichen Mehrerzeugung nicht mehr das Tempo der gewerblichen Mehrerzeugung.

Allerdings muß damit eins in den Kauf genommen werden: daß das deutsche Volk, wenn es nötig ist, bereit ist, seine Lebensmittelkäufe einzuschränken. Die Bindung der Agrarpreise ist sinnlos, wenn es sich diese Beschränkungen nicht auflegt. Die Lebensmittelvorräte sind knapp, und das kann für jeden eine knappe Versorgung bedeuten. Damit müssen wir uns abfinden. Das ist nicht schwer, wenn wir uns klar machen, daß diese Sparsamkeit uns den Überfluß in der gewerblichen Wirtschaft ermöglicht. Es wird zwar ein ungewohntes Bild sein, wenn bei hohem Einkommen und reichster Versorgung mit gewerblichen Gütern Knappheit an Lebensmitteln besteht. Aber die Tatsache, daß wegen der Knappheit der landwirtschaftlichen Erzeugung der für landwirtschaftliche Erzeugnisse auszugebende Lohnanteil von dem auf die gewerblichen Güter entfallenden abgegrenzt wird, schließt in sich, daß die vorhandenen Lebensmittel gerecht verteilt werden, selbst wenn das durch die Brotkarte geschieht. Eine Hamsterei wie im Kriege dürfte bei der Organisation des Reichsnährstandes und der Zwangsablieferung der festgesetzten Mengen unmöglich sein.

Die Erwähnung der Brotkarte ist nur ein Schreckschuß. Es sollte die Aufmerksamkeit so intensiv wie möglich noch einmal auf die neue Stellung der Landwirtschaft in der Wirtschaft hinlenken. Wenn wir auch alle satt sein werden, so wird unser Tisch vielleicht nicht üppig besetzt sein. Die Landwirtschaft wird die Erzeugnisse anbauen, von denen der deutsche Boden den größten Mengenertrag hergibt. Viel Spielraum für Qualitätssteigerung wird uns nicht bleiben. Wir

werden infolgedessen in Zukunft viel mehr Roggenbrot essen als bisher. Die uns zur Verfügung stehende Menge von Fleisch, Milch, Butter und Tierfetten wird sich nicht danach bemessen, was wir gerne haben möchten. Wenn alle Erwerbslosen in die Wirtschaft gebracht sind, dann wird der in Deutschland auftretende Bedarf von der gewonnenen Menge dieser Erzeugnisse nicht üppig gedeckt werden. Es ist möglich, daß die Zuteilung dieser Erzeugnisse geregelt und beschränkt werden muß. Das braucht nicht systematisch mit dem Kartensystem zu geschehen. Im Herbst 1935 im Kampfe gegen die Butterknappheit hat der Nationalsozialismus bewiesen, wieviel neuartige Mittel ihm hier zur Verfügung stehen.

Es soll hiermit eine Tendenz festgestellt werden. Die besteht darin, daß in der Überflußwirtschaft die Ernährung einfacher sein wird, als dem gleichen Einkommen im Kapitalismus entsprochen hätte. Der Kunst der Hausfrau sollen dadurch natürlich keine Grenzen gesetzt sein. Vom Standpunkt der Volksgesundheit aus ist es nur gut, wenn die Ernährung möglichst einfach ist. Und ein Stück Roggenbrot mit dünnem Butteraufstrich schmeckt dann, wenn alle satt werden, besser als der üppigste Fraß, wenn an der Tür vom Hunger zum Betteln getriebene Volksgenossen stehen. Eine gesunde Wohnung für jeden ist auch bevölkerungspolitisch nützlicher als Überernährung einer Hälfte und Unterernährung der anderen Hälfte des Volkes. Wenn die Lebensmittel zugeteilt werden, die Versorgung mit industriellen Erzeugnissen aber sehr hoch ist, dann bedeutet ein Kind mehr keinen Zwang, die Lebenshaltung einzuschränken. Das Kind bekommt ja seinen Anteil an Lebensmitteln auch.

Wenn alle einfach essen, so ist das auch ein nicht zu unterschätzendes Moment für die Auslöschung der Klassenunterschiede. Futterneid ist ein Urinstinkt. In seiner Hetzpropaganda hat der Marxismus diesen Urinstinkt für sich auszunutzen gesucht, in dem er den hungernden Proletariern immer wieder die überernährten Kapitalisten entgegenstellte. Da es sich hier um Urinstinkte handelt, die bis tief in die Tierheit hinabgehen, hat es keinen Zweck, von der Verwerflichkeit des Neides zu predigen. Urinstinkte werden am besten, solange wie wir keine Engel sind, berücksichtigt. Auf der anderen Seite veranstaltete Lukullus seine Mähler ja auch nicht, weil ihm die gewählten Speisen erhöhte Freude machten, sondern aus Protzerei. Wenn jeder weiß, daß der andere dasselbe ißt, dann haben diese Urinstinkte keinen Raum, Klassenunterschiede aufzureißen.

Der kultiviertere Geschmack äußert sich nicht beim Essen, sondern beim Trinken, dem Wein. Hier handelt es sich aber schon um ein Erzeugnis des Menschen und nicht mehr um eine bessere Beute wie beim Essen. Seine Beute will jedes Tier für sich allein haben. Das, was die Menschen dagegen selbst erzeugen, ist gemeinschaftsbildend. Im Unterbewußtsein ist das Wissen darum, daß die Gemeinschaft die Grundlage aller Erzeugung des Menschen ist, lebendig. So hat der wütendste Marxist, wenn er von Technik etwas verstand, zuerst zwar seine Neidgefühle aufgeputscht, wenn er ein schönes, neuartiges Auto sah. Er war ja dazu erzogen, bei allem, was er sah, zuerst einmal den Spruch abzuleiern: „Das hast du, ich aber habe nichts." Doch dann ging er um das Auto herum und betrachtete die Konstruktion so interessiert, daß er seinen Neid vergaß. Bei allem, was Menschen technisch leisten, überwiegt die Freude am Werk die Freude am Besitz. Insofern ist die Handwerkerfreude, das Bestmögliche herzustellen, auch ein Urinstinkt, und zwar ein eigentlich menschlicher Urinstinkt. Die Freude am Werk ist also gemeinschaftsbildend: das Werk vereinigt. Im übrigen wird alle Technik letzten Endes für die Gemeinschaft eingesetzt: der Krieg ist die große Parade der Technik. Im Kampf um das Essen ist keine Gemeinschaft möglich. Die Entfaltung der Technik schafft dagegen Gemeinschaft. Darin, daß die Einzelnen sich fähig machen, möglichst viel gewerbliche Erzeugnisse zu erwerben, ist ein sportlicher Wettkampf möglich. Ein sportlicher Wettkampf vollzieht sich aber auf dem Boden der sportlichen Gemeinschaft.

Es bleibt zu hoffen, daß die Vermehrung der Bevölkerung ebenso schnell vor sich geht wie die Steigerung der Ergiebigkeit der Landwirtschaft. Viele Kinder oder viele geschwellte Leiber schwangerer Frauen zu sehen, ist ein angenehmerer Anblick, als ihn viele männliche Bäuche darbieten. Hoffentlich also haben wir in Zukunft soviel Kinder, daß wir keinen Überfluß an Lebensmitteln haben. Selbstverständlich läßt sich die Erzeugung der Landwirtschaft steigern.

Oben sprachen wir von den Kosten dieser Erzeugungssteigerung. Sie sind, wie gesagt, zu hoch, wenn mit der für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung notwendigen volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung ein Mehr an gewerblichen Gütern hergestellt werden kann, das dem Volke lieber ist als die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Diese Kostenrelation läßt sich leider nur in dieser abstrakten Weise ausdrücken. Was dem „Volke lieber" ist, läßt sich nicht in Zahlen und konkreten Beziehungen darstellen. Es zu finden,

ist nicht Aufgabe der Wirtschaft, sondern der Politik und ihrer Beurteilung der Lage. Die Politik hat es in der Hand, das Verhältnis der landwirtschaftlichen Erzeugungsarten zueinander zu bestimmen und mit der Festsetzung der Höhe der Agrarpreise die Einkommen der Landwirtschaft zu bemessen. Sie kann diese Einkommen so hoch ansetzen, daß Kapital für die Investierungen in der Landwirtschaft gebildet wird. Sie wird auch Mittel und Wege finden, daß dies Kapital wirklich investiert wird. Sie kann das veranlassen, weil sie nichts Unmögliches befiehlt. Denn sie wird diesen Befehl nur erlassen, wenn eine Notwendigkeit für diese Erzeugungssteigerung da ist. Dann ist dieser Befehl unterstrichen durch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die dem Bauern die Rentabilität des investierten Kapitals verspricht oder, anders ausgedrückt: er muß investieren, um den Betrieb auf der Durchschnittshöhe zu halten.

Nach Beendigung der Meliorationen und nach der Durchführung der im Erzeugungsplan vorgesehenen Einteilung der Erzeugungsarten werden Mehrinvestitionen in der Landwirtschaft sich vorerst nicht lohnen. Natürlich kann der eine oder andere Betrieb noch verbessert werden. Hier aber ist die Rede von Mehrinvestitionen, die in der Überflußwirtschaft ins Gewicht fallen. Es ist auch angenommen, daß der Landwirt schon so intensiv wirtschaftet, wie es heute möglich ist. Angenommen ist ferner, daß er alle technischen Hilfsmittel, die sich rentieren, anwendet.

Die so gewonnenen Mengen werden aber nicht den in der Überflußwirtschaft vorhandenen Bedarf so decken können, daß jeder die Qualitäten erhält und in der Menge kaufen kann, wie er es will. Man stelle sich nur die Nachfrage nach Butter und Fleisch vor, wenn jeder Deutsche ein Einkommen von mindestens zweihundert Mark im Monat hätte!

Jetzt könnte die Technik wohl neue Arbeitsweisen in der Landwirtschaft ausfindig machen. Aber erstens würde nach der Ausschöpfung der jetzt noch bestehenden Intensivierungsmöglichkeiten sich das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag bei weiteren Investierungen geltend machen; dem „Volke wird dann lieber" sein die Verlagerung der Mehrleistung von der Landwirtschaft auf die gewerbliche Erzeugung. Ganz banal ausgedrückt: Der Durchschnittsdeutsche ißt dann neben seiner Butter lieber Margarine und wohnt besser, als daß er weiter schlecht wohnt und nur Butter ißt. Auch dieser Gesichtspunkt ist geltend zu machen:

Wir haben uns, wenn wir Erschütterungen vermeiden wollen, an

die Zusammensetzung unserer gewerblichen Erzeugung zu halten, wie sie ist. Bevor sie auf neue Weise gegliedert ist, müssen die jetzt vorhandenen Erzeugungskapazitäten ausgeschöpft werden. Das aber heißt, daß die jetzt herzustellenden gewerblichen Erzeugnisse den vollen Absatz finden müssen. Doch das bedingt, daß die neu zu schaffende Kaufkraft in der gewerblichen Wirtschaft umläuft und nicht in Kapital verwandelt wird, das in der Landwirtschaft investiert würde. Wir müssen vorerst das vorhandene, durch die Werksanlagen dargestellte Kapital ausnutzen, anstatt dies Kapital unausgenutzt zu lassen, indem ihm der Absatz seiner Erzeugnisse genommen wird. Das geschähe, wenn die Kaufkraft durch hohe Lebensmittelpreise geschmälert würde, durch die das für die Mehrinvestierungen in der Landwirtschaft notwendige neue Kapital gebildet werden müßte.

Der Einwand, daß man dieses Mehrkapital durch produktive Kreditschöpfung schaffen könnte, liegt auf der Hand. Doch geht er fehl. Wenn oben von Kapital gesprochen wurde, so war dabei an volkswirtschaftlichen Leistungseinsatz gedacht. Durch produktive Kreditschöpfung lassen sich nur Hemmnisse des Leistungseinsatzes beseitigen. Die Möglichkeiten der produktiven Kreditschöpfung sind nur so groß als es die vom Kapitalismus dem Leistungseinsatz bereiteten Hemmnisse waren. Dabei ist sie nicht einmal die einzige mögliche Methode, diese Hemmnisse zu erledigen. Aber durch keine produktive Kreditschöpfung kann eine Leistung, die schon ausgeschöpft ist, weiter gesteigert werden. Den Aberglauben, daß das Geld und nicht der Mensch arbeite, wollen wir doch dem Kapitalismus überlassen und mit ihm in die Grube legen. Der Mensch an der Maschine arbeitet und nicht das durch die produktive Kreditschöpfung erstellte Geld. Diese Scheine sind keine Heinzelmännchen, auch wenn sie mit Bildern von ihnen bedruckt sein sollten.

Das Leistungsvolumen wird aber vorläufig trotz aller modernen Technik nicht ausreichen, um sowohl eine weitere Ergiebigkeitsstufe in der Landwirtschaft zu erlangen, als auch die jetzigen Wünsche des Volkes nach seiner Versorgung mit gewerblichen Erzeugnissen zu befriedigen. Also bleibt nur folgender Weg: Zuerst werden die jetzigen Intensivierungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft erschöpft, dann werden die jetzigen Wünsche der Bevölkerung nach ihrer Versorgung mit gewerblichen Erzeugnissen erfüllt (Wohnungsbau!), und dann erst ist Raum für eine weitere Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages.

Die kann sehr viel kosten. Wenn man ansetzt, daß jeder Bauer

neue Mittel in seinen Betrieb steckt, kommen für ganz Deutschland sehr große Summen heraus. Aber die können dann auch aufgebracht werden. Denn wenn der Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen voll gedeckt werden kann und einmal zum Beweis dieser Möglichkeit voll gedeckt worden ist, dann wird er sinken. Man wird z. B. weniger Kleider verbrauchen. Der gute Anzug hört auf, Abzeichen für die Zugehörigkeit zu einem gehobenen Stande zu sein oder die Vorspiegelung dieser Zugehörigkeit. Es kann auch zu einer großen Materialersparnis kommen. Denn es ist möglich, daß man dann nicht das teuerste Material wählt, das eben noch zur Verarbeitung in dem bestimmten Gebrauchsgegenstand geeignet ist, sondern das zweckmäßigste. Die Ausgaben, die heute noch aus reiner Protzerei gemacht werden, würden sehr hohe Ziffern ausmachen, wenn sich jemand die Mühe machte, sie auszurechnen. Viele kaufen z. B. Lederkoffer, weil sie haltbar sind. Mehr noch kaufen Koffer aus Leder, weil sie sich im Abglanz dieses „feinen" Materials spiegeln wollen. Wenn die Erzeugung der gewerblichen Güter so groß ist, daß jeder seinen Bedarf voll decken kann, dann werden diese Erzeugnisse auch viel mehr ausgenutzt werden als heute. Die Neuheit des Erzeugnisses ist kein Abzeichen für den Wohlstand des Besitzers mehr, wenn das ganze Volk im Wohlstand steht.

Ein Betrieb arbeitet ferner um so billiger, je größer die Menge der hergestellten Gütereinheiten ist, auf die die fixen Kosten sich verteilen. Für die Überschußwirtschaft läßt sich dieser Satz erweitern: der Überschuß der Güter wird um so größer, je sicherer die Versorgung mit ihnen ist: die Lebenshaltung wird dann deshalb billiger und einfacher, weil die einzelnen Erzeugnisse stärker ausgenutzt werden. Heute wird ein Anzug nur halb aufgetragen und dann der Winterhilfe gegeben. Wir haben die Überschußwirtschaft, wenn der von der Winterhilfe Bedachte sich selbst Kleider genügend kaufen kann. Die Verbilligung in der Wirtschaft liegt darin, daß der Anzug vom ersten Träger selbst aufgetragen wird. Der, in dem das Erlebnis der Volksgemeinschaft sich regt, will dies auch durch möglichst einfache Aufmachung seiner Persönlichkeit bezeugen. Wie die protzige Aufmachung Abzeichen der Zugehörigkeit zu den gehobenen Klassen sein sollte, so wird eine einfache Aufmachung Abzeichen des Erlebnisses der Volksgemeinschaft sein können. Das Kind liebt Spielsachen am meisten, wenn es sie noch nicht hat und sie sich wünscht. In uns allen steckt ein Kind. Weil es schwer ist, gute Erzeugnisse zu beschaffen, kaufen wir möglichst gute Erzeugnisse. Das einzige Mittel,

das Volk zu veranlassen, die praktische Durchschnittsqualität zu kaufen, besteht darin, es leicht zu machen, die bessere Qualität zu kaufen. Wenn es soweit ist, dann ist dem Volke eine Steigerung seiner Versorgung mit gewerblichen Gütern nicht mehr „lieber“ als eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft.

So hat die Erzeugung in der Überflußwirtschaft des deutschen Sozialismus ihre Rhythmen, die der Bevölkerungsvermehrung angepaßt werden können. Der junge Mann und die junge Frau heiraten. Die gewerbliche Erzeugung muß gesteigert sein. Sie haben ihren Hausstand aufgebaut und bekommen Kinder. Die landwirtschaftliche Erzeugung wird gesteigert. Die Intensivierungsperioden in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft würden in Zeitphasen von zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren miteinander abwechseln.

Es ist ja nicht so, daß die Ergiebigkeit der Landwirtschaft sich nicht steigern ließe. Die letzten dreißig Jahre, die eine außerordentliche Vermehrung der Ernten gebracht haben, machen eine Korrektur am Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag notwendig. Von der Witterung abgesehen, ist die Erntemenge abhängig vom Arbeitsaufwand. In der klassischen Formulierung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag wurde dieser Arbeitsaufwand für stabil angesehen. So beobachtete Malthus nur, daß einem zusätzlichen Arbeitsaufwand ein geringerer Ertrag entspräche als den vorhergehenden Stufen des Arbeitsaufwandes. Weil dem so war, hielt er den zusätzlichen Arbeitsaufwand für unpraktisch. Er vergaß, daß die, die er zum Sterben verurteilte, weil für sie keine Lebensmittel mehr da wären, den erhöhten Arbeitsaufwand auch bei geringerem Ertrage gerne leisten würden, um wenigstens ihr Leben fristen zu können. Und er vergaß die Technik, die die Ergiebigkeit der Arbeit in der gesamten Wirtschaft steigert. Der zusätzliche Arbeitsaufwand in der Landwirtschaft darf nicht nur in Beziehung gesetzt werden zum Mehrertrag in der Landwirtschaft, sondern er muß in Beziehung gesetzt werden zur Ergiebigkeit des Arbeitsaufwandes in der übrigen Wirtschaft. Die landwirtschaftliche Maschine z. B. nimmt dem Bauern sehr viel Arbeit ab. Der Mehrertrag steht hier aber nicht in Beziehung zur Arbeit, die der Bauer ohne die Maschine hätte leisten müssen, sondern zu der Arbeit, die zur Herstellung der Maschine notwendig gewesen ist. Nehmen wir an, in einer Stunde mit der Maschine leiste der Bauer soviel, wie er ohne die Maschine in drei Stunden geleistet hätte. Malthus rechnet so, als ob er drei Stunden gearbeitet hätte, und

findet dann, daß er in diesen drei zusätzlichen Stunden aus dem Boden weniger herausgeholt hätte als in den vorhergehenden Arbeitsstunden. Diese Rechnung ist falsch. Die Maschine nimmt ihm zwei Stunden Arbeit ab, aber es kann angenommen werden, daß er an Abschreibungen für die Maschine nur soviel aufzubringen hat, als einer Arbeitsstunde entspricht. Dann sind praktisch nur zwei Arbeitsstunden aufgebracht worden: eine, die der Bauer mit der Maschine geleistet hat, und eine andere, die auf die Herstellung der Maschine verwandt worden ist. In der Summe also übertrifft die Leistung, die der Bauer mit der Maschine vollbringt und die zur Herstellung der ganzen Maschine notwendig gewesen ist, die Arbeit, die der Bauer ohne Maschine zur Erreichung des gleichen Resultates hätte aufbringen müssen, um ein Drittel. Die Ergiebigkeit dieser Leistung mag abgenommen haben. Wenn sie sogar um ein Drittel gesunken ist, so ist das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag nicht zur Geltung gekommen, weil der Arbeitsaufwand zur Erzielung dieser Leistung ebenfalls um ein Drittel gesunken ist. Je ergiebiger die Technik wird, je mehr Arbeit des Bauern in die landwirtschaftliche Maschinenindustrie usw. verlagert wird, desto mehr macht die Technik das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag hinfällig. Nur muß die Intensivierung der Landwirtschaft der Entfaltung der Technik folgen, damit die Bauernleistung in die Fabriken verlegt werden kann, anstatt ihr voranzugehen. So tritt an die Stelle des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag der Rhythmus zwischen der Steigerung der Leistung der Technik und der ihr folgenden Dienstbarmachung für die Landwirtschaft. Und dieser Rhythmus kann wieder in Einklang gesetzt werden mit dem Rhythmus, der sich aus der Bevölkerungsmehrung für die Zusammensetzung des Bedarfs ergibt: erst Wohnung und Hausrat für das junge Paar, dann Nahrung für die Kinder.

Ganz außer acht gelassen ist hier die Lebensmitteleinfuhr. Das mußte geschehen, damit die gewollte Folgerichtigkeit des Gedankenganges nicht getrübt würde. Eine Patrouille malt ja auch keine vollkommenen Landschaftsbilder, sondern sie zeichnet das auf, was für die Befehlsstellen wichtig ist. Die deutsche Wirtschaft soll frei sein. Dann muß sie auch unabhängig von außen sein können. Der Zustand dieser Unabhängigkeit ist hier umrissen worden. Da die Freiheit der deutschen Wirtschaft in allen Abmachungen mit dem Auslande gewahrt werden soll und muß, wird der oben gezeichnete Zustand grundsätzlich eintreten. Er kann nur in seiner Härte gemildert werden, soweit das Abmachungen mit dem Auslande erlauben, die

die Freiheit der deutschen Wirtschaft nicht beeinträchtigen. Jedenfalls hatte die deutsche Wirtschaft im Zeitalter des Liberalismus ihre Freiheit eingebüßt. Der Grad ihrer Unfreiheit ist abzulesen aus der Erwerbslosenskala. Unfreiheit der Wirtschaft und Unfähigkeit des Kapitalismus sind Zwillinge aus einem Ei. Im selben Grade, als das Wirtschaftsdenken des Kapitalismus und Liberalismus noch festsitzt, muß ihm mit äußerster Konsequenz das neue vernünftige Wirtschaftsdenken entgegengehalten werden. Es ist dem alten so polar entgegengesetzt, daß es dort, wo der Liberalismus milde zu sein scheint, als hart erscheint: dort die volle Deckung des Lebensmittelbedarfes, hier Einschränkung. Aber dort gab es Volksgenossen, die hungerten, hier wird jeder satt und hier kann sich die Technik im Dienste aller entfalten.

Noch ein Blick sei zurück auf den Reichsnährstand geworfen. Er ist die Stelle, die die Agrarpreise fixiert und den für Lebensmittel auszugebenden Lohnanteil trennt von dem für die Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft auszugebenden. Dadurch können die Löhne steigen gemäß der Ergiebigkeit der modernen Technik. Ein technisches Bild veranschaulicht die Rolle des Reichsnährstandes. Die Achse des Autos, auf die der Antrieb des Motors übertragen wird, ist kein undurchbrochenes Stahlstück. Sie ist vom Differentialgelenk durchbrochen. Das ermöglicht, daß das Auto Kurven nehmen kann. Das Rad am äußeren Kurvenrande kann den längeren Weg zurücklegen, obwohl das gegenüberliegende Rad am inneren Kurvenrande einen kürzeren Weg durchmißt. Zwischen Landwirtschaft und Industrie kann es keine durchlaufende Achse aus einem Stück geben, also kein freies Spiel der Kräfte. Ohne Differential könnte das Auto die Kurven nur mit der Geschwindigkeit eines von Pferden gezogenen Fuhrwerkes nehmen. Die langsamere Umdrehung des Rades im inneren Kurvenrande würde die Geschwindigkeit des Rades am äußeren Kurvenrande bestimmen. Die Ergiebigkeit der Landwirtschaft würde die Versorgung mit den gewerblichen Gütern bestimmen. Die geringere Ergiebigkeit der Landwirtschaft würde die Versorgung mit gewerblichen Erzeugnissen auf niedriger Höhe halten. Der Reichsnährstand ist das Differential. Landwirtschaft und Industrie sind die Räder der Achse der Wirtschaft, aber das eingebaute Differential erlaubt genau wie beim Auto, daß das Rad mit der höheren Umdrehungszahl die Geschwindigkeit bestimmt und daß die Umdrehungszahl des inneren Rades trotzdem dem Durchmesser der Kurven angepaßt ist.

11. Kapitel

Der Außenhandel

Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sähe ganz anders aus, wenn Deutschland der Kern eines Großwirtschaftsraumes würde. Aber man kann eine Wirtschaft nicht von Gebilden abhängig machen, die noch hergestellt werden sollen. Es ist Sache der Politik, zu entscheiden, ob sie auf die Schaffung von Großwirtschaftsräumen losgeht und sie schafft, oder ob sie das aus gesamtpolitischen Überlegungen heraus nicht für tunlich hält. Doch geht es nicht an, zu sagen, ein Großwirtschaftsraum sei für uns notwendig, oder die Bildung von Großwirtschaftsräumen läge im Zuge der Zeit, und dann bei den wirtschaftspolitischen Überlegungen so zu tun, als wäre für uns der Großwirtschaftsraum schon da.

Die Gestaltung aller Außenhandelsverhältnisse setzt immer zwei Partner voraus. Deutschland steht auf der einen Seite, aber der andere Partner steht außerhalb des Bereiches der Souveränität des Deutschen Reiches. Keine Entwicklung ist unübersichtlicher als die, die der Welthandel nehmen wird. Infolgedessen wäre es einfach Mangel an ernstem Denken, wenn Voraussagen gemacht werden, welche Entwicklungsphasen die Weltwirtschaft durchlaufen soll.

Fest steht nur, daß die alte liberalistische Weltwirtschaft untergegangen ist. Eine neue ist noch nicht da. Alle Außenhandelspolitik in der Zwischenzeit ist Behelf. Sie ist gut, wenn in den Behelfsmethoden die Ansätze vorhanden sind, aus denen die neue Weltwirtschaft sich möglichst reibungslos entwickeln kann. Moderne Außenhandelspolitik ist zum größten Teil aufmerksam gesehene und geschickt gehandhabte Erfahrung: die lenkende Benutzung und der lenkende Ausbau dessen, was sich als Notbehelf unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen ergeben hat.

Die jetzige Außenhandelssituation wird am besten charakterisiert, wenn die alte Weltwirtschaft und ihr Verfall geschildert wird, und wenn dann die Voraussetzungen angegeben werden, die für eine neue gegeben sein müßten. Was zwischen diesen beiden Weltwirtschaften liegt, ist die jetzige Außenhandelssituation.

Die alte Weltwirtschaft hat sich aus dem jahrtausendealten internationalen Handel entwickelt. Der war die im Kapitel „Das Recht auf Arbeit“ geschilderte Methode, Leistungsüberschüsse in Vermögen zu verwandeln.

Die Besonderheit der Weltwirtschaft des neunzehnten Jahrhunderts war die Stärke des zwischenstaatlichen Verkehrs und sein geographischer Umfang. Die Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Schiffe, verkehrten planmäßig, während die Schiffe und Karawanen früher sich an keinen Fahrplan hielten. Der Fahrplan ist charakteristisch. In der liberalen Weltwirtschaft ergänzten sich die einzelnen Wirtschaften, indem sie rechneten. Sie rechneten so sehr, daß der Gedanke einer internationalen Arbeitsteilung aufkommen und übertrieben werden konnte. Früher wurde im gleichen Maße weniger gerechnet, als die Verkehrsmittel weniger planmäßig liefen. Man kaufte früher von anderen Ländern das Seltene. Keine Wirtschaft gebrauchte lebensnotwendig die fremde Einfuhr der Rohstoffe für die Weiterverarbeitung. Eine Ausnahme hat allein das römische Kaiserreich gemacht. Aber seine Notwendigkeit, Getreide einzuführen, kam nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Weil es die Macht in Sizilien und Nordafrika hatte, glaubte es, in Italien nicht vernünftig wirtschaften zu brauchen.

Die Weltwirtschaft des neunzehnten Jahrhunderts richtete dagegen ein wirtschaftlich begründetes Abhängigkeitsverhältnis unter den einzelnen Wirtschaften auf. Es war genau so stark, wie die Macht des internationalen Finanzkapitals groß gewesen ist. Und wie stark dies Abhängigkeitsverhältnis gewesen ist, fühlen wir heute noch am eigenen Leibe, wo wir aus dieser Abhängigkeit vom internationalen Warenverkehr herauswollen und herausmüssen. Internationaler Waren- und Leistungsaustausch ist gut; aber wir wollen die Bedingungen, unter denen wir kaufen und verkaufen, selber mit bestimmen und sie uns nicht diktieren lassen.

Der jahrtausendealte internationale Warenverkehr ist durch die Technik zur liberalistischen Weltwirtschaft gemacht worden, durch die gleiche Technik, die die fahrplanmäßig laufenden Verkehrsmittel konstruiert hat.

Die liberalistische Weltwirtschaft begann, als Neger für Gold und Elfenbein Glasperlen und billige Spiegel erhielten. Vom Neger aus gesehen, hielt dieser Tausch sich durchaus im Rahmen des jahrtausendealten Warenverkehrs. Der Neger konnte nicht wissen, daß die Überwindung der Verkehrswege so viel leichter geworden war. Die größeren Gefahren des Weges hatten früher die Gewinnspanne erheblich herabgemindert. Weil die Gefahren des Weges so stark herabgedrückt waren, kam das bestehende Wertgefälle zwischen Gold und Elfenbein

auf der einen und den Glasperlen auf der anderen Seite für die Europäer voll zur Geltung.

Der Tausch von Gold und Elfenbein gegen Glasperlen war der Tausch von Naturprodukten gegen technische Erzeugnisse. Auf dem Wertgefälle zwischen Naturprodukten und den technischen Erzeugnissen baute die liberalistische Weltwirtschaft sich auf.

Diese Weltwirtschaft hatte einen ganz bestimmten Bau. England war es, das die führende Rolle im Austausch der Naturprodukte gegen die Fertigwaren übernahm. Die Kanäle der Naturprodukte von Übersee nach Europa führten über London, wo die Preise notiert wurden. Der zwischenstaatliche Güter- und Leistungsverkehr in Europa war ein Kanalisationssystem, das den einzelnen europäischen Ländern Kolonialerzeugnisse zufließen ließ. Solange die kapitalistische Weltwirtschaft gesund war, glich sie einem Blatt, dessen tragende Rippe England hieß.

Das kommt auch auf dem Gebiet des Währungswesens zum Ausdruck. England führte zuerst die Goldwährung ein. Im internationalen Güter- und Leistungsverkehr wurde lange mit einer Währung gerechnet: der englischen. In London wird der Goldpreis festgesetzt. Die internationale Goldwährung war ein System von Spielregeln, durch das alle Goldwährungen auf die englische Währung bezogen wurden.

Die kapitalistische Weltwirtschaft wurde brüchig gemacht durch die technische Entwicklung. Erstens nahm sie England seinen technischen Vorsprung innerhalb der europäischen Länder. Danach funktionierte der zwischenstaatliche europäische Güterverkehr in Europa, das den einzelnen europäischen Ländern über England die Übersee-Erzeugnisse zufließen ließ, nicht mehr. Um vom englischen Standpunkt aus dieses Kanalisationssystem zu erhalten, trat England in den Weltkrieg ein. Während des Krieges aber industrialisierten sich die Überseeländer. Dadurch wurde das alte Wertgefälle zwischen Naturprodukten und technischen Erzeugnissen eingeebnet. Die Vereinigten Staaten hörten auf, Anleihen zu nehmen, und wurden Gläubiger.

In den letzten Jahren vor dem Kriege schon gab es diese alte Weltwirtschaft nicht mehr. Aber auch ohne den Krieg würde sich die handelspolitische Rivalität, die der Eintritt Englands in den Weltkrieg offenbart hat, sich ihren Ausdruck gesucht haben. Es ist ganz und gar nicht einzusehen, weshalb ohne den Krieg nicht die gleiche Überproduktion gekommen sein sollte, die nach dem Krieg aufgetreten ist. Die Tatsache, daß die Produktionsmöglichkeiten die Absatzmög-

lichkeiten im Rahmen des kapitalistischen Systems überschritten, wäre auch ohne den Weltkrieg eingetreten. Also auch die große Krise des kapitalistischen Systems, deren Ausdrucksform die Weltwirtschaftskrise ist. Der Krieg hat die Weltwirtschaft nicht allein zerstört. Daß er und besonders die Friedensschlüsse Momente erzeugten, die zerstörend wirken konnten, zeigt doch nur, daß die alte Weltwirtschaft reif war, unterzugehen. Die Kriege in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts haben die Weltwirtschaft nicht im geringsten beeinträchtigt. Schon vor dem Krieg hat die Desorganisation der liberalistischen Weltwirtschaft begonnen, auch wenn die Zeit nach dem Weltkrieg erst diese Desorganisation offenbarte.

Das heutige Durcheinander auf den Weltmärkten ist die alte liberalistische Weltwirtschaft nicht mehr. Es fehlt alles, was früher selbstverständlich war. So war das Funktionieren des Goldwährungssystems mit der richtigen Regulierung des Zu- und Abstroms der kurzfristigen Kredite früher selbstverständlich. Die wichtigste Funktion der alten Goldwährung war neben der Stabilität der Verrechnungskurse der Automatismus in den Bewegungen der kurzfristigen Kredite. Denn so war die Ausgleichung der Zahlungsbilanzen elastisch gemacht, und ein Land mit nachgebender Zahlungsbilanz konnte die fehlende Differenz in der nächsten Wirtschaftsperiode aufbringen. Es ist an das Spiel der Goldpunkte gedacht: ein Land muß mehr bezahlen, als es eingenommen hat, es führt Gold aus, die Bankrate wird erhöht, die hohen Zinsen locken ausländische kurzfristige Kredite an, die Mittel, die ausländischen Forderungen zu bezahlen, sind jetzt da, ohne daß Gold ausgeführt zu werden braucht usw. Das Funktionieren der Goldwährung ist heute nicht mehr selbstverständlich.

Die Goldwährung und ihre Funktion, die Ausgleichung der Zahlungsbilanzen elastisch zu machen, war nur möglich, wenn die Differenzen in den Zahlungsbilanzen so gering blieben, daß sie auf diese elastische Weise ausgeglichen werden konnten. Das aber bedeutet auch, daß das System des Güter- und Leistungsaustausches annähernd ausgeglichen war. Das war dann die Basis, auf der Handelsverträge abgeschlossen werden konnten. Den großen europäischen Wirtschaftsländern kam die Möglichkeit, daß die Währungskurse unter den unteren Goldpunkt sinken könnten, überhaupt nicht in den Sinn! Das ist das bezeichnendste Merkmal dafür, für wie sicher die großen Wirtschaftsländer den Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen ansahen! Die Wirtschaften hatten zuerst ihre Austauschbeziehungen geschaffen, und zwar im allgemeinen so, daß die aus-

tauschenden Wirtschaften auf beiden Seiten ihren Vorteil hatten. Die Handelsverträge formulierten diese geschaffenen Austauschbeziehungen und regelten den weiteren Ausbau. Weil die großen Wirtschaften in einem funktionierenden Austauschsystem standen, in dem die Differenzen in den Zahlungsbilanzen so klein waren, daß sie durch den Automatismus der Goldpunkte usw. zum Ausgleich gebracht werden konnten, war das bei dem Abschluß der Handelsverträge zu regelnde Material verhältnismäßig gering. Daß das zu regelnde Material verhältnismäßig gering war, war selbstverständlich. Jetzt ist das zu regelnde Material so groß, daß es nicht mehr übersehen werden kann. Deshalb sind die handelspolitischen Abmachungen heute kurzfristig. Das Wichtigste in ihnen ist der Kündigungstermin. Und den entscheidenden Fragen, deren Lösung produktiv sein könnte, geht man aus dem Wege, weil die Wirkung einer Lösung nicht mehr übersehen werden kann.

Der Ausgleich der Zahlungsbilanz mit den Überseestaaten war durch die kurzfristige Kreditgewährung nicht möglich. An die Stelle der kurzfristigen Kredite traten die langfristigen. Die Gläubiger gaben sich der Erwartung hin, daß sie diese Anleihen zurück bekämen. Im übrigen hatten sie Kriegsschiffe. Aber ebenso leicht, wie früher Auslandsanleihen erhältlich waren, werden heute die Zölle in die Höhe gesetzt oder Währungen devalviert; dagegen sind heute Auslandsanleihen ebenso schwer zu bekommen, wie früher eine Zollerhöhung eine sehr bedeutsame und langwierige Sache war, und wie früher an eine Devalvation nicht gedacht wurde.

Die alte liberalistische Weltwirtschaft, die um das tragende Gerüst England gruppiert war, in der Zahlungsbilanzen sich ausglichen oder durch die kurzfristigen Kredite elastisch ausgeglichen wurden, oder die durch langfristige Kredite in der Gegenwart ausgeglichen wurden, in der Hoffnung auf eine zahlungskräftige Zukunft, in der ferner das bei handelspolitischen Abmachungen zu regelnde Material die Fähigkeit, es zu regeln, nicht überschritt: alles das ist dahin.

Dadurch, daß man der alten Weltwirtschaft nachweint, kommt sie nicht wieder. Wir sind in unserer Lage nicht, um zu trauern, sondern um zu handeln und sie zu bewältigen. Der Gewinn ist, daß wir uns stärker als die Lage erweisen können. Jene Haltung, die auf ein verlorenes Paradies zurückschaut, die also mit rückwärts gewandtem Antlitz durch die Weltgeschichte schreitet und das Gesicht über dem Nacken hat, überlassen wir den Juden. Unserer Rasse gemäß ist es,

nach vorne zu schauen und der Aufgabe uns zu freuen, wie der Adlige sich der Waffe freut, der auch die Aufgabe hat, sie im Einsatz zu handhaben.

Die Voraussetzungen einer neuen Weltwirtschaft sind noch nicht gegeben. Denn noch gibt es kein breites Wertgefälle zwischen den einzelnen Wirtschaften. Dies wäre dann erst da, wenn es keine Arbeitslosen mehr gäbe. In diesem Falle würde die Arbeit in den einzelnen Wirtschaften knapp werden. Ist das aber der Fall, dann ist die Überlegung selbstverständlich, ob nicht besser Güter aus dem Ausland bezogen werden im Austausch gegen Güter, die man selbst mit weniger Arbeit als das eingetauschte Gut herstellen kann. Dieser neue Welthandel könnte sich dann auch auf das gesunde Streben aufbauen, Arbeit in der eigenen Wirtschaft zu sparen und für weitere Aufgaben frei zu machen.

Diese neue Weltwirtschaft wäre wieder eine Wirtschaft. Wirtschaften ist etwas ganz anderes als die Ausnutzung der Verlegenheiten anderer. Das ist nämlich Wucher. Die alte Weltwirtschaft war eine Wirtschaft, weil ein bestehendes Wertgefälle, das zwischen Naturprodukten und technischen Erzeugnissen, ausgenutzt wurde. Die neue Weltwirtschaft wäre eine Wirtschaft, weil wieder ein Wertgefälle ausgenützt würde: das aus dem Bestreben der einzelnen Wirtschaften, Arbeit zu ersparen, sich ergebende. Die jetzige Weltwirtschaft ist keine Wirtschaft, sondern Ausnutzung von Verlegenheiten.

Betrachtet man die Voraussetzung, die für die Heraufkunft einer neuen Weltwirtschaft gegeben sein muß, so ist klar, daß das eigentliche Weltwirtschaftsproblem ein soziales Problem geworden ist: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in allen Ländern. Das ist etwas ganz anderes als das, was jetzt vielfach betrieben wird: daß ein Land im anderen Arbeitslosigkeit schafft, indem es ihm seine Erzeugnisse aufdrängt.

Wie schwer die Herstellung einer neuen Weltwirtschaft ist, zeigt ein Blick auf die Nöte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Deren Wirtschaft ist eine Großraumwirtschaft, die in großem Umfange autark ist. Das amerikanische Wirtschaftsproblem ist das Weltwirtschaftsproblem im kleineren Modell. Wenn die, für die die alte Weltwirtschaft mit ihrem Austausch von Naturprodukten gegen Fertigwaren das Ideal ist, recht hätten mit ihrer Ansicht, daß bei einigem gutem Willen auf allen Seiten die alte Weltwirtschaft wieder zum Aufleben gebracht werden könnte, müßte doch die Herstellung des alten Wertgefälles in kleinerem Rahmen in Nordamerika

erst recht leicht sein. Zumal deshalb, weil der Wille des Präsidenten dort als der Wille eines einzelnen Mannes eine Geschlossenheit hat, die für die Willensbildung eines Gremiums auf einer Konferenz trotz der besten Absichten nicht erzielbar ist.

Die deutsche Wirtschaftspolitik sieht sich vor diese Situation gestellt:

Erstens weiß sie, daß von der Weltwirtschaft, wie sie ist, nicht mehr verlangt werden kann, als sie zu geben vermag. Die Weltwirtschaft ist nicht dazu da, um dem einzelnen Lande seine Konjunktur antreiben zu helfen. Eine Forcierung der Ausfuhr durch billige Preise besiegt die Krise im eigenen Lande nicht, wie es Brüning erwartet hat. Ferner ist die Weltwirtschaft nicht das geeignete Mittel für eine Erweiterung des Geldumlaufes. Das glaubte man auch einstens, als die von der überschüssigen Ausfuhr eingebrachten Devisen bei der Reichsbank in einheimisches Geld eingelöst werden und damit die Ursache eines vermehrten Geldumlaufes sein sollten. Die Ankurbelung der Konjunktur und die praktische Geldpolitik sind innerwirtschaftliche Fragen. Eine Wirtschaftspolitik, die diese Wirkungen vom Außenhandel erpressen will, belastet ihn nur unnötig und erreicht das gewünschte Ziel doch nicht.

Zweitens weiß sie, daß ausländische Rohstoffe bezogen werden müssen. Deutschland führt nicht aus, um die Ausfuhrindustrie zu beschäftigen, sondern um die Mittel für den Erwerb der notwendigen Rohstoffe zu beschaffen. Die Einfuhr ist nicht mehr um der Ausfuhr willen da. Den Spruch, wir müssen dies und jenes einführen, damit wir ausführen und so die Wirtschaft in verstärkten Gang bringen können, hört man nicht mehr. Wir führen um der Einfuhr willen aus.

Drittens führen wir auch nach den europäischen Ländern aus, um die Mittel für den Rohstoffbezug zu beschaffen. Hier liegt eine Schwierigkeit. Wir führen nach dem einen Lande aus, um die Rohstoffe aus einem anderen kaufen zu können. Das setzt voraus, daß auch der Verkehr zwischen dem Lande, aus dem wir Handelsüberschüsse einbringen, und dem Lande, von dem wir mit diesen Handelsüberschüssen kaufen, klappt. Bisher war diese Frage nicht akut, weil wir im Handelsverkehr mit Europa eine aktive Leistungsbilanz, also größeren Spielraum, hatten. Die Überschüsse aus unserem Wirtschaftsverkehr mit europäischen Ländern haben wir benutzt, um damit überseeische Rohstoffe zu kaufen. Hier liegt die größere Schwierigkeit.

Es besteht die Tendenz, daß unsere Aktivität im Verkehr mit den europäischen Ländern zusammenschrumpft. Es scheint nur noch eine Frage von wenigen Jahren zu sein, bis diese Aktivität verloren ist. Dann sind die Mittel, mit denen überseeische Rohstoffe gekauft wurden, nicht da, wenn nicht vorher Ersatz geschaffen ist. Die wenigen Jahre, in denen unsere Zahlungsbilanz mit den europäischen Ländern noch aktiv ist, müssen als der Zeitraum betrachtet werden, der uns noch gegeben ist, diesen Ersatz zu schaffen.

Daß die Aktivität mit den europäischen Ländern einschrumpft, besagt nicht, daß nun unbedingt unsere Ausfuhr nach diesen Ländern zurückgehen müßte. Es besagt, daß entweder die Ausfuhr zurückgeht oder die Einfuhr aus diesen Ländern steigt: ob der Ausgleich der Zahlungsbilanz bei einem hohen oder tiefen Volumen des Güteraustausches stattfinden soll. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat es wenigstens zur Hälfte in der Hand, ob die deutsche Ausfuhr nach den europäischen Ländern sinken oder deren Einfuhr steigen soll. Die andere Hälfte des Entschlusses liegt bei den europäischen Ländern selbst. Was die deutsche Wirtschaftspolitik erstreben wird, ist abhängig von der jeweiligen Situation, kann also nicht vorausgesagt werden. Denn nur die jeweilige Situation kann ergeben, ob die Ausfuhr mehr Arbeiter beschäftigt, als die Einfuhr beschäftigungslos macht, oder umgekehrt. Ferner enthält die Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs mit den europäischen Ländern auch die Aufrechterhaltung des Rohstoffbezuges aus Europa. Je größer das Handelsvolumen Deutschlands mit den europäischen Ländern ist, desto mehr Rohstoffe können aus Europa bezogen werden.

Der Gedanke, deutsche Industrieerzeugnisse gegen ausländische Rohstoffe einzutauschen, wäre sehr schön, wenn er einfach zu verwirklichen wäre. Er wäre einfach zu verwirklichen, wenn die Löhne der bei dieser Rohstoffgewinnung beschäftigten Arbeiter höher wären und wesentlich über das hinausgingen, was für den Lebensmittelankauf ausgegeben werden muß. Anders ausgedrückt: Ein unmittelbarer Austausch deutscher Industrieerzeugnisse gegen überseeische Rohstoffe wäre möglich, wenn die überseeischen Werksverwaltungen wüßten, was sie mit den deutschen Industrieerzeugnissen anfangen sollten. Für sie hat es keinen Zweck, deutsche Waren zu beziehen, wenn dadurch die Waren anderer Rohstoffbezieher verdrängt werden.

Eine allgemeine Belebung des internationalen Warenaustausches

wäre gerade für uns sehr günstig. Dann würde durch den vermehrten allgemeinen Rohstoffbezug eine größere Möglichkeit für Kompensationsgeschäfte gegeben sein. Die Verwaltung der Rohstoffbetriebe sähe dann nämlich den Punkt heranrücken, wo durch die volle Ausnutzung der Anlagen die Erzeugung billiger wird. Ein bestimmter Grad der Ausnutzung der Produktionsanlagen muß schon gegeben sein, damit die Mehrerzeugung die Unkosten für die Produktionseinheit herabsetzt. Ist durch eine allgemeine Belebung der Weltwirtschaft und damit des Rohstoffbezuges dieser Punkt nahe gerückt, so ist für die Verwaltungen dieser Werke der Anreiz, Kompensationsgeschäfte zu machen, größer. Und die deutschen Industrieerzeugnisse können, wenn nach einer Verstärkung des Rohstoffbezuges mehr Arbeiter beschäftigt sind, und die Wirtschaft in diesen Ländern einen Aufschwung genommen hat, auch leichter innerhalb der größeren Menge untergebracht werden.

Es ist ein Unterschied zu machen zwischen den Rohstoffländern, die souverän sind, und denen, die es nicht sind. Beide Länderkategorien sind verschuldet. Bei beiden Ländern tritt dem Kompensationsverkehr die Schwierigkeit gegenüber, daß sie Devisen für ihren Schuldendienst gebrauchen. Wo Devisen verlangt werden, können wir nicht mit Waren bezahlen. Die Verwaltungen der Rohstoffbetriebe in den nicht souveränen Ländern entscheiden selber, ob der Betrieb seinen Devisenverpflichtungen nachkommt oder nicht. Selbstverständlich kommt er ihnen nach, denn die Verwaltungen sind bestellt von den Aktionären in den Mutterländern. Die souveränen Länder sind in einer anderen Lage. Sie haben gesehen, daß Deutschland unmögliche Verpflichtungen auferlegt worden sind, und daß große und machtvolle europäische Länder ihre Schulden nicht bezahlt und trotzdem riesige Goldmengen aufgehäuft haben. Dadurch, daß die Tribute erzwungen worden sind und daß die Welt sich in die Lage begeben hat, zugestehen zu müssen, daß ein Land nicht mehr Schulden zahlen kann, als es dazu mächtig ist, hat die Sorge um das eigene Land den Vorrang bekommen vor den Schuldverpflichtungen.

Soweit diese souveränen Länder ihren Schuldendienst unter Moratorien gestellt haben, sind Kompensationsgeschäfte mit ihnen möglich. Werden diesen Ländern deutsche Waren im Kompensationsverkehr billiger gegeben, so ist das nicht unwirtschaftlich. Diese billige Preisstellung bedeutet eine Anpassung an das Lohnniveau dieser Länder. Im selben Grade, als diese Preise billig sind, wird in diesen Län-

dern neue Kaufkraft geschaffen. Im Außenhandel muß ebenso wie auf dem Binnenmarkt Kaufkraft geschaffen werden.

Alles das sind Möglichkeiten für die Außenhandelspolitik, und alle diese Möglichkeiten können fruchtbar gemacht werden. Allerdings können sie noch nicht in ein festes, lehrbuchmäßiges Schema gepaßt werden. Doch gerade deshalb, weil alle diese Möglichkeiten elastisch sind, hat die Außenhandelspolitik Spielraum. Dieser Spielraum ist noch größer, als es nach dem hier Aufgezählten zu sein scheint. Denn die Momente, die ausgenützt werden können, sind noch lange nicht alle aufgezählt. Es ist denkbar, daß in den jungen Staaten im Osten ganze Provinzen von Deutschland industrialisiert und technisiert werden, wogegen diese Staaten die Verpflichtung übernehmen, eine Reihe von Jahren hindurch bestimmte Rohstoffe zu liefern. Ein neuer Anleihetyp wäre dadurch geschaffen, durch den unser Interesse als Anleihegeber dadurch gesichert ist, daß die Interessen des Anleihenehmers gewahrt bleiben. Ob ein Anleihenehmer Devisen für den Schuldendienst aufbringt, wenn die Welt sich gegen die Aufnahme seiner Erzeugnisse sperrt, ist sehr zweifelhaft geworden. Aber der Dienst der Anleihe des neuen Typs wird nicht in Devisen, sondern in dem bezahlt, was alle gerne los werden: in Waren.

Die nationalsozialistische Handelspolitik hat deshalb so viele Möglichkeiten, weil sie neuartig ist. Sie kann die Situationen, die sich aus dem Zusammenbruch der alten Wirtschaft ergeben haben, ausnutzen, weil sie diesen Situationen gerecht wird. Und darauf kommt es an. Man kann sich zur jetzigen Weltwirtschaft nicht so stellen, als ob sie die alte noch wäre; wer dementsprechend handelt, handelt falsch.

Daß jeder seine Ware so billig wie möglich ans Ausland verkauft, ist schon eine allgemeine Erscheinung geworden. Die Deflation und die Devalvation haben beide den Zweck, eine möglichst niedrige Preisstellung zu erreichen. Aber diese Politik kann nicht erfolgreich sein. Denn sie ist im Prinzip unwirtschaftlich. Deflation und Devalvation sind Methoden, die Ware billiger herzugeben, als sie wirtschaftlich hergegeben werden kann. Wenn eine Wirtschaft möglich wäre, in der die Preise gleich Null sind, dann wären allerdings Deflation und Devalvation die Methoden, die goldene Zukunft zu erreichen. In Wahrheit aber werden durch diese politischen Maßnahmen die Schwierigkeiten des eigenen Landes auf andere Länder abgeschoben. Wenn das auf die Dauer möglich wäre, könnte nie-

mand mit Recht etwas dagegen einwenden. Aber Deflation und Devalvation können nur vorübergehenden Erfolg haben und die Verschiebungen im Welthandel, die sie hervorrufen, machen die Weltwirtschaftskrise nur größer.

Deflation und Devalvation sind also das genaue Gegenteil dessen, was nötig für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft ist. Denn sie enthalten keine Ansätze für diesen Wiederaufbau. Dadurch, daß der eine den anderen angreift, indem er seine eigene wirtschaftliche Schwierigkeit durch forcierte Ausfuhr auf andere abwälzt, ruft er nur den Gegenangriff des anderen hervor. Nicht die Gemeinsamkeit der Interessen, sondern umgekehrt ihre Verschiedenheit tritt dadurch zutage. Die Verschiedenheit der Interessen grell zu beleuchten, ist nicht der Weg, Frieden zu schaffen.

Die alte Weltwirtschaft ist deshalb zugrunde gegangen, weil der Außenhandel der einzelnen Länder sich von der Binnenwirtschaft gelöst hatte. Das war bei den Ländern der Fall, die nach dem Kriege Auslandsanleihen gaben. Die Auslandsanleihen sind der Versuch, Einkommensquellen zu schaffen, die nicht aus der Leistung des eigenen Landes flossen. Die Anleihenehmer lösten sich auch von der Binnenwirtschaft. Sie verschafften sich Kapitalmittel, die die eigene Wirtschaft nicht erzeugt hatte, und verließen sich auf die Abnahmefähigkeit fremder Länder, um die Mittel für die Rückzahlung der Auslandsschulden zu gewinnen. Das krasseste Beispiel dafür, wie sehr der Außenhandel sich von der Binnenwirtschaft gelöst hatte, ist die Agrarpolitik des Weimarer Systems, die die Taube in der Hand, nämlich die Landwirtschaft, verkaufte gegen den Spatz auf dem Dache: eine Absatzfähigkeit im Auslande, die nicht vorhanden war.

Die Welthandelspreise spiegeln auch die Loslösung des Außenhandels von der Binnenwirtschaft wider. So lange die alte Weltwirtschaft gesund war, hatten sie einen Sinn. England war der Generalmittler zwischen dem europäischen Überschuß von Industrieerzeugnissen und den überseeischen Rohstoffen. Da waren die Weltmarktpreise die Station, an der Industrieerzeugnisse und Rohstoffe aneinander vorbeigingen, sich betrachteten und austauschten. Die einzelnen Wirtschaften hatten in sich selbst noch den Spielraum, sich auf die Weltmarktpreise einzuspielen. Denn die Produktionsfähigkeit der einzelnen Länder war voll ausgenutzt, so daß angesichts der erzeugten und in den Güterkreisläufen abrollenden Mengen die Schwankungen in den Weltmarktpreisen keine große Rolle

spielen konnten. Das kann in diesem Rahmen nur summarisch angedeutet werden, auch wenn dabei nicht alle Zweifelsfragen des Lesers beantwortet werden. Doch was ist heute ein Weltmarktpreis? Ein Preis, der weder mit den Herstellungskosten des Erzeugerlandes viel zu tun hat noch mit der Kaufkraft des Abnehmerlandes. Er ist kein wirtschaftlicher Preis, in dem Interessen sich gerecht ausgleichen, sondern ein Kompromiß und eine Verlegenheit. Es ist ein Preis, der vollkommen in der Luft hängt und nur notiert wird, weil man nicht weiß, was man sonst machen soll. Wie wenig wirtschaftlich er fundiert ist, sehen wir an den Ausschlägen nach oben und unten bei den Rohstoffpreisen. Und wir sehen es daran, daß die Ausfuhrpreise in keinem Zusammenhang mit der Kostengestaltung der einzelnen Wirtschaften stehen. Daß die Weltmarktpreise in der Luft hängen, Irrlichter sind, sieht man daran, daß sie tun, was Irrlichter tun: in den Sumpf locken. Die Welt hat es mit ihrem gegenseitigen Preisunterbieten ja herrlich weit gebracht.

Gerade hier schlägt die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik grundsätzlich neue Wege ein, weil sie nicht um der Ausfuhr willen einführt, sondern um der Einfuhr willen ausführt. Sie holt damit Ausfuhr- und Einfuhrpreis aus der Luft herunter, stellt sie auf einen festen wirtschaftlichen Boden. Wie hoch der Weltmarktpreis ist, ist im Grunde genommen gleichgültig. Wichtig ist, wie notwendig das Einfuhrgut ist. Wir bezahlen nicht Weltmarktpreise, sondern den Wert, den das Einfuhrgut für den Aufbau unserer Wirtschaft hat. Wenn wir billig verkaufen, so heißt das, daß wir einen Preisaufschlag für die Einfuhr bezahlen. Aber wir führen das ein, was wir notwendig brauchen.

Durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wird endlich wieder ein innerer Bezug zwischen Außenhandel und Binnenwirtschaft hergestellt. Das ist der Anfang der Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft, zumal wir ja die Arbeitslosigkeit wegbringen und die soziale Frage lösen, die der Kern des gesamten Weltwirtschaftsproblems ist. Wenn alle Länder für ihren Außenhandel einen festen Bezug zur Binnenwirtschaft hergestellt haben, dann ist die neue Weltwirtschaft da, sie hat einen realen wirtschaftlichen Boden und hängt nicht mehr in der leeren Luft, irrlichterhaft tanzend.

Weil Deutschland den Anfang mit der Wiederaufrichtung einer neuen Weltwirtschaft macht, hat die deutsche Außenhandelspolitik soviel neue Möglichkeiten. Für jedes Land kommt es darauf an, seinen Außenhandel wieder mit seiner Binnenwirtschaft in Bezug

zu setzen. Weil Deutschland das gestattet, kann es den binnenwirtschaftlichen Interessen dieser Länder Rechnung tragen. Es fragt, wieviel ihm selbst ein Gut wert ist, und kann deshalb mit einem anderen Lande verhandeln, das fragt, welchen Vorteil es von dem deutschen Austauschgut hat. Ein großer Teil der Bemühungen in allen Staaten der Erde, die eigene Konjunktur anzukurbeln, kann von Deutschland unterstützt werden, weil dadurch auch der deutschen Rohstoffbeschaffung geholfen wird.

Auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1933 hat das nationalsozialistische Deutschland behauptet, daß die Weltwirtschaft genesen würde, wenn jedes Land seine Wirtschaft selbst in Ordnung brächte. Auf dieser Grundlage ist ein internationales Zusammenarbeiten möglich. Eine internationale Zusammenarbeit kann sehr fruchtbar für alle Länder sein. Es ist höchste Zeit, daß es dahin kommt. Denn das, was von der alten Weltwirtschaft vorhanden ist, ist so gebrechlich, daß man auf diesem Gerüst nicht mehr schaukeln darf. Sonst kippt es ganz um, und was dann?

Uns würde das am wenigsten von allen Ländern schaden, denn wir erwarten den Konjunkturantrieb unserer Wirtschaft nicht von der Weltwirtschaft, sondern von der eigenen Wirtschaftspolitik. Wir haben auch schon Methoden des zwischenstaatlichen Verkehrs ausgebildet, die außerhalb der Verkehrsmethoden in der bisherigen Weltwirtschaft stehen. Der endgültige Zusammenbruch der alten Weltwirtschaft würde auch die Befreiung von allen Auslandsschulden mit sich bringen. Denn mit dem völligen Zusammenbruch der alten Weltwirtschaft brechen alle Schuldverpflichtungen ebenso völlig zusammen, wie der bisherige teilweise Zusammenbruch ihnen teilweise ihre Strenge genommen hat. Doch wenn dieser endgültige Zusammenbruch der alten Weltwirtschaft uns auch am wenigsten schadet, so heißt das nicht, daß er uns gar keine Schwierigkeiten macht.

Das, was noch da ist, muß ausgenützt werden, damit das Neue sich bilden kann. Unter dem Schutz des vorjährigen Laubes keimt das Neue. Es hat keinen Zweck, das, was man noch gebrauchen kann, unnötig zu zerstören.

Das Optimum des Erreichbaren wäre eine Vereinbarung, daß kein Land etwas tut, dessen schädliche Auswirkungen bei anderen Ländern größer als der eigene Nutzen ist. Daß ein Land eigene Interessen opfert zugunsten anderer, kann und soll nicht verlangt werden, weil das jede wirkliche Zusammenarbeit von vornherein ausschließen würde. In großen Zügen müßte in einer internationalen

Vereinbarung formuliert werden, welche handelspolitischen Methoden für die Weltwirtschaft größeren Schaden bringen, als sie dem eigenen Lande nützen. Sie könnten ähnlich den Genfer Abmachungen gehalten werden, die den Krieg nicht verhindern, wohl aber Dum-Dum-Geschosse verbieten.

12. Kapitel

Die Rohstoffversorgung

Der deutschen Rohstoffversorgung dient sowohl der Außenhandel als auch der Bau eigener Rohstoffwerke. Der Maßstab für die Menge und den Umfang der zu erbauenden Rohstoffwerke ist der Wille des Auslandes, deutsche Waren aufzunehmen, wodurch wir in den Stand gesetzt werden, ausländische Rohstoffe zu kaufen. Wir müssen soviel eigene Rohstoffe erzeugen, daß der verbleibende Rest ausländischer Waren mit einer Güterausfuhr bezahlt werden kann, die das Ausland haben will, und die ihm nicht aufgedrängt zu werden braucht. Nur dann ist unsere Freiheit gesichert. Die Annahme deutscher Waren, die das Ausland nicht notwendig gebraucht, kann verweigert werden. Das Ausland hat dann die stärkere Position, wenn verhandelt wird, unter welchen Bedingungen es diese Waren aufzunehmen bereit ist.

Im vorigen Kapitel stand, daß Deutschland für ausländische Rohstoffe soviel bezahle, als ihm diese für den Aufbau der eigenen Wirtschaft wert seien. Bezahlt wird mit deutschen Gütern und Leistungen. Der Bau eigener Rohstoffwerke ist wirtschaftlich, wenn für ihn ein geringerer Güter- und Leistungsaufwand aufgebracht werden muß als für die Herstellung der Warenmenge, mit der vom Ausland Rohstoffe gekauft werden können.

Aus zwei Gründen sind also Rohstoffwerke zu bauen: aus dem politischen Grunde, daß die deutsche Freiheit auf jeden Fall gesichert werden muß und daß wir uns nicht in eine Lage bringen dürfen, die dem Ausland seine Bedingungen zu stellen erlaubt. Für den Nationalsozialismus ist es gar keine Frage, ob er auf diese Bedingungen eingeht oder nicht. Nachdem er diese Bedingungen abgelehnt hätte, müßte er dann den Bau eigener Rohstoffwerke betreiben. Eine weitsichtige Politik tut es vorher. Der andere Grund für den Bau eigener Rohstoffwerke ist wirtschaftlich. Es ist heute so, daß der Leistungsaufwand für den Bau eigener Rohstoffwerke oft wirtschaftlicher ist

als für die Herstellung von Ausfuhrwaren, mit denen Rohstoffe aus dem Ausland gekauft werden. Daß hier zwei Gründe für den Bau eigener Rohstoffwerke angegeben werden, ist nur eine Form der Darstellung. Denn was politisch notwendig ist, ist für den Nationalsozialismus wirtschaftlich richtig.

So ist die Arbeitsbeschaffung ja auch ebenso politisch notwendig, wie sie wirtschaftlich richtig ist. Jede Unfreiheit im Bezug ausländischer Rohstoffe hemmt das Werk der Arbeitsbeschaffung. Der Bau eigener Rohstoffwerke ist ein Feld für die Arbeitsbeschaffung. Ist der Leistungsaufwand für den Bau eigener Rohstoffwerke und die Arbeit in ihnen gleich groß wie der für die Herstellung der Warenmengen, mit denen ausländische Rohstoffe bezahlt werden, so läßt man es am besten beim Bezug der ausländischen Rohstoffe. Es ist unnötig, Leistungen zu verlagern, wie es sonst der Fall wäre: die Leistung, die bisher bei der Herstellung von Ausfuhrgütern lag, würde verlagert auf den Bau der eigenen Rohstoffwerke, ohne daß ein Mehrertrag entstünde, der diese Verlagerung gewinnbringend macht. Ist der Leistungsaufwand für den Bau eigener Rohstoffwerke größer, dann ist es offensichtlich falsch, diese Werke zu bauen. Ist er aber geringer, dann müssen diese Werke gebaut werden, selbst wenn durch ihre Erzeugung die Handelsbilanz stärker entlastet wird, als es zur Wahrung unserer Freiheit unbedingt notwendig ist.

Jeder, der von Wirtschaft etwas versteht, weiß, wie schwer es im Einzelfall ist, zu entscheiden, ob der Leistungsaufwand für den Bau der eigenen Rohstoffwerke größer, gleich groß oder kleiner ist als der für die Herstellung von Ausfuhrgütern aufzubringende. Aber geht es uns so gut, daß wir schon so genau rechnen müssen? So genau müßte gerechnet werden, wenn wir schon Mangel an verfügbaren Arbeitskräften hätten. Diese Rechnung ist unnötiges Kopfzerbrechen, solange noch Arbeitslose bestehen. Wenn die Äpfel anfangen zu faulen, spart man nicht im Verbrauch der Äpfel, sondern sieht zu, daß sie noch in den Magen, anstatt in den Mülleimer kommen.

Die vorhandene Arbeitslosigkeit gibt der Politik den Spielraum für die Herstellung der eigenen Rohstoffwerke, der eine zeitraubende Rechnung unnötig macht. Wir können ebenso großzügig bauen, als die Arbeitslosigkeit noch groß ist. Wirtschaftlich rechnen kann man nur, wenn eine Wirtschaft vorhanden ist. Voraussetzung für das Vorhandensein einer Wirtschaft ist die Freiheit des Staates, die auch die Sicherheit der Wirtschaft ist, daß die Unsicherheit des Staates nicht zur Belastung der Wirtschaft wird. Die weitere Voraus-

setzung für das Vorhandensein einer Wirtschaft ist, daß voll gearbeitet wird. Im selben Umfange, als das nicht geschieht, ist die Wirtschaft keine Wirtschaft. Die Wirtschaft ist der Umschlag der Arbeit in Verbrauch und Vermögen. Nur die Arbeit bestimmt den Umfang des Verbrauchs und der Vermögensbildung. Die volle Ausnutzung der Arbeit gibt den festen Punkt ab, der den Umfang des Verbrauches und der Vermögensbildung bestimmt. Beide hängen in der Luft, wenn die Arbeit nicht ausgenützt wird. Und wenn nicht voll gearbeitet wird, fehlt jede Möglichkeit der Entscheidung, wieviel aus der hergestellten Gütermenge dem Verbrauch zugeführt oder für die Vermögensbildung verwandt werden soll.

Der Bau eigener Rohstoffwerke ist jetzt Vermögensbildung, und zwar die des wertvollsten Vermögens, das es für ein Volk gibt. Es erledigt erstens die Möglichkeit, daß das Ausland in die Machtposition kommt, uns seine Bedingungen zu diktieren. Seine Freiheit ist das größte Vermögen, das ein Volk besitzt. Sodann wird mit dem Bau der Rohstoffwerke Arbeitslosigkeit beseitigt, und wenn alle Arbeitslosen weggebracht sind, ist ebenfalls ein sehr bedeutsames Vermögen geschaffen: eine wirkliche Wirtschaft nämlich, während eine Wirtschaft mit Arbeitslosen nur das unvollkommene Surrogat einer Wirtschaft ist.

Der Begriff Vermögensbildung ist eben in zweierlei Sinn angewandt worden. Zuerst im üblichen Sinn, als die Aufteilung der Gesamterzeugung in Verbrauch und Vermögen erwähnt wurde; und dann in dem viel umfassenderen Sinn, als die Freiheit das größte Vermögen eines Volkes genannt und die „wirkliche" Wirtschaft selbst als Vermögen bezeichnet wurde. Das Wort Vermögen kommt von vermögen, können. Womit am meisten angefangen werden kann, ist das größte Vermögen. Der Wortsinn „Vermögen" und die praktische Wirklichkeit treffen sich in der Tatsache, daß stilliegende Produktionsstätten, mit denen nichts angefangen werden kann, auch kein Vermögen sind. Über den Kapitalbegriff ist schon ungeheuer viel geschrieben worden. Es ist einfach, ihn zu klären: Man braucht nur das Wort Vermögen jedesmal in ursprünglichem Wortsinn aufzufassen. Der Kapitalbegriff war deshalb so verwirrt und vieldeutig, weil die Privatinteressen, die im Kapitalismus am Kapital hingen, sich als sachliche Notwendigkeiten frisierten. Nehmen wir die Perücke ab, dann sehen wir den Menschen, wie er ist. Die Perücke, die der Kapitalismus dem Begriff Kapital aufgesetzt hatte, war sehr pompös: wird sie abgenommen, verliert das Kapital die überschwengliche

Würde und wird zu einer einfachen Funktion der Wirtschaft: es soll etwas mit ihm angefangen werden.

Werden Rohstoffwerke in dem Umfange gebaut, daß die Außenhandelsbilanz entlastet wird und wir für die restlichen Einfuhren nicht mehr auszuführen brauchen, als das Ausland gebraucht, so ist folgendes erreicht:

1. Die Erzeugung dieser Rohstoffabriken tritt an die Stelle der Erzeugung für die Ausfuhr, mit der bisher die jetzt im Inland erzeugten Rohstoffe vom Auslande gekauft wurden. Diese Ausfuhr hatte einen sehr unsicheren Markt. Die eigenen Rohstoffe haben im Inland einen sehr sicheren Markt. Ein unsicherer Markt wird also in einen sicheren verwandelt. Und das geschieht nicht durch Erzeugungsbeschränkung, durch welche Kartelle usw. den Markt sicher machen wollten, sondern durch Erweiterung der Erzeugung.

2. Die Arbeiter, die bei der Herstellung ausländischer Rohstoffe beschäftigt waren, waren keine Käufer deutscher Erzeugnisse, wenigstens nicht notwendig. Die in Deutschland in den Rohstoffabriken beschäftigten Arbeiter kaufen die Erzeugnisse des deutschen Bauern und der deutschen gewerblichen Wirtschaft. Das ist sehr wichtig angesichts des Aufschwunges der Wirtschaft. Nach einem Wirtschaftsaufschwung werden mehr Rohstoffe gebraucht. Werden sie aus dem Ausland geholt, dann ergeben sich Pressungen im Außenhandel, weil ja auch mehr deutsche Erzeugnisse als Bezahlung für die Mehreinfuhr im Auslande untergebracht werden müssen. Das Ausland ist daran beteiligt, die deutsche Mehreinfuhr mit der deutschen Mehrausfuhr auszugleichen. Das Ausland hat dann in der Hand, ob es diese Aufgabe erfüllt und unter welcher Bedingung es dazu bereit ist. Arbeiten dagegen die eigenen Rohstoffabriken, dann erzeugt der Wirtschaftsaufstieg mit seinem vermehrten Rohstoffbedarf vermehrte Güternachfrage im Inlande: die Hemmung im Wirtschaftsaufstieg, die aus der Schwierigkeit, mehr auszuführen, kam, wird verwandelt in einen Anstoß zu weiterem Wirtschaftsaufstieg.

3. Brauchen wir nicht mehr zu verkaufen, als das Ausland gebraucht, so brauchen wir nicht mehr dem ausländischen Käufer nachzurennen. Er kommt uns die halbe Wegstrecke entgegen. Wenn der ausländische Verkäufer von Rohstoffen sieht, wie wir den ausländischen Käufern nachjagen, dann sieht er auch, wie wir uns bemühen, mit ihm ins Geschäft zu kommen. Wenn er unsere großen Bemühungen um den Käufer betrachtet, zieht er aus diesem Anblick

den Schluß, ruhig abwarten zu können. Sieht er aber, daß wir die Anstrengungen, mit denen bisher der ausländische Käufer gesucht worden ist, verlagern und auf den Bau eigener Rohstoffabriken richten, kann es ihm nicht mehr einfallen, ruhig abzuwarten, bis wir vor seinen Thron auf dem Rohstoffstapel kommen, sondern er überlegt, herabzusteigen und zu versuchen, uns die Notwendigkeit des Rohstoffbezuges von ihm klarzumachen. Wie ihm das gelingt, hängt von den Bedingungen ab, die er stellt.

Wir wollen eine Wirtschaft, die die ihr gestellten Aufgaben möglichst selber erledigt. Eine derartige Wirtschaft gebraucht aber nicht für jede Konjunkturphase einen neuen gewaltigen Aufwand diplomatischer Verhandlungen. Der mußte in den ersten Jahren nationalsozialistischer Regierung aufgebracht werden, weil die deutsche Rohstoffversorgung nicht klappte. Anstatt Rohstoffwerke zu bauen, schien dem Weimarer System die Vernichtung der deutschen Landwirtschaft zweckmäßiger zu sein. Was an diplomatischen Verhandlungen gespart werden kann, soll gespart werden. Der Bau eigener Rohstoffabriken erspart diplomatische Verhandlungen nicht nur, sondern er sichert einen Erfolg, den diese Verhandlungen nie erreichen können. Durch diplomatische Verhandlungen wird nie die Notwendigkeit vermehrten Rohstoffbezuges zu einem Antrieb der Konjunktur, und sie bewegen den ausländischen Käufer nicht, uns die halbe Wegstrecke entgegenzukommen, noch den ausländischen Verkäufer, das gleiche zu tun. Wird durch den Bau eigener Rohstoffwerke die Handelsbilanz entlastet, dann geht auch der übrige Außenhandel ungleich leichter vonstatten, als er es jetzt tut. Wenn die Außenhandelsmaschine geölt ist vom guten Willen des ausländischen Käufers und Verkäufers, dann läuft sie so gut, daß sie auch auf Touren gebracht werden kann. Durch den Bau eigener Rohstoffabriken erzeugen wir diesen guten Willen. Er ist die Voraussetzung für eine Steigerung des Außenhandelsvolumens. Wir brauchen dann nicht die Initiativanträge zu stellen, handelspolitische Abmachungen zu treffen: sondern der kann es tun, der diese Abmachungen gebraucht.

Es gibt nichts, was logischer und notwendiger sein könnte als der Bau von Rohstoffabriken. Es gibt auch nichts, was dem Neuaufbau der Weltwirtschaft förderlicher wäre. Die Weltwirtschaft leidet unter dem Überangebot von Waren, weil in den einzelnen Wirtschaften mangelnde Nachfrage herrscht und Arbeitslosigkeit. Außer Deutschland versucht jedes Land seine innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den Weltmarkt abzuschieben. Die Weltwirtschaft ist heute die Summe

von innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten aller Länder: und da wundert man sich darüber, daß sie krank ist. Durch den Bau von Rohstoffabriken wird der Zwang, Waren auszuführen, beträchtlich gemildert, und das Überangebot auf dem Weltmarkt wird abgebaut. Zugleich wird im Inlande Arbeitslosigkeit beseitigt, Nachfrage geschaffen, und die Güter werden erzeugt, die diese Nachfrage befriedigen können.

Im ausgehenden Kapitalismus lag die Schwierigkeit darin, die Nachfrage für die Güter, die erzeugt werden könnten, zu schaffen. Man braucht nur einen Fabrikanten zu fragen, was ihm leichter fällt: seine Erzeugung zu vermehren oder den Absatz zu steigern. Der Absatz kann aber nur da geschaffen werden, wo es möglich ist: im eigenen Lande.

Die „Wirtschaft" hat sich unnötige Angst darüber gemacht, daß der Nationalsozialismus die Autarkie erstrebe. Was sie sich dabei gedacht hat, ist unerfindlich. Etwa eine stolze Absage für den Fall, daß das Ausland mit einem Füllhorn nahe, bereit, es über uns auszuschütten? Der Nationalsozialismus will dagegen nur nicht, daß wir auf jeden Fall und auf die Dauer dem Auslande unsere Erzeugnisse aufdrängen und sie verschenken müssen. Wenn Ware billig abgesetzt werden muß, dann soll sie dem deutschen Volke billig verkauft werden. Wenn in der Wirtschaft geschenkt werden muß, dann soll das deutsche Volk selber der Beschenkte sein.

Seien wir uns klar darüber, wie die Dinge liegen. Daß Anstrengungen gemacht werden müssen, leuchtet jedem ein. Aber in welcher Richtung sollen sie liegen? Anstrengungen müssen gemacht werden, um über die Weltwirtschaft die Ausfuhr mit dem Einfuhrbedarf in Einklang zu bringen. Aber in dieser Richtung ist seit 1924 emsig gearbeitet worden mit äußerst negativem Erfolg. Also bleibt nur die andere Richtung übrig: die Wirtschaft so zu gestalten, daß der Bau von Rohstoffabriken wirtschaftlich ist, und die technischen Verfahren der Rohstoffgewinnung zu entwickeln. Der Erfolg der in der einen Richtung gemachten Anstrengungen ist vom Ausland abhängig. Die Anstrengungen in der anderen Richtung sind der Appell an die eigene Kraft. Der Nationalsozialismus ist sich seiner Kraft so bewußt, daß ihn der Appell an sie freut: und daß er zu stolz ist, um von dem Verhalten des Auslandes den Erfolg zu erwarten. Hier entscheidet die nationalsozialistische Weltanschauung, die Glaube an die schöpferische Kraft der Rasse ist. Der Nationalsozialismus hat keine Minderwertigkeitskomplexe.

Aus einem typischen Minderwertigkeitskomplex kommt das Geschrei, das vom Verhalten anderer das Heil erwartet, und das Geschimpfe, wenn andere nicht tun, was man gerne getan sehen möchte. Die Außenhandelspolitik des Weimarer Systems war von einem Gefühl der Minderwertigkeit diktiert: die eigene Wirtschaft wurde nicht gestaltet, weil das Zutrauen in die eigene Kraft fehlte, aber desto größeres Zutrauen hatte man in die Gestaltungskraft des Auslandes. Wir entsinnen uns ja noch des Geredes, wie das Ausland immer mit Begeisterung gerade das zu tun sich anschickte, was Deutschland frommte, angefangen mit den roten Fahnen auf den englischen und französischen Schützengräben am Tage des Waffenstillstandes. Das Ausland hatte immer den besten Willen, aber leider wurde es immer gestört von den ewigen Störenfrieden: dem deutschen Nationalismus. Mit dem Dawesplan sind wir ja auch beschenkt worden, weil das Ausland dem verbohrten und verrannten deutschen Volk sein eigenes Heil aufzwingen mußte. Und bekanntlich war im Jahre 1932 nur Deutschland mit seinen schwachen Zollerhöhungen, die die damalige Regierung sogar sehr gegen ihren Willen anordnen mußte, schuld daran, daß überall die Zölle erhöht wurden.

Die Wirtschaft muß also so gestaltet werden, daß der Bau von Rohstoffabriken wirtschaftlich ist: ferner müssen die technischen Verfahren entwickelt werden. Diese beiden Punkte sind näher zu behandeln.

Wenn jetzt noch manchem der Bau von Rohstoffabriken als unwirtschaftlich erscheint, so liegt das nicht an den Rohstoffabriken, sondern an der Wirtschaft. Was ist wirtschaftlich? Einmal ein Handeln, das ohne Verlust abschließt oder gar Gewinn bringt. Wirtschaftlich in diesem Sinn ist die Sicherung der privatwirtschaftlichen Rentabilität. Über der privatwirtschaftlichen Rentabilität gibt es aber auch eine volkswirtschaftliche Rentabilität. Ihre Sicherung ist Wirtschaftlichkeit in höherem Sinn. Die privatwirtschaftliche Rentabilität kann auch in einer Krisenzeit gegeben sein. In einer Krisenzeit, wenn die Werke stilliegen und Arbeitslose vorhanden sind, ist die volkswirtschaftliche Rentabilität nicht gegeben.

Privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität sind im Kapitalismus weit auseinandergetreten. Der Betrieb, der Absatznöte hatte, schränkte, um seine privatwirtschaftliche Rentabilität zu wahren, die Erzeugung ein und entließ Arbeiter. Mit der Entlassung dieser Arbeiter aber wurde die volkswirtschaftliche Rentabilität getroffen. Auf Kosten der volkswirtschaftlichen Rentabilität wurde

versucht, den Betrieb privatwirtschaftlich rentabel zu erhalten. Daß das nicht geht, hat Bernhard Köhler bewiesen. Jeder Arbeiter, der entlassen wird, fällt auch als Käufer für die Wirtschaft aus. Ebenso, wie die Einstellung zweier Arbeiter im allgemeinen einen weiteren Arbeiter in die Produktion nach sich zieht, zwingt die Entlassung zweier Arbeiter auch zur Entlassung eines dritten. Und wenn die Wirtschaft Arbeiter entlassen hatte, klagte sie über den Druck der Zinsen. Die ganze Unsittlichkeit des Kapitalismus fand ihren scharfen Ausdruck darin, daß der Durchschnittsbetrieb zwar seine Zinszahlungen bis aufs äußerste aufrechterhielt, aber daß er keine allzu großen Hemmungen hatte, den Volksgenossen auf die Straße zu setzen. Mußte er die Zinszahlungen einstellen, so wurde das entweder ein halber, im Vergleichsverfahren aufgefangener Bankrott oder ein ganzer. Vor seiner Arbeiterschaft hatte der Betrieb nicht im entferntesten die Verpflichtungen wie vor den Gläubigern. Der einzelne Unternehmer konnte daran nichts ändern. Desto verwerflicher war das kapitalistische System.

Wer auf Kosten der Allgemeinheit verdient, ist ein Schieber. Der Kapitalismus war systematisches Schiebertum, als er zu Arbeiterentlassungen zwang, um auf Kosten der volkswirtschaftlichen Rentabilität die privatwirtschaftliche zu wahren. Es wird nun nie möglich sein, dem Unternehmer zu verbieten, Arbeiter zu entlassen. Wenn der Unternehmer sie angesichts der Situation seines Betriebes nicht bezahlen kann, kann er sie nicht bezahlen. Das Verbot an den Betrieb, Arbeiter zu entlassen, würde die Verpflichtung in sich schließen, daß der Staat dem Unternehmer die Gelder gibt, mit denen er die Arbeiter bei schlechter Betriebslage bezahlen kann. Der nationalsozialistische Staat gibt diese Gelder nicht dem einzelnen Unternehmer, sondern er verwendet sie für die Arbeitsbeschaffung. Am Staate liegt es, dafür zu sorgen, daß das privatwirtschaftliche Bestreben, ohne Verluste zu arbeiten, nicht zu einer Schädigung der volkswirtschaftlichen Rentabilität wird. Der Staat hat jetzt allgemein die Sorge, die volkswirtschaftliche Rentabilität zu sichern: das tut er auch dadurch, daß er den Bau von Rohstoffabriken veranlaßt.

Indem der Staat das tut, treibt er eine der Deflationspolitik gerade entgegengesetzte Politik. Die Deflationspolitik ist der Inbegriff aller Maßnahmen, die die privatwirtschaftliche Rentabilität für möglichst alle Betriebe auf Kosten des Volkes erreichen wollen. Der Deflationspolitiker glaubt, daß dann, wenn alle Betriebe wieder rentabel sind, auch die Wirtschaft im Gange wäre. Er irrt insofern,

weil das Bestreben, die privatwirtschaftliche Rentabilität auf Kosten des Volkes herstellen zu wollen, auch das Bestreben ist, die privatwirtschaftliche Rentabilität des einen Betriebes auf Kosten anderer Betriebe zu erreichen.

Der Nationalsozialismus sagt sich: Wenn kein Betrieb auf die Dauer seine privatwirtschaftliche Rentabilität bewahren kann, falls er das auf Kosten der volkswirtschaftlichen tun will, so muß umgekehrt die volkswirtschaftliche Rentabilität auch die Grundlage für die Sicherung der privatwirtschaftlichen abgeben.

Der Bau von Rohstoffabriken ist nun ein Weg zur Wiederherstellung der volkswirtschaftlichen Rentabilität. Und zwar ein sehr wesentlicher, weil durch ihn Arbeit geschaffen wird und absatzfähige Güter. Das Stück Weltwirtschaft, das im Austausch von deutschen Erzeugnissen gegen ausländische Rohstoffe bestanden hat, und das im selben Maße krank war, als dieser Austausch nicht glatt funktionierte, wird zu einem Bestandteil der eigenen Wirtschaft gemacht, innerhalb derer dieser Austausch funktioniert und gesund ist. Ein Handelsvertrag, der den Austausch großer Mengen deutscher Erzeugnisse gegen große Mengen Rohstoffe verspräche, würde sehr begrüßt werden. Die Herstellung der eigenen Rohstoffbasis hat die Wirkung dieses Handelsvertrages; dazu gibt es keine Kündigung, durch die die gewonnene eigene Rohstoffbasis wieder verschwinden könnte.

Solange die alte Weltwirtschaft gesund war, wurde von ihr die privatwirtschaftliche Rentabilität mit der volkswirtschaftlichen wenigstens so weit zusammengehalten, daß beide nicht offensichtlich auseinanderklafften. Die Absatzmöglichkeiten im gesunden Kapitalismus überschritten die Produktionsmöglichkeiten, weil der Weltmarkt ein scheinbar unbegrenztes Absatzfeld war. Die große Krise ist von der Weltwirtschaft her gekommen. Die Weltwirtschaft ist kein unbegrenztes Absatzfeld mehr. Privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität werden nicht mehr von der Weltwirtschaft zusammengehalten. Ein gesundes Verhältnis einer Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft besteht nur, wenn in dieser Wirtschaft die privatwirtschaftliche Rentabilität nicht im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen steht. Die Krise kann nicht behoben werden, ohne daß privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität in Einklang gebracht werden. Dies zu tun, ist ja gerade die von der Krise gestellte Aufgabe.

Die volkswirtschaftliche Rentabilität ist da, wenn so viel gearbeitet wird, als gearbeitet werden kann. Die Wirtschaft ist in Ordnung, wenn alle vorhandenen Leistungsenergien wirtschaftlich umgesetzt sind

Wirtschaftlich sind alle Leistungen umgesetzt, wenn die Mengenordnung der hergestellten Güter der Mengenordnung des Bedarfes annähernd entspricht. Das Wort „annähernd“ bezeichnet den Spielraum der Wirtschaft für ihre Dispositionen und die notwendige Elastizität im Verhältnis von Erzeugung und Verbrauch.

Da die Weltwirtschaft privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rentabilität nicht mehr zusammenhält, muß das der Staat durch seine Politik tun. Er erreicht dies Ziel, indem er dafür sorgt, daß alle Leistungsenergien wirtschaftlich eingesetzt werden, daß die Mengenordnung der hergestellten Güter der Mengenordnung der abzusetzenden Güter entspricht.

Der Einsatz von Leistungsenergie durch den Staat ist etwas anderes als der Einsatz von Leistungsenergien durch die Wirtschaft. Die Wirtschaft als Produktion stellt Arbeiter ein, wenn die Wirtschaft als Markt ihr gesagt hat, was sie produzieren soll. Dem arbeitsbeschaffenden Staate möchte die produzierende Wirtschaft höchstens sagen, was er als technisches Hilfsmittel der Arbeitsbeschaffung von ihr kaufen soll, aber die Wirtschaft als Markt sagt dem Staate nicht, was er arbeiten lassen soll: sie ruft statt des Staates die produzierende Wirtschaft an; und die Güter, für die Absatz vorhanden ist, soll auch die produzierende Wirtschaft selber herstellen und nicht der Staat durch seine Arbeitsbeschaffung. Das ist ein Unterschied der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung gegenüber dem Bolschewismus: hier stellt der Staat als produzierende Wirtschaft selber her, was die Wirtschaft als Markt verlangt: und die läßt sich nie sozialisieren.

Für die Rohstoffe ist wohl Absatz vorhanden, aber die Wirtschaft baut trotzdem bis jetzt aus eigenem Willen Rohstoffabriken nur in ungenügendem Maße. Die Schwierigkeit bei der Arbeitsbeschaffung ist nicht ihre Finanzierung, sondern die Auswahl der Aufgaben, weil der Markt dem Staate nicht sagt, was er ausführen lassen soll. Der beste Entschluß für die Arbeitsbeschaffung war bisher der Straßenbau, und zwar gerade deshalb, weil er nur auf weite Sicht wirtschaftlich sein wird, und gerade deshalb den Willen des Staates eindeutig bezeugt, Arbeit zu schaffen, auch wenn sie nicht unmittelbar wirtschaftlich ist. Die Hitler-Straßen sind das in die deutsche Landschaft eingeschnittene Manifest, das das Recht auf Arbeit verkündet. Sie sind ein Aufruf an das deutsche Volk und zugleich ein Denkmal für die moderne Technik. Wenn sie noch unwirtschaftlich sind, so deshalb, weil sie ein Gleichnis dafür sind, daß der Nationalsozialismus der Wirtschaft ihre Schicksalhaftigkeit genommen und die Politik zum Schicksal

gemacht hat. Aber andere Arbeiten hat der Staat nur angekurbelt, weil die Wirtschaft, die sie von sich aus hätte veranlassen sollen, noch nicht leisten konnte, etwa die Hausreparaturen usw.

Die echte nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung entwickelt sich aus den mit dem Straßenbau und dem Arbeitsdienst gegebenen Ansätzen. Sie ist erst dann da, wenn die Arbeitsbeschaffung nicht zugleich ein Mittel ist, die Wirtschaft anzukurbeln. Erst wenn die Wirtschaft voll läuft und dann durch die Arbeitsbeschaffung die volkswirtschaftliche Rentabilität und das Recht auf Arbeit gesichert wird, erst dann ist die gesamte Arbeitsbeschaffung so nationalsozialistisch, wie es jetzt der Straßenbau ist. Bisher ist ja nur die Politik nationalsozialistisch, nicht aber die Wirtschaft. Die Politik ist nationalsozialistisch, weil sie die Wirtschaft nationalsozialistisch macht. Aber erst wenn die nationalsozialistische Politik mit den Aufräumungsarbeiten fertig ist — die Wirtschaftsankurbelung ist Aufräumungsarbeit —, kann sie ihre eigenen Ziele verwirklichen. Bis jetzt suchte die nationalsozialistische Politik mit indirektem Schuß zu treffen: dann wird sie auf Ziele zielen, die sichtbar sind, und die das ganze Volk auch als nationalsozialistisch erkennt.

Indem der Staat den Bau von Rohstoffabriken veranlaßt, tritt er in die zweite Etappe seiner Aufbauarbeit ein. Erstens belebt er die Wirtschaft weiter, und zweitens bildet er seine eigenen Methoden der Wirtschaftsführung aus. Eine echte Wirtschaftsführung bemüht sich um die Lösung von Aufgaben zum Nutzen von Volk und Wirtschaft, die die Wirtschaft aus eigenen Kräften nicht erfüllen kann. Aber die Methoden dieser Wirtschaftsführung können nicht aus der Luft geholt werden: sie müssen erwachsen, und zugleich müssen sie der Wirtschaft, wie sie ist, angepaßt sein. An dieser Stelle bietet sich die Gelegenheit, eine Zwischenbemerkung zu machen. Es gibt immer noch Leute, die behaupten, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im besten Falle nur gemäßigt kapitalistisch, aber nicht sozialistisch sei. Über diejenigen, die deshalb so reden, weil der Nationalsozialismus nicht ihre Interessen besonders berücksichtigt hat und etwa alle Gläubiger aufgehängt hat, braucht nicht gesprochen zu werden. Es gibt aber auch wertvolle Menschen unter denen, die den sozialistischen Charakter der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nicht erkennen wollen. Sie vergessen, daß die Wirtschaft, die der Nationalsozialismus übernommen hatte, bestimmte Traditionen ausgebildet hatte, kraft deren sie lief. Diese Gewohnheiten hat der Nationalsozialismus benutzt, nicht um sie zu schützen und sie für alle

Ewigkeit anzuerkennen, sondern um durch ihre Benutzung die Wirtschaft zu lenken. Hätte der Nationalsozialismus anstatt einer kapitalistischen Wirtschaft eine kommunistische übernommen, so würde er ebenso, wie er jetzt die kapitalistischen Gewohnheiten der Wirtschaft benutzt hat, die vorhandenen kommunistischen ausgenutzt haben. Wie jetzt gesagt wird, der Nationalsozialismus sei im Grunde doch kapitalistisch, würde in diesem Falle gesagt werden, er sei im Grunde doch kommunistisch. In Wahrheit ist er weder das eine noch das andere. Er ist nur praktisch, indem er aus dem, was da ist, für seine Zielsetzung möglichst viel herauszuholen bestrebt ist. Hätte der Nationalsozialismus eine kommunistische Wirtschaft übernommen, so hätte er eine andere Wirtschaftspolitik getrieben, als er es jetzt nach der Übernahme der kapitalistischen getan hat: aber das Endergebnis dieser beiden, vom vorhandenen Material verschieden gemachten Wirtschaftspolitiken wäre das gleiche gewesen: die nationalsozialistische Wirtschaft. Nur der Weg nach Rom wäre dann ein anderer gewesen.

Durch diese Zwischenbemerkung sollte die Überlegenheit der nationalsozialistischen Politik über die sachlichen Gegebenheiten unterstrichen werden: sie paßt sich ihnen an, um sie für ihre Ziele auszunutzen. So ist ihr auch der Bau der Rohstoffabriken eine sachliche Gelegenheit, die für die Erreichung der nationalsozialistischen Ziele ausgenutzt wird. Und zwar in diesem Sinne:

Die Arbeitsbeschaffung ist politisch, steht also ebensosehr über der Wirtschaft wie die Politik selbst. Sie hat aber Bezug auf die Wirtschaft, weil sie die volkswirtschaftliche Rentabilität garantiert. Zur Arbeitsbeschaffung gehören also zwei: Die Politik, die über der Wirtschaft steht, und die Wirtschaft, deren volkswirtschaftliche Rentabilität gesichert wird. Damit die Politik eine nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung machen kann, muß die Wirtschaft nationalsozialistisch sein. Die Art und Weise, wie der Staat Arbeit beschafft, richtet sich deshalb nach dem Charakter der Wirtschaft. Und zwar so sehr, daß mit den Hausinstandsetzungen eine Arbeitsbeschaffungspolitik getrieben worden ist, die kapitalistisch aussah, obwohl sie nationalsozialistisch war, weil sie von einer nationalsozialistischen Zielsetzung bestimmt war.

Die Arbeitsbeschaffung ist erst dann vollständig nationalsozialistisch, wenn der Staat sich bei der Auswahl dieser Aufgaben nur von politischen Gesichtspunkten leiten lassen kann und nicht mehr Wirtschaftsankurbelung durch sie betreiben muß. Der Bau von Rohstoff-

fabriken ist auch Arbeitsbeschaffung. Er ist insoweit noch keine nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung, als der Staat den Bau dieser Fabriken wohl veranlaßt, ihn aber nicht in eigener Regie ausführen wird. Er ist eine Zwischenstufe zwischen nationalsozialistischer Arbeitsbeschaffung, wie sie einerseits durch den Straßenbau dargestellt ist, und andererseits der wirtschaftsbedingten Arbeitsbeschaffung, den Hausinstandsetzungen etwa.

Denn noch ruft die Wirtschaft als Markt nach den Rohstoffen. Aber die Wirtschaft als Produzent geht nur sehr zögernd heran, diesen Ruf durch den Bau von Rohstoffabriken zu befolgen. Indem der Staat den Bau von Rohstoffabriken veranlaßt, läßt er sich von der Wirtschaft als Markt noch sagen, welche Aufgaben er erfüllen soll. Doch indem der Staat auf diesen Ruf hört, verwirklicht er ein politisches Ziel: die Herstellung der volkswirtschaftlichen Rentabilität. So ist der Bau von Rohstoffabriken eine Zwischenstufe der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Das politische Ziel dieser Arbeitsbeschaffung ist schon ganz klar zu erkennen, aber noch werden vom Markt gestellte Aufgaben erfüllt. Die volkswirtschaftliche Rentabilität wird so weit hergestellt, daß sie von der weiteren Arbeitsbeschaffung nur noch gehalten zu werden braucht. Der Staat kann dann die weiteren Objekte der Arbeitsbeschaffung nach seinem freien Entschluß wählen, ohne zugleich Wirtschaftsankurbelung durch sie betreiben zu müssen. Dann kann der Staat Nationalvermögen in höherem Sinne schaffen. Die Wirtschaft stellt die Güter für den wirtschaftlichen Bedarf her und schafft wirtschaftliches Vermögen. Durch die Arbeitsbeschaffung schafft der Staat nationales Vermögen. Was das ist, wird im nächsten Kapitel gesagt werden.

Die Definition der Herstellung der eigenen Rohstoffgrundlage als eine Arbeitsbeschaffung, die politisch ist, aber noch Bezug auf die Wirtschaft hat, ist richtig. Sehr viele sitzen noch da und rechnen und rechnen. Sie fürchten, daß der Bau von Rohstoffabriken nicht wirtschaftlich sein und sich nicht rentieren werde. Aber wenn ihm etwas an der Wirtschaftlichkeit fehlen sollte, so ist er dafür politisch. Es ist etwas anderes, ob etwas gebaut wird, um sich privatwirtschaftlich zu rentieren, oder ob es gebaut wird, um die volkswirtschaftliche Rentabilität wieder herzustellen. Wenn Rohstoffabriken gebaut werden, werden ja nicht allein Produktionsstätten von Gütern errichtet, sondern es werden zugleich auch Schutzwehren unserer Freiheit errichtet. Der politische Zweck der Rohstoffwerke ist das Primäre, und dann

fängt die wirtschaftliche Rechnung erst an, die so wirtschaftlich wie möglich baut.

Die Bedeutungen, die die eigene Rohstoffbasis für die nationalsozialistische Politik hat, seien noch einmal aufgezählt:

1. Das Verhältnis der deutschen Wirtschaft zur Weltwirtschaft wird geordnet. Das ist eine Bedingung für den Wiederaufbau unserer eigenen Wirtschaft.

2. Die volkswirtschaftliche Rentabilität wird hergestellt. Erscheint jetzt der Bau dieser Fabriken als unrentabel, so geschieht das deshalb, weil die volkswirtschaftliche Rentabilität noch nicht vorhanden ist. Durch diese Bauten werden die Güterkreisläufe in der Wirtschaft verlagert. Durch das Preisniveau werden sich Wellen bewegen. Die eigenen Rohstoffe werden oft teurer sein als die eingeführten. Was bisher dem Ausland in Gestalt billiger Preise geschenkt wurde, wird umgelenkt werden, damit aus diesen Summen die höheren deutschen Rohstoffpreise bezahlt werden können. Volkswirtschaftlich gesehen wird der Käufer der Waren die Verluste tragen, die bisher der Verkäufer an das Ausland getragen hat, wenn er sie nicht abgewälzt hat. Aber dafür wird der Käufer auch kaufkräftiger sein, weil die volkswirtschaftlichen Verluste im Außenhandel gesenkt werden. Schenken wir uns die Überschau über diesen Komplex! Erst wenn die Rohstoffabriken da sind und sich die Steigerung der Kaufkraft infolge der geringeren Verluste im Außenhandel und die Arbeit am Bau der Rohstoffabriken und in ihnen auswirkt, wird sich zeigen, daß die Rohstoffabriken auch wirtschaftlich rentabel sind. Die Auswirkung der Errichtung dieser Werke auf den Außenhandel, den Preisspiegel, den Arbeitsumsatz, die Kaufkraft usw. ist die Umstellung der Wirtschaft auf die volkswirtschaftliche Rentabilität. Der Bau der Rohstoffabriken ermöglicht die Herstellung der volkswirtschaflichen Rentabilität, aber im Zuge dieses Baues muß die gesamte Wirtschaft sich umstellen, um diese ermöglichte volkswirtschaftliche Rentabilität auch zu verwirklichen. Sie ist verwirklicht, wenn die Rohstoffabriken wirtschaftlich rentabel sind. Wieviel gebaut wird, ist nicht bestimmt von den jetzigen Preisverhältnissen mit ihren Rentabilitätsaussichten, sondern vom Weltmarkt. Wir müssen soviel bauen, daß die restliche Rohstoffeinfuhr mit Waren bezahlt werden kann, die das Ausland haben will. Der Maßstab, wieviel gebaut werden muß, ist auch der Maßstab dafür, wieviel Rohstoffabriken wirtschaftlich rentabel sein müssen. Darauf muß die Wirtschaft sich einstellen. Hat sie das

getan, hat sie ihre volkswirtschaftliche Rentabilität erreicht. Der Bau der Rohstoffabriken zwingt also die Wirtschaft, sich umzustellen.

Stehen die Rohstoffabriken in genügender Menge da, werden wir mehr erzeugen als jetzt. Es liegt an der Wirtschaft, die Gesamterzeugung mengenmäßig so zu ordnen, daß sie untereinander ausgetauscht werden kann und wirtschaftlich ist.

3. Der Bau der Rohstoffabriken ist ein wesentlicher Schritt hin zum Sozialismus. Selbstverständlich nicht deshalb, weil der Staat Produktionsstätten in die Hand bekäme. Der nationalsozialistische Staat will, solange es nicht unbedingt notwendig ist, ja gar nicht in eigener Regie bauen, und wenn das doch unbedingt notwendig ist, so hält er das nicht für ein Glück, sondern für einen Nachteil. Aber indem der Staat den Bau der Rohstoffabriken veranlaßt, stellt er die Wirtschaft in den Dienst seiner politischen Gesichtspunkte. Er macht damit den Bau dieser Werke zum Hebel, den Vorrang der dynamischen politischen Zielsetzungen vor den statischen wirtschaftlichen Berechnungen endgültig aufzurichten. Der Wirtschaft wird klargemacht, daß der Satz: die Politik ist das Schicksal, kein schöner Modespruch ist, sondern eine reale Tatsache. Die Politik des Staates, die Rohstoffabriken bauen läßt, nützt der Wirtschaft. Die Wirtschaft wird nach dieser Erfahrung ebenso stark nach dieser staatlichen Politik rufen, wie sie sie solange gefürchtet hat. Bisher hat der Staat der Wirtschaft geholfen, weil er dem Volke dienen wollte. Die Wirtschaft faßte diesen Dienst am Volke vielfach als einen ihr selber geleisteten Dienst auf. Durch den Bau der Rohstoffabriken aber wird ganz eindeutig die Überlegenheit des Staates über die Wirtschaft bewiesen. Die restlose Abhängigkeit der Wirtschaft von der überlegenen staatlichen Wirtschaftsführung ist Sozialismus, wenn die staatliche Wirtschaftsführung Dienst am Volke ist.

4. Die Arbeitsbeschaffung wird endlich losgekuppelt von der Wirtschaftsankurbelung. Die im Bau der Rohstoffabriken dargestellte Arbeitsbeschaffung ist noch ebenso auf die Wirtschaftsankurbelung bezogen, als sie politisch ist. Aber ihr politischer Charakter tritt durch sie ebenso klar zutage wie die Überlegenheit des Staates über die Wirtschaft und der Vorrang der völkischen Wirtschaft über liberalistische Traditionen. Nachdem die beim Bau der Rohstoffabriken gegebene Arbeitsbeschaffung dadurch, daß sie politisch war, wirtschaftliche Erfolge erzielt hatte, wird sie in der volkswirtschaftlich rentabel laufenden Wirtschaft rein politisch sein können. Und das bedeutet eine grundsätzliche Umkehr in der Betrachtung der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit ist bisher eine Not des Volkes gewesen. Läuft die Wirtschaft voll, so ist das Kapital endlich das, was es sein soll: vorgeleistete Arbeit, die Arbeit spart. In der vollaufenden Wirtschaft ist Arbeitslosigkeit ersparte Arbeit. Je größer sie ist, desto besser ist es. Selbstverständlich ist diese Arbeitslosigkeit nicht Hunger und Elend. Ein saftiges Bankkonto war ja früher auch nicht gerade Hunger und Elend. Wie dies Bankkonto ersparte Leistung war — ob die eigene oder fremde Leistung erspart worden war, tut hier nichts zur Sache — so ist diese Arbeitslosigkeit auch ersparte volkswirtschaftliche Leistung. Sie ist nationales Kapital in einem vollständig neuen Sinn. Das übliche Kapital beruhte auf Leistungen der Vergangenheit. Die Arbeitslosigkeit in der Überflußwirtschaft ist freie Leistungsenergie, die für die Zukunft eingesetzt werden kann. Sie ist die edelste Kapitalbildung, nämlich wahrhaft nationales Kapital. Die Wirtschaft braucht diese Leistung nicht, denn sie hat sie ja ausgeschieden. Sie hat sie nicht ausgeschieden, weil sie in der Krise ist: sie läuft voll und hat diese Leistung ganz wahrhaft erspart. Der Staat nimmt sie für sich in Anspruch und setzt sie ein für das Volk. Weil die Wirtschaft diese Leistungsenergie schon ausgeschieden hat, also selber nicht gebrauchen kann, braucht der Staat sie auch nicht mehr wirtschaftlich im engeren Sinne des Wortes einzusetzen. Er errichtet Werke, die der Wirtschaft nichts kosten und die deshalb im Prinzip auch kostenlos vom Volke benutzt werden können. Der Staat kann für ihre Benutzung selbstverständlich ein Entgelt verlangen. Die Höhe, in der er es verlangt, die Art, wie es erhoben wird, die Wirtschaftskreise, von denen es aufgebracht wird, wird von wirtschaftspolitischen, wirtschaftsführerischen, aber nicht wirtschaftsrechnerischen Gesichtspunkten bestimmt sein.

Im Prinzip aber wird Volksvermögen gebildet, das jenseits der Wirtschaft steht. Bisher war ein Volk nur so reich, wie seine Wirtschaft es war. Die Werke, die durch die Arbeitsbeschaffung mit der von der Wirtschaft ersparten Leistungsenergie errichtet werden, werden das deutsche Volk reicher machen, als seine Wirtschaft es ist. Das Klima eines Landes ist auch Volksvermögen. Eine Besserung der Wetterlage ist eine jenseits der Wirtschaft stehende Vermögensbildung. Die Werke der Arbeitsbeschaffung in der Überflußwirtschaft können charakterisiert werden, indem sie mit einer Besserung des Klimas verglichen werden.

*

Die Verfahren, mit denen die eigenen Rohstoffe gewonnen werden, müssen zur Zeit noch vervollkommnet werden, zum Teil müssen sie noch entwickelt werden. Es handelt sich nicht nur um die Verfahren allein. Der Chemie und der Technik kann nicht aufgegeben werden, Methoden zu finden, einen Rohstoff mit genau den gleichen Eigenschaften, wie die ausländischen Naturerzeugnisse sie haben, herzustellen. Damit Technik und Chemie erfolgreich arbeiten können, müssen sie frei arbeiten. Es handelt sich darum, für die Weiterverarbeitung die Methoden zu suchen, die die guten Eigenschaften der im Inland erzeugten Rohstoffe zur vollen Geltung kommen lassen, während die schlechteren Eigenschaften kompensiert werden. Das Automobil hat einen anderen Antrieb als der von Pferden gezogene Wagen. Der selbst hergestellte Rohstoff verhält sich zum ausländischen Naturprodukt wie das Automobil zum Pferdewagen: Das erste Automobil erschien auch in der Form des Pferdewagens, aber die ihm gemäße Form entwickelte sich notwendig. Mit selbstgewonnenen Rohstoffen dasselbe herstellen zu wollen, was aus den ausländischen Naturprodukten erzeugt worden war, hieße verlangen, daß das Automobil die Form des Pferdewagens eigentlich hätte beibehalten müssen.

Die eigene Rohstofferzeugung wirkt sich also nicht nur wirtschaftspolitisch aus. Sie wirkt sich aus in der Form und Artung der aus eigenen Rohstoffen hergestellten Güter. Es ist möglich, daß die Art, wie wir uns anziehen, vollständig revolutioniert wird. Es ist auch möglich, daß der künstliche Gummi das Aussehen des Automobils verwandelt, weil das Fahrgestell und die Räder anders konstruiert werden müssen, um seine besseren Eigenschaften zur Geltung zu bringen und die schlechten zu kompensieren.

Zuerst wird die Gewinnung eigener Rohstoffe ein Notbehelf sein, weil eben die ausländischen schwer erhältlich sind. Dann wird der Anfang gemacht werden, die guten Eigenschaften der selbst hergestellten Rohstoffe auszunutzen, indem die Weiterarbeit vorstößt zu neuen Verarbeitungs-, Gestaltungs- und Verwendungsmethoden. Sind diese Methoden gewonnen, dann ist der eigene Rohstoff nicht mehr Ersatz des ausländischen. Umgekehrt kann dann der eigene Rohstoff durch das ausländische Naturprodukt nicht mehr ersetzt werden.

Man kann allerdings einwenden, daß diese Ausführungen allzu stark auf einem „Wenn" beruhten. „Wenn die Rohstoffverfahren gefunden werden, wenn die Verarbeitungs- und Gestaltungsmethoden sich ergeben haben": dann mag das alles stimmen, aber alle diese Verfahren sind doch noch nicht da! Aber muß der Schiffer, der auf

einem Strom fährt, mit der Strömung rechnen, oder darf er das nicht? Die wirtschaftspolitischen Überlegungen, die nicht mit der „Strömung" der Entfaltung der Technik rechnen, sind falsch, weil sie diese wichtigste Tatsache unberücksichtigt lassen. Die Technik gleicht der Gleichung einer Kurve. Hat man die Gleichung, dann sind auch die Punkte auf der Kurve gegeben, bevor die Kurve selbst gezogen ist.

Die wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Verfahren zur eigenen Rohstoffgewinnung ist gegeben: sie werden gebraucht und die Technik ist frei.

Als die ersten Walzwerke gebaut wurden, fand eine Revolution in der Schmiederei statt. Im Walzwerk gibt es keine Revolutionen mehr, sondern nur mehr Evolutionen. Das gleiche gilt für das ganze Gebiet des Dampfes und der Elektrizität.

Die Geschichte der Technik ist eine Geschichte voller Revolutionen. Wenn die Revolution auf einem Gebiet in die Evolution überging, suchte die Technik sich für ihre Revolution andere Gebiete aus. Das Zeitalter der Chemie hat gerade erst angefangen, und zwar sehr vielversprechend. Hier ist das Gebiet für die technische Revolution. Hier kann das vollständig Neuartige geleistet werden, nach dem die Technik ihrem Wesen nach so hungrig ist. Wir sind eine dynamische Rasse. Die Technik ist die für unsere Zeit wesentliche Art, wie diese Dynamik sich auswirkt. Mit dieser Tatsache kann man rechnen, genau so wie mit der anderen, daß die Umdrehungen einer Dynamo Strom erzeugen.

Der Wille zur Technik ist eine so starke Energie bei uns, daß die Fragestellung, ob die neuen Verfahren für die Rohstoffgewinnung gefunden werden, sogar falsch ist. Wir müssen genau umgekehrt fragen: was geschähe, wenn die Technik kein noch zu erschließendes Gebiet vor sich hätte? Die Sorge kann nicht sein, ob die neuen Verfahren gewonnen werden, sondern Grund für eine berechtigte Sorge wäre gegeben, wenn die Technik keine derartige Aufgabe mehr vor sich hätte. Dann würde sie nämlich einschlafen. Die Kraft zur Evolution auf dem Gebiete, wo ihre Revolution vollendet war, hat sie nämlich immer von der Revolution bezogen, die sie auf anderen Gebieten siegreich durchführte. Die Technik muß Raum haben, das große Neue auf einem Gebiet zu suchen, damit sie den Schwung hat, das schon Gewonnene auf anderen Gebieten zu vervollkommnen.

Das nationalsozialistische Wirtschaftsdenken steht und fällt mit dem Glauben an die technische Weiterentwicklung. Die technische Weiterentwicklung ist es, die keine statische Wirtschaftsordnung

erlaubt. Ohne den Glauben an die Weiterentwicklung der Technik brauchten wir nicht das Recht auf Arbeit, sondern dann wäre eine allgemeine Planwirtschaft das Praktischere. Dann wäre auch die freie Initiative in der Wirtschaft eine überflüssige Spielerei. Sie würde mehr stören, als sie nützt. Die Weiterentwicklung der Technik macht die freie Initiative notwendig, weil sie der Wirtschaft die Elastizität gibt, die sie haben muß, um den durch die technische Weiterentwicklung verursachten Bewegungen in Erzeugung und Verbrauch zu folgen. Der Glaube an die technische Weiterentwicklung aber schließt den Glauben an technische Revolutionen auf bestimmten Gebieten ein. Denn nur von der hier ausbrechenden Energie leitet sich die die Evolution auf andere Gebiete tragende Energie ab. Das ist eine Art von Ferngasversorgung.

Es wird wohl niemand erwarten, daß hier die chemischen Formeln für die künstliche Rohstoffherstellung gegeben werden. Es kommt hier darauf an, die Findung dieser Formeln als sicher herzustellen. Und das ist geschehen, wenn der Glaube daran als Voraussetzung für das gesamte nationalsozialistische Wirtschaftsdenken erwiesen ist, was eben geschehen ist.

Der gleiche rassische Instinkt, der die freie Initiative in der Wirtschaft will, hat diesen Willen, weil er auch die auf die Findung der neuen Verfahren gerichtete rassische Energie erlebt. Weshalb hat der Krieg einen so ungeheuren Fortschritt in der Waffentechnik gebracht? Weil man an die neue Waffe glaubte, bevor sie da war und bevor man wußte, wie sie wirken würde. Jeder erste Gedanke an diese neuen Waffen war im doppelten Sinne ein Experiment. Einmal wußte man nicht, ob man sie zustande bekommen würde, und dann wußte man nicht, wie sie wirken würden. Aber diese Waffen sind hergestellt worden aus dem Glauben, daß das doppelte Experiment gelingen würde. Oder genauer ausgedrückt: weil eine Rasse, deren dynamische Energien auf Technik zielten, die Technik instinktmäßig entfalten mußte, um im Kampfe alle ihre Energien einzusetzen. Der Krieg war ein Wettrennen der Technik, weil er eine Anspannung der rassischen Energien, die auf die Technik gerichtet waren, um die Wette war. Der gleiche rassische Instinkt, der im Kriege die unendliche Entfernung zwischen den Schützengräben mit Technik zu überbrücken bestrebt war, der unbetretene Gebiete betrat, um das „Niemandsland“ zu durchschreiten, ist es auch, der den Glauben und die Fähigkeit gibt, das bisher noch nicht voll bestellte Land der angewandten Chemie zu kultivieren.

Die Folge der eigenen Rohstoffgewinnung ist die Ausbildung von Verfahren für die Weiterverarbeitung, durch die sie auf die neue Artung der neuen Rohstoffe bezogen wird. Das schließt in sich ein eine Wandlung der Verbrauchsgewohnheiten. Die Voraussetzung, daß diese Effekte erreicht werden, ist die freie Initiative in der Wirtschaft.

Die Umgestaltung der Weiterverarbeitung und der Verbrauchsgewohnheiten geht in Differentialen vor sich, mit stetigen, kleinen Schritten. Die kann nur eine Wirtschaft, in der die Initiative frei ist, machen.

Die Weiterverarbeitung hat Interesse daran, ihre Güter in möglichst guter Qualität herzustellen. Jede bessere Qualität ist ein Vorsprung im Wettbewerb. Aber jeder Qualitätsvorsprung und -fortschritt ist zugleich eine bessere Anpassung des Erzeugnisses an das gegebene Rohmaterial. So wächst aus dem neuartigen Charakter des Rohmaterials der neuartige Charakter des Gebrauchsgegenstandes heraus.

In einer Wirtschaft ohne freie Initiative müßte ein Beamtenapparat diesen neuen Charakter des Gebrauchsgegenstandes herausklügeln. Der kann aber nicht die unmittelbare Nähe zur Praxis haben wie der Unternehmer. Ferner geschieht diese Anpassung entweder mit Tempo und Schwung, oder sie geschieht gar nicht. Die Unternehmerinitiative gibt der Sache den Schwung, und die dauernden kleinen Fortschritte schwächen den Widerhall der Rufe, die nach den ausländischen Rohstoffen rufen, ohne die nicht auszukommen sei, ab. Einer Wirtschaft mit freier Initiative wird aufgegeben, die Weiterverarbeitung dem Rohstoffcharakter anzupassen. Die entscheidenden Männer in einer Wirtschaft ohne freie Initiative würden an dem Gelingen dieser Anpassung verzweifeln, weil sie sie nicht auf einmal vollbringen können. Dann sind sie aber auch gezwungen, diese Anpassung unnötig zu machen, also auf die Herstellung der eigenen Rohstoffbasis zu verzichten.

Die Verbrauchsgewohnheiten lassen sich nur Schritt für Schritt, aber nicht auf einmal umstellen. In einer Wirtschaft ohne freie Initiative müßte, selbst wenn gefunden wäre, wie das Gebrauchsgut dem neuen Rohstoffcharakter anzupassen ist, seine Verwendung befohlen werden. Es ist etwas ganz anderes, ob der Verbraucher zum neuartigen Verbrauchsgegenstand gern oder gezwungen greift. Tut er es gezwungen, so bleibt der nicht neuartige, in bisheriger Form hergestellte Verbrauchsgegenstand das Ideal. Es wird dann nicht Modesache, den neuartigen Verbrauchsgegenstand zu benutzen.

Die Verbrauchsgewohnheiten werden umgewandelt, wenn die neuartigen Verbrauchsgegenstände von der Mode befürwortet werden. Moden können nicht befohlen werden. Aber die freie Unternehmerinitiative kann Moden erwecken. Das Beispiel hat die Kunstseide gegeben. Bei der Werbung steht der Werbende zum Umworbenen auf gleicher Stufe. Ein Volksgenosse spricht zum anderen. Er sagt nicht: „Du mußt deine Gebrauchsgewohnheiten umstellen, weil du den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik Opfer bringen mußt.“ So spräche der Staat in der Wirtschaft ohne freie Initiative. Er sagt: „Du hast ein eigenes Urteil, du bist verständiger als die anderen, du weißt zu würdigen, daß mein Erzeugnis in dieser oder jener Richtung besonders verwendungsfähig ist.“

Die an die freie Unternehmerinitiative gebundene Werbung trägt wesentlich bei zur Umstellung der Verbrauchsgewohnheiten. Sie ist unbedingt notwendig für den Gewinn der eigenen Rohstoffbasis. Die Werbung leistet dem Volksganzen damit ganz große Dienste, weit mehr, als sie das im Kapitalismus getan hat. Dem Volksganzen konnte gleichgültig sein, welche Zahnpasta oder welche Bauchbinde sich den besten Absatz durch die Werbung verschaffte. Es ist dem Volke aber nicht gleichgültig, wenn die selbsthergestellten Rohstoffe sich so stark durchgesetzt haben, daß sie durch die ausländischen Naturprodukte nicht mehr ersetzt werden können: weil die Werbung die dem Charakter dieser neuen Rohstoffe angepaßten Gebrauchsgüter zuerst zur Modesache und dann zur Verbrauchsgewohnheit gemacht hat.

13. Kapitel

Das nationale Vermögen

Im vorstehenden Kapitel wurde auf dieses verwiesen: es sollte sagen, was nationales Vermögen ist.

National ist alles Vermögen, was Grundlage der Wirtschaft, aber nicht Gegenstand der wirtschaftlichen Berechnung ist. Das höchste wirtschaftliche Vermögen ist die Freiheit des Volkes und Staates nach außen hin. Die Gesundheit der Wirtschaft ist ferner ebenfalls schon nationales Vermögen genannt worden. Es leuchtet unmittelbar ein, daß die Freiheit des Volkes, die Freiheit des Staates nach außen hin wohl Grundlage der Wirtschaft, aber nicht Gegenstand der wirtschaftlichen Rechnung ist. Die Wirtschaft eines freien Volkes in einem

freien Staate ist auch frei. Wer die Freiheit des Volkes zum Gegenstand wirtschaftlicher Rechnung macht, ist ein Verräter: er wägt Risiko und Vorteil des Verrates gegeneinander ab.

Die Bevölkerungszahl ist nationales Vermögen. Die Anzahl der Arbeiter ist Grundlage der Wirtschaft, aber nicht Gegenstand der wirtschaftlichen Rechnung. Der Unterschied beider Betrachtungsweisen ist der Unterschied zwischen der kapitalistischen Wirtschaft, die mit den Arbeitern rechnete, und der sozialistischen Wirtschaft mit ihrem verwirklichten Recht auf Arbeit, die nur mit Leistungen rechnet.

Die Bodenschätze, die landwirtschaftlich nutzbare Bodenfläche, der Stand der Technik, der Besitz besonderer Verfahrensarten, alles das ist nationales Vermögen, weil es Grundlage der Wirtschaft ist. Die Wirtschaft hängt ab von den Bodenschätzen, der landwirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche, dem Stand der Technik und den Verfahrensarten. Erst die Ausnutzung dieser Faktoren durch die Leistung ist Gegenstand der wirtschaftlichen Rechnung. Die Förderung der Kohle ist nur möglich, weil das Schicksal uns Kohlenflöze gegeben hat. Doch wieviel Kohle gefördert wird, zu welchem Preis sie verkauft wird usw., wird durch die Wirtschaft bestimmt.

Daß die Bodenschätze, landwirtschaftlich nutzbare Flächen usw. Grundlage der Wirtschaft sind, soll nun nicht zu dem sehr oberflächlichen Schluß verleiten, daß das alles durch Sozialisierung juristisch Eigentum der Nation sein müßte, damit das nationale Vermögen auch juristisch als Eigentum der Nation dazustehe. Das wäre ein Armutszeugnis für die Nation, die durch diese Schlußfolgerung auf die gleiche Stufe hinabgedrückt würde, auf der der Privatmann steht. Der Privatmann kann nur benutzen, was ihm gehört. Das juristisch gesicherte Eigentumsrecht steckt zugleich den Umfang ab, in dem er das Eigentum ausnützen darf. Die Nation braucht keine juristischen Eigentumstitel, um die Ausnutzung des nationalen Vermögens im Dienste der Nation zu erreichen. Durch die Politik wird die ganze Wirtschaft in den Dienst der Nation gestellt, also auch alle wirtschaftliche Rechnung, also auch die wirtschaftliche Ausnutzung des nationalen Vermögens. Das Volk ist keine Rechtskonstruktion, sondern es ist die lebendige Quelle des Rechtes. Das nationale Vermögen ist mit dem Volke da, und deshalb braucht dieses Vermögen nicht durch einen Rechtsbefehl erst national zu werden, indem es Eigentum der Nation wird. Es ist völkisches Eigentum der Nation und damit ist es mehr als juristisches Eigentum.

Jeder von uns gehört der Nation, weil jeder nur lebendig sein

kann, weil er für die Nation lebt. Je stärker das Erlebnis der Nation in uns ist, desto lebendiger sind wir und desto größeres Vermögen besitzt die Nation in unseren Herzen. Von dem Vermögen, das die Nation in unseren Herzen besitzt, leitet sich die Ausnutzung des übrigen nationalen Vermögens im Dienste der Nation ab. Was wir sind, und was wir haben, ist Geschenk der Nation.

Die Wirtschaft ist nationalsozialistisch, wenn für sie die Schlußfolgerung daraus, daß wir alle der Nation uns freudig hingeben, verwirklicht ist. Die freudige Hingabe der Nation auf wirtschaftlichem Gebiete ist das Streben, die Wirtschaft der Nation würdig zu machen. Die kapitalistische Wirtschaft war nicht deshalb keine nationale Wirtschaft, weil sie mit dem Weltmarkt in Beziehung stand, sondern deshalb, weil sie ungerecht war. Die freudige Hingabe an die Nation muß das Streben zur Folge haben, die Idee der Nation in der Wirtschaft zu verwirklichen. Die verwirklichte Idee der Nation ist die Volksgemeinschaft. Die Verwirklichung der Volksgemeinschaft in der Wirtschaft ist die gerechte Wirtschaft. Jemand, der sich der Nation hingegeben hat, kann keine Ungerechtigkeit in der Wirtschaft dulden, auch wenn sie ihm Vorteil bringt.

Die gerechte Wirtschaft ist nationales Vermögen. Erstens dient sie der Nation als Wirtschaft, und dann ist sie Vermögen der Nation deshalb, weil sie das, was die Nation vermag, steigert. Eine Nation mit einer gerechten Wirtschaft ist ein fester Block. Eine Nation mit einer ungerechten Wirtschaft ist ein Block mit einem Sprung: in den entscheidenden Augenblicken zeigt sich der Mangel an Kraft, der früher schon da war, weil die Nation zu schwach war, die ihr gemäße gerechte Wirtschaft zu schaffen.

Der Kapitalismus meinte, die Wirtschaft schaffe nationales Vermögen, weil in ihr Vermögen gebildet wurde. Die kapitalistische Wirtschaft hat kein nationales Vermögen geschaffen, weil sie keine gerechte Wirtschaft geworden ist. Das höchste nationale Vermögen in der Wirtschaft ist ihre Gerechtigkeit, auf der alles andere wirtschaftliche Vermögen beruht. Der Kapitalismus hat gewiß sein Vermögen gebildet, aber er war eine ungerechte Wirtschaft, und das war er, weil die Nation zerrissen war, und weil die Nation zerrissen war, war die Politik schwach und falsch. Und weil das der Fall war, wurden die Vermögen in der Wirtschaft schwach und notleidend und schwanden dahin. Die Nation war nicht zerrissen, weil die Wirtschaft ungerecht war: Das ist eine marxistische Betrach-

tungsweise. Umgekehrt war die Wirtschaft ungerecht, weil die Nation zerrissen war.

Die Wirtschaft schafft kein nationales Vermögen. Das tut die Politik. Deshalb ist sie und nicht die Wirtschaft das Schicksal. Die Bildung nationalen Vermögens bedeutet, die Nation fähig zu machen, ihr Schicksal zu meistern. Der richtig verstandene Begriff „nationales Vermögen“ steht auf derselben Ebene wie der Begriff Schicksal. Die Politik eint das Volk; mit dem einigen Volk und um die Idee der Nation in der Wirtschaft zu verwirklichen, schafft sie die gerechte Wirtschaft. Die Wirtschaft bildet dann ihre Vermögen, die durch die Politik im selben Umfange gesichert sind, als sie im Dienste des Volkes angewandt werden. Auf dem Umwege über die Politik wird das in der Wirtschaft gebildete Vermögen auch nationales Vermögen.

Die Politik verwirklicht das Recht auf Arbeit und erreicht die volle Ausschöpfung der Leistungsfähigkeit: Die Politik schafft die Überflußwirtschaft und damit das eigentliche „nationale Kapital“. So ist im vorigen Kapitel die von der Überflußwirtschaft ersparte und für die Verwendung durch den Staat frei gemachte Arbeit genannt worden. Mit dieser frei gemachten Arbeit wird auch nationales Sachvermögen geschaffen. Und zwar in einem engeren und weiteren Sinne.

Aus diesen von der Wirtschaft nicht benötigten Leistungsenergien nimmt der Staat seine Soldaten. Ein Heer ist nationales Vermögen. Die Wirtschaft wird gar nicht gefragt, ob die Einberufungen zur Fahne für sie Mangel an Arbeitskräften verursachen oder nicht. Ein selbstbewußtes Volk muß auf jeden Fall ein Heer haben. Leidet die Wirtschaft Mangel an Arbeitskräften durch den Heeresdienst, so werden die Soldaten aus dem volkswirtschaftlichen Kapital genommen. Besser ist es, wenn das nicht zu geschehen braucht, und wenn die Wirtschaft genug Arbeit erspart hat, um aus dieser ersparten Arbeit das Heer zu bilden. Es ist nicht abzusehen, wieviel Menschen der Staat neben dem Reichsheer noch gebrauchen wird. Der Gedanke liegt nahe, daß die Verbundenheit des nationalsozialistischen Staates mit dem Volke durch eine Kette von Menschen dargestellt werden könnte. Etwa in dem Sinne, daß mit dem Wachstum des nationalsozialistischen Staates auch die Aufgaben der Partei so anwachsen, daß sie nicht mehr neben einem Berufe geleistet werden können. Dann müssen die Träger dieses Parteidienstes besoldet werden. Je mehr Arbeit in der Wirtschaft erspart und frei

gemacht wird, desto leichter wird diese Menschenkette zwischen Volk und Staat sich aufstellen lassen.

Zwischen dem Soldaten und dem Arbeiter in der Wirtschaft steht der Arbeitsdienst. Auch der Arbeitsdienst wird in der Überflußwirtschaft besetzt werden mit Menschen, deren Arbeit die Wirtschaft nicht gebraucht, also erspart hat. Daß ein Volk sich den Arbeitsdienst leisten kann, setzt voraus, daß es reich ist. Jetzt wird durch den Arbeitsdienst vorhandene Arbeitskraft eingesetzt, damit sie nicht verlorengeht. In der Überflußwirtschaft wird von der Wirtschaft ersparte Arbeitskraft durch den Arbeitsdienst zu nationalem Vermögen gemacht; auch in dem eminent wichtigen Sinne, daß der Arbeitsdienst Erziehung zur Volksgemeinschaft ist. Im Arbeitsdienst werden die Angehörigen aller Volksschichten stärker durcheinandergewirbelt, als das beim Heeresdienst möglich ist.

Arbeitsdienst und Heer gehören zusammen, wie im neuen Deutschland Arbeit und Ehre zusammengehören. Selbstverständlich ist hier eine ideelle Einheit gemeint, die noch lange keine verwaltungsmäßige zu sein braucht. Wenn alle, welchen Berufen sie auch angehören, den Spaten in der Hand gehabt haben, so ist ein großer ideeller nationaler Vermögenswert gebildet. Außerdem ist der Arbeitsdienst der Stand, über den der Rhythmus der Arbeit im Betriebe zu einem Rhythmus des Zusammenarbeitens im Heere wird. Der moderne Soldat ist ein heroischer Arbeiter an Kriegsmaschinen. Die durch die Technik notwendig gemachte Zusammenarbeit im Betrieb muß in das Heer kommen. Die alte soldatische Disziplin muß sich vermählen mit der aus einer anderen Wurzel stammenden Arbeitsdisziplin, mit der Disziplin des laufenden Bandes, mit der Disziplin, die dem Hand-in-Hand-Arbeiten im Betriebe zugrunde liegt. Diese Disziplin ist aus der Arbeit erwachsen, und sie kann nur über die Arbeit in das Heer kommen. Der Arbeitsdienst erzieht zu diszipliniertem Zusammenarbeiten und zur Unterordnung unter die von der Arbeit selbst gestellten Anforderungen ihrer zweckmäßigsten Ausführung. Eine bessere Vorschule für das technische Zusammenarbeiten von Männern und Waffen, zu dem die moderne Schlacht geworden ist, als den Arbeitsdienst, gibt es nicht. Die moderne Schlacht ist die Arbeit an einem gewaltigen laufenden Band. Jede Funktion greift in die andere über. Jeder setzt seine Schrauben ein, macht seinen Hammerschlag, läßt sein Gebläse zischen im Dienste des Endproduktes: des Sieges. Ist es keine sehr bemerkenswerte Parallele, daß der einzelne Soldat im Weltkrieg nur einen ganz kleinen Teilausschnitt der

Schlacht überblicken konnte, genau so wie der Arbeiter im Großbetrieb, der immer und immer wieder seine Funktion ausübt? Er sieht nur das Loch, in das er die Schraube einzusetzen hat, oder den glühenden Stahlblock, den er im Walzwerk durch sein Stück der Walzstraße jagt. Dagegen überblickte der mittelalterliche Landsknecht die Schlacht genau so umfassend wie der Handwerker seine Arbeit.

Der Mann des Arbeitsdienstes steht zwischen dem Soldaten und dem Arbeiter. Um diese Stellung erschöpfend zu behandeln, müßte ein ganzes Buch geschrieben werden. Der Arbeitsdienst ist genau so den Erfordernissen dieser Zeit angepaßt wie der Nationalsozialismus selbst. Der Nationalsozialismus gewinnt der Nation den Arbeiter. Der Arbeitsdienst ist ein Mittel zu diesem Erfolg, weil er die Volksgemeinschaft in der Arbeit und durch die Arbeit darstellt. Nur wenn der Arbeiter der Nation gewonnen ist, gibt er seine Besonderheiten der Nation. Der Arbeiter besitzt etwas, was niemand sonst besitzt: eben die moderne von der Technik gebotene Disziplin des Hand-in-Hand-Arbeitens, eine Disziplin also, die Gehorsam gegenüber dem Objekt und nicht gegenüber dem Vorgesetzten ist. Und gerade diese Disziplin gebraucht die Nation für ihr Heer, damit sie den früheren Gehorsam gegenüber dem Vorgesetzten adele und ihm einen neuen Sinn gebe. Der Offizier ist ein heroischer Ingenieur. Es wird mehr von ihm verlangt, als daß er vormache, wie anständig gestorben wird. Sterben ist heute verdammt einfach, aber viel stärkere Nerven erfordert es, trotz allem Krach den Kopf klar zu behalten für die technische Arbeit am Endprodukt Sieg. Der Arbeitsdienst bringt die vom Arbeitsobjekt abgeleitete Disziplin in das Heer. Vor einem Kriege weiß heute niemand, welche Anforderungen ein Krieg stellt. Das Heer ist das beste, das im Kriege sich am schnellsten und vollkommensten den vom Krieg gestellten Anforderungen anpaßt. Ob es das kann, hängt von seiner geistigen Verfassung ab. Da der moderne Krieg maschinell ist, eine Fabrik, in der der Sieg fabriziert wird, liegt es nahe, daß das Heer die beste geistige Verfassung hat, in der die beste Fabriksdisziplin herrscht: die Fähigkeit aller, Hand in Hand zu arbeiten wie am laufenden Band.

Doch der Arbeitsdienst arbeitet auch. Mit seiner Arbeit stellt er nationales Sachvermögen her. Er führt die Arbeiten aus, die für die Wirtschaft entweder unrentabel wären, oder die ihr zu risikoreich sind. Ein Beispiel: ein Moor wird urbar gemacht. Die Wirtschaft hätte das auch gekonnt durch die Gründung einer Aktiengesellschaft: aber sie hat das bisher nicht getan. Oder ein Hügel wird abgetragen.

Das kann die Wirtschaft oft gar nicht, weil sie nicht weiß, an wen sie sich wenden soll, der für die dadurch geschaffenen Vorteile bezahlen soll.

Je mehr die Wirtschaft in Gang kommt, desto enger werden die Möglichkeiten des Arbeitsdienstes, Arbeitsobjekte zu finden, deren wirtschaftliche Rentabilität er zahlenmäßig nachweisen kann. Je niedriger das Zinsniveau wird, desto mehr Arbeitsobjekte werden privatwirtschaftlich rentabel. Es hat nun gar keinen Zweck, daß Wirtschaft und Arbeitsdienst darüber streiten, wer eine Arbeit ausführen darf. Wenn die Wirtschaft das tun will, so hat sie unbedingt den Vorrang. Der Arbeitsdienst wird sich Aufgaben zuwenden, die schon jenseits der Grenzen der privatwirtschaftlichen Rentabilität liegen.

Das wird auch der Staat tun müssen, wenn er für seine Arbeitsbeschaffung nach Objekten sucht. Hier mündet der Arbeitsdienst ein in die allgemeine nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung. Es verbleibt nur noch ein kleiner Unterschied zwischen Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung. Er besteht darin, daß der Staat überall dort, wo Arbeitslosigkeit ist, Arbeit schaffen muß. Er muß der Arbeitslosigkeit an ihre örtlichen Herde erst gefolgt sein, bevor er die Umsiedelung veranlaßt. Das muß er aus mehrfachen Gründen tun: Erstens soll die Arbeitsbeschaffung keine Strafe sein, also muß, solange es geht, vermieden werden, daß der Arbeitslose gegen seinen Willen aus seiner Heimat gerissen wird und die Unkosten des Umzuges aufbringen muß. Zweitens sollen der Wirtschaft des betreffenden Bezirks die nur vorübergehend Unbeschäftigten nicht genommen werden. Drittens ist es unwirtschaftlich, das einmal zu tun und die Unkosten der Umzüge zu veranlassen, wenn einige Zeit später neue Arbeiter wieder gebraucht werden und in diese Bezirke hinziehen. Diese doppelten Umzüge sind unnötige Verluste. Viertens soll der Wirtschaft Gelegenheit gegeben werden, in den Bezirken der Arbeitslosigkeit selbst neue Produktionsstätten zu errichten. Fünftens soll auf jeden Fall und sofort Arbeit beschafft werden. Das setzt voraus, daß an jedem Orte schon vor dem Eintritt der Erwerbslosigkeit vorbedacht ist, welche Arbeit geleistet werden soll. Sechstens: Das Vorhandensein von beschäftigungsbereiten Arbeitern war ein Faktor für die Auswahl ihrer Standorte durch die Wirtschaft. Dieser Faktor soll nicht ausgelöscht werden, indem nun beim Entstehen von Arbeitsgelegenheit die erwerbslosen beschäftigungsbereiten Arbeiter durch Umsiedlung abgezogen werden.

Also nur dann, wenn keine Aussicht besteht, eine größere Zahl von

Erwerbslosen wieder in der Wirtschaft ihres Bezirkes unterzubringen, ist eine Umsiedlung erforderlich. Vorher aber muß der Staat mit seiner Arbeitsbeschaffung der Erwerbslosigkeit an die Orte, wo sie ist, nachgegangen sein. In diesem Ausschnitt der Arbeitsbeschaffung unterscheidet sich die staatliche Arbeitsbeschaffung vom Arbeitsdienst. Der Arbeitsdienst ist bei der Auswahl seiner Objekte an keine Orte gebunden. Er kann seine Objekte dort aufnehmen, wo er sie findet.

Eine wichtige Funktion des Arbeitsdienstes soll noch angeführt werden. Ohne Arbeitsdienst hätten die beschäftigungsarmen Bezirke als Arbeitslose auch die, die zum Arbeitsdienst eingezogen sind. In den beschäftigungsreichen Bezirken würde auch ohne Arbeitsdienst keine Erwerbslosigkeit sein. Der Arbeitsdienst schwächt die Erwerbslosigkeit in den beschäftigungsarmen Bezirken ab, während er in den beschäftigungsreichen eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften verursacht. Die verbliebenen Erwerbslosen in den beschäftigungsarmen Bezirken werden von den beschäftigungsreichen angesaugt, was ohne den Arbeitsdienst und auch ohne den Heeresdienst nicht der Fall wäre. Der Beschäftigungsspiegel aller Gegenden des Reiches wird glatter. Eine von der Wirtschaft bedingte Wanderung setzt ein, durch die die Notwendigkeit abgeschwächt wird, mit der Arbeitsbeschaffung Umsiedelungspolitik zu treiben.

Darin, daß Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung durch ihre Werke nationales wirtschaftliches Vermögen herstellen, sind sie sich gleich. Vier Arten von Arbeiten können ausgeführt werden:

1. Arbeiten, die zur Ehre und Feier der Nation ausgeführt werden. Es läßt sich denken, daß alle die Werke durch die Arbeitsbeschaffung oder den Arbeitsdienst ausgeführt werden, die früher durch Sammlungen finanziert worden sind. Die Anlage von Thingplätzen läßt sich auch hier einfügen.

2. Arbeiten, die ausgenutzt werden zur körperlichen Ertüchtigung, Erholung und Steigerung der Lebensfreude. Das wären etwa Sportplätze, Badeanstalten, aber auch Parks. Früher haben die Kommunen diese Arbeiten selber finanziert. Die am meisten groteske Form dieser Finanzierung war die durch Auslandsanleihen. Die Ausführung dieser Arbeiten durch die Arbeitsbeschaffung soll nicht heißen, daß die Kommunen gar keine Beiträge leisten dürften. Es ist aber entschieden besser, daß diese Arbeiten durch die Arbeitsbeschaffung ausgeführt werden, als daß sie auf privatwirtschaftliche Weise finanziert werden, während gleichzeitig Arbeiter im Kollektiv sich Häuschen bauen. Das ist vorgekommen.

Die Wirtschaft soll die Arbeiten ausführen, die in sie hineingehören, und das ist beim Häuserbau gewiß eher der Fall als bei der Errichtung von Sportplätzen. Was der Allgemeinheit nicht wirtschaftlich dient, tritt aus dem Bereich der Wirtschaft heraus. Die Sportplätze usw. leisten keine wirtschaftlichen Dienste; eine andere Auffassung wäre ganz kraß marxistisch: wenn nämlich in erster Linie die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer gesehen wird, und nicht die erhöhte Lebensfreude, die die Sportplätze und ein gestählter Körper geben.

3. Arbeiten, die die Ergiebigkeit der Gesamtwirtschaft heben. Hierher gehört auch der Straßenbau. Auch die Meliorationen fallen in diese Rubrik. Der Bereich dieser Arbeiten ist fast unbegrenzt. Bernhard Köhler äußerte mit Recht, daß wir erst in den Anfängen einer rationalen Wasserwirtschaft stehen. Noch ist es unmöglich, diesen Arbeitsbereich auch nur annähernd zu überschauen. Denn der Kapitalismus hat nur solche Arbeiten ins Bewußtsein treten lassen, deren Ausführung seine Finanzierungsmöglichkeiten nicht überschritt. Wie keinem Arbeiter der Kauf eines alten Perserteppiches in den Sinn kommt, sind uns diese Arbeitsmöglichkeiten noch gar nicht eingefallen. Wir müssen uns erst in der Überflußwirtschaft daran gewöhnen, daß wir sehr reich sind. Ein reicher Mann macht sein Wohngrundstück zu einem kostbaren Garten. Der hier zu betrachtende Aufgabenbereich der Arbeitsbeschaffung ist die Gartenarbeit eines reichen Volkes. Das heißt selbstverständlich nicht, daß Deutschland zu einem Ziergarten gemacht werden soll. Zwischen der Anlage des Gartens für den reichen Privatmann und der „Gartenarbeit des reichen Volkes“ liegt der Unterschied zwischen Einzelnem und Volk. Für das deutsche Volk wird Deutschland so zweckmäßig gemacht, wie für den Privatmann sein Garten schön ist. Die rationale Wasserwirtschaft wird dem Teich mit edlen Wasserpflanzen und Zierfischen im Garten entsprechen.

4. Zwischen Wirtschaft und Arbeitsbeschaffung gibt es eine Art neutraler Zone. Der Häuserbau gehört in die Wirtschaft, gewiß, aber ein Haus ist nicht nur ein wirtschaftlicher Gegenstand. Der Häuserbau reicht weit hinein in die Sphäre der politischen Interessen, und zwar die der Bevölkerungs- und Volksgesundheitspolitik. Die Systempolitik, die Paläste für Krankenkassen baute, aber gleichzeitig die miserablen Wohnungen bestehen ließ, in denen die Leute krank werden mußten, macht der Nationalsozialismus nicht mit. Er geht vom Menschen aus: und die Art, wie der wohnt, ist der Gradmesser für

die Verbundenheit der Nation mit dem Einzelnen. Der Durchschnittsstand der Wohnungen ist die anzeigende Ziffer auf dem Manometer, inwieweit eine Wirtschaft dem Volke dient.

Das Eigenheim ist derart kultur- und blutbedingt und ist politisch so ungeheuer wichtig und bedeutungsvoll, daß seine Herstellung nicht von der Wirtschaft abhängig gemacht werden kann. Wenn der Kapitalismus einen Großteil des Volkes in Mietskasernen gepfercht hat, so mochte er das durch wirtschaftliche Rechnungen begründen können. Aber wir fragen nicht, ob diese Rechnung vernünftig war, sondern wir halten uns an ihr Ergebnis: die Mietskasernen. Erst kommt das Volk und dann die Wirtschaft. Erst kommt die anständige Wohnung und dann die wirtschaftliche Rentabilitätsrechnung, genau so, wie erst die Wehrausrüstung des Volkes kommt und dann die Frage, wie die Kosten für diese Wehrausrüstung aufgebracht werden. In diesen Bezirken fragt es sich nicht, ob diese Kosten aufgebracht werden, sondern die wirtschaftliche Rechnung hat sich einzig und allein auf die Frage zu beschränken, wie sie am zweckmäßigsten aufgebracht werden. Hier zeigt sich eine sehr charakteristische Parallele: derselbe Kapitalismus, der vor dem Kriege darüber debattierte, wieviel für das Heer ausgegeben werden „könnte“, hat auch gefragt, wieviel Arbeiter beschäftigt werden könnten. Ebenso wie der Nationalsozialismus dem Kapital die Entscheidung darüber nimmt, wieviel Arbeiter beschäftigt werden, gibt er ihm auch nicht das Recht, gegen die staatspolitischen Notwendigkeiten der Ausrüstung die Kostenfrage ins Feld zu führen. Ähnlich ist es beim Wohnungsbau.

Ist die Wirtschaft fähig, gute Heimstätten in genügender Zahl zu erstellen, so ist es am besten. Der Staat kann sich dann darauf beschränken, auf die Innehaltung allgemeiner Anweisungen über die Art des Bauens usw. zu wachen. Das muß er tun, weil die Wohnung eine bevölkerungspolitische Bedeutung hat, der Rechnung zu tragen nicht im Zuschnitt der Wirtschaft liegt.

Und wenn die Wirtschaft die Wohnungen nicht in genügender Zahl und Güte erstellt? Dann ist es am einfachsten, wenn der Staat an dieser Stelle seine bevölkerungspolitischen Interessen wahrt. Der Staat verschafft Elternpaaren mit vielen Kindern oder Elternpaaren, denen er Kindersegen wünscht, gute Wohnungen zu billigem Preise. Dann braucht er nämlich nicht darauf zu drängen, daß kinderreiche Familienväter bevorzugt entlohnt werden, was zu erreichen viel komplizierter ist und sich auch mit dem Grundsatz des Leistungslohnes reibt.

Die Wirtschaft kann nicht allein bestimmen, was wirtschaftlich und unwirtschaftlich sei. Dieser Satz ist das Gegenstück zu dem anderen Satze, daß das Kapital nicht bestimmen darf, wieviel gearbeitet wird. Die Wirtschaft hat einmal die Entlassung von Arbeitern für wirtschaftlich gehalten: und damit bewiesen, wie eng der Rahmen, in dem sie selbst die Wirtschaftlichkeit eines Handelns absehen kann, gehalten ist.

Wirtschaften heißt den Aufwand am Erfolge abmessen. Dann muß der Erfolg aber eine einigermaßen stabile Größe sein. Selbstverständlich soll der Erfolg nicht stabilisiert sein: das wäre Planwirtschaft. Die Wirtschaft hat ihre freie Initiative, um elastisch den Aufwand an einem schwankenden Erfolge abzumessen. Die freie Initiative mit ihrer Elastizität gleicht der Apparatur des Kreiselkompasses, dessen Zeiger trotz des Wellenganges und der Bewegungen des Schiffes auf der gleichen Ebene gehalten werden.

Andererseits kann der freien Initiative nicht zuviel zugemutet werden. Der Grenzpunkt, von dem aus der Erfolg so schwankt, daß die freie Initiative spekulativ wird, darf nicht überschritten werden. Um diesen Grenzpunkt nicht zu durchstoßen, ist der Nationalsozialismus in seiner Kartell- und Syndikatspolitik so vorsichtig. Im allgemeinen hört die freie Initiative auf, wenn der Erfolg zu unsicher ist. Das haben wir ja zur Genüge erlebt. Aufgabe der Wirtschaft kann es nicht sein, dem Erfolg seine übergroße Unsicherheit zu nehmen, weil sie diese Aufgabe immer planwirtschaftlich löst. Also hat der Staat diese Aufgabe.

Er packt sie an, indem er das Recht auf Arbeit verwirklicht. Er wählt sich die Objekte aus, deren Ausführung er für wirtschaftlich hält. Aber diese Wirtschaftlichkeit ist eine ganz andere als die für die Wirtschaft gültige. Die politische Richtigkeit der Auswahl dieser Objekte entscheidet. Und das bedeutet:

Die Wirtschaft kann ferner nie vom Menschen ausgehen. Dazu ist sie nicht da. Die Wirtschaft ist dazu da, Aufwand und Erfolg in Einklang zu bringen, alles andere wäre Sentimentalität am falschen Platze, „Gemütlichkeit“ im schlechten Sinne des Wortes. Die Wirtschaft geht nicht vom Menschen aus, sondern sie ist ausgespannt zwischen Leistung und Markt. Ob ein Beamter auf dem Einwohnermeldeamt freundlich lächelt, wenn er seine Zettel ausstellt, ist völlig gleichgültig! Die Hauptsache ist, daß er bei dem, den er abfertigt, keine überflüssige Freundlichkeit verschwendet, damit der folgende

nicht zu warten braucht. Überflüssige Menschlichkeit in der Wirtschaft wirkt genau so.

Die Politik bringt die Wirtschaft in den Dienst des Volkes. Die Politik achtet darauf, was dem Volke frommt. Deshalb überwacht sie auch, ob die Erzeugungsfähigkeit der Wirtschaft richtig ausgenützt wird: Erstens weil jede falsche Ausnutzung dieser Erzeugungsfähigkeit entweder einen falschen Aufbau der Wirtschaft aufrechterhält oder schafft und letzten Endes doch zur Krise führt. Zweitens weil der Volksgenosse und seine Bedürfnisse gegenüber der Wirtschaft gerade deshalb betont werden müssen, weil die Wirtschaft durchaus sachlich und unsentimental arbeiten soll.

Auf die Dauer ist immer das wirtschaftlich, was den Bedürfnissen des Volkes gerecht wird. Wenn die Wirtschaft wegen ihrer Struktur die Erzeugungsfähigkeit falsch ausnutzt, dann heißt das, daß sie den Bedürfnissen des Volkes nicht im vollen Umfange gerecht wird, und dann macht die Politik die Wirtschaft wirtschaftlich, indem sie die Erfüllung dieser Bedürfnisse sichert.

Diese ganzen Ausführungen beruhen auf einem sehr einfachen Gedanken. Wirtschaften ist an sich nicht Selbstzweck, sondern gewirtschaftet wird von Menschen und für Menschen. Nun ist die moderne Wirtschaft jedoch ein ungeheuer kompliziertes System, dessen Gang gelenkt, in den aber nicht eingebrochen werden kann. Die Wirtschaft steht in der gleichen kalten Sachlichkeit ihrer Zweckmäßigkeit wie eine Maschine. Sie steht der Menschlichkeit ebenso fern wie eine Maschine. Da die Wirtschaft ein System von Zweckmäßigkeiten ist, soll sie auch arbeiten wie eine Maschine. Die Wirtschaft im Wirtschaftssystem ist Selbstzweck: es wird gearbeitet und gewirtschaftet um des Gewinnes willen. Da innerhalb der Wirtschaft nicht zum Ausdruck kommen kann, daß die Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, muß der Wirtschaft ihre Dienstbarkeit dem Volke gegenüber von außen, vom Staate, auferlegt werden. Und das geschieht wieder auf eine durchaus sachliche Weise: der Staat sorgt durch das Recht auf Arbeit dafür, daß die Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft richtig ausgeschöpft werden.

Einen anderen Sinn hat das Ziel, die Wirtschaft dem Volke dienstbar zu machen, gar nicht. Durch die Politik wird die Wirtschaft an den Bedürfnissen des Volkes festgehalten, von denen sich zu entfernen sie wegen ihrer Systemhaftigkeit geneigt ist. Beweis dafür ist die Endgeschichte des Kapitalismus. Die Krisen kamen, weil in den Konjunkturperioden die Produktionsfähigkeit der Wirtschaft falsch ausgenützt war. Die Wirtschaft kann eben über einen ziemlich eng ge-

zogenen Rahmen hinaus nicht absehen, was auf die Dauer wirtschaftlich ist und was nicht. Durch das Recht auf Arbeit wird die Verschärfung der Krisen durch die Arbeitslosigkeit zwar ausgeschaltet. Die andere Seite des Rechtes auf Arbeit ist, einen Fehllauf der Erzeugung auszuschalten. Das geschieht durch die richtige Auswahl der Objekte der Arbeitsbeschaffung: Bedürfnisse des Volkes sollen befriedigt werden, die die Wirtschaft selbst kraft ihrer Struktur und ihres Mechanismus nicht befriedigen kann. Indem der Staat den den Bedürfnissen des Volkes entsprechenden Objekten durch seine Arbeitsbeschaffung Leistungsenergien zuführt, sorgt er für eine richtige Ausschöpfung der Produktionsfähigkeit der Wirtschaft. Dadurch wird dann auch die freie Initiative erst haltbar: die Risiken sind geringer, berechenbarer bei richtig ausgenutzter Produktion.

Der Sinn des Ganzen ist, daß der Staat mit seiner Arbeitsbeschaffung auch die Aufgaben ausführen kann, die eigentlich in den Bereich der Wirtschaft gehören, die sie aber nicht ausführt. Also: es wird auf jeden Fall Arbeit beschafft, und Grundsatz für die Auswahl der Objekte ist nicht, daß der Staat sich ängstlich fernhält von Arbeiten, die die Wirtschaft einmal ausführen könnte, sondern daß er die nimmt, die den Bedürfnissen des Volkes entsprechen: die politisch richtig sind.

Hat der Staat einmal in großem Umfange Wohnungen bauen lassen, dann hat er auch einen Standard für die Durchschnittswohnung errichtet, an den sich die Wirtschaft halten muß. Diese staatliche Arbeitsbeschaffung gibt auch der Wirtschaft neue Arbeit, die jetzt daran gehen muß, die alten Wohnungen besser auszustatten.

Der Wohnungsbau usw. durch die Arbeitsbeschaffung wird dann als Erleichterung von der Wirtschaft betrachtet werden, wenn ihre Produktionsfähigkeit schon restlos eingesetzt ist. Das wird der Fall sein nach neuen großen technischen Fortschritten, die der Wirtschaft Rationalisierungsarbeiten zu erfüllen aufgeben. Alles in allem ist hier ein neuer Komplex von Gesichtspunkten und Interessenrichtungen gegeben. In welcher Gestalt von wirtschaftlichen Verhaltungsweisen und Gesetzen es sich gliedern wird, läßt sich selbstverständlich noch nicht sagen. Es genügt, daß der Komplex sichtbar ist, der sich in neuen wirtschaftlichen Gesetzen aufgliedern wird.

Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus wird überhaupt andere Gesetze haben als die kapitalistische Wirtschaft, weil eben die Wirtschaft selbst ein anderes Gesicht annehmen wird. Eine Überflußwirtschaft ist etwas anderes als eine Mangelwirtschaft. Das Hauptproblem

der Wirtschaft ist der Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch, weil Wirtschaften ja ganz allgemein der Vergleich von Aufwand und Erfolg ist.

Der Kapitalismus war eine Wirtschaft, die dieses Problem nicht sah, weil es schulmäßig für ihn dadurch gelöst war, daß die Absatzmöglichkeiten die Produktionsmöglichkeiten überschritten. Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus wird eine Wirtschaft sein, in der dieses Problem gelöst ist unter diesen Bedingungen: erstens werden alle Produktionskräfte ausgenutzt, und der Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch wird nicht hergestellt, indem die Erzeugung gedrosselt wird; zweitens wird dieser Ausgleich nicht statisch durch eine allgemeine Planwirtschaft geschaffen, sondern dynamisch, durch Wirtschaftspolitik; drittens wird die freie Initiative nicht lahmgelegt, sondern angespornt. Von diesen drei Gesichtspunkten werden sich die Gesetze der Wirtschaft des deutschen Sozialismus ableiten.

Daß der Staat auf jeden Fall Arbeit beschafft, ist die Grundlage dieser Wirtschaft. Sie ist ebenso abhängig vom Staate, wie die Arbeitsbeschaffung eine politische Tat ist. Das Kapital wird nicht nur machtlos, weil ihm das Recht, zu bestimmen, wieviel gearbeitet werden soll, genommen wird, sondern auch dadurch, daß der Staat mit seiner Arbeitsbeschaffung nationales wirtschaftliches Vermögen schafft.

Dieses wirtschaftliche nationale Vermögen wird stetig wachsen. Es ist unmöglich, daß es nicht wächst. Dies Wachstum ist ebenso eine Folge der Arbeitsbeschaffung wie der freien Initiative der Wirtschaft. Der Satz, daß die Produktionsmöglichkeiten die Absatzmöglichkeiten übertreffen, gilt nun einmal. Die Absatzmöglichkeiten werden den Produktionsmöglichkeiten immer nachhinken. Jeder neue technische Fortschritt läßt zuerst einmal die technischen Produktionsmöglichkeiten anschwellen. Bis sie von den Absatzmöglichkeiten eingeholt werden, ist die Technik aber schon wieder weitergegangen. Die Technik wird eingesetzt von der freien Initiative. Der Staat eröffnet dieser freien Initiative die Bahn, indem er ihr die Sorge für die von der verbesserten Maschine frei gemachten Arbeiter nimmt. Der Staat beschafft für diese frei gesetzten Arbeiter Arbeit und Lohn und läßt sie nationales Vermögen erarbeiten.

Wo der Staat die Objekte seiner Arbeitsbeschaffung herholt, ist seine eigene Sache. In seiner Auswahl ist er ebenso frei, wie die Politik den Vorrang über die Wirtschaft hat, und ebenso gebunden, wie die Politik das Wohl des ganzen Volkes und damit auch der

Wirtschaft zu wahren hat. Es wurde schon gesagt, daß die Politik bei den Bedürfnissen des Volkes ansetzt, die die Wirtschaft kraft ihres Charakters als ein reines Zwecksystem nicht erfüllen kann. Die Wirtschaft ist bei ihrem Handeln von sachlichen Gesichtspunkten gezwungen, und je stärker der Zwang dieser sachlichen Gesichtspunkte ist, desto besser ist es. Eine wohltätige Wirtschaft ist eine falsche Wirtschaft, und der Spielraum, den sie für Wohltätigkeiten hat, wird allzuleicht Spielraum für Willkür der Wirtschaft. Aber für die Politik sind die Bedürfnisse des Volkes, die für die Wirtschaft unsachlich sind, sehr wohl sachlich. Für die Wirtschaft wäre es ein unsachliches Handeln, wenn sie aus bevölkerungspolitischen Motiven die Rente beim Wohnungsbau übersehen wollte. Sie hat an den Ertrag zu denken und an nichts anderes: weil sonst eben andere die Kosten für ihre Wohltätigkeit bezahlen. Für die Politik aber ist Bevölkerungspolitik und der Bau guter Wohnungen ein sehr sachliches Motiv. Indem die Politik diese Bedürfnisse des Volkes, die für die Wirtschaft nicht sachlich sind, befriedigt, wird über die Politik die sachliche Wirtschaft doch wieder an den Menschen gebunden. Die Politik benützt die Überschüsse der Wirtschaft dazu: die Arbeitslosen, die der technische Fortschritt frei setzt, und die anfallen, obwohl die Erzeugung in der Wirtschaft nicht geringer geworden ist.

Als Beispiel für diese Kategorie nationalen Vermögens ist der Wohnungsbau durch die Arbeitsbeschaffung angeführt worden. Es ließe sich denken, daß der Staat diese Wohnungen zum Teil zu stark gesenkten Mieten abgibt an die, die sich für das Volk verdient gemacht haben, an alte nationalsozialistische Kämpfer etwa oder an die Witwen von verunglückten Arbeitern usw. Den anderen größeren Teil wird er vermieten. Wie er das tut, ob in eigener Regie oder auf welchem anderen Wege, ist gleichgültig: die Wohnungen werden ja nicht gebaut, damit sie irgend jemand gehören, sondern damit Arbeiter beschäftigt werden und damit sie da sind. Auf jeden Fall wird der Staat Einnahmen aus diesen Wohnungen haben, und zwar genau so, wie die Industriewerke Einnahmen aus ihren Werkwohnungen haben. Der Hinweis auf diese Werkwohnungen soll nur kurz angeschnitten sein, um den Fragenkomplex nicht unnötig zu verwirren. Ob der Staat mit der Arbeitsbeschaffung Wohnungen baut oder ob Industriewerke das tun, die durch Verbesserung ihrer Erzeugung Übergewinne gemacht haben, ist ja gleichgültig. Der Erfolg ist der gleiche: bessere und billigere Wohnungen für das Volk.

Bauen die Industriewerke die Wohnungen, haben sie Einnahmen,

die versteuert werden. Baut der Staat Wohnungen, so nimmt er Miete ein: auf jeden Fall hat der Staat zusätzliche Einnahmequellen. Dem ganzen Volke kommen diese Einnahmequellen zugute, wenn der Staat dadurch in die Lage versetzt wird, die Steuern für die unteren Einkommen zu senken. Der Ertrag aus diesem nationalen Vermögen wird somit auf das ganze Volk verteilt: niedrigere Steuern sind höhere Einkommen.

Der Kapitalismus erhielt durch seine Arbeitslosenunterstützung notdürftig Kaufkraft. Die Arbeitsbeschaffung senkt erstens den Steuerdruck der breiten Massen, weil durch die Einführung von Arbeitslosen in die Arbeit die Aufwendungen des Staates für die Arbeitslosen geringer werden. Denn die vom Staat eingesetzten Arbeitslosen ziehen auch Arbeiter in die Wirtschaft hinein. Zweitens schafft die Arbeitsbeschaffung für die Wirtschaft vermehrte Einkommen, aus denen ihre Steuern leichter gezahlt werden können. Darüber hinaus aber werden durch die Arbeiten der Arbeitsbeschaffung neue Einkommensquellen für den Staat eröffnet, die ermöglichen, den steuerlichen Zugriff auf die unteren Einkommensstufen zu lockern. Dadurch wird Kaufkraft geschaffen, die eine stärkere Erzeugung der Wirtschaft aufnehmen kann, oder die erlaubt, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse heraufzusetzen, damit durch Investitionen in der Landwirtschaft die Erntemengen gehoben werden können. Das Bestehen des Reichsnährstandes gibt dem Staat die Möglichkeit, das zu wählen, was bevölkerungspolitisch richtig ist.

14. Kapitel

Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch

Je sicherer die Arbeit ist, je stärker die Erzeugungskräfte der Wirtschaft ausgenützt werden, desto mehr werden die Einkommen ihre Spitzenausschläge nach oben und unten verlieren. Das müssen sie, wenn die Einkommen wirklich das Entgelt für die Leistung sein sollen. So groß kann der Unterschied der Leistungswerte nicht sein, daß er ein jährliches Einkommen von einigen zehntausend Mark gegenüber anderen Einkommen von sechzig bis siebzig Mark im Monat rechtfertigt. Besonders dann nicht, wenn bedacht wird, daß die höherwertige Leistung in viel stärkerem Maße ihren Lohn in sich trägt als die Durchschnittsleistung.

Allerdings ist zu bedenken, daß ein großer Teil der Einkommen fälschlich als Einkommen betrachtet wird. Alle die Einkommen eines Unternehmers, die er wieder in seinen Betrieb investieren muß, gehören hierher. In der Überflußwirtschaft wird der Zwang zu diesen Investierungen sehr stark sein, da der technische Fortschritt in keiner Weise gehemmt sein wird. Das schon investierte Kapital wird dann von der Einkommensseite her erhalten werden müssen, durch Investierungen nämlich und nicht durch Kartellschutz.

Die hohen Einkommen enthielten zum Teil auch Risikoprämien. In der guten Konjunktur wurden Reserven für die Krisenzeit angesammelt. Der Fehler war, daß durch diese Reservebildung über hohe Preise die Krise mit verursacht wurde. Gelingt es, mit diesen Einkommensteilen die allgemeine Kaufkraft zu stärken, so ist erstens ein besserer Krisenschutz gegeben als durch die Bildung von Reserven, und zweitens hat das Volk einen Vorteil. Das Recht auf Arbeit schafft die krisenlose Wirtschaft. Der Fortfall der Notwendigkeit, Reserven für Krisenzeiten beiseitezulegen, führt zu einem Ausgleich der Einkommen insofern, als das ganze Volk die Einkommensteile erhalten kann, die früher als Reserve für Krisenzeiten dienten.

Die Voraussetzung der Angleichung der Einkommen an die Leistung ist eine Vereinfachung der Arbeitsteilung.

Die überhohen Einkommen waren die, die „Geld unter die Leute" brachten. Man braucht nur daran zu denken, wie der bezahlte teure Preis für ein Kleid aus einem erstklassigen Salon sich in der Wirtschaft verteilte, und wie er im Geflecht dieser Verteilung Kaufkraft schuf.

Die Einkommensbildung zeigte im Kapitalismus im Prinzip dieses Bild:

Wurde mit technischen Verbesserungen eine Verbilligung der Erzeugungskosten erreicht, dann wurden die Preise nicht gesenkt, sondern es wurden hohe Gewinne gemacht. Die technischen Verbesserungen führten fast immer zu Arbeiterentlassungen. Die Folgen der technischen Verbesserungen waren also erhöhte Gewinne auf der einen, Zerstörung von Arbeitsplätzen auf der anderen Seite.

Doch an Stelle der zerstörten Arbeitsplätze wurden neue geschaffen. Zum einen Teil waren die neu geschaffenen Arbeitsplätze organisch: Der Verbesserung des Produktionsapparates mit Arbeiterentlassungen auf der einen Seite stand eine Erweiterung auf der anderen mit Arbeitereinstellung gegenüber. Zum anderen Teil hatten sie einen besonderen Charakter. Die großen Einkommen „brachten Geld unter

die Leute", indem ihre Träger teils gesteigerte Dienstleistungen verlangten, teils die ihnen erwiesenen Dienstleistungen besonders hoch bezahlten. An der Krankenkassenpraxis ist noch kein Arzt reich geworden, wohl aber sind Ärzte an einer reichen Privatpraxis sehr wohlhabend geworden. Die hohen Einkommen in der kapitalistischen Wirtschaft leiteten sich ab von den noch höheren.

Es ist bekannt, daß der Preisunterschied der Güter der gleichen Verbrauchsklasse viel größer war, als der Qualitätsunterschied gerechtfertigt hätte. Der gleiche Kopf Salat kostet in einem Feinkostladen bedeutend mehr als auf dem Marktplatz. In einem Luxuslokal bekommt der Kellner ein Trinkgeld, das der Geber als Stundenlohn seinem Arbeiter zu zahlen sich mit Händen und Füßen sträuben würde. Der Materialwert dessen, was in diesen Lokalen verzehrt wird, ist kaum noch Maßstab für den verlangten Preis.

Nun wird auf die Unterhaltungskosten dieser Lokale hingewiesen werden, die diese hohen Preise bedingten. Dieser Hinweis ist richtig. Diese Unterhaltungskosten werden ausgegeben und bringen auch Geld unter die Leute. Das ganze bedeutet eine Arbeitsteilung, die von den hohen Einkommen abhängig ist. Und es handelt sich hier um Größen, die sehr beträchtlich sind. Denn es ist ja nicht allein von Luxuslokalen, Modesalons usw. die Rede, gesprochen wird hier von allen den Preisen, die den Wert der bezahlten Leistung übersteigen, weil sie ständische Achtung erkaufen sollen. Das Modell ist das Trinkgeld.

Die hohen Einkommen schufen also Arbeit doppelten Charakters: Soweit sie investiert wurden, wurde mit ihnen der Produktionsapparat ergiebiger gemacht, und damit wurde auf die Dauer auch die Lebenshaltung des Volkes gesteigert. Soweit sie für gesteigerte persönliche Ansprüche ausgegeben wurden und soweit sie mit Überpreisen ständische Achtung erkauften, wurden sie zwar auch ausgegeben, aber dienten nicht dazu, die Lebenshaltung des Volkes zu steigern.

Es sei zugegeben, daß in diesen Sätzen die Wirklichkeit nur sehr allgemein eingefangen ist, daß ihnen aber sehr viel Einzelerscheinungen zu widersprechen scheinen. Es gibt da z. B. Zwischenstufen, z. B. das Automobil. Die ersten Automobile waren Luxusgegenstände, aber der Ankauf dieser Luxusgegenstände war unbedingt notwendig, um die Automobilindustrie zu entwickeln. Auch wurde ein großer Teil dieser überhohen Einkommen und der von ihnen abgeleiteten hohen Einkommen investiert und diente damit

der Erweiterung des Erzeugungsapparates. Der Kapitalismus, von dessen überhohen Einkommen hier gesprochen wird, war auch lebendiges Leben, und lebendiges Leben läßt sich nicht auf den Leisten schlagen. Aber sein Sinn läßt sich erkennen, und dieser Sinn ist eben wiedergegeben worden. Es ist klar, daß der Produktionsapparat nicht erweitert wird, wenn Arbeit für persönliche Dienstleistung aufgebracht wird.

Im jungen Kapitalismus waren diese überhohen Einkommen nicht schädlich, wie der Marxismus behauptet hat. Denn erstens wurden sie in größerem Umfange nur dann für persönliche Leistungen, Dienstleistungen, ausgegeben, wenn die Erweiterung des Produktionsapparates stockte, wenn sich keine gewinnbringende Anlage zeigte. Es ließe sich hier ein ganzer Band über die Kulturgeschichte des Kapitalismus schreiben. Ein ganz wesentlicher Punkt ist hier berührt worden. So war vor dem Kriege die Lebenshaltung in allen Schichten noch verhältnismäßig einfach. Nach dem Kriege fing der allgemeine Willen zur Üppigkeit an. Dieser Wille zur Üppigkeit war gleichsam der Instinkt des Kapitalismus zur Selbsterhaltung. Nicht nur dadurch, daß alle dann, wenn sie sich Besonderes leisteten, Besonderes sein wollen: und daß dann, wenn jeder für sich einen besonderen Stand bilden will, von der Aufhebung der Klassengegensätze keine Rede sein kann. Die marxistischen Bonzen wollten ja auch etwas Besonderes sein und wurden deshalb zu dem Teil des Bürgertums getrieben, der korrupt geworden war. Der allgemeine Wille zur Üppigkeit entsprang dem Versuch des Kapitalismus, das Volk zu bestechen. Natürlich war das nicht bewußt, sondern instinktmäßig. Auch insofern entsprang der Luxus der Systemjahre dem Selbsterhaltungsinstinkt des Kapitalismus, weil die reichen Leute selbst die Unsicherheit der damaligen Zustände empfanden. Weil sie instinktiv wußten, daß Investierungen sich auf die Dauer doch nicht lohnten, gaben sie ihr Geld aus und investierten geliehenes Geld. Durch den Luxus wurde allerdings Geld unter die Leute gebracht, und der Mittelstand verdiente. Dann betrat er die Börse und verlor.

Die überhohen Einkommen waren, wie oben gesagt, die durch technische Verbesserungen ermöglichten Differentialgewinne. Nach unserem Schema wurden durch diese technischen Verbesserungen Arbeiter erspart. Soweit die überhohen Gewinne für vermehrte Dienstleistungen und als Preis für ständische Achtung ausgegeben wurden, wurden mit ihnen die Arbeiter wieder beschäftigt, die durch die technischen Verbesserungen brotlos gemacht worden waren. Selbst-

verständlich wurde der entlassene Arbeiter nun nicht der Chauffeur oder gar Inhaber der Modesalons. Die Leute, unter die von den überhohen Einkommen und den von ihnen abgeleiteten hohen Einkommen „Geld gebracht" wurde, hatten die Anzahl derer, die durch technische Verbesserungen brotlos gemacht worden waren. Die anderen in einem Betrieb durch die verbesserte Maschine ersparten und in einem neuen Betrieb wieder beschäftigten Arbeiter fallen nicht in diese Gleichung.

Die Berufsverschiebungen können außer Betracht gelassen werden, durch die die Zahl der dauernd in der Produktion Entlassenen zur Zahl der durch persönliche Dienstleistungen für die Bezieher überhoher Einkommen Beschäftigten geschlagen wurden. Außer acht gelassen ist ferner, daß ganze Betriebe von der Arbeit für die Bezieher der hohen Einkommen existierten.

Das war so der Zustand des Jahres 1929. Die Technik hatte viel Arbeiter erspart, aber dafür brachte der Wille zur Üppigkeit wieder Geld unter die Leute. Die allgemeine Überorganisation gehört auch hierher. Ihre Kosten waren Luxusausgaben, die um des äußeren Dekors willen gemacht wurden. Der betrüblichste Dienst war die Frauenarbeit. Die Töchter mußten das verdienen, was die Väter in der Inflation verloren hatten, und zwar oft bei denen, denen die Inflation das, was die Väter verloren hatten, zugespült hatte. Oder: das, was der Vater zu wenig verdiente, mußte die Tochter als Zofe erwerben. Frauenarbeit ist das betrüblichste Zeichen für falsche Einkommensverteilung im Volke. Frauen sind nicht dazu da, um Privateinkommen, sondern um nationales Einkommen zu schaffen: Kinder, und zwar möglichst viele und kerngesunde. Die Lebenskraft der Frau gehört keinem Arbeitgeber, sondern dem Kinde und damit dem Volke. Auch in die Büros gehören Männer. Sie müssen so bezahlt werden, daß sie die bisher darin beschäftigten Frauen heiraten und ernähren können. Und wenn Mangel an Arbeitskräften da ist, der den Austausch der Männer in den Büros durch Frauen volkswirtschaftlich rechtfertigen würde, damit die Männer in der Industrie usw. arbeiten können, dann handeln wir eben volkswirtschaftlich unwirtschaftlich, lassen den Arbeitermangel bestehen und lassen die Männer trotzdem in den Büros. Denn das Volk ist nicht um der Wirtschaft willen, sondern die Wirtschaft ist um des Volkes willen da.

Die Dienstleistungen an die Träger überhoher Einkommen und an

die Träger der von diesen abgeleiteten hohen Einkommen stellte die Arbeitsbeschaffung des Kapitalismus dar.

*

Genau so wie die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung wurden durch diese Ausgaben Menschen beschäftigt, die aus der Wittschaft herausgedrückt waren. Der Unterschied beider Arbeitsbeschäftigungsarten liegt darin, daß die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung nationales Vermögen erzeugt. Die Luxusausgaben verloren mit dem Zerfall der Kultur stetig den Charakter, den sie früher einmal gehabt hatten, nämlich Ausgaben im Dienste einer kulturgesättigten Lebensführung zu sein.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung unmittelbar im Dienste der Volksgemeinschaft steht, während die andere Art um das einzelne Ich einen Hof von Bequemlichkeit und Glanz bilden sollte. Der wesentlichste Unterschied aber ist der, daß die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung unbegrenzt ist; denn im Dienste des Volkes gibt es keine Grenzen. Die andere Art war sehr begrenzt.

Denn je stärker der technische Fortschritt anwächst, desto unmöglicher wird es, diese hohen Einkommen auszugeben. Auf der einen Seite würden sie sehr hoch sein. Denn sie sind ja die Differentialgewinne, entsprungen aus der Verbilligung der Produktionskosten gegenüber den durchschnittlichen, die die Preise bestimmen. Je mehr Möglichkeiten die Technik eröffnet, desto höher sind diese Differentialgewinne. Und je höher sie sind, desto mehr Geld müßte wieder unter die Leute gebracht werden. Doch besser als abstrakte Darlegungen ist ein konkretes Beispiel. Den typischen Versuch, von den überhohen Einkommen aus Arbeit zu beschaffen, hat Nordamerika gemacht. Trotz der ungeheuerlichen Luxusausgaben konnte dort die Kaufkraft des Volkes nicht auf dem Stand gehalten werden, den die Erzeugung für ihren Absatz erforderte. Der Einkommensstrom, der von den überhohen Einkommen ausging, erreichte den Arbeiter und Bauern nicht mehr. Die von den überhohen Einkommen abgeleiteten Einkommen ersetzen den Ausfall der Kaufkraft bei diesen Schichten nicht mehr oder, anders ausgedrückt, trotz einer teilweise geradezu irrsinnigen Verschwendung wurden durch diese Luxusausgaben und ihre weitere Kaufkraftschöpfung nicht so viel Menschen beschäftigt, als die verbesserte Maschine aus der Fabrik geworfen hatte.

Diese kapitalistische Methode der Arbeitsbeschaffung hat sich tot-

gelaufen. Es ist eben unmöglich, die Differentialgewinne wieder unter die Leute zu bringen. Verstärkt wird diese Unmöglichkeit dadurch, daß der Kapitalismus dafür sorgt, daß sie sich nicht abschleifen. Im Gegenteil, vor einem Jahre etwa haben, um ein Schema zu geben, die Preise den Kosten entsprochen. Jetzt läßt eine technische Verbesserung die Produktionskosten wesentlich verbilligen, und in einem oder mehreren Betrieben entstehen Differentialgewinne. Die anderen Betriebe führen die gleichen technischen Verbesserungen ein. Jetzt sinken die Preise aber nicht, sondern indem die alten Preise künstlich hochgehalten werden, werden diese Differentialgewinne allgemein in diesem Produktionszweig. Das, was gemeint ist, zeigt Nordamerika.

Von der sittlichen Verwerflichkeit dieses Zustandes wollen wir gar nicht sprechen. Es ist sittlich verwerflich, daß ein Bauer kaum sein Dasein fristen kann, während Kellner wohlhabend werden. Noch widerlicher ist, wenn für Kosmetika fast ebensoviel wie für Milch ausgegeben wird. Viel Ausgaben für Milch deuten auf Kinder hin, Kosmetika aber gerade nicht.

Es wäre nun falsch, die Einkommen gewaltsam zu nivellieren, wie es der Marxismus gepredigt hat. Zuerst ginge bei diesem gewaltsamen Vorgehen das Leistungsprinzip in die Brüche. Das Schwergewicht läge für den Willen, die Einkommen zu nivellieren, eben darauf, daß die Einkommen möglichst gleich sind, aber nicht darauf, daß sie dem Werte der Leistung entsprechen. Die Durchführung des Leistungsprinzips ist aber sittlich und politisch notwendiger, als die Einkommensschichtung glatt zu hobeln. Und ferner muß die Angleichung der Einkommen an die Leistung, durch die die hohen Spannen verschwinden, die Folge der Wirtschaftspolitik sein. Der staatliche Befehl, der diese Spannen verbietet, kann die Wirtschaft nur stören. Denn bevor die Einkommen angeglichen werden, muß Ersatz geschaffen sein für die Beschäftigung, die von den überhohen Einkommen ausgegangen ist. Würden jetzt Leute befehlen, daß kein Einkommen die Tausendmarkgrenze übersteigen darf, würde der nächste Ausweis über die Erwerbslosenzahl sehr deutlich die Folgen zeigen.

Aber die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit und die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung macht die kapitalistische und von den überhohen Einkommen geleistete Arbeitsbeschaffung unnötig. Was unnötig ist, bringt das lebendige Leben des Volkes von selber zum Verschwinden. Ist das Recht auf Arbeit durchgeführt, dann arbeitet

die Wirtschaft für das Volk und nicht ein großer Teil des Volkes für die Privatbedürfnisse der reichen Leute aus der Wirtschaft.

Das Volk hat dann eben die Kaufkraft, die die Wirtschaft für den Absatz ihrer Erzeugnisse ausnutzen kann. Diese Kaufkraft verspricht dem tüchtigen Unternehmer bessere Gewinne durch den größeren Absatz als der Kartellschutz. Aber der größere Absatz wird nur durch Preissenkung erkauft, die allen anderen nahe legt, ihr zu folgen. Es besteht ein grundlegender Unterschied darin, ob jemand investieren muß, um auf der Durchschnittshöhe zu bleiben, oder ob jemand investiert, um Differentialgewinne zu machen, die dann durch die Kartelle usw. künstlich gehalten werden. Nach der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit wird investiert, um den Betrieb auf der Durchschnittshöhe zu halten. Denn durch die Arbeitsbeschaffung ist eine Kaufkraft des Volkes garantiert, die eine vermehrte Erzeugung bei niedrigerem Preis absatzfähig macht, und sie ist so groß, daß ihre Anziehungskraft jedes Kartell zum Schwanken bringt.

Selbstverständlich macht der erste, der technische Verbesserungen einführt, Differentialgewinne. Aber diese Differentialgewinne dienen dann dazu, um über dem Kapitalmarkt die Neuinvestierungen zu finanzieren bei denen, die investieren müssen, um sich auf der durch den mit seinen Neuinvestierungen vorangeschrittenen Betrieb neu markierten Durchschnittshöhe zu halten. Das ist etwas ganz anderes, als wenn mit diesen Differentialgewinnen die kapitalistische Arbeitsbeschaffung durch Luxusausgaben finanziert wird.

Ist die Kaufkraft des Volkes klein, dann teilt sich die Wirtschaft in sie. Sie muß das sogar tun. Alle Beweise für die Notwendigkeit der Kartelle beleuchten das. Die Wirtschaft steht dieser zu kleinen Kaufkraft souverän gegenüber. Erst wenn sie so groß ist, daß die Absatzfähigkeit der Produktionsfähigkeit entspricht, dann ist die Wirtschaft von ihr abhängig. Und erst wenn das der Fall ist, ist die Durchführung des Leistungslohnes möglich. Dann tritt an die Stelle des Syndikus, der die Aufteilung der zu geringen Kaufkraft auf die einzelnen Werke überwacht, der Betrieb, der seine Produktion möglichst erweitern will und das durch gute Qualität und niedrige Preise erreichen kann. Ist die Kaufkraft des Volkes gering, dann lohnen die Ausgaben nicht, die nötig sind, um in den Absatzbereich anderer Betriebe einzubrechen. Ist die groß, dann lohnt sich das sehr wohl, und trotzdem ist das von einer großen Kaufkraft gegebene Absatzvolumen groß genug, daß auch der vom Markte zurückgedrängte Be-

trieb sich noch die Zeit halten kann, die er braucht, um besser und billiger zu produzieren. Ist die Kaufkraft des Volkes gering, dann braucht die Leistung nur wenig beachtet zu werden. Der Betrieb darf ja seine Leistungsfähigkeit nicht ausschöpfen, wenn er kartelliert ist, und er kartelliert sich, weil die an sich geringe Kaufkraft das mögliche Absatzfeld zu klein hält, als daß die Ausgaben für die Zurückdrängung eines anderen Betriebes lohnend wären und als daß die damit verbundene Leistung ihre Prämie erhielte. Ist die Kaufkraft des Volkes aber groß genug, um die Anspannung aller Leistungsenergien lohnend zu machen, dann wird die Einzelleistung auch beachtet, und der Leistungslohn ist da.

Und zwar viel eher, als man denkt. Wenn Maschinen stilliegen oder nur halb arbeiten, dann kommt es nur darauf an, daß der Einzelne im durchschnittlichen Tempo an ihr arbeitet. Wird dagegen die Maschine voll ausgenutzt, dann ist jede gesteigerte Leistung buchstäblich Kapital. Der Arbeiter mit gesteigerter Leistungsfähigkeit holt aus der Maschine soviel heraus, wie die durchschnittliche Leistung aus einer besseren Maschine herausholen würde. Also ersetzt die gesteigerte Leistung eine Investition. Alle besondere Leistung, auch die betriebsorganisatorische, die kaufmännische usw., ersetzt Investitionen. Wer besonders wirkungsvolle Anzeigen entwerfen kann, erspart die Notwendigkeit, eine zweite aufzugeben usw. Kurz und gut: die gesteigerte Leistung ersetzt Kapital.

Aber nach der gesteigerten Leistungsfähigkeit wird stärkere Nachfrage als nach Kapital herrschen. Kapital muß verzinst und abgeschrieben werden. Das durch die gesteigerte Leistung gesetzte Kapital braucht weder verzinst noch abgeschrieben zu werden. Die gesteigerte Nachfrage nach der erhöhten Leistung wird den Lohn für die erhöhte Leistung über die durchschnittliche Leistung um so viel emportreiben, als die Zinsen und Abschreibungen für das durch sie ersetzte Kapital ausmachen. Ferner arbeitet ein Betrieb, in dem vorwiegend Menschen mit überdurchschnittlicher Leistungskraft beschäftigt sind, viel glatter als ein anderer. Es herrscht ein anderer Schwung in ihm. Wer arbeiten kann, dem macht die Arbeit Freude.

Die Durchführung des Leistungslohnes räumt auf mit den überhohen Einkommen. Die ganze Struktur des Einkommensgebäudes wird anders. Einmal wird innerhalb der von der Verschiedenheit der Leistung gegebenen Spanne eine sehr starke Differenzierung der Einkommen stattfinden. Die hohen Unterschiede der bisherigen Einkommensgrößen fallen dafür weg. Sodann wird in viel stärkerem

Umfange als im Kapitalismus alles Einkommen sich ableiten von der Leistung für die Erzeugung und nicht mehr von der Leistung für Personen: wenn in der Wirtschaft verdient wird, braucht kein „Geld unter die Leute“ durch die Ausgaben aus überhohen Einkommen gebracht zu werden.

Das aber bedeutet eine Vereinfachung der Arbeitsteilung. Die bisherige war deshalb so kompliziert, weil sich die Einkommen aus zwei Quellen ableiteten: aus der volksversorgenden Arbeit in der Wirtschaft und dem dem Träger überhohen Einkommens geleisteten Dienste. Es sei noch einmal betont, daß diese zweite Quelle bedeutungsvoller war, als allgemein angenommen wird. Die für ihre Träger geleisteten Dienste griffen ja weit in die Erzeugung ein. Ein Großteil der Erzeugung gehört hierher. Sodann muß die Erzeugung hierher gerechnet werden, mit der die, die ihr Einkommen für Dienstleistungen an die Träger der hohen Einkommen bezogen, ihren Bedarf deckten. Diese beiden Einkommensquellen aus der Erzeugung und den Dienstleistungen für die Träger der hohen Einkommen lassen sich nur gedanklich scheiden. In der Wirtschaftspraxis des Kapitalismus gingen sie ineinander über. Aber diese gedankliche Scheidung ist notwendig. Sie macht möglich, eine Vorstellung von der Arbeitsteilung im Kapitalismus zu bekommen. Die Arbeitsteilung sollte von der Erzeugung bestimmt sein, damit die Erzeugung praktisch sei. Im Kapitalismus war sie aber auch von den Ausgaben bestimmt. Zwei Momente beeinflußten die Arbeitsteilung: die Erzeugung und die Ausgaben der hohen Einkommen, soweit damit Dienste erkauft wurden. Die überhohen Einkommen stellten Geschenke der Wirtschaft an ihre Träger dar. Sie waren in ihrer Höhe nicht Entgelt für wirkliche Leistungen. Wären sie das gewesen, wäre alles gut gewesen; denn dann wäre in der Wirtschaft der Niederschlag dieser hohen Leistung auch verblieben. Die in dieser Weise mit überhohen Einkommen Beschenkten ließen nun andere für sich arbeiten. Von ihren Ausgaben her gliederten sich Leistungen und damit Arbeitsteilung aus. Diese Arbeitsteilung stand neben der Arbeitsteilung in der produktiven Wirtschaft. Die produktive Wirtschaft kam für sie nur so weit in Betracht, als ihre falsche Konstruktion die überhohen Einkommen, ohne daß diese durch Leistung gedeckt waren, entstehen ließen und daß die von den hohen Einkommen abgeleiteten Einkommen aus der Wirtschaft kauften.

Der Leistungslohn aber setzt alle Einkommen in Beziehung zur Erzeugung. Die Verschiedenheit der Leistung in der Erzeugung

— selbstverständlich gehört der produktive Handel auch hierher — bestimmt die Unterschiede der Einkommen, die Unterschiede der Einkommen bestimmen die Ausgaben, aber das Ausgabengefüge entspricht dann dem Leistungsgefüge in der erzeugenden Wirtschaft. Das Ausgabengefüge wird ein Spiegelbild der Arbeitsteilung in der Wirtschaft, was bisher nicht der Fall war.

Auf jeden Fall wird die Arbeitsteilung viel einfacher werden, weil die Ausgaben von der Leistung in der Erzeugung bestimmt werden, und weil die von den Trägern überhohen Einkommens abgeleiteten Dienstleistungen viel geringer werden. Es gibt dann eben nur eine wesentliche Quelle, von der aus sich die Arbeitsteilung ausgliedert, und nicht deren zwei. Je einfacher die Arbeitsteilung ist, desto besser ist es für die Wirtschaft. Vor dem Kriege konnte man noch stolz sein über die stetige Differenzierung der Arbeitsteilung. Inzwischen haben wir Erfahrungen gemacht, die uns eine möglichst sichere Wirtschaft als wünschenswert erscheinen lassen. Eine Uhr, deren Räderwerk überfein ist, und dessen Rädchen fast die Dünne von Schaumgoldplättchen erreichen, läuft nicht. Die Zusammensetzung der gewerblichen Erzeugung ist kompliziert genug. Das Gegengewicht gegen diese Komplizierung kann nur eine Vereinfachung der Einkommensbildung sein, aber nicht eine zusätzliche Komplizierung der Einkommensbildung, wie sie die Ableitung von Einkommen von den noch höheren ist.

Ist der Leistungslohn durchgeführt, dann steht der Erhöhung des Lohnes auch eine Erhöhung der Erzeugung gegenüber. So differenziert auch innerhalb der möglichen Leistungsunterschiede die Einkommen sein werden, so ist das Einkommensgefüge doch eine gedrungene Pyramide. Die unterschiedlichen Lohnstufen werden stark besetzt sein: jede dieser Stufen stellt eine stabile Kaufkraft in größerem Umfange dar. Jeder Einkommensstufe entspricht eine bestimmte Bedarfsgliederung. Auf das System dieser Bedarfsgliederung kann die Wirtschaft sich einstellen, sie kann mit ihm rechnen. Die Initiative der Wirtschaft ist genau so groß, als ihre Rechnungsgrundlage fest ist. Ist sie schwankend, spaltet sich diese Initiative gleichsam chemisch auf. Auf der einen Seite wird sie übergroß, nämlich spekulativ, auf der anderen überklein, nämlich ausgesprochener Mangel an Willen zum Risiko. Je mehr die Wirtschaft mit einem bestimmten System der Bedarfsgliederung rechnen kann, desto schärfer wird der Wettbewerb. Die Preise für Güter gehobenen Bedarfsstandes werden sinken.

Die Überschrift dieses Kapitels heißt: Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch. Was haben aber alle diese Ausführungen mit dieser ihrer Ankündigung zu tun? Sie haben sehr viel damit zu tun, wie sich jetzt zeigen wird.

Diesen Ausgleich zu schaffen, ist ja die besondere Sorge der Planwirtschaftler. Sie wollen die Erzeugung genau festsetzen, und dann den Verbrauch, und zuletzt wollen sie beide nach ihrer planmäßigen Aufgliederung in Einklang setzen. Die nationalsozialistische Methode, dies zu tun, wurde oben schon angedeutet: Der Wirtschaft wird eine feste Rechnungsgrundlage gegeben, indem die Bedarfsgliederung ohne Plan, aber durch die Durchführung des Leistungslohnes so fest gemacht wird, daß die Wirtschaft rechnen kann und ihre freie Initiative entfaltet, weil sie feste Anhaltspunkte für ihre Rechnung hat.

Ferner ist der Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch um so sicherer, je einfacher die Arbeitsteilung ist. Davon ist genug gesprochen. Dazu kommt, daß je höher ein Einkommen ist, desto verschiedener die Möglichkeiten sind, wie es ausgegeben wird. Von der Wirtschaft ist zuviel gefordert, wenn verlangt wird, daß sie die Elastizität aufbringen soll, diesen verschiedenen Möglichkeiten zu folgen. Auch von diesem Gesichtspunkt aus trägt der Leistungslohn viel dazu bei, Erzeugung und Verbrauch anzugleichen. Er bringt die überhohen Einkommen zum Verschwinden und damit die durch sie gestellten unnötigen Anforderungen an die Elastizität der Wirtschaft. Der Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch wird einfacher.

Die Voraussetzung des Leistungslohnes ist das Recht auf Arbeit. Das Recht auf Arbeit ist auch die Methode, wie der verbliebene Rest des Problems gelöst wird, Erzeugung und Verbrauch auszugleichen. Die Technik schreitet vor. Der Einsatz neuer technischer Methoden schafft neue Differentialgewinne und bringt Arbeiter zur Entlassung. Durch Einsatz neuer technischer Methoden wird die Erzeugung gesteigert, ohne daß gleichzeitig die Kaufkraft erhöht wird. Die Produktionsmöglichkeiten werden von der Technik über die Absatzmöglichkeiten dauernd hinausgejagt. An dieser Tatsache, die ein Segen für das Volk sein kann, ist der Kapitalismus gescheitert. Diese Steigerung der Erzeugung über die Absatzfähigkeit entgiftet das Recht auf Arbeit und macht sie zu einem Segen für das Volk.

Die staatliche Arbeitsbeschaffung gibt den entlassenen Arbeitern Arbeit. Ihre Kaufkraft wird gehalten. Oben wurde schon dargelegt, daß das die Voraussetzung dafür ist, daß nun nicht die Wirtschaft die Preise vor den technischen Neuerungen aufrecht hält, sondern dafür,

daß sie die technischen Neuerungen benutzt, um die Preise zu senken. Dadurch verschwindet der Differentialgewinn verhältnismäßig schnell nach dem ersten Einsatz dieser Neuerungen.

Die von der Arbeitsbeschaffung erfaßten Arbeiter schaffen nationales Vermögen. Auf diese Weise wird das überhohe Einkommen des Kapitalismus, das für persönliche Dienstleistungen ausgegeben wurde, in nationales Vermögen verwandelt. Die überhohen Einkommen verschwinden, dafür wird nationales Vermögen geschaffen.

Das Recht auf Arbeit löst dadurch, daß es die Kaufkraft stabil erhält, eine Tendenz aus, daß die Senkung der Unkosten durch technische Neuerungen dem Volke als Preissenkung voll zugute kommt. In der Zwischenzeit, bevor der Erzeugungsüberschuß zur Steigerung des Verbrauches geworden ist, läßt der Staat arbeiten: Der die Verbrauchsfähigkeit übersteigende Erzeugungsüberschuß wird damit praktisch in nationales Vermögen verwandelt, und zwar so lange, als die Verbrauchsfähigkeit die Erzeugungsfähigkeit nicht eingeholt hat. Ist das der Fall, sind die Preise für die verbesserte technische Erzeugung gesunken, dann ist die Kaufkraft derart gesteigert, daß die Wirtschaft zur Erfüllung der vermehrten Nachfrage Arbeiter einstellen muß.

Über die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ist auch schon gesprochen worden. Der Staat holt durch Steuern das herein, was er für die Arbeitsbeschaffung ausgegeben hat. Es kommt nicht darauf an, wieviel er ausgibt, sondern wieviel er wieder in die Staatskasse hereinholt. Wie aber diese Besteuerung aussieht, lehrt die jetzige Aufrüstung. Der Unterschied zwischen dem Kapitalismus und dem deutschen Sozialismus hat noch keine eindringlichere Formulierung gefunden als in der Verschiedenheit der Auffassung der Ausgaben für die Aufrüstung. Vor dem Kriege wurden die Heeresausgaben als Griff in den eigenen Geldbeutel betrachtet und deshalb als schwer empfunden. Jetzt sind sie Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung. Sie beleben die Wirtschaft viel stärker, als sie sie belasten. Die Wirtschaft gibt gleichsam Silber her, aber erhält Gold im gleichen Gewicht zurück.

Vergleiche nun noch den hier geschilderten Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch mit der Art, wie der Kapitalismus diese Aufgabe zu lösen versucht. Der Kapitalismus brachte Erzeugung und Verbrauch in Einklang, indem er verschwendete und unwirtschaftlich war. Von den überhohen Einkommen ist schon gesprochen, aber auch davon, daß diese kapitalistische Art der Arbeitsbeschaffung Arbeitskräfte unwirtschaftlich angesetzt hat. Soweit Einkommen übermäßig

investiert worden war, wurde es verloren. Die überhohen Einkommen waren ferner zum Teil investiert worden. Ferner war investiert worden ein Teil der von den überhohen Einkommen abgeleisteten hohen Einkommen. Soweit diese investierten Einkommen auf Kosten des Volkes gebildet waren, dem zu niedrige Löhne gezahlt oder von dem zu hohe Preise genommen worden waren, wurden sie in der Krise verloren. Die Krise paßte die Vermögen der Wirtschaft der Kaufkraft an. Das war eine Anpassung nach unten. Diese grundsätzliche Tatsache gilt, obwohl in allen Krisen vor dem Weltkrieg der Reallohn gestiegen ist. Dadurch wurde der neue Konjunkturanstieg ermöglicht. Die Vermögensverluste wurden durch die Erhöhung der Reallöhne gemildert, aber nicht ausgeschaltet.

Die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung erspart der Wirtschaft und dem Volke die Krisen. Hier wird kein Vermögen verloren. Die Summe des wirtschaftlichen Gesamtvermögens wird nicht auf den von der Kaufkraft bedingten Stand hinabgedrückt. Die Gesamtkaufkraft des Volkes wird auf den von der Produktionsfähigkeit ermöglichten Stand gehoben. Die Wirtschaft hat ebenso wie das Volk den Vorteil davon.

Während der Zurückführung der Erzeugung auf den Stand der Kaufkraft im Kapitalismus hatte die Wirtschaft die Not der Krise, die starke Belastung ihrer Nerven. Das fällt aus. Dafür wird in der Zeit, während der in der nationalsozialistischen Wirtschaft die Kaufkraft auf den von der Erzeugung ermöglichten Stand ansteigt, nationales Vermögen durch die Arbeitsbeschaffung erarbeitet.

Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus wird erst den Namen Wirtschaft mit Recht tragen. Wirtschaften heißt doch, nicht verschwenden. Der Kapitalismus hat maßlose Verschwendung getrieben. Der Gradmesser für seine Verschwendung ist der Umfang der Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus läßt sich mit einem Satze gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft charakterisieren: sie ist eine wirkliche Wirtschaft, in der nicht verschwendet wird. Sie ist ferner eine Wirtschaft mit dem richtigen Blick für Größenordnungen: Sie klammert sich nicht an den Pfennig, wenn der Taler dadurch verloren wird, sondern sie gibt den Pfennig aus, um den Taler zu sichern.

Der Kapitalismus hat deutlich gezeigt, daß das Kapital verloren wird, wenn es nicht dem Volke dient. Der Nationalsozialismus erhält das Kapital, indem er es dem Volke dienstbar macht. Denn dann erst hat Wirtschaft und Kapital die gesunde Richtung für ihr

Handeln. Ist Wirtschaft und Kapital dagegen Selbstzweck, entfernen sie beide sich vom Volke und damit auch vom Sinn des Wirtschaftens, der doch nur die Bedarfsdeckung des Volkes sein kann.

Das deutsche Volk ergreift im Nationalsozialismus die Wirtschaft und gibt ihr einen neuen, lebendigen Sinn. Die Politik erbaut die neue Wirtschaft für das Volk.

Das Volk selbst aber ist verkörpert in der Arbeitsfront, deren Aufgabe nach den Worten des Führers die Herstellung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen ist. Der Aufgabenbereich der Arbeitsfront wird riesengroß sein. Aber er kann noch nicht geschildert werden. Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus wird geschaffen durch praktisches Denken und Handeln und durch seelische Energie. Der Wille zur Volksgemeinschaft muß da sein, damit überhaupt richtig gedacht und praktisch gehandelt werden kann. Ein neuer Lebenswille muß da sein, damit die neue Wirtschaft gewollt werden kann. Dieser neue Lebenswille ist es, der allein die große Spannung zwischen dem, was früher im Kapitalismus praktisch schien und Gewohnheit geworden war, und dem, was heute praktisch ist, überwindet. Ein neuer Lebenswille ist stärker als alte Gewohnheiten. Seine organisatorische Gestalt ist die Arbeitsfront. Sie hat für den Neuaufbau der Wirtschaft die gleiche Bedeutung, die der neue Lebenswille hat, der Wille zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit, der zugleich der Wille zur praktischen Wirtschaft ist. Doch ebensowenig, wie ein neuer Lebenswille zu beschreiben ist, ist der Aufgabenbereich der Arbeitsfront zu umgrenzen. Denn sie hat nicht sachliche, sondern seelische Aufgaben, intensive und nicht extensive Aufgaben. Sie hält im Volke, das in den Betrieben steht, den Willen zur besseren Zukunft wach, dessen der Führer für sein Werk bedarf. Und sie beweist die Macht dieses Willens praktisch, indem sie Einzelfragen in sittlicher Weise löst.

Und eine andere entscheidende Aufgabe hat die Arbeitsfront. Im ersten Kapitel dieses Buches ist das Entscheidende gesagt worden: Wirtschaft und Volk müssen in geistig-seelischen Kontakt kommen. Auf die Dauer ist die Errichtung einer noch so praktischen Wirtschaft durch die Politik doch nicht fruchtbar, wenn das Volk die Wirtschaft nicht geistig-seelisch ergreift. Die Arbeitsfront hat den geistig-seelischen Kontakt zwischen Volk und Wirtschaftspolitik zu wahren. Das tut sie, indem sie das Gemeinschaftserleben zwischen Führung und Gefolgschaft festigt. Will das Volk Klassenunterschiede aufrechterhalten, dann ist eine Wirtschaftspolitik, und mag sie noch so sachlich richtig

sein, nicht zu treiben, die die Klassengegensätze zum Verschwinden bringen will. Die Arbeitsfront hütet den Willen zur Volksgemeinschaft, damit die Politik die gerechte und praktische Wirtschaft der Volksgemeinschaft schaffen kann.

*

Der Nationalsozialismus schafft einen Staat vollständig neuen Gepräges: den Staat, der nur die Aufgabe hat, dem Volke zu dienen, den Staat, der die Exekutive des Geistes der Rasse ist. Dieser neue Staat ist über den Einzelnen genau so erhaben, wie der Geist der Rasse es ist. Aber er dient dem Volke genau so, wie es im Geiste der Rasse lebendig ist.

Er steht damit im schärfsten Gegensatze zum liberalistischen Staate, der auf das Urteil des Einzelnen bezogen war und nicht auf jene innere Lebendigkeit, die der in ihm webende Geist der Rasse dem Nationalsozialismus gibt. Der liberalistische Staat unterstand dem Urteil des Einzelnen. Die Organisation der verschiedenen Urteile über den Staat, Regierung und dessen, was für ersprießlich gehalten wurde, waren die Parteien. Die Unterwerfung des Staates unter die Parteien war der Ausdruck der Unterwerfung des Staates unter das Urteil des Einzelnen.

Der liberalistische Staat ist zusammengebrochen, als dieser Einzelne sein Urteil über das, was ihm am wesentlichsten hätte sein sollen, stets oberflächlicher bedachte. Bei den Wahlen wurde es aus dem Ärmel geschüttelt. Dem Einzelnen war es unmöglich gemacht, zu einem tiefgehenden Urteil zu kommen. Die Parteien waren die Organisationen der verschiedenen Urteile über den Staat, aber gleichzeitig waren sie die Organisationen, die durch Verleumdungen, Lügen, falsche Versprechungen usw. den Einzelnen hinderten, zu einem objektiven Urteil zu kommen. Sie waren die Organisation von falschen Urteilen.

Aber der Einzelne glaubte, daß es auf sein Urteil ankomme. Das Individuum stellte sich neben den Staat. Und das tut es auch heute noch weitgehend. Der Einzelne meint, daß es auf sein Urteil ankomme und daß er wissen könne, welche Politik notwendig sei. Der Einzelne bezieht die Politik auf sein Urteil, indem er Kritik übt. Diese Kritik ist der Wille, bei jeder möglichen Gelegenheit der Führung den Gehorsam aufzukündigen. Das ist ein unerträglicher Zustand. Denn gerade dann, wenn der Staat in Gefahr ist, ist dem Einzelnen die Gelegenheit geboten, der Politik des Staates in den

Rücken zu fallen. Der Führung Treue zu halten, wenn sie die Macht hat, bedeutet gar nichts. Für die Führung einstehen, wenn sie in Gefahr ist, ist erst etwas. Die Treue des Volkes zur Führung soll die Reserve völkischer Energie sein für die Stunde der Gefahr von Führung, Staat und Volk.

Der nationalsozialistische Staat ist das, was er sein soll, wenn der Einzelne nicht mehr kritisiert, wenn er die Politik nicht mehr auf sein Urteil bezieht, wenn er der Führung restlos vertraut. Das zu erreichen ist nur auf eine Weise möglich:

Wenn der Staat Erfolge erringt, die weit über das, was der Einzelne für möglich gehalten hat, hinausgehen. Die politische Führung vernichtet den Willen zur Kritik, indem sie den Einzelnen auf diese Weise bescheiden macht.

Der Führer hat das schon getan. Die Autorität des nationalsozialistischen Staates ist die Autorität, die der Führer durch seine Erfolge sich erworben hat. Die Eroberung der Wehrfreiheit war eine ungeheure Leistung. Das ermißt der am besten, der 1923, 1924, 1929 sich selbst Gedanken darüber gemacht hat, wie das Reich aus seiner Ohnmacht herausgezogen werden könnte.

Durch die Wirtschaftspolitik sind auch heute unvorstellbare Erfolge möglich. Der Lebensstandard des Volkes wird ebenso über seine heutige Vorstellungskraft hinausgehoben werden, wie die Erwerbslosenziffern im Anfang des Jahres 1933 die schlimmsten Erwartungen des Jahres 1924, als der Dawesplan angenommen wurde, übertroffen haben. Dabei ist die neue Wirtschaft auf viel einfachere Weise zu erbauen, als die Theoretiker meinen. Die gehen ja alle von falschen Größenordnungen aus.

Die Wirtschaft des deutschen Sozialismus ist sachlich notwendig, weil der Kapitalismus nicht mehr funktioniert. Sie ist aus sittlichen Gründen notwendig, weil die kapitalistische Wirtschaft deshalb unpraktisch war, weil sie unsittlich war. Sie ist aus politischen Gründen notwendig, weil sie den Liberalismus endgültig überwindet und dadurch, daß sie alle Erwartungen übersteigt, den Willen des Einzelnen zu Kritik zum endgültigen Verstummen bringt.

Die Wehrfreiheit hat Deutschland auf die Höhe gehoben, die es hatte. Die Durchführung des Rechtes auf Arbeit, die die Durchführung des deutschen Sozialismus ist, hebt Deutschland über diese Höhe hinaus. Deutschland schafft die neue Wirtschaft und den neuen Staat. Deutschland will keine Führerstellung unter den Völkern, indem es ihnen seinen Willen mit Gewalt aufzwingt. Unser Ehr-

geiz ist größer. Deutschland will Führer sein unter den Völkern, indem es Vorbild wird, von dem andere Völker absehen, wie sie ihre Wirtschaft und ihren Staat den Erfordernissen des zwanzigsten Jahrhunderts anpassen. Das nationalsozialistische Deutschland ist der Träger des Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts, und deshalb wird Deutschland für die Völker im zwanzigsten Jahrhundert zum Mythos werden.
